

# SENATE



## Migration, Nachhaltigkeit und ein Marshall-Plan mit Afrika

Denkschrift für die Bundesregierung  
Langfassung



Bert Beyers  
Joachim von Braun  
Estelle Herlyn  
Klaus Leisinger  
Graeme Maxton  
Franz Josef Radermacher  
Thomas Straubhaar  
Ernst Ulrich von Weizsäcker

**Koordination**

Franz Josef Radermacher und das Projektteam aus Mitarbeitern des FAW/n und der Universität Ulm

**Download**

Das Dokument „Migration, Nachhaltigkeit und ein Marshall-Plan mit Afrika – Denkschrift für die Bundesregierung“, eine Kurzversion und der zugehörige Materialband sind als PDF-Dateien unter <http://www.faw-neu-ulm.de> sowie <http://www.senat-deutschland.de/>, <http://www.senatsinstitut.de/>, <http://www.clubofrome.de/> und <http://www.clubofrome.org/> verfügbar.

**Bildnachweise Titelseite**

Abend Djemaa El Fna-Platz, Marrakesch, Marokko - © Pavliha

[http://www.istockphoto.com/de/foto/abend-djemaa-el-fna-platz-marrakesch-marokko-gm499468399-42845306?st=\\_p\\_pavliha%20El%20Fna](http://www.istockphoto.com/de/foto/abend-djemaa-el-fna-platz-marrakesch-marokko-gm499468399-42845306?st=_p_pavliha%20El%20Fna)

Photovoltaic Micro-plants by Isofoton (Morocco) by Isofoton.es (Creative Commons)  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Isofoton\\_Marruecos.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Isofoton_Marruecos.JPG)

Panorama of Cairo. Taken from Cairo Citadel by kallerna (Creative Commons)  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:View\\_over\\_Cairo\\_from\\_Citadel.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:View_over_Cairo_from_Citadel.jpg)



**Inhaltsverzeichnis**

Editorial ..... 7

Zusammenfassung und Einordnung ..... 11

I. Mare Nostrum - Geschichte der Migration rund um das Mittelmeer ..... 15

II. Nachhaltigkeit - Ein Begriff und seine Bedeutung ..... 29

III. Individuelle Beiträge zu Teilaspekten eines Marshall-Plans mit Afrika ..... 41

    III.1 Anforderungen an Entwicklungszusammenarbeit durch Unternehmen ..... 41

    III.2 A Marshall-Plan with Africa - a view from Africa ..... 43

    III.3 Vom freien zum fairen Handel ..... 46

    III.4 MENA - Bildungssituation und Migration ..... 48

    III.5 Entrepreneurship und duale Ausbildung - Erfahrungen mit Hidden Champions in Deutschland ..... 49

    III.6 Soziale Innovationen nutzen ..... 49

    III.7 Warum der Aufbau von Sozialsystemen in den afrikanischen Staaten ein Schlüsselthema ist ..... 50

    III.8 Gut gestalteter Tourismus - wichtig für Nachhaltigkeit ..... 51

    III.9 Marshall-Plan with Africa / Mandela Plan with Africa ..... 52

    III.10 Freiwillige Klimaneutralität des Privatsektors ..... 54

    III.11 Ein Marshall-Plan mit Afrika - Förderung der Akzeptanz in Deutschland und Europa ..... 56

    III.12 Desertec und der Marshall-Plan mit Afrika ..... 57

    III.13 Waldaufbau in Wüsten als Perspektive für Menschen und Klima ..... 58

    III.14 Aufforstung schafft Kohlenstoffspeicher, Arbeitsplätze und substituiert CO<sub>2</sub>-intensiven Baustoff ..... 59

    III.15 Unser Land verändert sich ..... 60

    III.16 Die Lage der Frauen ..... 60

    III.17 Eindrücke, Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Zusammenarbeit mit der German University in Cairo ... 61

    III.18 Einige Beobachtungen ..... 63

    III.19 Investitionen in die MENA-Region ..... 64

    III.20 Beobachtungen auf der arabischen Halbinsel ..... 65

    III.21 Handlungsfähigkeit in schwierigen Zeiten sichern ..... 66

    III.22 Rücküberweisungen: Wichtige Finanzierungsquelle für Developing Economies ..... 67

    III.23 Reflection on an Implementation Approach to the Marshall-Plan with Africa ..... 71

    III.24 Lösungsansätze für Afrikas Zukunft ..... 75

    III.25 Marshall-Plan muss konkretisiert werden - Die Sicht des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft e.V. ... 76

    III.26 European Marshall-Plan for the Development and Prosperity of Africa ..... 77

    III.27 Beitrag einer Nichtregierungsorganisation zum Marshall-Plan mit Afrika ..... 80

    III.28 Agriculture and other care topics of a Marshall-Plan with Africa ..... 82

    III.29 Marshall-Plan with Africa and its implementation - Considerations from African Youth ..... 83

    III.30 Korruptionsbekämpfung sollte Querschnittsthema bei der Umsetzung des „Marshall-Plan mit Afrika“ sein ..... 87

IV. Leitideen eines Marshall-Plans mit Afrika ..... 89

Autoren und Unterzeichner ..... 117

Materialband zu „Migration, Nachhaltigkeit und ein Marshall-Plan mit Afrika“ - Denkschrift für die Bundesregierung Club of Rome und Senat der Wirtschaft e.V. / Wichtige weitere Einzelthemen ..... 122



Der Senat der Wirtschaft überreicht mit dem Club of Rome die gemeinsame Denkschrift an Nachhaltigkeitsminister Dr. Gerd Müller. Dazu lud die Bundespressekonferenz Medienvertreter des politischen Berlin

Der Club of Rome und der Senat der Wirtschaft schlagen einen „Fonds Zukunft Afrika“ vor. Dieser könnte anlässlich des EU-Afrika-Gipfels 2017 präsentiert werden. Auf deutscher Seite soll er bis 2030 Gesamteinzahlungen von 120 Milliarden Euro umfassen. Die Mittel können zu großen Teilen über den Finanzmarkt platziert werden und eröffnen dann interessante Anlegemöglichkeiten.

Mittel für Afrika sollen u.a. in den Bereichen erneuerbare Energie, Infrastrukturaufbau und Aufforstung investiert werden. „Hier gibt es großen Chancen für Afrika und die Welt. Vor allem die Sahara ist ein echter „Joker“. Es gilt, die Potenziale in Afrika und in Teilen des Mittleren Ostens für netzbasierte erneuerbare Energie zu nutzen: Sonne, Wind und Wasser. Sonne vor allem in den Wüsten“, erklärt Prof. Franz Josef Radermacher. Viel Energie bedeutet dabei auch viel Wasser, gewonnen mit klimaneutral betriebenen Entsalzungsanlagen. Aufforstungsprogramme sieht Radermacher als „Schlüssel für die Förderung von zwölf der 17 Nachhaltigkeitsziele

der Weltgemeinschaft im Rahmen der Agenda 2030 in Afrika“. Neue Wälder entziehen der Atmosphäre CO<sub>2</sub> und schaffen langfristige Arbeitsplätze.

Der Marshallplan mit Afrika muss nach Meinung der Autoren verknüpft werden mit einem Ausbau des humanitären Programms für Flüchtlinge in Not und einer gesteuerten Einwanderung zum Vorteil aller Seiten.

Dass der Marshallplan nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, sondern auch menschlich geboten ist, erläuterte Prof. Franz Josef Radermacher: „Investitionen für bessere Lebensperspektiven der in Afrika lebenden Menschen sind nicht nur massiv kosteneffektiver als der Einsatz sozialstaatlicher Mittel in Deutschland für Flüchtlinge aus Afrika – alles, was den Menschen einen Anreiz bietet, ihre Zukunft im eigenen Land zu gestalten, respektiert auch in viel höherem Maße die Menschenwürde der Betroffenen.“

Einige Fakten und Denkansätze aus der Studie werden hier nun in einem Text von Estelle Herlyn und Bert Beyers ausführlich aufgeführt.



## Was ist die Idee?

Stellen wir uns Marokko, Tunesien und Ägypten im Jahr 2050 als eine Region des Wohlstands und des Friedens vor, durchaus vergleichbar mit Teilen Europas auf der anderen Seite des Mittelmeers. Die meisten Menschen in Nordafrika, die arbeiten wollen, haben eine auskömmliche Arbeit, auch die jungen. Die Staaten verfügen über ausreichend Energie, die z.B. in Solarkraftwerken in der Sahara gewonnen wird, um eine Industrie aufzubauen. Die Energie hilft auch, Wasser klimaneutral zu produzieren – um Landwirtschaft zu betreiben. Nicht nur im Norden des Kontinents. An vielen Orten in Afrika gibt es mittlerweile hoffnungsvolle Entwicklungen.

Klingt utopisch – angesichts der derzeitigen Lage. Wir sind aber davon überzeugt: Es ist eine machbare Utopie. Mehr noch: Sie ist unsere wohl einzig realistische Chance für eine gedeihliche Zukunft. Ein Marshallplan mit Afrika könnte die Weichen für die angestrebte positive Entwicklung stellen. Dabei liegt die Betonung auf „mit“: ein gemeinsames Unterfangen mit Afrika in einem größeren Kontext.

Das Ziel ist eine selbsttragende Entwicklung in Afrika – wie in Asien. Letztlich können nur die Kräfte des Marktes und des Unternehmertums einen Kontinent aus der Armut befreien. Erforderlich dafür: starke Regierungen, die in Arbeitsplätze, Gesundheit und Bildung investieren. Vor allem aber Frieden und Stabilität. Afrika hat von alldem nicht genug. Der Weg wird also lang und schwierig sein. Aber warum sollte Afrika es nicht schaffen, wenn starke Partner Unterstützung leisten?

## Was haben wir mit Afrika zu tun?

Die Zahl der Afrikaner wird sich bis 2050 verdoppeln und bis 2100 möglicherweise vervierfachen. Die Zahl der gescheiterten Staaten könnte weiter zunehmen. Armut, Unruhen. Warum sollten die Afrikaner in ihrer Heimat bleiben – ohne Perspektive? Dabei reden wir nicht über einige Hunderttausende, sondern über Millionen.

Europa mit nur sieben Prozent der Weltbevölkerung kann sich auf Dauer nicht einmauern, Deutschland mit einem Prozent schon gar nicht.

## Wo liegen die Probleme?

In Afrika gibt es vielfach eine schwache Regierungsführung und mangelnde Rechtssicherheit. Ungenügende Wirtschaftsentwicklung, Bildung und Beschäftigung verbauen die Perspektive vor allem von jungen Menschen und Frauen.

Der Marshallplan zielt auf pragmatische Partnerschaften überall dort in Afrika, wo Stabilität und Veränderungswille vorhanden sind. Dabei wird die Finanzierung von Projekten gebunden an die Umsetzung und Einhaltung sozialer und ökologischer Standards – im Sinne einer „Querfinanzierung gegen Standards“.

## Was ist der Plan?

Ohne eine deutliche Erhöhung der Hilfe wird es nicht gehen, ohne die Kräfte des Marktes und der Technik schon gar nicht. Wir regen an, dass Deutschland einerseits seine Mittel für Entwicklungszusammenarbeit deutlich erweitert und zusätzlich in 2017 den Startschuss für einen „Fonds Zukunft Afrika“ gibt. Der Gesamtumfang der Fondsmittel könnte bis 2030 bei 120 Milliarden Euro liegen.

## Fondsmittel für Afrika klug einsetzen

Etwa die Hälfte der Fondsmittel soll als Zuschuss in Sozialversicherungssysteme in Partnerländer gehen und dort helfen, die Bevölkerungsexplosion zu stoppen und die Durchsetzung der Menschenrechte zu adressieren. Die andere Hälfte soll revolvierend genutzt werden – und immer neue Projekte finanzieren und ermöglichen. Das Geld soll als Hebel ein Vielfaches an privaten Investitionen nach sich ziehen, weil sich das lohnt, weil so nachhaltigkeitskompatibles Wachstum in Afrika auf den Weg gebracht wird. Es geht um „echtes“ Wachstum in der Realökonomie, mit entsprechenden Zinsen.







## Editorial

Die weltweiten Entwicklungen der letzten Jahre bringen viele Herausforderungen und Unsicherheiten mit sich. Es ist keineswegs klar, dass sich die Welt in Richtung eines balancierten Zustandes der Nachhaltigkeit bewegen wird. Es sind auch große Konflikte, sowohl zwischen Staaten, als auch im Inneren von Staaten, bis hin zu einer Neofeudalisierung der Welt, einem weiteren Aushöhlen der Demokratie, einer Zunahme von Failed States, einem ökologischen Zusammenbruch in Teilen der Erde und damit verbunden immer stärker wachsenden Strömen von Migranten denkbar. Schritte in diese wenig hoffnungsvoll stimmende Richtung sind schon heute zu beobachten.

Auch die Stabilität Europas ist keineswegs gesichert. Angesichts der großen Herausforderungen im Umfeld der angestrebten nachhaltigen Entwicklung, und vor allem der Klimaproblematik, schwindet zunehmend die Zustimmung zum Modell der primär durch Freiheit gekennzeichneten Märkte. Einerseits, weil die Umwelt- und Klimaprobleme zunehmen, andererseits weil sich die soziale Schere an vielen Stellen öffnet. Die Globalisierung erzeugt viele Verlierer und sozialer Ausgleich ist nur schwer durchsetzbar. Große Widerstände sind die Folge. Es entwickeln sich Vorstellungen, die bis hin zu planwirtschaftlichen Modellen, einer gelenkten Wirtschaft und der Vorgabe von Lebensstilen reichen. Von der Globalisierung enttäuschte Bürger wollen zurück zu einer nationalstaatlichen Abgrenzung.

Eine gute Zukunft ist so nicht zu sichern. Vor allem werden wir auf diese Weise nicht die benötigten Innovationen in Technik und internationaler Zusammenarbeit hervorbringen können. Was wir statt Abschottung brauchen, ist Offenheit im Denken und die Aktivierung der Kräfte der Märkte, dies allerdings unter adäquaten Regulierungsbedingungen dieser Märkte, die einerseits die Belange der Umwelt und insbesondere des Klimaschutzes und andererseits das Anliegen der sozialen Balance durchsetzen. Letzteres bedeutet insbesondere, dass alle Menschen von der Globalisierung profitieren müssen – und zwar prozentual diejenigen am meisten, die am wenigsten haben, national und international.

International spricht man heute in diesem Kontext von der Erfordernis einer green and inclusive economy. Im deutschsprachigen Raum sprechen wir schon lange von einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft.

Einen solchen Zustand zu erreichen, ist jedoch alles andere als einfach. Eine entsprechende Realität erfordert mehr als grundsätzlich richtige Einsichten und Worte. Worte müssen in Veränderungen von Rahmenbedingungen und damit verbunden von internationalen Verträgen, z.B. bei der WTO, „übersetzt“ werden. Massive Widerstände der Profiteure des Status quo erschweren die Veränderungen, die hierzu erforderlich sind. Wenn es aber nicht gelingt, ein solches Programm international und vor allem auch in Afrika umzusetzen, sieht die Zukunft nicht gut aus, generell nicht und für die Menschen in Europa ebenso wenig.

Der Club of Rome und der Senat der Wirtschaft wenden sich deshalb an die deutsche Regierung mit der Empfehlung, in dieser Situation ordnungspolitisch weiter für den Rahmen einer Ökosozialen Marktwirtschaft einzutreten, die soziale Balance im Lande immer im Blick zu haben und mit überzeugenden Ansätzen, aufbauend auf einem offenen Diskurs zum Thema, für Zustimmung zu einem klugen Programm der globalen Kooperation zu werben.

Eine wesentliche Leitidee, die von vielen politisch erfahrenen Personen bereits seit einiger Zeit thematisiert wird, ist dabei eine neue Partnerschaft mit Afrika, ein Marshall-Plan mit Afrika, und insbesondere große Anstrengungen zur Entwicklungsförderung in Nordafrika und in Teilen der MENA-Region. Hier gibt es zudem einen Joker, nämlich die Sahara – und ebenso die arabische Wüste – mit ihrem unglaublichen Potenzial für erneuerbare Energien. Dies wird durch die Potenziale für Windenergie und Wasserkraft an vielen Stellen des Kontinents komplementiert, wobei zentrale und dezentrale Lösungen im Energiesektor intelligent gekoppelt werden sollten. Eine kluge Erschließung dieser Energie kann den Erfolg eines Marshall-Plans sehr positiv beeinflussen, ist doch Energie eine Grundvoraussetzung für die Entstehung von Wohlstand.

In der vorliegenden Denkschrift argumentieren der Senat der Wirtschaft und der Club of Rome, aufbauend auf einer thematischen Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, klar für diese neue Perspektive: einen Marshall-Plan mit Afrika mit besonderem Fokus auf Teile der MENA-Region.

.....

Der Aufbau der Denkschrift ist wie folgt: Am Anfang steht eine Zusammenfassung samt thematischer Einordnung. In Teil I folgt dann zunächst ein Abriss der Geschichte der Migration rund um das Mittelmeer. In Teil II wird der Begriff der Nachhaltigkeit in einer konsequent internationalen Ausrichtung der Begriffsbildung diskutiert. In diesem Kontext wird aufgezeigt, dass erheblich erhöhte Querfinanzierungsmittel aus den reichen in die ärmeren Länder Voraussetzung dafür sind, globale Nachhaltigkeit zu erreichen, und zwar als notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung. Wenn man sich diesem sensiblen Thema verweigert, kann eine nachhaltige Entwicklung nicht erreicht werden, nicht in Afrika und nicht in anderen sich entwickelnden Regionen der Welt. Diese Zusammenhänge werden erläutert. Außerdem wird mit Bezug zu Erfahrungen aus anderen Bereichen, z.B. der deutschen Wiedervereinigung, klar gemacht, dass sogar erheblich gesteigerte Größenordnungen öffentlicher Querfinanzierung erforderlich sind, wenn Nachhaltigkeit das Ziel ist.

Diese zusätzlichen Mittel müssen allerdings richtig eingesetzt werden, nämlich so, dass sie einerseits die gesellschaftlichen Verhältnisse stabilisieren und zugleich die Steuereinnahmen der Partnerländer spürbar zu erhöhen erlauben. Durch klugen Einsatz der öffentlichen Mittel ist außerdem die Wirtschaft zu stimulieren und sind erhebliche zusätzliche private Investitionen zu befördern. Die Weltbank spricht in diesem Kontext von der Notwendigkeit, sich auf Dollarbasis von „Billions to Trillions“ eingesetzter Mittel pro Jahr zu bewegen,<sup>1</sup> also von Milliarden zu Billionen. Diese Position vertreten auch die Autoren dieser Denkschrift. In dieselbe Richtung weist der aktuelle Bericht einer hochrangigen Kommission, die vom früheren Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern und dem ehemaligen mexikanischen Präsidenten Felix Calderon geleitet wird. Für die nächsten 15 Jahre wird die Notwendigkeit gesehen, weltweit 90 Billionen US-Dollar für den Aus- und Neubau von Infrastrukturen auszugeben. Die OECD sieht die Notwendigkeit, in diesem Zeitraum pro Jahr mehr als 4 Billionen in Infrastruktur zu investieren, wenn die Agenda 2030 umgesetzt werden soll.

Teil III des Textes gibt individuelle Überlegungen zu einzelnen Themenfeldern, wie die Bedeutung des Engagements von Unternehmen für Entwicklung, die große Bedeutung der Rücküberweisungen (Remittances) für die Zukunft vieler Staaten, die Rolle der Bildung und das Potenzial von Mikrokrediten (im Sinne von Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus) wieder. Darunter sind auch eine Reihe von Stimmen aus Afrika.

Die Ausgestaltung eines Gesamtansatzes ist Gegenstand von Teil IV der Denkschrift. Es wird beschrieben, wie die Logik eines Marshall-Plans mit Afrika mit Fokus auf ausgewählte Teile der MENA-Region aussehen könnte. Dies ordnet sich in große eigene Anstrengungen Afrikas und internationale Bemühungen zum Thema ein, so z.B. die Agenda 2063 der Afrikanischen Union. Diese Agenda wurde 2013 anlässlich des 50. Geburtstages der Afrikanischen Union entwickelt, mit einem Blick 50 Jahre in die Zukunft. Gründe für legitime Erwartungen an eine gute Zukunft des Kontinents inmitten großer Schwierigkeiten sind der neue globale Kontext, die Erfahrungen mit der New Partnership for Africa's Development, aktuelle Aktivitäten im Rahmen der Africa Global Partnership Platform, der große Zusammenhalt und die größere Stärke des Kontinents, starke und funktionierende regionale Institutionen und neue Entwicklungs- und Investmentchancen. Einen anderen Bezug bilden der sogenannte G20-Compact mit Afrika (for resilience and growth), die Ankündigung des Präsidenten der EU-Kommissionen für ein hochdotiertes Afrika-Programm (48 Milliarden Euro) sowie ähnlich lautende Hinweise der Bundesregierung, insbesondere auch von Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, zum Thema. Aus jüngster Zeit kommt eine ähnliche Ankündigung des neuen Präsidenten des EU-Parlaments Antonio Tajani hinzu.

Der Club of Rome und der Senat der Wirtschaft legen der Bundesregierung ausdrücklich ans Herz, den Ansatz eines finanziell substantiellen und damit ambitionierten Plans zu verfolgen, ihn mit den europäischen Partnern zu diskutieren und ihn möglichst in den G20-Prozess, der im nächsten Jahr unter deutscher Leitung in Hamburg stattfinden wird, einzubringen. Die vorliegende Denkschrift geht dabei insbesondere auch auf finanzielle Größenordnungen und Fragen des Mittelabflusses ein – Letzteres auch mit Blick auf den Umgang mit Korruption und immer auch mit Blick auf Bevölkerungsfragen – das wichtigste Einzelthema für die Zukunft des Kontinents. Teil V fasst schließlich überblicksartig ein breites Spektrum denkbarer Aktivitäten zum Thema zusammen, das in weiten Teilen Ergebnis eines Workshops der Verantwortlichen für diese Denkschrift mit BMZ und giz in Berlin im Frühjahr 2016 ist.

<sup>1</sup> Vgl. Papier der Weltbank-Gruppe „From Billions to Trillions: Transforming Development Finance. Post-2015 Financing for Development: Multilateral Development Finance“, 2015 sowie das Ergebnis der Konferenz „Finance for Development“, Addis Abeba, 13.-16. Juli 2015



Einige Schlussbemerkungen runden den Text ab, ebenso wie ein ergänzender Materialband, in dem auf vertiefende Beiträge verschiedener Autoren zu einzelnen relevanten Themenbereichen verwiesen wird, die an der vorliegenden Denkschrift bzw. am erwähnten Workshop im BMZ mitgewirkt haben.

Die Autoren hoffen, dass diese Denkschrift die Bundesregierung dabei unterstützen wird, in diesen schwierigen Zeiten die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.

In diesem Zusammenhang freuen sich der Club of Rome und der Senat der Wirtschaft, dass die Denkschrift am 11.11.2016 im Rahmen einer Bundespressekonferenz in Berlin Herrn Bundesminister Dr. Gerd Müller übergeben werden konnten. Fotos von dieser Pressekonferenz sind in der vorliegenden aktualisierten Fassung der Denkschrift enthalten. Beide Organisatoren begrüßen auch, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mittlerweile ein eigenes Konzept zum Thema vorgelegt hat (vgl. [http://www.bmz.de/Marshall-Plan\\_pdf](http://www.bmz.de/Marshall-Plan_pdf)). Ein weiterer wichtiger Bezug ist der 15. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung „Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik“ und die aktuelle Stellungnahme des Rat für Nachhaltige Entwicklung mit dem Titel „Für eine umfassende G20-Partnerschaft mit Afrika zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen“. Verwiesen sei schließlich auch auf das aktuelle Buch „UNFAIR! Für eine gerechte Globalisierung“ von Minister Dr. Gerd Müller (Murmann Verlag).

Graeme Maxton  
(Club of Rome)

Franz Josef Radermacher  
(Senat der Wirtschaft e.V.)

Ernst Ulrich von Weizsäcker  
(Club of Rome)

Dieter Härthe  
(Senat der Wirtschaft e.V.)

Frithjof Finkbeiner  
(Deutsche Gesellschaft Club of Rome)

Christoph Brüssel  
(Senat der Wirtschaft e.V.)

Andreas Huber  
(Deutsche Gesellschaft Club of Rome)

Walter Döring  
(Senat der Wirtschaft Europa)





## Zusammenfassung und Einordnung

1. Es ist den Autoren dieser Denkschrift für die Bundesregierung bewusst, dass die heutigen Probleme in Afrika von ganz anderer Art sind, als die Wiederaufbauprobleme in Deutschland und anderen europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Marshall-Plan-Begriff damals und der Marshall-Plan-Begriff heute betreffen insofern sehr unterschiedliche Ausgangssituationen und Herausforderungen. Es gibt trotzdem auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Die wichtigsten liegen darin, dass das Vorhaben in gemeinsamem Interesse mit dem Partner angegangen wird, dass es erhebliche Mitteltransfers beinhaltet und dass es an bestimmte Konditionalisierungen bezüglich Governance und der Gestaltung der Ökonomie gebunden ist.
2. Die Marshall-Plan-Thematik ist, ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg, ein gemeinsames Unterfangen. Darum sprechen die Autoren auch von einem Marshall-Plan mit Afrika. Wir sehen es als von höchster Bedeutung an, dass die deutsche bzw. europäische Seite diesen Plan in einen größeren Kontext einbettet. Dies sind im Besonderen natürlich afrikanische Partner und Initiativen, etwa die Afrikanische Union, die Aktivitäten für einen Afrika-Compact, die afrikanischen Planungen im Rahmen der Agenda 2063 und, in Bezug auf die MENA-Region, die Aktivitäten in den Bereichen Europa/MENA und OECD/MENA. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Beiträge afrikanischer Partner zu dieser Denkschrift, insbesondere auch mehrerer Mitglieder des Club of Rome, vgl. Teil III.
3. Der prinzipielle Ansatz des vorgeschlagenen Marshall-Plans besteht in einem Vereinbarungsmosaik bzw. einem kohärenten „Räderwerk“, in dem das Prinzip „Standards gegen Finanzierung“ gilt. Auf EU-Ebene soll versucht werden, die Entwicklungsaktivitäten der 28 EU-Staaten besser auf einander abzustimmen – auch um den bürokratischen Aufwand für die Empfängerländer zu reduzieren. Für Afrika werden über die nächsten Jahre bis zu 200 Mrd. Dollar zusätzliche Hilfen pro Jahr vorgeschlagen, die als Hebel ein Vielfaches an privaten Investitionen bewirken sollen. Im Gegenzug soll die Nehmerseite die Menschenrechtssituation im Lande verbessern, aber sich auch für eine stärkere Nachhaltigkeitsorientierung in der WTO aussprechen. Letzteres bedeutet in Bezug auf die WTO, dass in der Funktion gleiche Güter unterschieden und unterschiedlich behandelt werden dürfen, wenn in den Wertschöpfungsketten bestimmte Minimalstandards beachtet wurden, im Unterschied dazu, dass diese nicht beachtet wurden.
4. Die Autoren schlagen vor, dass im Rahmen des Marshall-Plans mit Afrika ein großer Teil der Mittel über einen „Fonds Zukunft Afrika“ organisiert wird. Dies ist im Text beschrieben. Die eingesetzten Mittel sollen dabei teilweise revolving genutzt werden, d.h. dass dieser Teil der Mittel nach seinem Einsatz wieder in die Fonds zurückfließt und dann erneut an anderer Stelle investiert werden kann. Ferner kann ein großer Teil der Mittel über den Kapitalmarkt aktiviert werden. Eine revolving Struktur und eine teilweise Aktivierung über den Kapitalmarkt würden es erleichtern, die benötigten Mittel aufzubringen und die entsprechenden Prozesse für Afrika und seine Menschen zu verstetigen und langfristig abzusichern.
5. Der Marshall-Plan mit Afrika muss mit einem Ausbau unseres humanitären Programms für Flüchtlinge und einer gesteuerten Einwanderung zum Vorteil aller Beteiligten gekoppelt werden.

## Ausgewählte Schwerpunkte

1. Bevölkerungswachstum  
Die Bevölkerungsfrage ins Zentrum rücken durch z.B. Finanzierungsprogramme für Bevölkerungsmaßnahmen und insbesondere durch Bildung für Frauen (inklusive Überwindung kultureller Widerstände gegen die Thematisierung dieser Frage).
2. Sozialsysteme  
Zusammenarbeit beim Aufbau von Sozialsystemen und/oder Sozialversicherungen in den beteiligten Ländern.
3. Infrastruktur  
Förderung der Infrastrukturen für netzbasierte erneuerbare Energie in Afrika und in Teilen des Mittleren Ostens, im Besonderen Wasser, Wind und Sonne (bzgl. Sonne vor allem in Wüsten).
4. Unternehmerische Aktivitäten  
Beförderung unternehmerischer Aktivitäten durch Verbesserung der Bedingungen vor Ort, z.B. durch eine Förderung wirtschaftlicher Strukturen vor Ort (Außenwirtschaftskammern) oder die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen als Ausgangspunkte ökonomischer Entwicklung.

- 
5. Energie-Ferntransport / Methanol als Schlüssel  
Ferntransport von regelbarem und gleichzeitig erneuerbarem Strom aus Nordafrika sowohl in die Mitte, als auch in den Süden Afrikas. Für den Energietransport nach Europa wird als Alternative die Produktion von klimaneutralem Methanol vorgeschlagen, das bisherige Öl- und Gasimporte teilweise ersetzen kann. Es erlaubt große Wohlstandsgewinne in Afrika und in Europa, da über Methanol-Benzin und Methanol-Diesel eine kostengünstige Lösung großer Teile der heutigen Energie- und Klimaproblematik in Ländern wie Deutschland in den Bereichen Verkehr, Wohnen und Chemie erreicht werden kann.
  6. Lokale Formen erneuerbarer Energie  
Massive Förderung lokaler erneuerbarer Energien, z.B. Solarpanels auf Häusern, privatwirtschaftlich organisiert à la Bangladesch, überall da, wo kein Stromnetz existiert.
  7. Wassergewinnung durch Entsalzung  
Klimaneutrale Wasserentsalzung von Meerwasser oder Grundwasser für die Versorgung der Menschen, aber insbesondere für eine massive Ausweitung der Landwirtschaft, auch auf ariden und semi-ariden Böden, auch zum Stopp der Wüstenbildung.
  8. Landwirtschaft  
Massive Ausweitung der Landwirtschaft. Dies ist Voraussetzung für die Überwindung des Hungers und für die Selbstversorgung des Kontinents im Bereich der Ernährung. Auch auf Wüstenböden ist teilweise eine hohe landwirtschaftliche Produktivität und eine hohe Humusbildung erreichbar. Der Schlüssel hierzu ist häufig (Grund-)Wasserentsalzung.
  9. Aufforstung  
Aufforstung ist ein Schlüssel für die Förderung von 12 der 17 SDGs, es ist ein Ansatz gegen die Ausbreitung der Wüsten, schafft eine zuverlässige erneuerbare Rohstoffbasis und entzieht der Atmosphäre CO<sub>2</sub>. Aufforstung auf degradierten Böden im Umfeld von Regenwäldern eröffnet Wertschöpfungspotenziale für einen erneuerbaren Rohstoff und schützt die primären Regenwälder vor Austrocknung.<sup>2</sup> Hier können viele Arbeitsplätze und entsprechendes Einkommen so generiert werden, dass sich die Klimasituation verbessert, nicht weiter verschlechtert.
  10. Verkehrsinfrastrukturen  
Verkehrsinfrastrukturen sind erforderlich, wenn der Wohlstand in Afrika und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten des Kontinents stark verbessert werden sollen. Es ist dies ein zentrales Feld für das Handeln von Regierungen und für internationale Zusammenarbeit im Rahmen eines Marshall-Plans mit Afrika.
  11. Beschäftigung  
Förderung von Beschäftigung, insbesondere von Jugendlichen, durch aktive Arbeitsmarktpolitik, berufliche Bildung und Beschäftigungsprogramme im ländlichen Raum, sowie Investitionen in Agrarentwicklung. Ziel sind viele Millionen neue Arbeitsplätze pro Jahr.
  12. Nachhaltiger Tourismus  
Tourismus beinhaltet große Wertschöpfungspotenziale, fördert Austausch und Zusammenarbeit sowie Verständnis für andere Kulturen. Ein guter Tourismus führt zu einer mit Nachhaltigkeit kompatiblen Inwertsetzung der Natur.
  13. Mikrokredite  
In der internationalen Entwicklungspolitik haben sich Mikrokredite als wesentliche Hebel erwiesen, um große Verbesserungen der Lebenssituation von Menschen zu erreichen. Dies gilt für kluge Ansätze, die auf den Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus zurückgehen, nicht für „plündernde“ Varianten von Mikrokrediten.<sup>3</sup>

Die Schwerpunktthemen 1 - 13 können dabei allesamt als geeignet dafür angesehen werden, im Rahmen des Marshall-Plans bei einer Erhöhung der finanziellen Mittel berücksichtigt zu werden. Eine effiziente Mittelverwendung ist realisierbar, dies insbesondere in Kontexten, die vergleichsweise wenig anfällig für Korruption sind. Für die Umsetzung ist parallel die Akzeptanzsteigerung für die Vorschläge in Deutschland und Europa zu leisten. Dies erfordert eine gut durchdachte Kommunikation und ist Voraussetzung für den Erfolg des Marshall-Plans.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu: Claude Martins, Endspiel - Wie wir das Schicksal der Tropischen Regenwälder noch wenden können, Oekom Verlag, 2015 (Bericht an den Club of Rome)

<sup>3</sup> Vgl. hierzu FAW/n Publikation „Microcredit - Addressing an Ongoing Debate“, Ulm 2014, abrufbar unter [www.faw-neu-ulm.de](http://www.faw-neu-ulm.de)



## Kernbotschaften

1. Muss sich die afrikanische Bevölkerung bis 2050 verdoppeln, bis 2100 vervierfachen, ehe wir handeln? Nein. Hier sollten wir sofort aktiv werden, z.B. in Form einer Zusammenarbeit beim Aufbau von Sozialsystemen in den beteiligten Ländern sowie mit Beiträgen in den Bereichen Bildung und Ausbildung sowie bezüglich der gesellschaftlichen Rolle der Frau. Arbeitsplätze für die Jugend müssen in großem Umfang geschaffen werden. All das wirkt der Bevölkerungsexplosion entgegen.
2. Pro Afrikaner setzen wir Deutsche nur etwa 2 Euro pro Jahr für Entwicklung ein. Im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung lagen die Transfers pro Kopf in die neuen Bundesländer bei 4.000 Euro pro Jahr. Die Betreuung eines minderjährigen unbegleiteten Flüchtlings in Deutschland kostet etwa 5.000 Euro pro Monat, d.h. 60.000 Euro im Jahr, das ist das 30.000-fache. Im Gegenzug zu der bescheidenen Hilfe, die wir leisten, holen wir über internationalen Handel ein Vielfaches aus den betroffenen Ländern in Afrika wieder heraus. Auch tolerieren wir eine internationale Finanzstruktur, in der Eliten das Geld aus Afrika in Steuerparadiesen der reichen Welt „parken“. Daran profitieren wir dann erneut. Ganz offensichtlich kann so keine zukunftsfähige Entwicklung für alle Beteiligten erreicht werden.
3. Mittel für Afrika sollen u.a. in den Bereichen Landwirtschaft, erneuerbare Energie, Infrastrukturaufbau und Aufforstung investiert werden. Hier gibt es große Chancen für Afrika und die Welt. Vor allem die Sahara ist ein echter „Joker“. Es gilt, die Potentiale in Afrika und in Teilen des Mittleren Ostens für netzbasierte erneuerbare Energie zu nutzen (Sonne, Wind und Wasser; Sonne vor allem in den Wüsten). Sie sind wesentliche Voraussetzung für die Förderung von Wohlstand vor Ort, u.a. durch massive Programme zur Entsalzung von Meer- und Grundwasser unter Nutzung erneuerbarer Energien. Ein Einsatz dieser Ressourcen in der Landwirtschaft, in Verbindung mit massiven Aufforstprogrammen, ist von zentraler Bedeutung und besitzt große Potenziale für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Humusbildung durch Landwirtschaft und Aufforstung sind zugleich wichtige Schlüssel für die Förderung von 12 der 17 Nachhaltigkeitsziele der Weltgemeinschaft im Rahmen der Agenda 2030 in Afrika und entziehen der Atmosphäre in großem Umfang CO<sub>2</sub> (Negativemissionen).
4. Wir schlagen einen „Fonds Zukunft Afrika“ vor, der anlässlich des EU-Afrika-Gipfels in 2017 präsentiert werden könnte. Dieser Fonds soll auf deutscher Seite bis 2030 Gesamteinzahlungen von 120 Milliarden Euro umfassen. Die Mittel können zu großen Teilen über den Finanzmarkt platziert werden und eröffnen dann interessante Anlegemöglichkeiten für interessierte Akteure.
5. Der Marshall-Plan mit Afrika muss mit einem Ausbau unseres humanitären Programms für Flüchtlinge in Not und einer gesteuerten Einwanderung zum Vorteil aller Seiten verknüpft werden.
6. Investitionen für bessere Lebensperspektiven der in Afrika lebenden Menschen sind nicht nur massiv kosteneffektiver als der Einsatz sozialstaatlicher Mittel in Deutschland für Flüchtlinge aus Afrika – alles, was den Menschen einen Anreiz bietet, ihre Zukunft im eigenen Land zu gestalten, respektiert auch in viel höherem Maße die Menschenwürde der Betroffenen.

Der Club of Rome und der Senat der Wirtschaft begrüßen die Präsentation eines Konzepts für einen Marshall-Plan mit Afrika durch des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (vgl. [http://www.bmz.de/marshallplan\\_pdf](http://www.bmz.de/marshallplan_pdf)). Bundesminister Dr. Gerd Müller schreibt hierzu folgendes: „Mir ist bewusst: Es gibt nicht eine Lösung, einen Weg, einen Plan, um auf die Herausforderungen des afrikanischen Kontinents zu reagieren. Zugleich bin ich der Überzeugung, dass wir einen Paradigmenwechsel in der Zusammenarbeit benötigen.“

Dem dient auch das Afrikajahr 2017. Die Bundesregierung wird dies auf dem G20-Gipfel Anfang Juli 2017 und beim EU-Afrika-Gipfel im Herbst thematisieren. Für mich sind die Eckpunkte des Marshallplans mit Afrika ein lebendes Dokument.“

Interessant ist auch ein kürzlich erfolgtes Interview mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zum Thema (vgl. dazu auch den Beitrag von Minister Schäuble im Teil III der Denkschrift).

.....





## I. Mare Nostrum – Geschichte der Migration rund um das Mittelmeer

Haupt-Input: Bert Beyers<sup>4</sup>

### Einordnung

Der erste Teil der vorliegenden Denkschrift spannt den gedanklichen Rahmen für das Unterfangen eines Marshall-Plans mit Afrika, insbesondere für größere Teile der MENA-Region auf. Er beschreibt die wechselvolle Geschichte der Kulturen rund um das Mittelmeer, vom Römischen Reich bis heute. Vertreibung und Flucht, Eroberung und Rückeroberung wechselten einander ab. Ohne historisch geschärftes Bewusstsein ist ein Verständnis der heutigen MENA-Staaten nicht möglich. Man denke nur an den Zerfall des Osmanischen Reichs und die anschließende Willkür, mit der die europäischen Kolonialmächte die Staatsgrenzen des Iraks zogen.

Die gegenwärtige wirtschaftliche und kulturelle Lage in den arabischen Ländern könnte disparater nicht sein: von der Glitzermetropole Dubai bis zu den Wirren in einem gescheiterten Staat wie Libyen. Und natürlich die entsetzlichen Kriege, nicht nur in Syrien, sondern auch im Jemen. Der Komplexität gerecht zu werden erfordert ein Studium der Verhältnisse vor Ort: Land für Land. Ein solches erfolgt in der hier empfohlenen Schrift „Krisenregion MENA – Wie demografische Veränderungen die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika beeinflussen und was das für Europa bedeutet“ des Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, das mit dieser Schrift die sehr unterschiedlichen Gegebenheiten jüngst in einer umfangreichen Studie herausgearbeitet hat.<sup>5</sup> Dort wird auch deutlich, dass die MENA-Staaten, wie auch die Staaten in Afrika generell, bei aller Verschiedenheit der Verhältnisse ein gemeinsames Problem haben: das Auseinanderklaffen von wirtschaftlicher und demographischer Entwicklung. Die junge Generation wächst sehr schnell und findet kaum Arbeit, wodurch u.a. eine massive Migration „befeuert“ wird.

Nordafrika spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle, nämlich als Brücke zwischen Europa und dem südlichen Teil des afrikanischen Kontinents jenseits der Sahara. In diesem Teil der Welt wird die Bevölkerung im 21. Jahrhundert geradezu explodieren.

Europa war lange Zeit Ausgangspunkt von Flucht und Migration. Von hier aus zog es die Menschen nach Nord- und Südamerika oder nach Australien. Heute zeigt sich ein völlig anderes Bild: Der übergroße Teil der Flüchtlingsströme bewegt sich innerhalb und zwischen den ärmeren Staaten auf der Südhalbkugel. Dabei nimmt die Migration weltweit zu. Europa ist unterdessen zum Magneten geworden – für die Hoffnungen von Millionen Menschen.

Seit jeher war das Mittelmeer eine Region des Austauschs der Menschen und ihrer Ideen. Mal schlugen die Wellen in die eine, mal in die andere Richtung. Ein Blick auf die Bewegungen der Völker und Kulturen in der Vergangenheit bewahrt vor Illusionen: Europa kann sich – mit etwa 7 Prozent der Weltbevölkerung – heute nicht einfach „einmauern“, Deutschland mit 1 Prozent schon gar nicht. Deshalb ist die einzig realistische Perspektive eine neue Kooperation zwischen Nord und Süd. Damit das Mare Nostrum der Römer eines für alle Mittelmeeranrainer wird. Man kann das komplexe Wechselspiel der Kulturen mit der langen Brennweite des Historikers betrachten, um ein Gefühl für die Dimensionen zu bekommen. Entwicklung ist eine Frage von Generationen.

### Flucht und Migration

Um 1900 war die europäische Auswanderung nach Amerika ein großes Geschäft.<sup>6</sup> Häufig wurden die Auswanderer, bevor sie an Bord ihres Schiffes gingen, von zwielichtigen oder kriminellen Gestalten in den Hafenstädten aufgenommen. In Hamburg war es dann Albert Ballin, Generaldirektor der HAPAG (Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-

<sup>4</sup> Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

<sup>5</sup> Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Krisenregion MENA. Wie demographische Veränderungen die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika beeinflussen und was das für Europa bedeutet. Berlin 2016. <http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/krisenregion-mena.html>

<sup>6</sup> „Keine andere Epoche der Geschichte war in einem ähnlichen Maße wie das 19. Jahrhundert ein Zeitalter massenhafter Fernmigration. Zwischen 1815 und 1914 waren mindestens 82 Millionen Menschen *freiwillig* grenzüberschreitend unterwegs. Das waren jährlich pro eine Million der Weltbevölkerung 660 Migranten. Im Vergleich dazu waren in der Zeit zwischen 1945 und 1980 nur 215 Menschen pro eine Million mobil.“ Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. München 2009, S. 235

.....

Actien-Gesellschaft), der das „Rundum-sorglos-Paket“ für Migranten erfand – mit medizinischer Versorgung, Hilfe bei der Bewältigung der Bürokratie, Unterkunft vor der Abreise etc.<sup>7</sup> All das zu soliden Preisen – gerade deshalb wurde es ein gutes Geschäft für die HAPAG.

Erst in jüngerer Zeit begann man zu differenzieren: in Migranten und Flüchtlinge. Migranten verlassen aus ökonomischen oder privaten Gründen ihre Heimat. Als Flüchtlinge gelten Menschen, die eine Verfolgung wegen „ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ nachweisen können. So steht es in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, einem Meilenstein in der Geschichte des Flüchtlingsrechts.<sup>8</sup> Sie entstand in Folge der Fluchtbewegungen während des Zweiten Weltkriegs und danach.

Als sich in den folgenden Jahrzehnten viele Länder aus der europäischen Kolonialherrschaft freikämpften, wurden wiederum Millionen Menschen zu Flüchtlingen, woraufhin die Genfer Flüchtlingskonvention entsprechend angepasst wurde. Aus all dem ergibt sich: Europa war im 20. Jahrhundert lange das Hauptproblem der weltweiten Flüchtlingsfrage – sowohl als Kriegsschauplatz, als auch als Ausgangspunkt eines global agierenden Kolonialismus.

Heute zeigt sich ein völlig anderes Bild. Die Europäer ziehen nun nicht mehr in Scharen Richtung Nord- und Südamerika oder nach Australien, vielmehr ist Europa selber zum Magneten für Menschen aus Afrika oder dem Mittleren Osten geworden.<sup>9</sup> Anfang des 21. Jahrhunderts geht die Wanderung eher vom Süden in den Norden – auch als Folge der Globalisierung.<sup>10</sup>

Und dennoch tragen die Nachbarstaaten der Krisenregionen die Hauptlast von Flucht und Vertreibung – im Süden. Nach Angaben der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen befinden sich derzeit mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht.<sup>11</sup> Davon kommen etwa die Hälfte aus den drei Ländern Afghanistan, Somalia und Syrien. Der Staat, der die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat, ist die Türkei mit 2,5 Millionen. Es folgen Pakistan und der Libanon mit jeweils mehr als einer Million. Relativ selten legen die Menschen auf ihrer Flucht große Distanzen zurück, weil ihnen das Geld dafür fehlt oder weil Transit- beziehungsweise Zielländer die Ein- oder Weiterreise behindern. So verwundert es nicht, dass die Staaten auf der Südhalbkugel neun von zehn weltweit registrierten Flüchtlingen beherbergen.<sup>12</sup>

Die Hauptlast von Flucht und Vertreibung tragen ärmere Staaten im Süden des Globus, ebenso einige Nachbarstaaten Syriens. Die Türkei ist der Standort, der in der Folge der Syrienkrise die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat (2,5 Millionen). Der Libanon hat eine besonders schwierige Situation mit einer eigenen Bevölkerung von etwa 4 Millionen Menschen, zu der aktuell 500.000 palästinensische und 1,2 Millionen syrische Flüchtlinge hinzukommen.

Weit höher als die Zahl der Flüchtlinge weltweit ist die der Migranten, die Größenordnung dürfte bei 250 Millionen Menschen liegen. Auch hier zeigt sich ein gleiches Bild: Die meisten von ihnen bewegen sich in und zwischen den armen Ländern des Südens. Während (Wirtschafts-) Migranten – per Definition – nach einem höheren Einkommen suchen, geht es den Flüchtlingen in erster Linie darum, sich in Sicherheit zu bringen und ihr Leben zu retten.

Meist begeben sich die Menschen nicht nur aus einem einzigen Grund auf die Reise ins Ungewisse; im tatsächlichen Leben kommen viele Dinge zusammen. Trotzdem macht es häufig den entscheidenden Unterschied, ob

7 Die Ballinstadt im Hamburger Hafen, wo die Migranten vor der Abfahrt untergebracht waren, ist heute ein Auswanderermuseum. [www.ballinstadt.de](http://www.ballinstadt.de)

8 Oltmer, Jochen: Kleine Globalgeschichte der Flucht im 20. Jahrhundert. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 26-27/ 2016, S. 18ff.

9 „Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979 und der daran anschließende, bis 1989 andauernde Krieg lösten den weltweit größten Massenexodus einer einzelnen Bevölkerungsgruppe nach 1945 aus. Mit dem iranisch-irakischen Krieg stieg die Zahl der Flüchtlinge ein weiteres Mal signifikant an. Der Nahe und Mittlere Osten entwickelte sich somit in den 1980er Jahren zu einer der bis heute größten Flüchtlingsregionen weltweit.“ Bresselau von Bressendorf, Agnes: *Das globale Flüchtlingsregime im Nahen und Mittleren Osten in den 1970er und 1980er Jahren*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 26-27/ 2016, S. 32

10 Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene: *Migration und Flucht in Zeiten der Globalisierung. Die Zusammenhänge zwischen Migration, globaler Ungleichheit und Entwicklung*. Bonn 2016. [www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de)

11 UNHCR at a Glance. [www.unhcr.org/figures-at-a-glance.html](http://www.unhcr.org/figures-at-a-glance.html)

12 Die Nicht-Regierungs-Organisation Oxfam kritisiert, dass die sechs reichsten Nationen (China, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Japan, USA) nur 9 Prozent der weltweiten Flüchtlinge aufnehmen. Oxfam Media Briefing vom 18.07.2016. <http://www.oxfam.org.uk/media-centre/press-releases/2016/07/six-richest-countries-host-less-than-9-percent-of-refugees>



## I. Mare Nostrum – Geschichte der Migration rund um das Mittelmeer

jemand als Flüchtling oder Migrant gilt, weil es sich dabei um politische und rechtliche Kategorien handelt. Wird jemand an der Grenze abgewiesen oder nicht? Muss er wieder gehen oder darf er im Land bleiben? Und wenn ja, bekommt er einen Arbeitsplatz oder nicht?

Die Genfer Konvention gibt so etwas wie transnationale Standards vor. Allerdings haben nicht alle Staaten das Dokument ratifiziert. Ein globaler Schutzraum für Flüchtlinge ist bis heute Utopie. Mit dem UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) hat der globale Flüchtlingsschutz immerhin einen institutionellen Rahmen. Für Migranten hingegen gibt es kein vergleichbares Regime, nur einen ‚Flickenteppich‘ nationaler und bilateraler Abkommen. Entwicklungspolitische Dimensionen sind in diesem Zusammenhang kaum zu erkennen. Auch Europa ist sich nicht mehr einig. Die EU kämpft seit der Flüchtlingswelle 2015 und dem faktischen Zusammenbruch des Dubliner Übereinkommens 2015 um eine neue gemeinsame Linie der Mitgliedsländer in Sachen Flucht und Asyl.<sup>13</sup>

Immerhin gibt es internationale Bewegung, etwa durch die Organisation für Migration mit inzwischen 165 Staaten.<sup>14</sup> Auch im Umfeld der ILO (International Labour Organization) finden sich mehrere internationale Konventionen zum Schutz von Migranten. Als internationales Forum zum Austausch zwischen Regierungsvertretern und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu Migrationsthemen hat sich das Global Forum on Migration and Development gebildet. In den Sustainable Development Goals setzen sich die Staaten das Ziel, für eine geordnete und sichere Migration zu sorgen (Ziel 10.7).<sup>15</sup> Dabei ist die Lage gerade auf den Wanderrouten besonders gefährlich.<sup>16</sup>

Die Vereinten Nationen haben im September 2016 einen Gipfel zu den Themen Migration und Flucht in New York durchgeführt.<sup>17</sup> Für 2018 ist ein globales Abkommen über die internationale Zusammenarbeit zum Thema Migration geplant. In diesem Kontext hat Prof. Straubhaar, Mitglied des Kuratoriums des Senats der Wirtschaft e.V., einige interessante Erwägungen zu der Debatte hinzugefügt, wie man über eine geeignete zusätzliche temporäre Besteuerung der Arbeit von Migranten im Zielland eine faire Finanzierungslogik zwischen Herkunftsland und Zielland und arbeitssuchenden Migranten finden kann (Einzelheiten vgl. Materialband).<sup>18</sup> Das kann so ausgestaltet werden, dass die Handlungsanreize zwischen allen Akteuren deutlich günstiger sind, als das heute der Fall ist.

Menschen verlassen ihre Heimat insbesondere dann, wenn sie über längere Zeit keine Perspektive sehen.<sup>19</sup> Ein intelligenter junger Mann aus Afrika hat heute eine ungefähre Vorstellung davon, was auf der Welt möglich ist. Er weiß auch, dass es in Europa kein Zuckerschlecken für ihn sein wird, dass er sich einen Platz dort erkämpfen muss, für sich und möglicherweise seine Kinder. Wenn er aber in seiner Heimat Tag für Tag erlebt, dass es für die große Mehrheit der Bevölkerung wirtschaftlich nicht vorwärts geht, dass das eigene Umfeld korrupt ist und Eliten sich bedienen, dass die Urteile von Richtern gekauft werden, dass die Infrastruktur nicht funktioniert. Und wenn er schließlich darüber nachdenkt, dass dies in 20 Jahren wahrscheinlich noch immer so sein wird, dann fragt er sich: War es das schon, mein Leben? Lasse ich mich auf diese sinn- und hoffnungslose Lage ein? Oder versuche ich es anderswo? Dies ist eine Situation, in der insbesondere junge Männer sich auf den Weg machen. Frauen mit Kindern sind vorsichtiger, sie gehen erst dann, wenn eine Aussicht besteht, dass das Vorhaben weitgehend sicher ist. Wenn sie es einrichten können, werden sie eher versuchen, jemanden vorzuschicken, der den Weg sondiert. Erst dann, wenn sie das Gefühl haben, dass die Lage einigermaßen überschaubar ist, werden auch sie sich auf den Weg machen.

13 Mittlerweile Dublin III. Danach muss der Staat, in den der Asylbewerber nachweislich zuerst eingereist ist, das Asylverfahren durchführen.

14 <http://germany.iom.int>

15 Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen:  
<http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/>

16 Schaap, Fritz: Diese Männer werden wahrscheinlich sterben. In: Die Zeit, 34/ 2016:  
<http://www.zeit.de/2016/34/niger-fluechtlingsroute-menschenschmuggel-westafrika>

17 „Zum ersten Mal wird die Staatengemeinschaft die Themen Flucht und Migration in einem gemeinsamen Rahmen diskutieren. Der Erfolg des Gipfels wird daran bemessen werden, ob es gelingt, das Prinzip der Verantwortungsteilung in Flüchtlingskrisen verbindlich zu machen und die Grundlage für eine rechtsbasierte Steuerung von Migration zu legen.“ Stiftung Wissenschaft und Politik: Der erste Gipfel der Vereinten Nationen zu großen Wanderungsbewegungen. SWP-Aktuell, Juli 2016: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A49\\_adt\\_koh.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A49_adt_koh.pdf)

18 Thomas Straubhaar, Klaus Bade: Migrationspolitik in Theorie und Praxis: Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte der Wanderung. Die Migrationsbewegungen der Gegenwart bestätigen diese Binsenwahrheit. Migration ist grundsätzlich wohlstandsfördernd. Allerdings haben Herkunfts- und Zielländer unterschiedliche Interessen. Eine internationale Organisation könnte die erforderliche internationale Zusammenarbeit koordinieren und das Instrument Migrationssteuer zu einem Interessensausgleich einsetzen

19 Die folgenden Gedanken entstammen einem bisher unveröffentlichten Interview von Bert Beyers mit Franz Josef Radermacher.

.....

Natürlich reisen in erster Linie diejenigen, die über Geld und Informationen verfügen. Oft wird zusammengelegt, damit ein Familienmitglied sich auf den Weg machen kann. Wenn in Folge eines wirtschaftlichen Aufschwungs mehr Geld im Land sein sollte, kann dies die Anzahl derjenigen, die sich auf dem Weg machen, sogar noch erhöhen. So, wie verbesserte Ausbildung zu einer kritischeren Haltung von Menschen führen kann. Aber das spricht nicht gegen wirtschaftlichen Aufschwung bzw. gegen eine bessere Ausbildung. Vielmehr ist ein Aufschwung konsequent so zu gestalten, dass die Menschen zum Schluss gerne bleiben wo sie sind, weil es dort gut ist und sie vor Ort eine Perspektive haben.

Wenn man nun noch einbezieht, dass die afrikanische Bevölkerung sich nach UN-Berechnungen bis 2050 auf über zwei Milliarden (von dann weltweit zehn Milliarden) Menschen verdoppeln wird, und bis 2100 vielleicht sogar auf über vier Milliarden Menschen (von dann weltweit etwa zwölf Milliarden) vervierfachen könnte – dann wird das Potenzial der Hoffnungslosigkeit unter Beibehaltung des Status quo deutlich.<sup>20</sup> In Umrissen wird das drohende Ausmaß der Süd-Nord-Wanderung des 21. Jahrhunderts deutlich, wenn es nicht gelingt, die gegenwärtigen Trends umzukehren.

## Das Römische Reich

Vom 21. Jahrhundert aus begeben wir uns erst einmal zwei Jahrtausende zurück – in der Absicht, die historischen Dimensionen und Wechselbeziehungen der Kulturen rund um das Mittelmeer besser zu verstehen.

Ein interessanter Anknüpfungspunkt ist das Römische Reich. Seine größte Ausdehnung hatte es unter Kaiser Trajan im Jahr 117 – von der Grenze zu Caledonia (Schottland) im Nord-Westen bis nach Ägypten im Süd-Osten, das als die Kornkammer des Reiches galt. Von dort aus erstreckte es sich entlang der Nordküste Afrikas bis nach Mauretanien und zur Meerenge von Gibraltar. An der Nordküste des Mittelmeeres gehörte die gesamte Iberische Halbinsel zum Imperium Romanum, natürlich Italien, Griechenland und schließlich an der Ostküste die heutige Türkei, Syrien und Judäa, wo sich heute der Staat Israel und mittlerweile die Palästinenser ohne eigenen Staat befinden. Damit war das Mare Nostrum vollkommen umschlossen.

### Das Mittelmeer war ein Binnenmeer des Römischen Reiches

Menschen aus den besetzten Gebieten (dem Barbaricum) waren den Römern willkommen – als Arbeitskräfte oder Soldaten. Eine fatale Entscheidung fällt Kaiser Valens, als er die Goten im Jahr 376 über die Donau in das Imperium eindringen ließ.<sup>21</sup> Auch Valens wollte kostengünstig Soldaten gewinnen. Aber die Dinge entfalteten ihre eigene Dynamik und gerieten mehr und mehr außer Kontrolle.

Die Goten waren selber von den Hunnen, die aus Asien gekommen waren, vertrieben worden. Hunnen, Goten, Alemannen, Franken, Sachsen und Burgunder setzten sich in Richtung Westen und Süden in Bewegung, jedoch nicht als eine durchgängige „Völkerwanderung“, wie das Wort suggeriert. Bei genauerer Betrachtung handelte es sich um eine ungeordnete Abfolge von einzelnen Wanderungen und Kriegszügen. Ausgelöst wurden sie durch Bevölkerungszuwachs und damit Landnot bei den „Barbaren“, aber auch durch Eroberungs- und Kriegslust. Zerbrochen ist das Römische Reich durch innere Auszehrung, auch infolge einer schwachen technologisch-energetischen Basis, und letztlich durch Migration von außen.

## Der frühe Islam

Eine verbreitete Definition lautet: „Araber ist, wer Arabisch spricht“.<sup>22</sup> Heute tun dies etwa 300 Millionen Menschen, von Nordafrika bis nach Vorderasien.<sup>23</sup> Mittlerweile stellen die Bewohner der Arabischen Halbinsel weltweit nur noch eine Minderheit im arabischen Kulturkreis. Die Verbreitung der Sprache geht auf den Siegeszug des Islam zurück. Bis heute gilt, dass die göttliche Offenbarung im Koran nur in der arabischen Sprache ihren adäquaten Ausdruck findet.

<sup>20</sup> Department of Economic and Social Affairs (United Nations): World Population Prospects. The 2015 Revision. New York 2015

<sup>21</sup> Meier, Mischa: Die „Völkerwanderung“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 26-27/ 2016, S. 3ff.

<sup>22</sup> Halm, Heinz: Die Araber. Von der vorislamischen Zeit bis zur Gegenwart. München 2010, S. 7. Die weitere Darstellung folgt im Wesentlichen den Ausführungen von Heinz Halm.

<sup>23</sup> Von den 300 Millionen arabisch sprechenden Menschen sind etwa 200 Millionen Muttersprachler. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/150407/umfrage/die-zehn-meistgesprochenen-sprachen-weltweit/>



Es war der Prophet Mohammed, der die Arabische Halbinsel in der Umma, der islamischen Gemeinschaft, geeint hat. Davor wurde die Gesellschaftsordnung vor allem durch Stämme, Unterstämme und Sippen geprägt, häufig waren sie wandernde Viehzüchter. Bereits während der Zeit, als der Prophet an der Spitze der Umma in Medina stand (622 – 632), entwickelten sich so etwas wie staatliche Strukturen: ein die Stämme übergreifendes System von Recht und Gesetz sowie die Anfänge eines Abgaben- und Steuersystems. Mit der islamischen Umma war neben dem oströmischen Reich und dem Persischen Reich nun ein dritter großer ‚Mitspieler‘ auf der politischen Bühne erschienen.

Nach dem Tod Mohammeds im Jahr 632 übernahmen seine Nachfolger, die Kalifen, die Führung. Bereits im zweiten Kalifenreich begann die militärische Expansion – beginnend mit der Eroberung des römisch-byzantinischen Palästina / Syrien, dann weiter nach Ägypten, die komplette nordafrikanische Küste entlang, bis zur Einnahme der Iberischen Halbinsel Anfang des 7. Jahrhunderts.

### Bald nach dem Tode Mohammeds (632) begann die militärische Expansion des Kalifenreichs

Die Ausbreitung erfolgte relativ schnell. Die Elite und die Kämpfer waren Muslime, eine Verbreitung des Islams mit „Feuer und Schwert“ war nicht ihre Absicht. Eine gewaltsame Bekehrung der Untertanen zum Islam ist nicht belegt. Vielmehr war die Schutzgarantie für Christen und Juden fester Bestandteil der islamischen Rechtsordnung. Besetzte Städte hatten allerdings einen Tribut zu leisten. Durch die Verträge erlangten Nicht-Muslime den Status von Schutzbefohlenen.<sup>24</sup> Außerdem machten die arabischen Kämpfer Beute, wovon ein Fünftel nach altem Brauch dem Kalifen zufiel. Das expansive System entfaltete seine eigene „Logik“. Es brauchte immer mehr nicht-muslimische Steuerzahler, um eine immer größere Anzahl muslimischer Kämpfer zu unterhalten: So gingen die Eroberungen weiter. Kurz, die Ausbreitung des Islam in das vormalige Römische Reich war in erster Linie ein gutes Geschäft.

### Die Kreuzzüge

Es war der 15. Juli 1099, als die europäischen Heere des ersten Kreuzzugs Jerusalem eroberten, Muslime wie Juden töteten und ein Blutbad anrichteten.<sup>25</sup> Wenige Jahre zuvor hatte Papst Urban II. eine Rede gehalten, in der er die Verwüstungen der heiligen Stätten durch die islamischen Seldschuken beklagte und die europäische Ritterschaft aufrief, den Brüdern im Osten zu helfen.

Es wurde ein blutiges Hin und Her. Auf einem der weiteren Kreuzzüge verunglückte Kaiser Friedrich Barbarossa und ertrank 1190 im Fluss Salef. Die Führer der englischen und französischen Heere verstrickten sich in Machtkämpfe. Jerusalem geriet wieder in der Hand der ansässigen Bevölkerung. Die Aktionen wurden endgültig ad absurdum geführt, als die Handelsmetropole Venedig den vierten Kreuzzug (1202 – 1204) in die byzantinische Hauptstadt Konstantinopel umleitete. Die Heere plünderten die Stadt, die Beute ging postwendend an den Auftraggeber. In Venedig war man zufrieden, hatte man doch einen Handelskonkurrenten im östlichen Mittelmeer ausgeschaltet.

### Die Kreuzzüge waren Eroberungszüge

### Mittelalter und frühe Neuzeit

Zur Zeit der Kreuzzüge kam es in Europa zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung. An vielen Orten, etwa in Frankreich, im Rheinland und in Prag, wurden tausende Juden ermordet und vertrieben. Die Verfolgung und Aus-

<sup>24</sup> „Unter solchen Bedingungen kapitulierten Damaskus 635, Jerusalem 638, Caesarea in Palästina und 642 auch Alexandria, wodurch ganz Ägypten unter arabisch-islamische Herrschaft kam.“ Ebd. S. 28

<sup>25</sup> „Als aber unsere Pilger die Stadt betraten, verfolgten und töteten sie die Sarazenen bis zum Tempel Salomos, wo diese sich versammelt und den Unseren den ganzen Tag über einen sehr großen Kampf lieferten, sodass ihr Blut durch den ganzen Tempel floss. Als sie die Heiden endlich überwunden hatten, ergriffen die Unseren genug Männer und Frauen im Tempel und töteten und ließen am Leben, wie es ihnen beliebte. Auf dem Dach des Tempels Salomon hatte sich eine große Anzahl von Heiden beiderlei Geschlechts versammelt. Am Morgen danach stiegen die Unseren vorsichtig auf das Dach des Tempels, überfielen die Sarazenen, Männer und Frauen, und enthaupteten sie mit blanken Schwertern; andere aber stürzten sich vom Tempel.“ Bericht eines Augenzeugen. Zitiert nach: Thorau, Peter: Die Kreuzzüge. München 2012, S. 6

.....

weisung der Juden, nicht nur in Europa, sondern auch in Palästina, ist eines der bekanntesten Beispiele für erzwungene Migration aus religiösen Gründen. Dazu zählt auch die Vertreibung der Sepharden, also der Juden, die auf der Iberischen Halbinsel lebten.<sup>26</sup> Im Laufe der Reconquista, der Rückeroberung des heutigen Spaniens und Portugals durch christliche Fürsten, fiel Granada 1492 als letztes Kalifat auf der Iberischen Halbinsel.

Im selben Jahr, als Christoph Columbus Amerika „entdeckte“, erließen Isabella von Kastilien und ihr Ehemann Ferdinand von Aragon das sogenannte Alhambraedikt, das allen Juden, die in ihrem Herrschaftsgebiet lebten, vorschrieb, zum christlichen Glauben zu konvertieren – oder zu emigrieren. Etwa 150.000 Sepharden verließen daraufhin spanisches Territorium und siedelten sich in Portugal, Nordafrika und dem östlichen Mittelmeerraum an. Nach 1492 streckten die Spanier ihre Hand nach der nordafrikanischen Küste aus. Dort trafen sie aber auf einen ebenbürtigen Gegner: das ebenfalls expandierende Reich der Osmanen.

Die türkische Sippe Osman war bereits seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts von ihrem Fürstentum im Nordwesten Kleinasiens auf dem Vormarsch. Mit der Eroberung des byzantinischen Konstantinopel 1453 legte sie dann den Grundstein für das Osmanische Reich.<sup>27</sup>

Über vier Jahrhunderte sollte die osmanisch-türkische Herrschaft im arabischen Raum andauern. Von Konstantinopel aus (das fortan Istanbul hieß) herrschten die Sultane über Syrien, Palästina, den Irak, Jemen und Ägypten (1517). Starke Gouverneure (Paschas), Finanzbeamte und Richter, gestützt auf Garnisonstruppen, setzten Recht und Steuergesetze durch. Vor allem die Janitscharen, auf dem Balkan zwangsrekrutierte Christen, waren ein entscheidender Machtfaktor.

An der nordafrikanischen Küste gab es während dieser Zeit ein Tauziehen zwischen spanisch-portugiesischen Kräften einerseits und osmanischem Einfluss andererseits. Der spanische König Philipp II. gab den Kampf schließlich auf, 1581 wurde ein Waffenstillstand geschlossen und damit die muslimische Herrschaft über Nordafrika für lange Zeit besiegelt.

### Europäische Vorherrschaft

Weit verbreitet ist eine historische Auffassung, wonach die arabische Welt im späten Mittelalter und der frühen Neuzeit einen Bruch ihrer Entwicklung hinnehmen musste. Die Muslime hätten bestimmte Entwicklungen „versäumt“: die Reformation, die Aufklärung und später die industrielle Revolution. So seien sie „zurückgefallen“ und später dem kolonialen Zugriff Europas ausgesetzt gewesen.

### Mit dem Zeitalter der Entdeckungsreisen begann eine beispiellose Dominanz Europas über die Welt

Zweifellos hat mit dem Zeitalter der Entdeckungsreisen und dem spanischen, portugiesischen und niederländischen Kolonialismus, eine beispiellose europäische Dominanz eingesetzt. In diesem Zusammenhang kann man die Kreuzzüge durchaus als „Vorspiel dieser Entwicklung“ interpretieren.<sup>28</sup> Es war die Zeit, in der Westeuropa erstmals versuchte, seine demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme außerhalb Europas zu lösen.

Mit dem Frühkapitalismus in Oberitalien ging die wissenschaftliche Revolution der Renaissance einher. Sie mündete schließlich in der industriellen Revolution. Als im England des 18. Jahrhunderts eine Maschine erfunden wurde, die die Wärmeenergie der Kohle zur Förderung desselben Rohstoffs in mechanische Energie verwandeln konnte, war ein völlig neues technisches System geboren. Die Dampfmaschine ermöglichte eine effizientere Förderung von Kohle, die wiederum den Brennstoff der Maschine und darüber hinaus einen Überschuss an nutzbarer Energie lieferte. Durch die üppige Energiebasis konnte Stahl nicht nur in seiner Qualität verbessert, sondern in bis dahin nicht vorstellbaren Mengen hergestellt werden. Der große Bereich der Mechanik, einschließlich des Maschinenbaus, erlebte eine Blüte. Der gesteigerte Warenaustausch machte ein leistungsfähigeres Transportsystem notwendig. Dabei spielte bald die Eisenbahn eine wichtige Rolle, die mehr Ressourcen herbeischaffen konnte und den Handel belebte. Alles in allem war ein überaus erfolgreiches, sich selbst perpetuierendes, wachstumsintensives System geboren.

26 Lachenicht, Susanne: Religion und Flucht im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 26-27/2016, S. 10 - 17

27 Halm, Heinz: Die Araber. Von der vorislamischen Zeit bis zur Gegenwart. München 2010, S. 76 ff.

28 Halm, Heinz: Die Araber. Von der vorislamischen Zeit bis zur Gegenwart. München 2010, S. 76



Die industrielle und marktorientierte Produktionsweise, wie sie in England begründet wurde, ist schließlich zum globalen ökonomischen Muster geworden, bis heute. Die ungeheure Dynamik dieses Systems hat nicht nur die arabisch-osmanische Kultur überflügelt, sondern auch den indischen Subkontinent, Südost- und Ostasien, von den beiden Americas ganz zu schweigen. Der fruchtbare Halbmond kam mehr und mehr unter europäische Kontrolle. Ägypten beispielsweise war durch den Bau des Suezkanals (1859 - 1869) hoffnungslos überschuldet. Englische und französische Finanzkontrolleure wurden eingesetzt - und übernahmen Schlüsselpositionen in der Regierung.

Bis zum Ersten Weltkrieg haben die europäischen Mächte England, Frankreich, Österreich und Deutschland das Osmanische Reich in seiner Existenz nicht infrage gestellt. Ein entscheidender machtpolitischer Gesichtspunkt war, Russland den Griff nach Istanbul und zum Balkan zu verwehren. Die Rücksicht hörte nach dem Ersten Weltkrieg allerdings auf. Die Herrschaft der Osmanen war fortan Geschichte. Die westlichen Kolonialmächte zogen fast nach Belieben Staatsgrenzen auf der Arabischen Halbinsel und in Nordafrika. Viele Ressentiments gegen den Westen sind bis heute die Folge dieser primär an eigenen Interessen und auf Dominanz ausgerichteten Politik.

### Iran und Irak

Ein weiterer Krisenherd schwelt seit langem zwischen Iran und Irak, wobei der Iran mit der Anknüpfung an Persien auf eine lange und stolze Vergangenheit zurückblickt. Als der Schah 1979 gestürzt wurde und Ayatollah Khomeini die „Islamische Republik“ ausrief, verlor der Westen einen wichtigen Verbündeten und Öllieferanten.<sup>29</sup> Die sunnitisch geprägte Baath-Partei, geführt von Saddam Hussein, fürchtete ein Überschwappen der Revolution. Der Irak war ohnehin ein künstliches Gebilde. Bei dessen Zuschnitt hatten die europäischen Mächte nach dem Zweiten Weltkrieg keine Rücksicht auf ethnische und religiöse Gruppen genommen.<sup>30</sup> Die Folge waren innerstaatliche und außenpolitische Streitigkeiten. Im September 1980 griff der Irak den Iran an. Es folgte ein achtjähriger Stellungs-krieg - am Ende blieben die Grenzen im Wesentlichen wie sie vorher waren. Es war die Zeit des Kalten Kriegs, und die beiden Supermächte unterstützten die kriegführenden Parteien mit Waffen. Die Kampfhandlungen machten viele tausend Menschen zu Flüchtlingen, vor allem im Iran. In den 1980ern entwickelte der Mittlere Osten sich zu einer der größten Flüchtlingsregionen weltweit.<sup>31</sup> Die Verhältnisse kommen seitdem nicht mehr zur Ruhe.

### Die MENA-Region heute

Die angesprochenen Entwicklungen und Konfliktherde geben nur einen Ausschnitt der Geschichte der MENA-Region wieder. Für viele weitere Details sei erneut auf den aktuellen Bericht des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zum Thema verwiesen. Die Region umfasst 19 Staaten, von Marokko bis Oman, von Katar bis Jemen, die - wie erwähnt - mit Ausnahme Israels alle muslimisch geprägt sind und dem arabischen Kulturraum angehören.<sup>32</sup> Damit sind die Gemeinsamkeiten der Länder jedoch bereits fast erschöpft. Tatsächlich ist die Region von starken Kontrasten geprägt: auf der einen Seite wohlhabende und rohstoffreiche Staaten wie Saudi-Arabien und Katar. Dubai ist nicht nur ein internationales Luftfahrtkreuz mit angeschlossenem Einkaufszentrum, sondern der Inbegriff von Luxus in der Wüste. Um diesen Wohlstand zu erreichen, hat Dubai derart viele Einwanderer ins Land geholt, dass sie heute 95 Prozent der Bevölkerung stellen. Viele davon sind Arbeitsmigranten, meist aus Indien und Asien, ohne jegliche politischen Rechte. Auf der anderen Seite ist unter dem Akronym MENA auch der Jemen subsummiert, eines der ärmsten Länder weltweit, mit hoher Geburtenrate und enormen Wasser-Problemen - ein Land, das in jüngster Zeit ebenfalls zu den failed states gerechnet werden muss, und das von Bürgerkrieg und Stellvertreterkrieg heimgesucht wird. Weitere Krisenstaaten wurden bereits genannt - Libyen, Irak und Syrien - und das sind noch nicht alle. Es gibt aber auch stabile Länder in der Region, dazu zählen beispielweise Marokko oder der prosperierende Oman.

29 Bresselau von Bressendorf, Agnes: Das globale Flüchtlingsregime im Nahen und Mittleren Osten in den 1970er und 1980er Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 26-27/ 2016, S. 30 - 39

30 Hervorgegangen ist der Irak aus der Konkursmasse des osmanischen Vielvölkerstaats. Die Grenzen des Irak wurden bereits 1916 im geheimen Sykes-Picot-Abkommen zwischen Paris und London festgelegt. „Innerhalb seiner willkürlich gezogenen Grenzen lebten drei ethnisch und konfessionell unterschiedliche und untereinander verfeindete Volksgruppen. Wie bereits in der osmanischen Ära übte eine sunnitisch-arabische Minderheit von etwa 20 Prozent die Macht aus. Demgegenüber waren die Kurden (20 Prozent) und arabischen Schiiten (60 Prozent) politisch unterdrückt und wirtschaftlich benachteiligt. Die Machtkonflikte zwischen Sunniten und Schiiten bildeten seit der Staatsgründung ebenso eine Konstante wie die immer wieder aufflackernden Rebellionen der nach Unabhängigkeit strebenden Kurden.“ Buchta, Wilfried: Iraks Zerfall und der Aufstieg des IS. Zwei Seiten einer Medaille. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 8 /2016, S. 24

31 Erwähnt sei an dieser Stelle auch der Kurdenkonflikt, der bis heute zu Instabilität und grenzüberschreitenden Konflikten zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak führt.

32 Eine verbindliche Definition der MENA-Region gibt es nicht. In manchen Darstellungen wird die Türkei hinzugerechnet, in anderen nicht - so auch im vorliegenden Dokument.

---

## Die MENA-Region steht vor größten Herausforderungen

Die MENA-Region ist geprägt von den Folgen des Kalten Krieges, von willkürlichen Grenzziehungen am Ausgang der Kolonialzeit. Der Kampf um Öl und der Kampf um Wasser sind ebenfalls Realität. Hinzukommen innerarabische Auseinandersetzungen. Erinnert sei an die Gründung der Arabischen Liga nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>33</sup> Heute ist sie, auch aufgrund disparater Interessen der Mitglieder, nur noch ein Schatten ihrer selbst. Um die Liste der Probleme zu komplettieren: Innerreligiöse Konflikte gehen mit tradierten Machtstrukturen einher, Konflikte wie die zwischen Schiiten und Sunniten schwelen seit Jahrhunderten – und brechen immer wieder auf. Schlechte Regierungsführung und Korruption tun ihr Übriges. Die staatlichen Strukturen sind zum Teil extrem schwach. Im Jemen beispielsweise reichte die Macht des korrupten Ex-Präsidenten Ali Abdullah Salih immer nur wenige Kilometer ins Umland der Hauptstadt Sanna.<sup>34</sup> Darüber hinaus galt und gilt das Recht von Stämmen und Clans. Nicht zuletzt wurden Teile der MENA-Region in den vergangenen Jahren immer wieder von äußerst brutalen Terrororganisationen heimgesucht.

### Problemursachen in der MENA-Region

Was sind die tieferen Ursachen von Frustration und Unzufriedenheit in der Region? Und wodurch wird die gesellschaftliche Entwicklung blockiert?<sup>35</sup> In den 19 MENA-Staaten leben derzeit etwa 370 Millionen Menschen. Bis zum Jahr 2030 dürften es fast 100 Millionen mehr sein, so die Annahmen der Demographen. In 15 Jahren wird es etwa 28 Millionen zusätzliche Ägypter geben, die Bevölkerung in Algerien nimmt um zehn Millionen zu und die der Jemeniten um rund neun Millionen.

## In den MENA-Staaten wächst die Zahl der Menschen im Erwerbsalter bisher deutlich schneller als die Zahl der Arbeitsplätze

So unterschiedlich die MENA-Staaten auch sind, überall wächst die Zahl der Menschen im Erwerbsalter schneller als die der Arbeitsplätze (youth bulge). Viele junge Menschen finden keine Jobs, allenfalls schlecht bezahlte im Dienstleistungssektor, ohne soziale Absicherung, etwa als Obstverkäufer. Das Problem ist nicht neu, es hat sich bereits über Jahre aufgebaut. Nirgendwo auf der Welt ist die Jugendarbeitslosigkeit so hoch und die Anzahl der Frauen unter den Beschäftigten so niedrig wie in der MENA-Region. Kurz, die Entwicklung der Wirtschaft hält mit der Bevölkerungsentwicklung nicht Schritt.

Außerdem unterhalten viele MENA-Staaten einen teuren und unproduktiven öffentlichen Sektor. Die Ausgaben für Militär gehören (in Relation zum BIP) tendenziell zu den höchsten der Welt. Der derzeit niedrige Ölpreis setzt mittlerweile auch reiche (Öl-)Staaten unter Druck. Hohe Wasser- und Nahrungsmittelpreise, die teilweise eine Folge einer zunehmenden Wasserknappheit sind, machen den armen Teilen der Bevölkerung zu schaffen. Durch Bevölkerungswachstum und Klimawandel spitzt sich die Lage weiter zu.

Bildung ist in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern der Schlüssel zum Erfolg. Aber offenbar funktioniert dieser Ansatz in den MENA-Staaten nicht, zumindest bisher nicht. Wissenschaftler nennen hierfür mehrere Gründe: Kinder gehen zwar zur Schule, aber sie lernen zu wenig Mathematik, ihre Problemlösungs-Kompetenz ist schwach; Fremdsprachen, die einen Austausch mit anderen Ländern und Ökonomien ermöglichen, werden zu wenig gelehrt.<sup>36</sup> Viele, gerade besser Ausgebildete, drängen in den vermeintlich sicheren Staatsdienst. Ein privates Unternehmertum, das auf höherwertige Produkte und Dienstleistungen setzt, um sich letztlich dem Weltmarkt zu

33 „Zweck des Paktes war die Zusammenarbeit der arabischen Länder auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet. Er verpflichtet alle Mitglieder zu einer Außenpolitik, die nicht gegen die Interessen der anderen Mitglieder gerichtet sein durfte, und bekräftigte das Recht der Araber auf Palästina.“ Halm, Heinz: Die Araber. Von der vorislamischen Zeit bis zur Gegenwart. München 2010, S. 109

34 Im bitterarmen Jemen hat Salih nach UN-Angaben 60 Milliarden Euro beiseite geschafft und vor den Ermittlern in Sicherheit gebracht. Jemens Ex-Präsident bereicherte sich um Milliardensummen. Zeit-Online 24.03.2015. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-02/jemen-ali-abdullah-salih-vermoegen-reichtum>

35 Die folgende Darstellung orientiert sich an der Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung: Krisenregion MENA. Wie demographische Veränderungen die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika beeinflussen und was das für Europa bedeutet. Berlin 2016. <http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/krisenregion-mena.html>

36 Ebd. S. 8 f.



stellen, ist in den MENA-Staaten kaum vorhanden. Die große Ausnahme ist einmal mehr Israel. Schließlich haben Frauen, selbst wenn sie gut ausgebildet sind, auf dem Arbeitsmarkt nur wenige Chancen. Nicht einmal jede dritte Frau im Alter zwischen 25 und 34 Jahren ist berufstätig oder sucht einen Job. Damit geht den Ländern ein erhebliches Potenzial verloren.

Folgt man dieser Analyse, ist klar, was zu tun wäre. Das Bildungsniveau sollte mit modernen Lehrplänen und -methoden angehoben werden. Die jungen Menschen müssen fit gemacht werden, um selber wirtschaftlich tätig zu sein. Vor allem braucht es ein neues, wettbewerbsfähiges Unternehmertum. Denn Bildung hilft nicht wirklich weiter, wenn es keine auskömmliche Beschäftigungsmöglichkeit gibt. Im Gegenteil: oftmals sind dann Wut und Frust und Unzufriedenheit höher als vorher. Jobs sind dabei von zentraler Bedeutung. Dabei gilt es, den Frauen mehr Rechte auf allen Ebenen des öffentlichen und Berufslebens zu geben, was aber teilweise auf massive kulturelle Ablehnung trifft.

An der Meerenge von Gibraltar trennen nur wenige Kilometer die Europäische Union und die MENA-Region. Die sozialen, wirtschaftlichen und historischen Verbindungen über das Mittelmeer hinweg sind eng. Es ist also kein Wunder, dass für viele, insbesondere junge Menschen das Ziel ihrer Träume und Hoffnungen Europa ist.

### Grenzen der Migration und die Probleme Europas

Wenn nur wenige hunderttausend Flüchtlinge an den griechischen oder italienischen Küsten auftauchen, befindet sich Europa in der Krise.<sup>37</sup> Wenige Millionen Menschen sind für einen Kontinent mit rund 500 Millionen Einwohnern zunächst nicht sehr viel. Die Nachbarländer von Syrien haben prozentual deutlich mehr Flüchtlinge aufgenommen. Warum ist es dort nicht zu politischen Krisen gekommen? Und warum reagiert das reiche Europa so empfindlich, wenn vergleichsweise wenige Menschen vor seinen Türen stehen?

Möglicherweise wäre das Problem geringer, wenn wir als Deutsche Menschen in Not aus direkten Nachbarländern aufnehmen sollten, etwa Niederländer, Skandinavier oder Franzosen. Wir würden sie wohl besser verstehen als Menschen aus dem arabischen Kulturkreis, weil sie ähnlich denken und fühlen wie wir. Kurz, wir hätten weniger Probleme mit dem Fremdsein. Obwohl auch (und gerade) Nachbarn erhebliche Konflikte miteinander haben können.

**Reichen Gesellschaften fällt es schwer, relativ viele Menschen aus ärmeren Teilen der Welt aufzunehmen. Nur in geordneten Prozessen mit erheblicher Vorselektion ist ein Zuwachs von vielleicht 1% der einheimischen Bevölkerung pro Jahr verkraftbar**

Es gibt weitere Gründe, warum es etwa in Jordanien relativ geräuschlos gelingt, syrische Flüchtlinge aufzunehmen, obwohl die Syrer in Lagern leben, die alles andere als angenehm sind. In Jordanien ist der Lebensstandard natürlich geringer als in entwickelten Ländern. Folglich können Flüchtlinge in diesem Land kaum mehr erwarten als ein Dach über dem Kopf, Nahrung und Wasser. In der Regel werden diese Grundbedürfnisse durch Spenden der internationalen Gemeinschaft abgedeckt. Im Kern zahlen die reichen Nationen dafür, dass die armen Nationen Menschen aufnehmen. Das ist übrigens in Afrika nicht anders. Im Inneren des Kontinents sind die größten Flüchtlingsströme der Welt unterwegs, viele Millionen Menschen. Häufig müssen die Vereinten Nationen die Auffanglager in den Nachbarstaaten organisieren.

### Dramatische Unterfinanzierung der Flüchtlingshilfe

Dass die Flüchtlingswelle, die in den letzten Monaten in Richtung Europa rollt, in keiner Weise überraschend ist, verdeutlichen Zahlen über die erheblichen Finanzierungslücken im Bereich der Flüchtlingshilfe vor Ort in Ländern wie dem Libanon, Irak, Jordanien und Syrien selbst, mit denen die Vereinten Nationen in den letzten Jahren zu kämpfen haben. So war die humanitäre Hilfe im Libanon in 2014 nur zu 13% finanziert. Hilfsorganisationen mussten priorisieren und konnten nur noch den Schwächsten helfen. Nach einem Spendenaufruf der UN für 1,89 Milliarden US-Dollar gingen nur 242 Millionen ein.<sup>38</sup> In 2015 zwangen massive Finanzierungslücken das UN World

<sup>37</sup> Diese Textpassage geht auf eine bisher unveröffentlichte Publikation von Franz Josef Radermacher zurück.

<sup>38</sup> Vgl. <http://www.unhcr.de/home/artikel/ca73a01c25a3afac72cdc2960a339532/eine-million-syrische-fluechtlinge-im-libanon-1.html>

.....

Food Programme (WFP), die Notrationen für fast eine Million Flüchtlinge im Irak zu kürzen.<sup>39</sup> Genauso gestaltete sich die Lage in Jordanien. Die dringend benötigten freiwilligen Zahlungen der Staaten an den UNHCR blieben aus.<sup>40</sup> Aktuell ist die Lage in Syrien und im Irak besonders dramatisch: Im Irak ist der Humanitarian Response Plan finanziell nur zu gut 2/3 gedeckt. Noch schlimmer ist es in Syrien: Hier fehlen 62,7% der benötigten Finanzierung.<sup>41</sup> Dass die Menschen in einer hoffnungslosen Lage in Syrien und den direkten Anrainerstaaten keinen anderen Weg mehr sehen, als sich in Richtung Norden auf den Weg zu machen, sollte niemanden überraschen. Die erschreckende Unterfinanzierung schon auf der Ebene des absoluten Minimums sollte Weckruf genug sein, dass eine grundsätzliche Verbesserung der Situation nur unter Aufbringung erheblicher finanzieller Mittel gelingen kann.

Das alles sieht in reichen Ländern ganz anders aus, wenn sie Flüchtlinge aufnehmen. Nicht nur finanzieren sie die Bürokratie, die Unterbringung und Verpflegung der Neuankömmlinge. In den Sozialstaaten Europas, viel stärker als z.B. in den USA, werden auch Ausbildung, Gesundheit und Rente wesentlich über öffentliche Haushalte querfinanziert. Hier Menschen zu integrieren ist schwer, weil es teuer ist, und stößt rasch an Akzeptanzgrenzen, wenn nicht rasch eigene Beiträge der Neuankömmlinge geleistet werden. Erinnerung sei an dieser Stelle daran, dass die Kosten für die Betreuung eines nicht-begleiteten Jugendlichen bei uns bei etwa 5000 € pro Monat liegen.

Der tiefere Grund für die Schwierigkeiten bei der Aufnahme und Integration von Menschen aus armen Ländern sind aber weder Finanzierung noch Fremdheit, vielmehr ist es die komplexe Organisation entwickelter Länder und die Art und Weise, wie die Wirtschaft funktioniert. Genauer: die arbeitsteilige und systemische Schaffung von Wohlstand, die historisch eine ganze Reihe von Voraussetzungen hat. Das ist komplex, es verlangt das Einüben von Verhalten – eigentlich von Kindeszeit an – und vor allem sehr viel Disziplin und daraus resultierend eine bestimmte Art von Verhalten, über das die Menschen in der reichen Welt oftmals selber nicht glücklich sind – es geht einher mit einer zunehmenden Ökonomisierung des ganzen Lebens.

## Die Probleme der Integration erkennen und angehen

o gesehen ist es nicht einfach, wenn Menschen aus anderen Kulturkreisen mit anderen Mentalitäten, Hintergründen und Sprachen in entwickelten Ländern Fuß fassen wollen. Man versteht auch, warum dies häufig erst in der zweiten Generation gelingt. Zwar können auch Ägypter und Palästinenser in Deutschland Taxifahrer oder auch Taxiunternehmer werden, aber dafür müssen sie erst einmal unsere Sprache beherrschen und für die Taxiprüfung lernen und diese dann auch bestehen. Häufiger landen Migranten in deutlich schlechter bezahlten Jobs oder in der Schwarzarbeit. Der gut ausgebildete Arzt aus Syrien ist die Ausnahme.

All dies spricht nicht gegen Integration.<sup>42</sup> Aber es zeigt die Grenzen der Aufnahmefähigkeit von Industrieländern. Wo genau sie liegt, hängt von vielen Faktoren ab. In diesem Zusammenhang gibt es bereits viel historische Erfahrung. Sie zeigt: Wenn Zuwanderer erst einmal integriert sind, ergibt sich wieder Platz für weitere. Gelingt die Integration jedoch nicht, so entstehen Parallelgesellschaften. Dann sinkt die Aufnahmekapazität, weil die Probleme zunehmen. Dabei spielen die Auslandsgemeinden in den aufnehmenden Ländern eine ambivalente Rolle: Einerseits unterstützen sie die Neuankömmlinge und machen sie mit der neuen Umgebung vertraut, andererseits können sie aber auch die Integration in die Mehrheitsgesellschaft erschweren.<sup>43</sup>

Traditionelle Einwandererländer wie die USA, Kanada oder Australien haben daraus längst ihre Konsequenzen gezogen. Man definiert eine Anzahl von Zuwanderern, die man meint bewältigen zu können. Dann sucht man sich geeignete Menschen aus. Gesichtspunkte dabei sind der Arbeitsmarkt oder die Demographie der eigenen Bevölke-

39 Vgl. <http://de.wfp.org/neuigkeiten/pressemitteilungen/massive-finanzierungsluecken-im-irak-zwingen-wfp-rationen-zu-halbieren>

40 Vgl. <http://orf.at/stories/2295934/2295935/>

41 Vgl. <http://www.unocha.org/iraq> und <http://www.unocha.org/syria>

42 Ein guter Ratgeber in Sachen Integration ist und bleibt der mittlerweile verstorbene Rupert Neudeck. Er war selber „Schleuser“, als er mit seiner Cap Anamur Vietnamesen aus dem Meer zog und wider alle rechtlichen Bestimmungen nach Deutschland brachte. Neudeck hat noch im vergangenen Jahr die deutsche Integrationspolitik als „karitativ“ bezeichnet. Jemand, der nach Europa flieht und die Leistungen des deutschen Staates beansprucht, müsse dafür auch etwas geben. Deutschkurse seien keine Angebote, sondern Verpflichtungen, so der pragmatische Humanist. Neudeck war übrigens der Auffassung, dass der Nahe Osten irgendwann befriedet sein wird, das eigentliche Sorgenkind sei Afrika: „Das dicke Ende kommt noch.“ Deutschkurse sind Verpflichtungen für Flüchtlinge. In: Die Welt 21.09.2015 <http://www.welt.de/debatte/article146620426/Deutschkurse-sind-Verpflichtungen-fuer-Fluechtlinge.html>

43 Collier, Paul: Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen. München 2014, S. 53



Man achtet dabei darauf, dass die neuen Mitglieder die eigene Sprache sprechen und eine gute Ausbildung erhalten bzw. gleich mitbringen – als Voraussetzung dafür, einwandern zu dürfen, und zwar als Ergebnis eines entsprechenden Selektionsprogramms. Eine entscheidende Frage wird sein, ob dieses Grundmuster auf Europa mit seinen politischen und geographischen Gegebenheiten und seinen stärker ausgebauten Sozialsystemen übertragbar ist.<sup>44</sup>

Dabei kann Migration von armen in reiche Länder durchaus zu Win-Win-Situationen führen. Menschen, die migrieren, finanzieren durch „Rücküberweisungen“ in der Regel eine ganze Generation in ihrem Ursprungsland. Diese sogenannten *remittances* haben international eine große Bedeutung, ihr Volumen ist – je nach Schätzung – doppelt bis dreifach so hoch wie die Hilfe für internationale Entwicklungszusammenarbeit.<sup>45</sup> Aber auch die Aufnahmeländer können von den Neuankömmlingen profitieren. Deutschland beispielsweise hat eine äußerst ungünstige demographische Situation. Mittelständische Hotel- oder Gastronomiebetriebe beispielsweise suchen händeringend Arbeitskräfte. Darunter sind viele Betriebe, die bereits in dritter oder vierter Generation geführt werden, und die ihr Unternehmen nicht mehr weiterführen können, wenn sie nicht neue, leistungsfähige Mitarbeiter finden. Junge Menschen aus anderen Ländern sind dort also willkommen.

Migration ist ein Thema, das von vielen Emotionen, Vorurteilen und Ressentiments begleitet wird. Die Frage lautet dabei aber nicht: Ist Migration gut oder schlecht?<sup>46</sup> Sie lautet eher: Wie viel Migration macht Sinn und ist den Möglichkeiten angemessen und wie soll sie gestaltet werden? Die nachfolgenden Hinweise von Thomas Straubhaar unterstreichen diese Sichtweise.

### Rücküberweisungen – Wichtige Finanzierungsquelle für Developing Economies

Autor: Thomas Straubhaar<sup>47</sup>

Immer stärker setzt sich die Erkenntnis durch, dass bei der Migrationspolitik Symptombekämpfung in den Aufnahmeregionen durch Ursachenbekämpfung in den Herkunftsregionen zu ersetzen ist. Nicht die Folgen, sondern die Gründe einer Massenmigration gilt es abzumindern. So, dass Menschen wieder in ihrer Heimat eine Zukunftsperspektive erkennen und lieber bleiben wollen als unter hohen Gefahren und Risiken in andere Teile der Welt zu flüchten.

Ohne Zweifel sind Armut, Massenelement und ökonomische Rückständigkeit wesentliche Faktoren, die Abwanderung und Fluchtbewegungen fördern. Rücküberweisungen (Remittances) früher ausgewanderter Familienangehöriger stellen eine immer wichtigere Finanzquelle in vielen Gesellschaften Afrikas, Asiens und Lateinamerikas dar. In einer Vielzahl von Ländern sind sie sogar zum wichtigsten, stabilsten und mit Blick auf die positiven ökonomischen Folgeeffekte wirkungsvollsten nachhaltigen Kapitalzufluss geworden.

Nach Daten der Weltbank floss 2015 insgesamt rund eine halbe Billion US-\$ Rücküberweisungen in die Developing Economies (World Bank 2016a, S.4). Etwa die Hälfte davon (rund 245 Milliarden US-\$) gingen nach Südostasien, knapp 70 Milliarden US-\$ nach Lateinamerika, 50 Milliarden US-Dollar in den Nahen Osten und Nordafrika und 35 Milliarden US-\$ nach Afrika südlich der Sahara. Nach Indien flossen die meisten Rücküberweisungen – nämlich rund 70 Milliarden US-\$, gefolgt von China (64 Milliarden US-\$) und den Philippinen (28 Milliarden US-Dollar). Für andere, vor allem kleinere, Developing Economies erreichte das Volumen der Rücküberweisungen gemessen am BIP beträchtliche Bedeutung. Es lag für Tonga bei 27% des BIP, für Samoa bei 18% und für die Marshall Islands bei 14%. Aber selbst für die Philippinen machte der Zufluss der Rücküberweisungen fast 10% des BIP aus, in Mikronesien waren es rund 7% des BIP und in Vietnam über 6% des BIP.

Vor allem aber war in den letzten Jahren der Fluss der Rücküberweisungen wesentlich stabiler als andere Finanzierungsquellen. Er lag nicht nur um etwa den Faktor 3 und damit deutlich höher als die „Official Development

<sup>44</sup> Die Tatsache, dass es in Deutschland bislang kein Einwanderungsgesetz gibt, und dass der übergroße Teil der Zuwanderung im Rahmen der Asylgesetzgebung stattfindet, ist ein Indiz dafür, wie groß die politischen Hemmnisse der Diskussion sind.

<sup>45</sup> Laut Weltbank lagen die *remittances* im Jahr 2015 bei rund 430 Milliarden US-Dollar. <http://pubdocs.worldbank.org/en/661301460400427908/MigrationandDevelopmentBrief26.pdf>

<sup>46</sup> „Sie zu stellen ist ungefähr so sinnvoll, wie zu fragen, ob zu essen gut oder schlecht sei. In beiden Fällen geht es nicht um gut oder schlecht, sondern darum, wie viel am besten ist.“ Collier, Paul: Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen. München 2014, S. 32

<sup>47</sup> Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

Assistance“ (ODA), sondern verlief auch wesentlich stetiger als die Direktinvestitionen, die Portfolioinvestitionen und die Käufe heimischer Staatsanleihen durch ausländische Investoren. Damit waren sie besser planbar und erforderten weniger Risikovorsorge.

Aus Sicht europäischer Aufnahmeländer ließe sich die Integration geeigneter Wanderungswilliger wesentlich strategischer planen und steuern. Damit ließe sich der positive Impuls auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigungssituation in den Herkunftsregionen beträchtlich steigern.

Eine Reihe von Ansatzpunkten sind verbesserungsfähig:

- Transaktionskosten für Rücküberweisungen weiter absenken
- Die starke Bindung von Migranten an ihre Herkunftsländer weiter fördern
- Die makroökonomischen Entwicklungseffekte von Rücküberweisungen weiter stärken
- Wie kann erreicht werden, dass mehr Rücküberweisungen investiert werden, z.B. mit Blick auf die Absicherung eigener Lebensrisiken

An allen diesen Stellen ist viel zu tun, auch in Richtung flankierender Maßnahmen der Politik. Das ist ein Thema, das es in einem Marshall-Plan mit Afrika und Teilen der MENA-Region besonders zu adressieren gilt.

## Ausblick

Die zunehmenden Wanderbewegungen international und auch die Binnenflucht stellen die Weltgemeinschaft vor wachsende Probleme, auf die sie nicht eingestellt ist, schon gar nicht finanziell. Dabei hat sich vor der europäischen Haustür eine besonders kritische Situation aufgebaut. Die MENA-Region wird derzeit nicht nur von fürchterlichen Kriegen heimgesucht, viele Staaten gelten als gescheitert, namentlich der Irak, Syrien, der Jemen und Libyen. Konflikte sind ungelöst, teils seit Jahrzehnten. An der Palästinafrage haben sich bereits viele Politiker und Diplomaten die Zähne ausgebissen. Als zentrales Problem der Entwicklung in fast allen MENA-Ländern gilt der *youth bulge*. Der Mangel an Jobs führt bei der Jugend zu Frustration und Perspektivlosigkeit – wie der Arabische Frühling gezeigt hat. Der demographische Übergang, den Gesellschaften durchlaufen, wenn sie sich entwickeln, will einfach nicht gelingen.<sup>48</sup>

Die nordafrikanischen Staaten haben in ihrer Brückenfunktion zum übrigen Afrika mit seiner explodierenden Bevölkerung eine besondere Rolle. Der Klimawandel wird die kritische Lage weiter verschärfen. Für Europa stellt sich Frage, wie unser Kontinent mit dieser Region zusammenarbeiten sollte – nicht allein aus historischen oder geographischen Gründen oder aus Verantwortung, sondern auch aus Klugheit und eigenen Interessen. Zäune und Mauern zu bauen ist keine Lösung, wie die Deutschen aus ihrer Geschichte wissen.<sup>49</sup>

Europa ist nicht vorbereitet, Millionen Menschen aus der MENA-Region und dem übrigen Afrika aufzunehmen.<sup>50</sup> Als die Flüchtlingskrise rund um Syrien eskalierte, war Europa nicht in der Lage, seine Außengrenzen zu sichern. Auch weil die Nachbar-Staaten an den Außengrenzen zu wenig finanzielle Unterstützung bekamen.<sup>51</sup> Nun steht Europa unter Druck. Nur unter Druck hat es sich bisher entwickelt. Die Krise rund um das Mittelmeer ist da. Nach allem, was wir aus der Geschichte und aus den grundlegenden Daten für die Zukunft wissen, geht es dabei nicht um Monate, sondern um Jahre und Jahrzehnte. Die Dynamik baut sich unterdessen weiter auf.

48 „Am Beginn dieser Entwicklung stehen dabei sowohl hohe Kinderzahlen, als auch eine hohe Sterblichkeit, so dass die Bevölkerung kaum wächst. Wenn sich die Lebensbedingungen verbessern, sinken die Sterberaten, vor allem jene der Kinder und in dieser zweiten Phase wächst eine Bevölkerung stark. Aufgrund des besseren Lebensstandards entscheiden sich nach einer gewissen Zeit viele Familien für weniger Nachwuchs und folglich reduziert sich in der dritten Phase des Übergangs das Bevölkerungswachstum. In hoch entwickelten Ländern sinkt die Geburtenrate sogar unter die Sterberate, so dass nicht nur das Bevölkerungswachstum endet, sondern ohne Zuwanderung sogar ein Einwohnerschwund einsetzt. Berücksichtigt man alleine das natürliche Bevölkerungswachstum, also Geburten und Sterbefälle, nicht aber Zu- und Abwanderung, dürfte Katar von allen MENA-Ländern im demografischen Übergang am weitesten fortgeschritten sein. In Jemen dagegen hat er gerade erst begonnen.“ Krisenregion MENA. Wie demographische Veränderungen die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika beeinflussen und was das für Europa bedeutet. Berlin 2016, S. 14

49 „Diese Thematik wird uns als Generationenaufgabe die nächsten Jahrzehnte begleiten und herausfordern. Wer meint, man könne um Deutschland oder um Europa, also um 1 Prozent bzw. um 7 Prozent der Weltbevölkerung Mauern oder Zäune bauen, um dieses Problem zu lösen, der hat diese Dimension nicht erkannt.“ Müller, Gerd: Gedanken zu Zukunft und Gerechtigkeit. In: Senate. Magazin für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. 2/16, S. 45

50 Radermacher, Franz Josef: Europa – quo vadis. Eine Betrachtung mit zehn Merkpunkten. In: Senate. Magazin für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. 2/16, S. 38 – 43

51 Die Weltgemeinschaft trägt hier große Verantwortung, weil das World Food Programm zu unterfinanziert war, um die Flüchtlingslager rund um Syrien situationsadäquat ausstatten zu können.



I. Mare Nostrum – Geschichte der Migration rund um das Mittelmeer





## Migration, Nachhaltigkeit und ein Marshallplan mit Afrika

Denkschrift für die Bundesregierung



### Club of Rome und Senat der Wirtschaft

Bert Beyers  
Joachim von Braun  
Estelle Herlyn  
Klaus Leisinger  
Graeme Maxton  
Franz Josef Radermacher  
Thomas Straubhaar  
Ernst Ulrich von Weizsäcker





## II. Nachhaltigkeit - Ein Begriff und seine Bedeutung

Haupt-Input: Estelle Herlyn<sup>52</sup>

### Nachhaltigkeit, Karriere eines Begriffs

Die internationale Gemeinschaft bemüht sich seit 1972 auf großen internationalen Konferenzen, den Schutz der Umwelt und den Schutz des Klimas auf UN-Ebene als internationale Aufgabe zu verankern. Eine Schlüsselkonferenz der Vereinten Nationen „on the Human Environment“ fand 1972 in Stockholm statt. Die Konferenz scheiterte, weil den sich entwickelnden Ländern eine nachholende Entwicklung wichtiger war als der Schutz der Umwelt. Nicht anders als es die entwickelte Welt für lange Zeit vorgelebt hat.

Indira Gandhi hat damals als junge Ministerpräsidentin des damals erst seit kurzem unabhängigen Staates Indien in einer brillanten Rede deutlich gemacht, dass der Wohlstand der reichen Länder auf wenig umwelt- und klimafreundliche Weise entstanden ist. Umwelt- und Klimaschutz kann auch heute sicher nicht das Argument sein, um die noch immer bestehende, als ungerecht empfundene Aufteilung zwischen armen und reichen Ländern aufrecht zu erhalten.

Diese Problematik, der verständliche Wunsch der zurückliegenden Länder, ökonomisch aufzuholen und die gleichzeitige offensichtliche Notwendigkeit, Ressourcen und Klima zu schonen, führen immer wieder zu vagen Formulierungen und Begrifflichkeiten, die nur schwer in konkrete Maßnahmen überführbar sind. Das gilt auch für die 1992 bei der UN-Weltkonferenz in Rio für „Umweltschutz und Entwicklung“ gefundene Formel der Nachhaltigkeit, die nach der Definition der Brundtland-Kommission wie folgt lautet:

*„Nachhaltig ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“*

Die heute geführten Debatten haben eine lange Historie. Für den Club of Rome bildet „Limits to Growth“ den entscheidenden Ausgangspunkt.<sup>53</sup> Das Buch von Jorgen Randers „2052 - Eine Globale Prognose für die nächste 40 Jahre“ - Ein Bericht an den Club of Rome - 40 Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“ stellt einen wichtigen Rückblick dar.<sup>54</sup> Das neue Buch „Ein Prozent ist genug - Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen“ von Jorgen Randers und Graeme Maxton wirft einen kritischen Blick auf das, was heute Not tut.<sup>55</sup>

Die Dinge haben sich weiter entwickelt. Im Jahr 2000 wurden die auf einen Zeithorizont von 15 Jahren ausgerichteten Millenniumsentwicklungsziele als gemeinsames Anliegen der Weltgemeinschaft verabschiedet. Es folgten der Kyoto-Vertrag und viele Weltkonferenzen zu Klima und Umwelt. In der Nachfolge der verheerenden Finanzkrise wurde auch das marktfundamentalistische Dogma gebrochen. Es geht seitdem nicht mehr nur um die Effizienz unseres Tuns, sondern auch um Effektivität, also darum, dass das Ergebnis ökonomischer Prozesse etwas ist, was die Menschen mehrheitlich wünschen.

Auf soziale Balance und Umweltschutz ausgerichtete Marktwirtschaften decken diese Art von Intention am ehesten ab. In der deutschen Sprache spricht man von Ökosozialer Marktwirtschaft, international von einer „green and inclusive economy“. Nach der Finanzkrise wurden endlich auch größere Anstrengungen unternommen, ordnungspolitische Fortschritte zu erzielen. Einiges ist gelungen im Kampf gegen das Verstecken von Geld in Steuerparadiesen, den Wettbewerb der Staaten untereinander zur Absenkung der Steuerquote für große Unternehmen, bei der Regulierung des Finanzsystems. Aber vieles steht noch aus. Auch wenn wir begrifflich mit grünen und inklusiven Ökonomien sehr viel weiter sind als vor 10 Jahren, und auch wenn im Finanzsektor und im Steuerbereich

<sup>52</sup> Informationen zur Autorin siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

<sup>53</sup> Meadows, D., Meadows, D., Randers, J., & WW. Behrens III: The Limits to Growth. A Report to the Club of Rome´s Project on the Predicament of Mankind (1st ed.). Location: Universe Books, 1972

<sup>54</sup> Randers, Jorgen: 2052 - Eine Globale Prognose für die nächste 40 Jahre - Ein Bericht an den Club of Rome - 40 Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“, oekom Verlag, 2012

<sup>55</sup> Randers, J., Maxton, G.: Ein Prozent ist genug - Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen, oekom Verlag, 2016



.....

einiges passiert ist, so sind doch insgesamt die Verhältnisse immer noch die alten. Im Besonderen befördert z.B. die WTO ein Handelsregime, bei dem die Prozessqualitäten in der Herstellung von Gütern in internationalen Wertschöpfungsketten keine Rolle spielen, selbst sklavenartige Kinderarbeit nicht.<sup>56</sup>

Mit der Agenda 2030 liegt nun ein neues interessantes Zielsystem mit großen Ambitionen zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung vor. Aber es spricht vieles dafür, dass es schwer werden wird, die gesetzten Ziele zu erreichen.

## Die 2030 Agenda

Mit den Sustainable Development Goals (SDGs) verfügen die Staaten der Welt seit September 2015 erstmals in ihrer Geschichte über eine gemeinsame Agenda, mit der eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll. Diese Agenda stellt den vorerst letzten Schritt eines mittlerweile mehr als 40 Jahren andauernden politischen Bestrebens dar, zwei große Ziele der Menschheit, nämlich „Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen“ und „wirtschaftliche Entwicklung für alle Menschen“ gleichzeitig zu realisieren.

## Nachhaltigkeit als nicht individualisierbarer Systemzustand

Nachhaltigkeit im Sinne der Brundtland Definition muss als Systemzustand verstanden werden, als anzustrebender Zustand der Welt. Nachhaltigkeit ist damit nicht individualisierbar, weder auf der Ebene einzelner Individuen, noch auf der Ebene einzelner Länder. Individuelle Beiträge sind wichtige, notwendige Beiträge, aber keine hinreichenden. Nachhaltigkeit ist letztlich ein Gesamtsystemzustand der Menschheit. In einer globalisierten, vernetzten Welt ist der Globus das Gesamtsystem. Auf dieser Ebene sind die Umwelt-, Klima-, Armuts- und Gerechtigkeitsfragen zu lösen.

**Nachhaltigkeit ist ein Systemzustand der Menschheit und kann nicht auf Untersysteme „übersetzt“ werden, es sei denn als Teil eines umsetzbaren, abgestimmten weltweiten Plans, der eine Aufteilung der erforderlichen Beiträge auf Untersysteme vornimmt und die Einhaltung der Anforderungen durchzusetzen in der Lage ist**

Leider ist derzeit an vielen Stellen eine andere starke Tendenz zu beobachten, nämlich der Versuch, die Verantwortung für die Erreichung von Nachhaltigkeit in Form einer „buchhalterischen Abgrenzung“ bzw. „Verantwortungszuordnung“ einzelnen Akteuren zuzuweisen, was zugegebenermaßen die Operationalisierung des Themas vordergründig vereinfacht, in der Sache aber nicht adäquat sind. In dieser Sicht sind dann die einzelnen Staaten, Länder, Kommunen, Firmen, Individuen gefordert, für Nachhaltigkeit zu sorgen. Staaten entwickeln dann ihre Strategien, mit denen die Agenda 2030 national umgesetzt werden soll. Es werden regionale Klimaschutzziele formuliert, die fast schon planwirtschaftlich auf einzelne Sektoren der Ökonomie heruntergebrochen werden. Manche Individuen üben sich in Suffizienz und ziehen sich aus der Konsumwelt zurück. Viele engagierte Studierende setzen bei sich selbst und ihrem persönlichen Lebensstil an.

Bei alledem fehlt der systemische Ansatz. Also z.B. der Umgang mit der Tatsache, dass Arme nachvollziehbar eine Hoffnung oder sogar Erwartung auf mehr Wohlstand haben, dass in der Erfüllung dieser Ansprüche die größten Herausforderungen liegen, dass wiederum andere Menschen in den reichen Ländern mehr konsumieren wollen und nicht weniger, dass es rechtlich geschützte Freiheiten auf nationaler und internationaler Ebene gibt, diese Vorstellungen verfolgen zu dürfen. Individuelle Ansätze lösen deshalb das Problem nicht. Es muss eine weltweite Einigung erzielt werden. Letztlich müssen alle Unternehmen, Regionen und Menschen die Nachhaltigkeitserfordernisse auf ihren Kontext herunterbrechen, obwohl das heutige System einen solchen Weg gerade nicht positiv befördert. Das Falsche ist heute billig, das Richtige ist teuer. Falsche Anreize sind heute der Auslöser für falsches Verhalten vieler. Daher besitzt nur ein systemischer Ansatz eine realistische Chance für Nachhaltigkeit.

<sup>56</sup> Vgl. hierzu das Gutachten „Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 – Anforderungen an Global Governance und Möglichkeiten der Umsetzung, FAW/n Ergebnisbericht an das BMZ/GIZ, 2016



Das bedeutet dann Folgendes: Man kann in der Argumentation nicht so tun, als hätten alle Menschen, alle Staaten oder alle Regionen Anspruch auf einen pro Kopf gleichen Umweltraum, weil so die Verhältnisse in Bezug auf die unterschiedliche Ressourcenausstattung von Staaten oder die – in unserer Gesellschaftsordnung bzw. unserem Wirtschaftsmodell fundamentale – Differenzierung bei Einkommen, Vermögen, wirtschaftlichem Erfolg etc. völlig konterkariert würden. Ein solcher Ansatz bringt letztlich den „Kommunismus durch die Hintertür“ hervor. Weil ein solcher Weg den unbedingt notwendigen Innovationsmotor drosseln würde, ist er in sich nicht gangbar und tragfähig. Zudem ist er nicht mehrheitsfähig – schon gar nicht international. Er steht im Konflikt mit bestehenden internationalen Verträgen, die zudem nicht einseitig aufgekündigt werden können, z.B. auf der WTO-Ebene.

Ein solcher Zugang ist auch in der Sache unangemessen. Es ist beim heutigen Stand der Global Governance realitätsfremd und wenig erfolversprechend, auf diese Weise den jetzigen offensichtlichen Pfad der Nicht-Nachhaltigkeit verlassen zu wollen. Die Entwicklungen bis zum heutigen Tag sprechen eine eindeutige Sprache: Der Earth Overshoot Day fällt seit Jahren auf ein immer früheres Datum im Jahr.<sup>57</sup>

### Querfinanzierung als unabdingbare Voraussetzung

Nachhaltigkeit wird nicht ohne massive Querfinanzierung erreicht werden können. Aus systemischen Gründen muss – unter klar vereinbarten Regeln – viel Geld von den reichen zu den armen Ländern fließen, wenn letztere auf ihren vielleicht wichtigsten Wettbewerbsvorteil, nämlich das Unterlaufen der Standards der reichen Welt – gerade auch im Bereich Nachhaltigkeit – verzichten sollen.

**Ohne eine erheblich vermehrte Querfinanzierung ist Nachhaltigkeit und die Umsetzung der SDGs nicht möglich<sup>58</sup>**

Es wird sich grundsätzlich kein Ansatz finden lassen, diese unbedingte Notwendigkeit zu umgehen, auch nicht durch mehr Druck der NGOs, mehr Druck auf Unternehmen in der Menschenrechtsthematik etc. Die finale Frage ist immer die, ob es für Kinder besser ist, unter sklavenartigen Bedingungen zu arbeiten oder alternativ zu verhungern. Bei diesen Optionen arbeiten sie lieber als Sklaven. Ein Schulbesuch wäre natürlich die wesentlich bessere Alternative, dann aber müssten die reichen Länder mitzahlen. Deshalb sollte auf internationaler Ebene gemäß dem Prinzip „Standards gegen Querfinanzierung“ operiert werden: Die Einhaltung vereinbarter entwicklungsstandabhängiger Standards sollte die Voraussetzung für Finanzströme in Richtung der Entwicklungsländer sein. Die Finanzströme müssen aber gegenüber dem heutigen Niveau erheblich zunehmen. Sonst bleibt es beim heutigen Zustand, mit schlimmen Folgen für die Menschen und die Umwelt in vielen Ländern und einer lokalen Elite, die dies befördert, weil sie einen Lebensstandard wie die Eliten im Westen möchte und in der Lage ist, sich die dazu nötigen Mittel zu beschaffen, auch zu Lasten der eigenen Bevölkerung.

Der Umfang der benötigten Gelder wird deutlich in der Formulierung „From Billions to Trillions“, die die Weltbank und der Internationale Währungsfond geprägt haben,<sup>59</sup> und auf die wir in dieser Denkschrift noch häufiger zurückkommen werden, weil sie so zentral ist. Es wird letztlich darauf ankommen, (1) die öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) massiv zu erhöhen und (2) diese klug einzusetzen und mit ihrer Hilfe weitere private Gelder zu mobilisieren und private Investitionen in Entwicklungsländern positiv zu befördern. Die OECD spricht von einer Investitionssumme in Höhe von 3,3 – 4,5 Billionen US Dollar, die jährlich zur Umsetzung der SDGs benötigt werden.<sup>60</sup> Derartige Summen sind einerseits nur bei massiver Ausweitung der ODA-Mittel (etwa ähnlich dem Marshall-Plan nach dem 2. Weltkrieg) und andererseits nur unter Aktivierung massiver privater Mittel aufzubringen.

57 Der Earth Overshoot Day ist der Tag, ab dem der Verbrauch natürlicher Ressourcen die Kapazität der Erde zur Reproduktion dieser Ressourcen übersteigt (vgl. Global Footprint Network). Dabei spielen CO<sub>2</sub>-Emissionen eine wichtige Rolle. Würden diese nicht berücksichtigt, wäre der ökologische Fußabdruck der Menschheit wesentlich geringer.

58 Vgl. „Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 – Anforderungen an Global Governance und Möglichkeiten der Umsetzung, FAW/n Ergebnisbericht an das BMZ/GIZ, 2016

59 Vgl. <http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMINT/Documentation/23659446/DC2015-0002%28E%29FinancingforDevelopment.pdf>

60 Vgl. OECD (2016): Development Co-operation Report 2016: The Sustainable Development Goals as Business Opportunities, OECD Publishing, Paris.

---

## Zur notwendigen Höhe der ODA-Mittel

Es geht um die Frage, wieviel Querfinanzierung aus öffentlichen Kassen geleistet werden muss, wenn die SDGs umgesetzt werden sollen. Es ist keine Frage, dass es substantiell sehr viel mehr sein muss als heute – auch noch mehr als die versprochenen 0,7% des BIP der Geberländer, die weit oberhalb der tatsächlichen heutigen Leistungen liegen. Anhand einer Reihe von Beispielen aus der Vergangenheit, z.B. anhand des Marshall-Plans nach dem 2. Weltkrieg oder auch der deutschen Wiedervereinigung kann aufgezeigt werden, um welche Größenordnungen es gehen muss. Bezüglich der SDGs beläuft sich die finanzielle Ambitionsücke auf 800 – 1.500 Mrd. Euro pro Jahr. Die OECD schätzt, wie zuvor erwähnt, die benötigten Investitionssummen, die zur Umsetzung der SDGs erforderlich sind, auf **3,3 – 4,5 Billionen US Dollar** pro Jahr.<sup>61</sup> Bisher sind lediglich 20% der geschätzten Gesamtaufwendungen in Höhe von 1.000 – 1.500 Mrd. Euro pro Jahr abgedeckt.

Zur Umsetzung eines Marshall-Plans für die MENA-Region werden aus Sicht der Autoren in den kommenden 25 Jahren **pro Jahr mindestens 100 Mrd. Dollar zusätzlich** zu den bisherigen Beiträgen benötigt. Wenn dieses Geld klug eingesetzt wird, können damit enorme positive Effekte erzielt werden, die die Umsetzung der SDGs befördern.

## Wieviel Transfer ist notwendig, wenn die SDGs umgesetzt werden sollen?

Zur Plausibilisierung und Relativierung dieser auf den ersten Blick sehr hoch erscheinenden Summen werden Zahlen herangezogen, die verdeutlichen, welche hohen Summen in der Vergangenheit zur Finanzierung ‚großer‘ Maßnahmen aufgebracht werden mussten und heute an anderen Stellen aufgebracht werden.<sup>62</sup>

## Kosten der deutschen Wiedervereinigung

Verschiedenen Instituten und Universitäten zufolge beliefen sich die Kosten der deutschen Wiedervereinigung in der Zeit von 1990 – 2015 auf mindestens 1,5 Billionen Euro. In dieser Höhe erfolgten Transferzahlungen aus den alten in die neuen Bundesländer. Dabei handelte es sich weit überwiegend um Sozialtransfers. Die Investitions- und Aufbaukosten lagen bei ‚nur‘ etwa 300 Milliarden Euro. Bei einer mittleren Bevölkerungsgröße in den neuen Bundesländern in diesem Zeitraum von 16 Mio. Menschen bedeutet dies Transfers in Höhe von fast 95.000,- € pro Person in 25 Jahren, pro Jahr sind dies fast 4.000,- €. Diese Zahlen basieren nicht auf noch wesentlich höheren Schätzungen des ifo Instituts Dresden, das unter Berücksichtigung geleisteter Rentenzahlungen sogar auf Transferzahlungen in die neuen Bundesländer in Höhe von 3,4 Billionen Euro kommt.<sup>63</sup>

Vergleicht man diese Summen mit den heutigen ODA-Mitteln in Höhe von 150 Mrd. Dollar pro Jahr, wird deutlich, wie erschreckend niedrig die heutigen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit sind: Umgerechnet auf 1 Mrd. allerärmster Menschen verbleiben pro Person lediglich 150 Dollar pro Jahr. Umgelegt auf 2 Mrd. entwicklungsbedürftiger Menschen verbleiben nur noch 75 Dollar pro Person und Jahr.

Die Tatsache, dass die Ausgangssituation in der früheren DDR wesentlich besser war als sie heute z.B. in den LDCs ist, unterstreicht eindrücklich, wie aussichtslos es ist, mit den bisher veranschlagten Geldern die Agenda 2030 umsetzen zu wollen. Man beachte in diesem Kontext, dass die DDR im früheren COMECON ein Land mit einem der höchsten Lebensstandards und der am weitesten entwickelten Technologie war. Das Ausbildungsniveau war ebenfalls gut. Nach der Wiedervereinigung wurde in den neuen Bundesländern zudem das Governance-System der (alten) Bundesrepublik übernommen. Selbst bei Einführung unserer eigenen (deutschen) Governance-Struktur waren also extrem hohe Transfers pro Kopf erforderlich, um schließlich im Verlauf von Jahrzehnten ein vergleichbares Wohlstandsniveau wie im Westen zu realisieren.

Dieser Vergleich zeigt auch, wie falsch das Argument ist, dass die ODA-Mittel deshalb so wenig Fortschritt bringen, weil die Governance in den jeweiligen Ländern so schlecht ist. Am Beispiel der neuen Bundesländer wird deutlich, dass die Governance nicht allein das Thema ist. Auch wenn sie bei dem bestehenden niedrigen Hilfeniveau gerne

---

61 Vgl. OECD (2016): Development Co-operation Report 2016: The Sustainable Development Goals as Business Opportunities, OECD Publishing, Paris.

62 Zahlen entnommen aus dem Gutachten „Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 – Anforderungen an Global Governance und Möglichkeiten der Umsetzung, FAW/n Ergebnisbericht an das BMZ/GIZ, 2016

63 Vgl. <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/zahlen-und-fakten-zur-deutschen-einheit/212659/die-frage-nach-den-kosten-der-wiedervereinigung>



als Argument genutzt wird, die Hilfe nicht zu erhöhen. Eigentlich geht es wohl darum, dass man die Hilfe ohnehin nicht erhöhen möchte. Nötig wäre hingegen beides: viel mehr Hilfe und eine viel bessere Governance. Eine deutlich erhöhte Hilfe könnte dabei als Hebel benutzt werden, um eine deutlich bessere Governance zu erreichen.

### Förderung innerhalb der EU

Der aktuelle EU-Finanzrahmen 2014 - 2020 beläuft sich auf insgesamt 960 Mrd. Euro. Davon entfallen ca. 325 Mrd. Euro auf die Strukturfondsförderung (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF)) und ca. 363 Mrd. Euro auf die EU-Agrarförderung und die Entwicklung des ländlichen Raums (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)).<sup>64</sup> Insgesamt geht es also um mehr als 2/3 des EU-Finanzrahmens.

Diese Gelder wurden in den letzten Jahren sehr stark nach Ost- und Südosteuropa und damit in die Balkanstaaten transferiert, um dort die Entwicklung zu fördern. Es profitieren dort etwa 125 Mio. Menschen, was pro Kopf etwa 800 Euro pro Jahr ausmacht. Nach allgemeiner Einschätzung sind die transferierten Summen viel zu klein, um die angestrebten Ziele zu erreichen, insbesondere hinsichtlich der neuen Mitgliedsstaaten im Osten, obwohl die innerhalb der EU aufgebrachten Mittel wesentlich höher sind als die heutigen ODA-Mittel.

### Der ursprüngliche Marshall-Plan der USA nach dem Zweiten Weltkrieg

In den Jahren 1947 - 1950 flossen jährlich 1,3% des US-amerikanischen Bruttoinlandsprodukts in Form von Krediten, Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren in die westeuropäischen Staaten. Dies waren insgesamt etwa 13 Milliarden Dollar, an Deutschland gingen 1,6 Milliarden Dollar.<sup>65</sup> Der Adressatenkreis in Westeuropa betraf eine Bevölkerung, die zu diesem Zeitpunkt etwa die doppelte Größe der Bevölkerungsgröße der USA zu diesem Zeitpunkt hatte.

Will man die damaligen Transfers auf die heutige Situation umrechnen, muss man die extrem schwierige wirtschaftliche Lage nach dem 2. Weltkrieg, vor allem für uns in Deutschland, und die Größenordnung der damaligen Wirtschaftsleistung in Betracht ziehen. Das kumulierte US-BIP über die betrachteten 4 Jahre lag bei etwa 1 Billion US Dollar; ein Anteil von 1,3 % ergibt die genannten 13 Milliarden. Deutschland erhielt davon 1,6 Milliarden Dollar, also etwa 12,3 %.

Offenbar sind 1,6 Milliarden Dollar über 4 Jahre aus heutiger Sicht und bzgl. heutiger Zahlen ein sehr kleiner Betrag. Das heutige US-BIP liegt bei etwa 17.600 Milliarden pro Jahr - 1,3 % dieser Summe sind etwa 230 Milliarden Dollar pro Jahr. Der deutsche Anteil läge dann bei etwa 28 Milliarden US Dollar jährlich. Legt man diesen Betrag auf etwa 80 Millionen Menschen in Deutschland um, ergibt das pro Kopf etwa 334 Euro. Bedenkt man weiter, dass der damalige Umrechnungskurs bei 4,20 DM für einen US-Dollar lag, ergibt sich bei Umrechnung auf Euro bei heutiger Währungsrelation ein weiterer Faktor 2, so dass man auf einen Wirkungswert pro Kopf und Jahr bei der deutschen Bevölkerung von (mindestens) 600 Dollar kommt.

Zieht man die extreme Kapitalknappheit in Deutschland zum damaligen Zeitpunkt in Betracht, die z. B. in einem damaligen deutschen BIP von (nur) etwa 80 Milliarden DM (in 1949), d. h. weniger als 20 Milliarden Dollar (heute 3.356 Milliarden Dollar) zu Ausdruck kommt, ist ein Wirkungsfaktor auf heute bezogen von sogar deutlich mehr als 600 US-Dollar pro Kopf anzusetzen. Das US-BIP hat sich nämlich in der fraglichen Zeit (nur) etwa um den Faktor 70 erhöht, das deutsche BIP um den Faktor 170.

Würde man heute einen Anteil von 1,3% des Gesamt-BIPs aller OECD Staaten, das sich auf ca. 40 Billionen Dollar beläuft, für Entwicklungszusammenarbeit aufwenden, so hätte man mit dann zur Verfügung stehenden 500 Mrd. Dollar bereits eine Verdreifachung der heutigen ODA-Mittel erreicht. Bedenkt man, dass der Adressatenkreis in den Empfängerländern von ODA mit 6 Mrd. Menschen etwa die 4,7-fache Bevölkerungsgröße im Verhältnis zu den Staaten besitzt, die ODA zahlen (etwa 1,3 Mrd. Menschen), müsste der Betrag noch einmal um den Faktor 2,35 vergrößert werden, um zu ähnlichen Pro-Kopf-Relationen wie beim ursprünglichen Marshallplan zu kommen. Zur Erläuterung: Die Staaten, die ODA zahlen, fallen im Wesentlichen mit den OECD-Staaten zusammen (etwa 1,3 Mrd.

<sup>64</sup> Vgl. <http://www.tzdo.de/default.aspx/G/11327/L/1031/R/-1/T/129530/A/1/ID/134776/P/0/LK/-1>

<sup>65</sup> Vgl. Radermacher, F. J. (2011): Welt mit Zukunft - Die ökosoziale Perspektive, S. 310f.

Bevölkerung). Die Staaten, die ODA erhalten, fallen mit den Least and Low Developed Countries zusammen (etwa 6,1 Mrd. Menschen). Möchte man eine ähnliche Pro-Kopf-Situation auf Empfängerseite wie nach dem 2. Weltkrieg haben, wären mindestens 1.175 Mrd. Dollar pro Jahr an ODA-Mitteln erforderlich.<sup>66</sup>

### Aktuelle Flüchtlingskosten in Deutschland

Würde es gelingen, die Migrations- und Fluchtursachen zu beseitigen – zum Beispiel mit einem erfolgreich umgesetzten Marshall-Plan, so könnten enorme Kosten vermieden werden, die heute in Deutschland anfallen. Die Kosten für minderjährige Flüchtlinge belaufen sich auf 3.000 – 5.000 Euro pro Monat.<sup>67</sup> Die Kosten für erwachsene Flüchtlinge belaufen sich auf bis zu 1.600 Euro pro Monat.<sup>68</sup>

In der gesamten MENA-Region leben heute ca. 400 Mio. Menschen. Würde man die avisierten zusätzlichen 100 Mrd. Dollar gleichmäßig auf diese Menschen verteilen, so wären dies lediglich 250 Euro pro Jahr. Im Verhältnis zu den oben genannten Vergleichszahlen ist das immer noch überschaubar.

### Kosten der Lehman-Pleite

Die Finanzkrise in 2007 / 2008 konnte nur durch ein umfangreiches Eingreifen der Staaten angewendet werden. Alleine die deutschen Steuerzahler mussten in 2008 236 Mrd. Euro aufbringen.<sup>69</sup> In Deutschland gibt es geschätzt 40 Mio. Steuerzahler, was pro Kopf zu einer Belastung in Höhe von 5.900 Euro führte.

Die folgende Abbildung visualisiert einige der vorangegangenen Zahlen und setzt sie zueinander ins Verhältnis, um aufzuzeigen, dass die heutigen Aufwendungen für Entwicklungszusammenarbeit im Vergleich mit anderen umfangreichen Förder- bzw. Entwicklungsmaßnahmen verschwindend gering sind. Gezeigt werden die Pro-Kopf-Ausgaben im Rahmen unterschiedlicher Förder- bzw. Entwicklungsmaßnahmen:

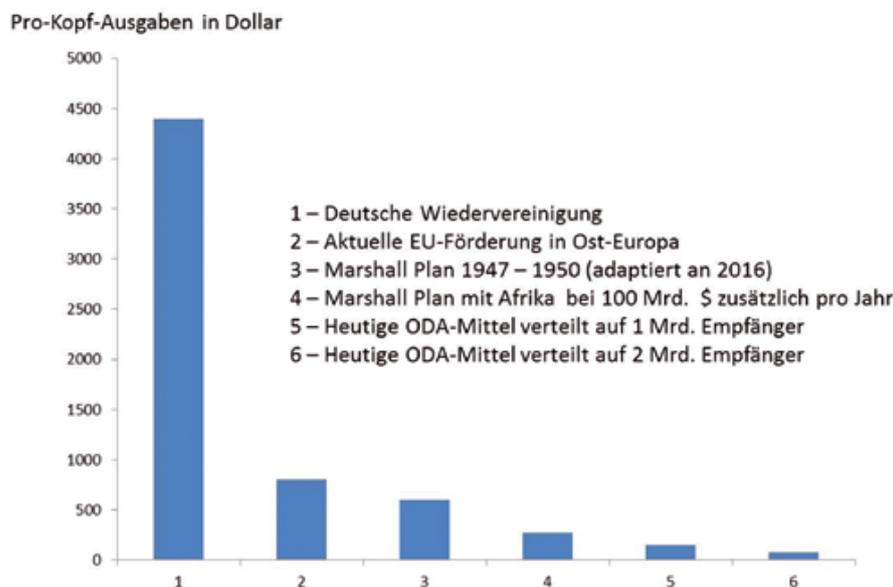


Abbildung 1: Pro-Kopf-Ausgaben im Rahmen unterschiedlicher Förder- bzw. Entwicklungsmaßnahmen

66 Vgl. <http://data.worldbank.org/indicator/DI.ODA.ODAT.CD>, <http://oecd.org/dac/stats/ODA-2015-Tables-and-Charts.xls>, <http://oecd.org/dac/stats/ODA-2015-detailed-summary.pdf>

67 Vgl. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article155401038/Minderjaehrige-Fluechtlinge-kosten-Staedte-Milliarden.html>

68 Vgl. <http://www.zeit.de/2016/21/fluechtling-kosten-haushalt-bundeslaender-unterbringung>

69 Vgl. <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/04/05/banken-rettung-kostet-deutsche-steuerzahler-236-milliarden-euro/>



## Grünes und inklusives Wachstum als Schlüssel

Es ist nach der Finanzkrise allgemeiner Konsens und wurde vor kurzem auch von der IWF bestätigt, dass Märkte für eine gute gesellschaftliche Entwicklung sozial und ökologisch reguliert sein müssen.<sup>70</sup> Marktfundamentalisten sehen dies anders, sie haben mittlerweile ihre Dominanz in der politischen Debatte, nicht aber in der lebenspraktischen Realität, verloren. In der Folge der Weltfinanzkrise ist einiges passiert. So kämpft z.B. die OECD gegen „tax base erosion“ und Strategien wie Umdeklarationen von Verhältnissen und rechtlichen Gegebenheiten und trägt so zu einer grün und sozial ausgerichteten Politik bei. Dies gilt auch für die regelmäßigen Hinweise der OECD oder auch des IWF zur Bedeutung eines ausreichenden Niveaus von sozialer Balance für gesellschaftlichen Wohlstand. Natürlich zielen auch grüne und inklusive Märkte auf Wachstum, jedoch nur insoweit, als Umwelt und Klima geschützt werden und der Wohlstand allen Menschen zufließt. Wirtschaftliches Wachstum ist ein ‚Muss‘, wenn Nachhaltigkeit das Ziel ist.

Es klingt zunächst paradox, dass Nachhaltigkeit in sozialer und in ökologischer Dimension nur über massives wirtschaftliches Wachstum erreicht werden kann: Die bisherige historische Erkenntnis ist, dass Wachstum und Ressourcenverbrauch hoch korrelierte Größen sind. Der Club of Rome übersetzt dies in seine Forderung nach einem „Total Decoupling“.

**Nachhaltigkeit kann nur im Rahmen eines hohen weltweiten grünen und inklusiven Wachstums, das ein ‚Total Decoupling‘ erfordert, erreicht werden**

Nachhaltigkeit und insbesondere wirtschaftliche Entwicklung wird nicht ohne massives wirtschaftliches Wachstum erreichbar sein. Für die rasch größer werdende Weltbevölkerung werden – vor allem mit Blick auf Milliarden vergleichsweise armer bzw. sehr armer Menschen – immer mehr Güter und Dienstleistungen benötigt, wenn diese auch nur in bescheidenem Wohlstand leben sollen. Das benötigte Wachstum muss jedoch den Kriterien ‚grün‘ und ‚inklusiv‘ genügen. Bei allen Wachstumsbemühungen sind Umwelt- und Klimarestriktionen unbedingt und sogar vorrangig zu berücksichtigen, wenn Nachhaltigkeit das Ziel ist. Dass dies gelingen kann, muss noch gezeigt werden. Die Gesamtthematik wird nachfolgend unter dem Begriff des Total Decoupling, der für die Arbeiten des Club of Rome in diesem Bereich wichtig ist, diskutiert.

## Total Decoupling<sup>71</sup>

Autor: Ernst Ulrich von Weizsäcker<sup>72</sup>

Decoupling ist die große Hausaufgabe einer Green Economy, wie sie der bisherige UNEP Exekutivdirektor Achim Steiner gleich nach der Finanzkrise von 2008 ausgerufen hatte, damals mit dem Slogan eines Green New Deal, in Anlehnung an den New Deal von US Präsident F.D. Roosevelt, mit dem dieser die Wirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre erfolgreich bekämpft hatte.

Voneinander abzukoppeln sind Wirtschaftsleistung, Wohlstand oder Lebensqualität vom Verbrauch natürlicher Ressourcen. Das International Resource Panel von UNEP hat sich systematisch mit der Abkoppelung befasst.<sup>73</sup> Man unterscheidet gerne die relative von der absoluten Abkopplung. Die relative Abkoppelung ist quasi ein Selbstläufer. Mit dem technischen Fortschritt werden ineffiziente Prozesse durch effizientere ersetzt, was auch dem Betriebsergebnis nützt. In umweltpolitischen Diskussionen verweist die Industrieseite sehr gerne auf ihre relative Abkoppelung und verkauft dies als betrieblichen Umweltschutz.

70 ZEIT: Der Kapitalismus soll netter werden - Die Mächtigen der Welt haben ein neues Projekt: Sie wollen den Gegnern der Globalisierung mit Umverteilung den Wind aus den Segeln nehmen, von Mark Schieritz, Juli 2016

71 „Man sollte diesen Titel eigentlich ersetzen, z.B. durch „Ehrgeizige Abkoppelung“. Denn „total“ geht nicht, wie ich im Text ausführe.“ (Zitat Ernst Ulrich von Weizsäcker)

72 Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

73 UNEP (2011): Decoupling Natural Resource Use and Environmental Impacts from Economic Growth. Nairobi: UNEP; UNEP (2013) City-Level Decoupling: Urban resource flows and the governance of infrastructure transitions. Nairobi: UNEP; UNEP (2014): Decoupling 2: technologies, opportunities and policy options. UNEP: Nairobi. UNEP (2016): Options for decoupling economic growth from water use and water pollution. Nairobi.

Typischerweise vollzieht sich auch in der Entwicklung von ganzen Ländern die relative Abkoppelung. Hier ist der Hauptgrund der frühe, ressourcenintensive Aufbau der Infrastruktur und der Industrie, und der spätere Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft. Auch hier liegt es nahe, dass diese Länder den Prozess als „Leistung für die Umwelt“ bezeichnen und „verkaufen“.

Jedoch ist die relative Abkoppelung bezüglich des ökologischen Ergebnisses kaum ergiebig, denn hier findet praktisch schon in der Definition ein „Rebound Effekt“ statt: die Effizienzgewinne werden durch zusätzlichen Konsum mehr als ausgeglichen.

Folglich interessiert man sich beim realen Klimaschutz und der realen Ressourcenschonung hauptsächlich für die sehr viele ehrgeizigere absolute Abkoppelung: der Ressourcenverbrauch soll absolut abnehmen, indem die Konsumzunahme langsamer vorangeht als die Effizienzzunahme. Das ist für das einzelne Unternehmen und den einzelnen Staat deutlich weniger attraktiv als die relative Abkoppelung, denn Unternehmen und Staaten wollen ja absolutes Wachstum. Gleichwohl kann die absolute Abkoppelung eine politische Notwendigkeit sein, wie man nach der 21. Klimaschutz-Vertragsstaatenkonferenz von Paris 2015 klar sieht.

Beim klassischen, auf Schadstoffe bezogenen Umweltschutz hat es in Industrieländern, insbesondere auch in Deutschland, eine spektakuläre absolute Abkoppelung gegeben. Die Schadstoffe in der Luft, im Wasser und in den Böden haben dramatisch abgenommen, während die Wirtschaft fast ungebremst weiter wuchs. Aber es ist leichter vorstellbar, dass die Produktion schadstofffrei wird, als dass sie „mineralienfrei“ oder „energiefrei“ wird. Eine absolute Abkoppelung der Wirtschaftsleistung vom Ressourcenverbrauch ist in diesem Sinne nur schwer möglich. Was kann dann der pragmatische Sinn der ehrgeizigen Abkoppelung sein? Bei Energie geht es um Zweierlei: die Verschiebung von fossilen zu erneuerbaren Brennstoffen oder Energiequellen, und die Erhöhung der Energieeffizienz oder (genauer) der Energieproduktivität. Bei mineralischen Ressourcen und Wasser hauptsächlich um Rückgewinnung, teilweise auch um Effizienz und um Substitution. Beim Wasser stehen im Vordergrund die Abwasserreinigung sowie die Überwindung der Wasserverschwendung in der Landwirtschaft.

In der klimaorientierten Energiepolitik haben sich die meisten aktiven Länder vorerst hauptsächlich um die Dekarbonisierung der Energieerzeugung bemüht, und das bedeutete die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien. Deutschland hat hier mit seinem EEG von 1999 und nachfolgenden Novellen eine klare Vorreiterrolle gehabt, aber inzwischen sind andere Länder mit großen Schritten gefolgt. Die Effizienz blieb weitgehend ein Stiefkind, weil man damit nicht so leicht Geld verdienen kann. Sie kann aber zur wichtigen Trumpfkarte werden, denn so etwas wie eine Verfünffachung der Energieproduktivität sollte technisch möglich sein.<sup>74</sup>

Bei mineralischen Ressourcen geht es zunächst um Langlebigkeit und Reparierbarkeit von Produkten, und dann um eine gute Organisation des Recyclings. Getrennte Abfallsammlung, lebenslange Produktverantwortung und Pfandsysteme sind Stichworte für die Erhöhung der Recyclingquote. Eine etwas neuere und besonders für metallische Spurenstoffe vielversprechende Technologie ist das Remanufacturing: hierbei werden beim Lebensende von Produkten die Komponenten, die meist die wertvollen Stoffe enthalten, möglichst intakt in das neue Produkt integriert. Die erfordert jedoch eine große Anstrengung beim „recyclingfreundlichen Design“ der Produkte.

Beim Wasser steht zunächst die Abwasserreinigung im Vordergrund, und danach die Trinkwasseraufbereitung. Quantitativ am wichtigsten ist jedoch die effiziente Wassernutzung in der Landwirtschaft, besonders durch Tröpfchenbewässerung sowie den standortgerechten Anbau von Pflanzen.

Auf der Ebene der Politikinstrumente stehen wir noch ganz am Anfang. Das klassische Instrument der Schadstoffgrenzwerte ist für die Ressourcenproduktivität weitgehend sinnlos. In dem Decoupling 2-Bericht von UNEP wird ein bislang viel zu wenig zum Einsatz kommendes Instrument beworben: eine sozial und wirtschaftsverträgliche schrittweise Verteuerung des Energie- und Ressourceneinsatzes. Bei langfristiger Anlage dieses Instruments kann mit einem weitestgehenden Ausschöpfen der Potenziale der Effizienz und der Rückgewinnung von Ressourcen, also einer sehr ehrgeizigen Abkoppelung gerechnet werden.

Eine weitere Anforderung an zukünftiges wirtschaftliches Wachstum besteht darin, dass es dazu beitragen muss, die Ungleichheit zu reduzieren, im innerstaatlichen, wie auch im zwischenstaatlichen Bereich. Der weitüberwie-

74 Ernst Ulrich von Weizsäcker, Karlson Hargroves u.a. Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum. 2010. München Droemer Knauer.



gende Teil des Wachstums sollte zukünftig denjenigen zugutekommen, die heute im unteren Bereich der Einkommenspyramide angesiedelt sind, also den heute ärmeren Ländern und überall den Menschen, die zu den schlechter Gestellten gehören. Dabei ist allerdings nicht Gleichheit des Wohlstands das Ziel, sondern eine produktive Form von Ungleichheit im Sinne einer mit Nachhaltigkeit kompatiblen Balance.<sup>75,76</sup>

### Der umzukehrende Trend: Das Bevölkerungswachstum

Das unverändert anhaltende Bevölkerungswachstum ist der wohl am wenigsten thematisierte negative Einflussfaktor, wenn es um die Umsetzungschancen der Agenda 2030 geht. Ausgehend von heute knapp 7,5 Milliarden Menschen wird es laut UN Weltbevölkerungsbericht im Jahr 2050 10 Milliarden Menschen und im Jahr 2100 bis zu 12 Milliarden Menschen geben, davon bis zu 4 Milliarden in Afrika.

### Die Stabilisierung der Weltbevölkerung bei etwa 10 Milliarden Menschen ab 2050 ist eine zentrale Frage für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung

Ein solches Szenario stellt eine nicht mehr beherrschbare Herausforderung dar, weshalb das rasante Wachstum der Weltbevölkerung unbedingt gestoppt werden muss, wenn die Agenda 2030 eine realistische Umsetzungsperspektive behalten soll. Die größten Anstrengungen sind dabei in Afrika erforderlich. Das ist eine Schicksalsfrage für Europa und die ganze Welt. Die drohende Vervierfachung der afrikanischen Bevölkerung bis 2100 auf über 4 Milliarden Menschen ist nicht zu bewältigen. Auseinandersetzungen, massive Flucht, Armut, Not und Bürgerkriege werden nur allzu wahrscheinliche Folgen sein.

Mögliche Ansatzpunkte, das Bevölkerungswachstum endlich zu stoppen bzw. sogar umzukehren, sind Bildung, die Stärkung der Frauenrechte und der weltweite Aufbau von querfinanzierten Sozialsystemen. Es sei darauf hingewiesen, dass genau letzteres kürzlich im Deutschen Bundestag gefordert wurde.<sup>77</sup>

Die nachfolgende Abbildung visualisiert die hohe Korrelation zwischen den im Rahmen der MDG-Aktivitäten, den Vorläuferzielen 2000 - 2015 der SDGs, erzielten Entwicklungsfortschritten und dem Bevölkerungswachstum in verschiedenen Regionen der Welt:

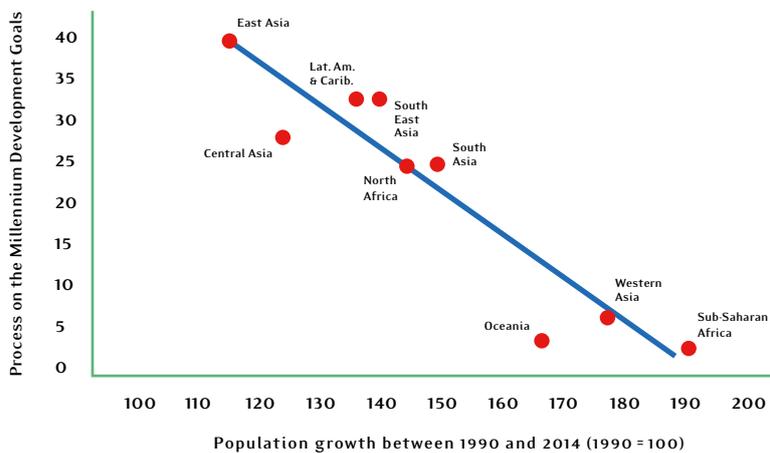


Abbildung 2: Korrelation Entwicklungsfortschritt und Bevölkerungswachstum

Es gilt: Je geringer das Bevölkerungswachstum, desto größer die erzielten Entwicklungsfortschritte. Diese Korrelation gilt unverändert auch bezüglich der Sustainable Development Goals.

75 Herlyn, E.: Einkommensverteilungsbasierte Präferenz- und Koalitionsanalysen auf der Basis selbstähnlicher Equity-Lorenzkurven - Ein Beitrag zu Quantifizierung sozialer Nachhaltigkeit, Wiesbaden, 2012

76 Radermacher F. J., Beyers B.: Welt mit Zukunft - Die Ökosoziale Perspektive. Murmann Verlag, 2011

77 Vgl. Sozialen Basisschutz in Entwicklungsländern schaffen, Antrag im Bundestag, Arbeitskreis „Lernen und Helfen in Übersee“ e.V., 23.06.2016, Quelle: Heute im Bundestag (hib) Nr. 392

## Technologische und politische Innovationen als Schlüssel

Eine nachhaltige Entwicklung ist grundsätzlich möglich. Sie wird jedoch niemals ohne technologische und politische Innovationen gelingen können.

Die Antwort auf die Frage, wie wir Energie erzeugen, ist dabei entscheidend und somit eines der prominentesten Beispiele für eine zwingend erforderliche technologische Innovation: Die Welt braucht dringend ein neues Energiesystem, das zugleich umweltfreundlich, CO<sub>2</sub>-neutral, überall und immer verfügbar sowie kostengünstig ist. Eine nachhaltige Entwicklung braucht weiterhin den Transfer von umweltschonenden und entwicklungsförderlichen Technologien in die Entwicklungsländer. Hierzu müssen Anreize für den Privatsektor geschaffen werden, geeignete Finanzierungsinstrumente entwickelt und förderliche Rahmenbedingungen implementiert werden, die den Zugang zu Technologien und ihre Anwendung in Entwicklungsländern voranbringen und zwar so, dass alle davon profitieren: die Menschen in allen Ländern der Welt, aber auch die Unternehmer und Unternehmen, die diese Innovationen hervorbringen.

**Gleichzeitige technische und gesellschaftliche Innovationen sind ein Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung. Grüne und inklusive Märkte sind dafür durchzusetzen. Im Bereich des Handels heißt das fairer und freier Handel**

Neben den unbedingt notwendigen technologischen Innovationen sind politische Innovationen in Form neuer Ansätze der internationalen Zusammenarbeit erforderlich und insbesondere endlich auch eine Überwindung der bis heute bestehenden Inkohärenzen zwischen verschiedenen Politikfeldern. Erwähnt sei insbesondere die Handelspolitik, die heute in vielen Fällen die Entwicklungszusammenarbeit konterkariert, obwohl das niemand zugeben will – denn natürlich sind insbesondere die reichen Länder immer auch an ihrem eigenen Vorteil interessiert und nutzen ihre vielfältigen Machtinstrumente, um sich im Rahmen globaler Regelgestaltung immer wieder selber zu begünstigen.

## Zwischenfazit

Es fehlt bis heute der Nachweis, dass eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Brundtland Definition möglich ist: Bislang ist es keiner Region der Welt gelungen zu zeigen, dass der langfristige Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere auch des Klimas und eine Wohlstand bringende wirtschaftliche Entwicklung für alle Menschen bei einem hohen Maß an sozialer Balance gleichzeitig möglich sind

Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht sehr eingehend, wie weit die Menschheit noch vom gesteckten Ziel entfernt ist:

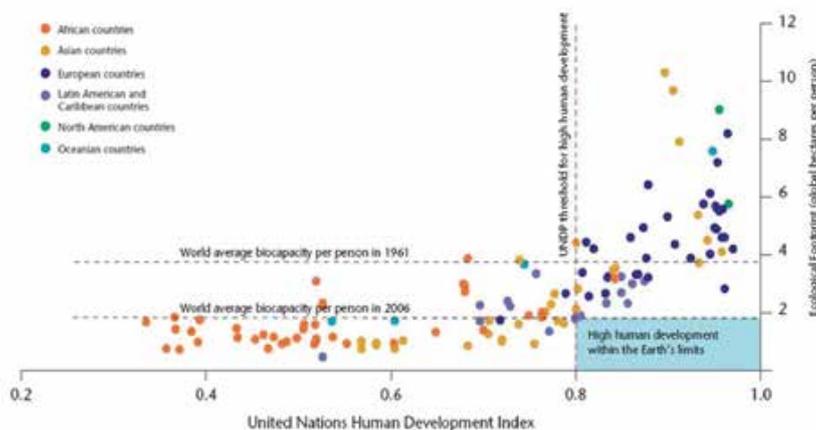


Abbildung 3: Heutige Unvereinbarkeit der Nachhaltigkeitsziele



Das zusammenfassende Zwischenfazit bezüglich des heutigen Status quo ist ernüchternd: Ein Land ist entweder wirtschaftlich entwickelt, dann belastet es die Umwelt, oder es lebt innerhalb der ökologischen Grenzen, dann ist das Land ein armes Land. Höherer Wohlstand übersetzt sich überall auf der Welt in einen größeren und letztlich zu hohen Ressourcenverbrauch.

Ein Marshall-Plan mit der MENA-Region und Afrika insgesamt bietet die Chance zu zeigen, dass es möglich ist, eine große Region mit mehreren hundert Millionen Menschen zügig wirtschaftlich zu entwickeln und massives wirtschaftliches Wachstum bei zunehmender sozialer Balance zu generieren, ohne dabei die ökologischen Belange außer Acht zu lassen. Im Gegenteil: Der glücklicherweise vorhandene Joker „Sahara“, aber auch die arabische Wüste, sollten genutzt werden, um nicht nur Teile der MENA-Region, sondern ganz Afrika entscheidend nach vorne zu bringen und dabei parallel sogar die CO<sub>2</sub>-Problematik auf der Welt zu entschärfen. Genauer: Das energetische Potenzial der Sahara sollte als „Game Changer“ genutzt werden, um sogar positive Klimateffekte zu erzielen – durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in der MENA-Region, in Verbindung mit massiven Aufforstprogrammen, um auf diese Weise der Atmosphäre CO<sub>2</sub> zu entziehen.

In der Sprache der vorherigen Abbildung würde dies bedeuten, dass die Staaten der MENA-Region bzw. Afrikas ihre HDI-Werte wesentlich verbessern, ohne dabei ihren ökologischen Fußabdruck zu erhöhen. Dies würde es erlauben, die Agenda 2030 erfolgreich umzusetzen und zu zeigen, dass grüne und inklusive Ökonomien ‚liefern‘ können, wertschöpfende Anlagemöglichkeit für Geld bereitstellen, um realökonomische Innovationen und Investitionen zu ermöglichen und zur Lösung der Bevölkerungsfrage in Afrika beitragen.

Der nachfolgende Beitrag zeigt anhand der Themen Aufforstung und CO<sub>2</sub>-Negativemissionen, wie Wertschöpfung in großem Stil generiert werden kann und dabei zugleich die Umwelt schützt und Arbeitsplätze schafft. All das ist möglich, insbesondere auch im Rahmen des Marshall-Plans mit Afrika. Eine erfolgreiche Umsetzung dieses Plans wäre zugleich eine erfolgversprechende Fluchtursachenbekämpfung und würde somit auch Europa den großen Druck nehmen, der sich in den vergangenen Monaten erschreckend schnell aufgebaut hat.

### **Zeitgewinn als Schlüsselfrage des Klimaschutzes – Was bringt Klimaneutralität mittels Kompensation durch Wald- oder Grünlandaufbau?**

Autor: Franz Josef Radermacher<sup>78</sup>

Eine Antwort auf die Herausforderungen im Klimabereich ist die sogenannte biologische Sequestrierung, also das Entziehen von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre (sogenannte Negativemissionen) durch biologische Aktivität.

Generell geht es bei biologischer Sequestrierung vor allem um Zeitgewinn. Den Zeitgewinn gilt es politisch zu nutzen, und zwar insbesondere dazu, um im Bereich der technischen wie gesellschaftlichen Innovationen zu neuen Energiesystemen zu kommen, die möglichst überall auf der Welt einsetzbar sind – preiswert, umweltfreundlich und klimaneutral. Zeitgewinn durch die Reduktion von Emissionen bzw. das Erzeugen von Negativemissionen, beides freiwillig und zusätzlich zu anderen Verpflichtungen, finanziert durch nichtstaatliche Akteure, ist ein entscheidender Ansatz, um hoffentlich rechtzeitig ein neues Energiesystem in die Welt zu bringen. Hier kommt insbesondere Holz als wichtige erneuerbare Ressource ins Spiel. Tendenziell würde man Holz materiell zu nutzen suchen und für die Energieversorgung nur Restholz verwenden. Diese Linie zu verfolgen ist auch deshalb wichtig, um soweit wie möglich zu verhindern, dass landwirtschaftliche Produkte, die zur Ernährung der Weltbevölkerung verwendet werden können, zur Energieerzeugung oder, was vom Volumen her vielleicht noch gravierender ist, zur Erzeugung von Biokraftstoff verwendet werden. Denn die Ernährung der Menschheit wird immer mehr zu einem zentralen Thema werden. Holzabfall aus großflächigen Aufforstungen in den Tropen kann in diesem Kontext andere Biomasse ersetzen.

Dabei gilt: Wir haben aus heutiger Sicht keine Chance, den Klimawandel vollständig zu stoppen, denn ein solcher Wandel hat ja bereits begonnen und diesen rückgängig zu machen, ist kaum möglich. Im Moment geht es darum, den vor unseren Augen erfolgenden Klimawandel in der Wirkung auf deutlich unter 2°C zu stoppen. Klimawissenschaftler sagen, dass es einen enorm großen Unterschied macht, ob wir unter 2°C bleiben oder beispielsweise 3°C

<sup>78</sup> Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

.....

oder mehr an Temperaturanstieg zu verkraften haben werden. Insofern ist das, was wir heute tun, viel mehr als Schadensbegrenzung. Es ist eine entscheidende weltpolitische Herausforderung, die CO<sub>2</sub>-Emissionen möglichst unter einem Niveau zu halten, das mit dem 2°C-Ziel kompatibel ist. Es geht dabei zunächst um Zeitgewinn. Der Atmosphäre wird bei Aufforstung CO<sub>2</sub> nur in der Zeit entzogen, in der die Bäume aufwachsen. Der Effekt ist, je nach Art der Verwendung des Holzes, auch nur einmal erreichbar. Wenn man die Bäume aberntet, muss sofort wieder neu gepflanzt werden, damit das Abernten klimaneutral erfolgt. Und es wird durch Neuaufforstung kein zusätzliches CO<sub>2</sub> gebunden, es sei denn, das zuvor geerntete Holz wird materiell als erneuerbarer Rohstoff genutzt, z.B. im Hausausbau. Dann eröffnet sich ein Spielraum für 2-3 Runden der CO<sub>2</sub>-Bindung. Wir entziehen dann über entsprechende Zeiträume der Atmosphäre mehrfach CO<sub>2</sub> und erreichen einen erheblichen Zeitgewinn.

Entscheidend ist dann aber, dass wir diesen Zeitgewinn nutzen, um zu neuen Energiesystemen zu kommen, die überall verfügbar, preiswert, umweltfreundlich und klimaneutral sind. Aufforstung ist darüber hinaus generell sinnvoll, insbesondere auf degradierten Böden in den Tropen. Hierdurch werden 12 der 17 SDGs unmittelbar positiv beeinflusst.

Zeitgewinn ist im Moment ein entscheidendes Thema. Bis vor etwa zehn Jahren war Zeitgewinn noch kein so zentrales Thema, aber wir haben die letzten Jahre und Jahrzehnte nicht richtig genutzt. Jetzt brauchen wir deshalb viele „Joker“, wenn der Temperaturanstieg unter 2°C gehalten werden soll. Deshalb sind „Plant for the Planet“, der Senat der Wirtschaft, seine Welt Wald Klima Initiative und viele weitere Akteure an dieser Stelle seit Langem aktiv. Gerade in Afrika bieten sich viele Ansatzpunkte.



### III. Individuelle Beiträge zu Teilaspekten eines Marshall-Plans mit Afrika

#### III.1 Anforderungen an Entwicklungszusammenarbeit durch Unternehmen<sup>79</sup>

Autor: Klaus Michael Leisinger<sup>80</sup>

Entwicklungszusammenarbeit wurde während der letzten fünf Entwicklungsdekaden nie unabhängig von dem diskutiert, was dogmengeschichtlich gerade en vogue war. Betrachtet man die heutige Globalisierungs-beeinflusste entwicklungspolitische Debatte, so erinnert einiges an die UNCTAD Konferenz von 1968 in Delhi. Ihr Motto war „Trade not Aid“. Geschichte wiederholt sich also zumindest teilweise, und man kann aus ihr lernen. Eine der gewonnenen Erkenntnisse hat generelle Bedeutung und daher auch für das hier gestellte Thema: Die Vermischung unterschiedlichster Motive unter dem Deckmantel humanitärer Absichten schadet der Qualität, Nachhaltigkeit und dem Ansehen der Arbeit. Das galt für die Einbindung der staatlichen Entwicklungshilfe in geostrategische Interessenpolitik während des kalten Krieges und gilt heute für Motive des Marketing und der Markterschließung in Richtung strategischer Philanthropie durch Unternehmen.

Wer in der Entwicklungszusammenarbeit in den Armutsmilieus Afrikas, Südasiens und Lateinamerikas engagiert war, hat eine Ahnung davon, was Armut, Ausgrenzung und Chancenlosigkeit Menschen antun. Ich weiß aber auch, was aufgeklärte Unternehmen an Gutem bewirken können. In vielen Stakeholder-Dialogen wurde mir bewusst, in welchem hohem Maße politische Grundeinstellungen und Weltanschauungen die Definition dessen prädestinieren, was man als ursächliches Problem der Armut und daraus folgend als „richtige“ Lösung betrachtet. Wer Entwicklungszusammenarbeit als Kampf gegen die Globalisierung oder den Kapitalismus betrachtet – oder für die Ausweitung von Märkten für eigene Produkte nutzt –, wird immer anders handeln als ein Mensch, der „misericordia“ empfindet, also die „Misere“ der Welt unter dem Herzen trägt und sich davon zu klugen Handlungsimpulsen bewegen lässt. Grundlegend ist für mich, dass entwicklungspolitische Solidarität Teil eines aufgeklärten Verständnisses unternehmerischer Verantwortung ist. Es ist kein „Abläss“ für illegitimes Handeln, sondern eine Zusatzkomponente zu integrem, wertschöpfendem Handeln im Rahmen der Kernkompetenz.

Entwicklungszusammenarbeit ist eine der großen Erfolgsgeschichten der letzten Jahrzehnte: Die Ausrottung der Pocken, die flächendeckende Versorgung mit Impfstoffen gegen Masern, Keuchhusten, Tetanus und Polio, die spektakulären Erfolge bei der Senkung der Kindersterblichkeit durch Malaria oder bei der Heilung von Lepra sowie die immensen landwirtschaftlichen Forschungserfolge für die Nahrungsmittelsicherheit armer Menschen. Vieles andere, z.B. der Aufbau von Infrastruktur, die Ausbildung von Fachpersonal aller Disziplinen oder der Transfer von Technologie (z.B. bei Informations- und Kommunikationstechnologien), wäre ohne Entwicklungszusammenarbeit nicht möglich gewesen. Das soll den Beitrag der nationalen Regierungen und der internationalen Gemeinschaft nicht schmälern – im Gegenteil: sie haben den Hauptteil zu diesen Erfolgen beigetragen. Lokale Regierungen und die internationale Gemeinschaft werden auch in Zukunft die Hauptverantwortung dafür tragen, dass nachhaltige Wirtschafts- und Sozialstrukturen aufgebaut werden, die den Menschen eine lebenswerte Zukunftsperspektive bieten. Aufbauarbeit dieser Art ist auch die beste Prävention für zukünftige armutsbedingte Migrationsströme.

Natürlich hat auch die Entwicklungszusammenarbeit eine *chronique scandaleuse* oder einfach nur eine *chronique de dilettantisme*. Es gibt unfähige und korrupte Politiker, demotivierte Funktionsträger, fachliche Nietens, Menschen mit dem Helfersyndrom, solche, die eine Vormundschaftshaltung einnehmen, und solche, die institutionelle Zusammenhänge und Machtkonstellationen nicht durchschauen und Absorptionskapazitäten überschätzen. Es gibt auch Mangel an Koordination, Defizite bei der Abklärung der tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen vor Ort und andere Unzulänglichkeiten. Entwicklungszusammenarbeit wirkt nicht automatisch segensreich.

Für ein annähernd faires Gesamturteil ist das weit verbreitete Versagen der für nationale Politik im Süden Verantwortlichen nur eine Seite der Medaille. Es gibt auch gravierendes, Entwicklung „im Süden“ behinderndes Politikversagen im Norden. Der schleppende Abbau der tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse, mit denen die Industrieländer ihre Märkte abschotten, Agrarsubventionen, mit denen Märkte im Süden unterlaufen werden,

<sup>79</sup> Auszug aus einem umfangreicheren Beitrag des Autors „Anforderungen an Entwicklungsarbeit durch Unternehmen“, Caritas-Fachtagung „Perspektiven der Entwicklungszusammenarbeit“, Bern, 27. Oktober 2015, siehe Materialband

<sup>80</sup> Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

.....

die überproportionale Emission von Treibhausgasen zu Lasten des Klimas auch der südlichen Hemisphäre, die jahrzehntelange Praxis, Kleptokraten zu helfen, ihre gestohlenen Reichtümer auf sichere Konten zu bringen, und der inkonsistente Umgang mit Menschenrechte verletzenden Despoten – all dies ist auch Mangel an „good governance“ im Geflecht der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Die Frage ist daher nicht „Entwicklungszusammenarbeit ja oder nein?“, sondern „Wie kann Entwicklungszusammenarbeit in höchster Qualität und auf nachhaltige Weise Problembewusstsein verstärken, Lösungen erleichtern, Reformprozesse beschleunigen, innovative Technologien zugänglich machen und Menschen zu mehr lokalen Eigenanstrengungen befähigen.“

Entwicklungszusammenarbeit als solche ist seit Jahren aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln Kritik ausgesetzt. Das Spektrum der Kritik reicht von „hilflos“<sup>81</sup> bis „tödlich“<sup>82</sup>. Dabei werden einerseits groteske Beispiele von Fehlleistungen generalisiert, andererseits grundlegende Governancedefizite, für die lokale Verantwortungsträger gerade stehen müssten, der Entwicklungszusammenarbeit angelastet.

Entwicklungszusammenarbeit durch Unternehmen hat es unter diesen Bedingungen noch schwerer. Sie steht selbst bei Menschen, die der Entwicklungszusammenarbeit an sich positiv gegenüberstehen, unter dem Generalverdacht, ein Alibimäntelchen zur Ablenkung rücksichtsloser Geschäftemacherei zu sein. Zumindest sei sie ein „süßes Gift“<sup>83</sup>, mit dem Menschen im Süden mit nicht nachhaltigen Produktions- und Konsummustern „angefüttert“ würden, deren Übernahme allein den Wirtschaftsinteressen der „Multis“ diene. Dadurch würden lokale Initiativen erstickt und eine selbstbestimmte, an eigenen Bedürfnissen und kulturellen Besonderheiten ausgerichtete Entwicklung behindert. Natürlich gibt es auch in dieser Hinsicht Beispiele. Auch Entwicklungszusammenarbeit muss damit leben, dass Skandalberichterstattung öffentlichkeitswirksamer ist als die Dokumentation langsamer, aber stetiger Verbesserungen bei den Lebensumständen armer Menschen: „Evil always fascinates, goodness rarely entertains.“ Skandale gibt es, sie sind jedoch per Definition eklatante Abweichungen von der Normalität, sonst wären sie ja keine Skandale. Die Wirklichkeit ist immer komplexer, als es schwarz-weiß Darstellungen sorgfältig ausgewählter Anekdoten beweisen wollen.

### **Begriffliche Klarheit erleichtert das Urteil**

Hinter der Nominalphrase „Entwicklungszusammenarbeit durch Unternehmen“ verstecken sich sehr unterschiedliche Handlungsweisen. Je nach Wertehorizont, Persönlichkeitsstruktur, sozialer Sensibilität und Sachkompetenz der Führungsebene entstehen Unternehmenskulturen, die eine sehr unterschiedliche Sicht auf und Haltung gegenüber Verantwortung einnehmen. Von manchen wird ein Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit als selbstverständlicher Teil des Verantwortungsportfolios eines Corporate Citizen begriffen – andere sind der dezidierten Überzeugung, so etwas sei nicht the business of business.

Selbst dort, wo Unternehmen Ressourcen für das zur Verfügung stellen, was sie Entwicklungszusammenarbeit nennen, findet man eine erstaunliche Vielfalt von Aktivitäten. Die Bandbreite reicht vom bemerkenswerten philanthropischen Engagement bis zum scheinheiligen, weil vom Produkte-Marketing getriebenen Etikettenschwindel. Letzteres ist bedauerlich, denn es verstärkt vorhandenes Misstrauen gegen Unternehmen, denen man in modernen Gesellschaften ohnehin nicht zu Gute hält, im besten Interesse der Gesellschaft zu arbeiten.<sup>84</sup> Durch unverantwortliches Handeln und kommunikatorische Falschmünzerei wird vorhandenes Misstrauen im entwicklungspolitischen Sektor noch verstärkt. Dadurch wiederum wird die – angesichts der Dimension und Komplexität der heutigen Entwicklungsprobleme für nachhaltige Lösungen unerlässliche – Zusammenarbeit in großen Koalitionen erschwert.

Es wäre naiv zu glauben, man könne festgefahrene ideologische Abneigungen durch Dialoge überwinden. Zur Zusammenarbeit wird es unter solchen Umständen ohnehin nicht kommen. Man kann aber zum besseren gegenseitigen Verständnis aufgeklärter Bürgerinnen begriffliche Klarheit schaffen und die hinter einem Engagement liegende Motivation der involvierten Akteure offenlegen.

Die Motivation zur Entwicklungszusammenarbeit durch Unternehmen lässt sich grob in drei Kategorien einteilen:

81 König, J., Stiftung Marktwirtschaft: Hilflose Entwicklungshilfe. Argumente zu Marktwirtschaft und Politik. Nr. 128, Berlin 2015.

82 Vgl. z.B. Dambisa Moyo: Dead Aid: Why Aid is not working and how there is a better way for Africa. New York 2009. Ebenso der Film von Raoul Peck über Haiti: <https://www.youtube.com/watch?v=sqvBtbD5bmU>. Schon früh: Erler, B.: Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe. Freiburg 1985.

83 Vgl. hierzu den Film von Peter Heller aus 2012 „Süßes Gift – Hilfe als Geschäft“.

84 <http://www.edelman.com/2015-edelman-trust-barometer-2/trust-and-innovation-edelman-trust-barometer/globalresults/>



- Erhöhung des Marktwerts des Eigenkapitals der Firma (*shareholder value*);
- Befriedigung der Erwartungen strategisch relevanter Interessen- und Anspruchsgruppen des Unternehmens (*stakeholder value*), sowie
- Eigenwert der Lösung entwicklungsrelevanter Probleme, und zwar unabhängig davon, ob dabei ein direkter Nutzen für das Unternehmen entsteht (*intrinsic value*).

Obwohl diese drei Motivationslagen nur selten in Reinform vorkommen, haben sie doch charakteristische Auswirkungen auf Wahl und Ergebnis des Engagements. Dies gilt es in jedem Einzelfall zu reflektieren.

### Ein „warmes Herz“ darf dem „kühlen Kopf“ nicht im Wege stehen

Wenn es um Steuer- oder Spendengelder geht, ist höchstes professionelles Niveau eine absolute Voraussetzung sowohl für die Glaubwürdigkeit wie auch die Nachhaltigkeit des Arbeitens. Erst recht Unternehmen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren, müssen in Bezug auf die Qualität und Effektivität des Handelns höchsten Standards genügen: Dilettantismus ist immer peinlich, ganz besonders jedoch dann, wenn sich Unternehmen in sozialen Angelegenheiten engagieren. Es gibt gute Praktiken, die eine hohe Qualität der Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit von Unternehmen sichern helfen:

- Nähe zur Kernkompetenz des Unternehmens
- Fokus
- Ausreichende professionelle Vorbereitung und Abstimmung mit den vom Projekt Betroffenen
- Transparentes Management
- Finanzierung nach Leistungskriterien und smarte Zielsetzung
- Die Wahl der richtigen Partner
- Angemessene Kommunikation

Entwicklungszusammenarbeit von Unternehmen sollte nicht kopieren, was die traditionellen Akteure ohnehin schon tun. Sie sollte diese ergänzen, mit einem business Denkschema herausfordern, neue Lösungen für bisher ungelöste Probleme entwickeln und im Unternehmen vorhandenes Wissen für die Erhöhung der Effektivität und Produktivität, des Management Developments und der Finanzkontrolle als Gesamtpaket mit den finanziellen Ressourcen in Lösungspartnerschaften einbringen. Entwicklungszusammenarbeit durch Unternehmen sollte sich frei machen von Gewinnerwartungen und Marketing-Erwägungen: Diese haben anderswo in der Firma ihre Berechtigung, nicht aber bei der Entwicklungszusammenarbeit.

## III.2 A Marshall-Plan with Africa – a view from Africa

Autorin: Mamphela Ramphele<sup>85</sup>

The proposed Marshall-Plan with Africa is a great opportunity for Africa to re-imagine and reposition itself in the inter-connected global community of nations.

Africa needs to reposition itself by drawing strength from its rich heritage as the cradle of humanity. It needs to re-discover the inspiration that enabled it to give the world the very first civilization and scientific knowledge that is memorialized in the Egypto-Sudanese heritage. Its pyramids, cosmology, philosophy inspired the Greco-Latin civilizations that transformed Europe so many millennia ago.

Africa's greatest challenge is sustainable human and intellectual development within transparent accountable governance systems. This challenge is also the greatest opportunity for the Marshall-Plan with Africa. Africa's

<sup>85</sup> Dr. Mamphela Ramphele has had a celebrated career as an activist, medical doctor, academic, businesswoman, global public servant and political thinker who has played leading roles in the transformation of South Africa to constitutional democracy. She has Medical Degree, a B Comm degree and PhD in Social Anthropology. She was Vice-Chancellor of UCT, a Managing Director of the World Bank, served as Director of multinational companies and philanthropic foundations. Dr. Ramphele is the author of several books and publications on socio-economic issues in South Africa. She is a member of the Academy of Sciences of South Africa; The Mandela Institute (dedicated to ending poverty, inequality and unemployment in SA); and full member of the Club of Rome. She has received numerous national and international awards acknowledging her scholarship and leading role in spearheading projects for disadvantaged people in South Africa and elsewhere.

.....

youthful population is a major comparative advantage to unleash the talent and creativity that can see Africans creating and growing socio-economic opportunities on the continent rather than seek greener pastures elsewhere.

Investing in human development to ensure that every African child is educated and skilled to the best of their ability would enhance Africa's capacity to turn its challenges into opportunities for accelerated sustainable development. Acknowledgement and healing of the wounds of colonial conquest, slavery, civil wars and other conflicts, is essential to a successful peaceful future. Africa's failure to reckon with its past, acknowledge its wounds, and forgive wrongdoing, continues to weigh down heavily as inter- and intra-generational trauma. Africa needs to take charge of its present and future by boldly making peace with its past.

Africa's education systems need to be infused with a values-based approach to knowledge and development to ensure that its human centered cultures, languages, history and art forms, become celebrated anchors for its citizens. Civic education needs to become an essential part of preparing African citizens to be effective stewards of their economies and polities.

Sustainable good governance can only be secured by citizens holding their leaders accountable at all levels, and at all times. Such citizens would have enough confidence and trust in the stability and future prosperity of their countries to want to contribute their talents and reap the benefits of an Africa that is playing to its strengths.

Consideration should be given to identifying existing initiatives in different parts of Africa to ensure sustainable and accelerated desired outcomes. Areas of focus need to be: education and training; renewable energy innovations; manufacturing; agriculture; and infrastructure related to new business models and re-forestation.

### **Education and Training**

There is a very large movement of Charter schools across the continent that is providing affordable high quality education from pre-primary to tertiary levels. Identifying and supporting such schools to broaden and deepen their reach would be the catalyst that African countries need to move from the archaic failing school systems that are stealing the future of the youth. The use of ICTs to enhance education and reach those currently excluded is essential.

The German apprenticeship system has no equal globally. Incentivizing the private sector and governments in Africa to move to this models with due regard for local conditions would create a visible pipeline of skilled artisans to drive the urgent socio-economic development in African cities, towns and agricultural areas.

### **Renewable Energy Program**

Africa's vast natural resources including its abundant sunshine, wind and waterfalls need to be turned into the engine of development across the continent.

Identifying, supporting and expanding existing programs in this space offers huge opportunities to attract private investments, incentivizing the diaspora to re-invest their talents and creativity in a growing sector with huge upsides for this and future generations. For Example, developing sustainable technologies to store solar energy is urgently needed. The likes of Elon Musk, a US citizen born in South Africa, could help lead the charge. The interlinkages up and down the value chain could be significant beyond what we can currently project.

### **Entrepreneurship and Manufacturing**

Young Africans face huge barriers to entry in the private sector across the continent due to structural socio-economic impediments. The legacy of anti-competitive established business practices dating back to colonial days, and perpetuated by corrupt political elites, continues to stifle entrepreneurship and economic development. The financial services sector puts a huge damp on the capacity of enterprise development by raising the cost of doing business in the name of risk management. Those outside of the tight circles of capital ownership are crippled by delays in funding and high cost of capital.



Creating a creative funding model and a supportive Enterprise Fund could unleash the pent-up energy to drive accelerated economic development across the continent. East Africa has a vibrant ICT linked set of innovations in finance and education. Investing in scaling up such efforts would yield huge returns in jobs and livelihoods. The same is true of West Africa and parts of North Africa.

Germany has much to contribute here by partnering with local manufacturers in those areas where it is already invested. For example, the automobile industry is very well established in South Africa and West Africa. Expanding such industries and extending the reach of locally produced parts could have huge multiplier effects. BMW's keenness to use hemp products for its finishing could provide opportunities for local hemp industries to expand and provide rural jobs. The same applies to production of renewable energy equipment and infrastructure.

### **Agriculture and Land Use**

Africa's vast land availability is an under-used and squandered opportunity. The sale/lease of land to foreign countries for their own benefit is a tragic development.

Africa can benefit from partnerships that can bring lessons from Irish (dairy farming), French (wine and citrus) and other countries about intensive farming to secure food security and drive high value exports. Kenyan floral industry is a shining example of high value agribusiness. This is an area that can do with greater investments and support the participation of women who dominate subsistence agriculture. Women led small and medium sized businesses have been shown to thrive all over the world. In particular beneficiation of agri-products would enhance food security and livelihoods for those moving up the value chain.

### **Infrastructure and Forestation**

The approach to infrastructure investments needs to be tempered by due attention to potential disruptive technologies. High speed internet and affordable cell phones may be more productive platforms for entrepreneurship, agri-business and rural education than old fashion unexamined rail infrastructure.

Adoption of bottom-up forestation approaches such as Plant-for-the-Planet, a Club of Rome supported initiative that is driven by school pupils, that has already grown millions of trees in Latin America and elsewhere. Getting such a program to all African countries would create a greater awareness by pupils of the responsibility for the planet beyond their generation and also empower them to make a difference in their communities and schools.

Transforming Africa's cities into sustainable 21st century cities is an area where citizens, cities, provinces, national governments and the private sector could work together to re-imagine and rebuild the African urban landscape. Enhancing quality of housing, water and sanitation would contribute to sustainable human dignity and wellbeing of all citizens and make remaining in their countries more attractive and fulfilling.

### **Conclusion**

It is appropriate that Germany as a beneficiary of Post-WWII Marshall-Plan should lead the charge for Europe to re-imagine its responsibilities to a continent that is yet to heal the wounds of the ugly legacy of the past. It is also exciting that this is an opportunity to focus more on the human, intellectual and social infrastructure to ensure inter-generational sustainable prosperity.

The appropriate vehicle for the proposed Africa Fund needs to be carefully designed to cover the political/diplomatic imperatives while not compromising effectiveness and efficiency of involving civil society organizations, entrepreneurs and the private sector.

African experts with development experience as well as private sector participants need to be engaged in the design process that might require setting up "3 different windows": Inter-government; Private sector; and Civil Society. Strong expert African representation on the structure, the development of the modalities, and the monitoring of performance of the Fund is essential for success.

---

### III.3 Vom freien zum fairen Handel

Autorin: Andrea Zeller<sup>86</sup>

„Gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik“ befand Ludwig Erhard 1965.<sup>87</sup>

Was jedoch ist unter guter Wirtschaftspolitik zu verstehen?

Kontinuierliches Wirtschaftswachstum? Steuervorteile für Unternehmen? Niedrige Arbeitslosigkeit? Geringe soziale Ungleichheit? Der Schwerpunkt variiert mit dem Blickwinkel.

Eine mögliche Antwort bietet die soziale Marktwirtschaft, die in Deutschland und darüber hinaus weithin als Erfolgsmodell gilt. Deren Gründungsväter verstanden unter guter Wirtschaftspolitik ein System,

„in dem wirtschaftliches Wachstum und soziale Nachhaltigkeit nicht mehr im Gegensatz zueinander stünden, sondern im Einklang miteinander eine nachhaltige und positive Entwicklung für die Gesellschaft als Ganzes gewährleisten würden. [...] Die soziale Marktwirtschaft ist ein Konzept, das die Effizienz des Marktes mit Chancengleichheit kombiniert, und somit eine Alternative zum klassischen Liberalismus, der auf Effizienz ohne sozialen Ausgleich und zum Sozialismus, der auf sozialem Ausgleich ohne Effizienz basiert.“<sup>88</sup>

Auch im europäischen Binnenmarkt wird die soziale Marktwirtschaft, „die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie auf ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität [hinwirkt, A.Z.]“<sup>89</sup> angestrebt.

Gelten diese für die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union (EU) einst festgelegten Zielsetzungen auch für die deutsche und die europäische Wirtschafts- und Handelspolitik gegenüber afrikanischen Staaten oder für die globale Wirtschafts- und Handelspolitik?

Würden täglich so viele sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge<sup>90</sup> die gefährliche Reise von der afrikanischen Küste in die EU über das Mittelmeer riskieren, wenn es in und gegenüber ihren Heimatländern eine Wirtschafts- und Handelspolitik im Sinne von sozialer Marktwirtschaft, besser, von ökosozialer Marktwirtschaft gäbe?

Die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge fliehen vor der Perspektivlosigkeit und letztlich vor der Armut in ihrer Heimat. Natürlich tragen neben der hohen (Jugend)Arbeitslosigkeit<sup>91</sup> viele weitere Aspekte zur Perspektivlosigkeit und Armut bei: Auch dort, wo Krieg und Terror nicht zum Alltag gehören, erschweren beispielsweise Korruption, Kriminalität, Umweltprobleme, mangelnde Gesundheitsversorgung und Wasserknappheit das tägliche Leben. Dabei sind junge Mädchen und Frauen in Entwicklungsländern besonders häufig prekären Lebensumständen ausgesetzt.<sup>92</sup>

Es ist vor allem die eigene Bevölkerung, welche ihre souveräne Staatsführung motivieren sollte, sich für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung ihres Heimatlandes zu engagieren. Die internationale Gemeinschaft kann im Wesentlichen finanzielle und organisatorische Unterstützung anbieten, die Rahmenbedingungen optimieren sowie Impulse durch positive oder negative Anreize setzen.

---

<sup>86</sup> Andrea Zeller untersuchte im Rahmen ihrer Masterarbeit im Studiengang ‚Governance‘ an der FernUniversität in Hagen die demokratische Legitimität der Euro-Rettungsmaßnahmen und ist als nebenamtliche Dozentin an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg tätig. Zuvor studierte sie Betriebswirtschaftslehre an der Berufsakademie in Ravensburg (Dipl.-Betriebswirtin (BA)) und arbeitete sieben Jahre bei einem mittelständischen Unternehmen als Controllerin und Projektleiterin. Parallel studierte sie Politik- und Verwaltungswissenschaften an der FernUniversität in Hagen (B.A.). Seit 2013 engagiert sich Andrea Zeller im Rahmen der von ihr mit gegründeten Stuttgarter Lokalgruppe der Global Marshall-Plan Initiative für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft.

<sup>87</sup> Wünsche, Horst Friedrich: Ein Beispiel gelebter Prinzipientreue. In: Ludwig Erhard Stiftung vom 28.04.2016. <http://www.ludwig-erhard.de/erhard-aktuell/forum/ein-beispiel-gelebter-prinzipientreue/>, Zugriff 19.10.2016.

<sup>88</sup> Europäische Volkspartei (EVP): Die soziale Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt. Kongressdokument angenommen am satzungsgemäßen Kongress der EVP in Bonn, am 9.-10. Dezember 2009, S. 3.

<sup>89</sup> Vertrag über die Europäische Union (EUV), Art. 3 Abs. 3.

<sup>90</sup> Im Fokus steht die Migration, nicht die Flucht vor Krieg und Terror sowie die Flucht gemäß Art. 1 der Genfer Flüchtlingskonvention.

<sup>91</sup> Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Krisenregion MENA. Wie demographische Veränderungen die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika beeinflussen und was das für Europa bedeutet. Berlin 2016, <http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/krisenregion-mena.html>, Zugriff 19.10.2016, S. 7.

<sup>92</sup> Vgl. Stuttgarter Zeitung: Mehr Förderung von Mädchen. UN-Bericht. In ärmeren Ländern leben fast alle jungen Frauen unter prekären Bedingungen. In: Stuttgarter Zeitung vom 21.10.2016, S. 4.



Bei der Optimierung der Rahmenbedingungen spielt der Freihandel eine bedeutende Rolle. Dieser sollte – auch in Anbetracht der 2015 verabschiedeten Agenda 2030 – so gestaltet sein, dass er den Beteiligten die Implementierung einer Wirtschafts- und Handelspolitik ermöglicht, welche „alle für Nachhaltigkeit erforderlichen sozialen und ökologischen Ziele erreicht.“<sup>93</sup> Diesbezüglich wären folgende Maßnahmen denkbar:

#### I. Unterstützung von regionaler Integration

Am Beispiel der EU zeigt sich, dass regionale Integration Frieden stiften und das Handelsvolumen der Mitgliedsländer untereinander signifikant steigern kann. Ähnliches lässt sich auch beim MERCOSUR beobachten.<sup>94</sup>

Ansatzpunkte für die Unterstützung von regionaler Integration (Aufbau einer Freihandelszone, einer Zollunion oder eines gemeinsamen Marktes) bieten beispielsweise die Afrikanische Union oder die Union für das Mittelmeer.

#### II. Bilaterale Abkommen

Die EU verfügt über zahlreiche Abkommen mit Drittstaaten aus der MENA-Region und Subsahara-Afrika, wie etwa die bilateralen Europa-Mittelmeer-Assoziierungsabkommen mit Ägypten (in Kraft 1.6.2004), Algerien (1.9.2005), Jordanien (1.5.2002), Libanon (1.4.2006), usw. oder EU-AKP-Partnerschaftsabkommen (Cotonou-Partnerschaftsabkommen, in Kraft 01.04.2003).

Eine Partnerschaft impliziert, dass kein Partner dem anderen schadet.

Diesbezüglich wäre zu prüfen, ob und inwieweit die wirtschaftliche Aktivität deutscher/europäischer Unternehmen neben positiven auch negative Folgen für die Partnerländer hat (z.B. fortdauernde Ölkatastrophe im Nigerdelta<sup>95</sup>, Überfischung vor Senegal durch europäische Fischereiflotten<sup>96</sup>, etc.). Sodann sollten Maßnahmen ergriffen werden, um eventuelle negative Effekte zu beheben. Ferner sollten Reglements getroffen werden, um Derartiges künftig zu vermeiden.

Des Weiteren könnten die einzelnen Politikfelder der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise der EU auf Kohärenz untersucht werden. Sollten sich hierbei Konflikte zeigen, wie sie etwa jahrelang zwischen der Entwicklungs- und der Agrarpolitik der EU infolge der Exportförderung existierten<sup>97</sup>, müsste deren Behebung initiiert werden. Die einzelnen Ressorts sollten ihre Ziele künftig genauer miteinander abstimmen, um Zielkonflikte zu vermeiden.

Die bestehenden Abkommen sollten auf die Entwicklungsmöglichkeiten für die Partnerländer hin überprüft werden: Was wird hier gefördert, was behindert? Aufbauend auf diesen Erfahrungen könnte eine neue Generation von Wirtschafts-/Handelsabkommen mit den Staaten der MENA-Region und Subsahara-Afrika entwickelt werden, um globale Standards zu gestalten:

Das Ziel sollte ein Freihandel sein, der die Implementierung einer ökosozialen Marktwirtschaft in den Partnerländern ermöglicht. Die Partnerländer sollten dabei ausdrücklich zur Entwicklung einer öffentlichen Daseinsvorsorge für ihre Bürger sowie einer Gesetzgebung zum Umwelt-, Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz ermutigt werden. Ferner sollten die beschlossenen Reglements, sofern sie sich als nachteilig für wesentliche Teile einer Gesellschaft und/oder die Umwelt eines Staates oder einer Region erweisen, wieder rückgängig gemacht werden können.

#### III. Welthandel

Der Multilateralismus sollte neu belebt werden. Hier ist besonders darauf zu achten, dass die Interessen von weniger und am wenigsten entwickelten Ländern Berücksichtigung in den WTO-Reglements finden (z.B. staatliche Vorratshaltung für Grundnahrungsmittel, Aufbau weiterverarbeitender Industrie statt reiner Rohstoff-Förderung, etc.).

93 Vgl. Radermacher, Franz Josef/Beyers, Bert: Welt mit Zukunft. Die ökosoziale Perspektive. 5., überarb. Aufl., Hamburg 2013, S. 259.

94 Vgl. Zeller, Andrea: Regionale Integration. Die EU und der MERCOSUR im Vergleich. Hamburg 2013, S. 61.

95 Vgl. Süddeutsche: Ölkatastrophe in Nigeria. Shells Schande. In: Süddeutsche.de vom 8.1.2015. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/oelkatastrophe-in-nigeria-shells-schande-1.2293186>, Zugriff 21.10.2016.

96 Vgl. Heinrich Böll Stiftung: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“. In: Heinrich Böll Stiftung vom 07.04.2015. <https://www.boell.de/de/2015/04/07/wir-sind-hier-weil-ihr-unsere-laender-zerstoert>, Zugriff 21.10.2016.

97 Vgl. Zeller, Andrea: Entwicklungs- und Agrarpolitik der EU. Kohärenz oder Konflikt? Norderstedt 2008.

.....

Ebenso wäre auf eine Harmonisierung verschiedener internationaler Regelwerke wie beispielsweise derjenigen von WTO, UNCTAD, ILO und dem Übereinkommen von Paris sowie den Kreditvergabekriterien von IWF und Weltbank zu achten.

Ein derart gestalteter Freihandel könnte die Etablierung einer ökosozialen Marktwirtschaft begünstigen und damit bessere Lebensbedingungen in den MENA-Staaten und in Subsahara-Afrika ermöglichen.

### III.4 MENA - Bildungssituation und Migration

Autor: Thomas Straubhaar<sup>98</sup>

Bildung ist der stärkste aller Faktoren zur Eindämmung von Abwanderungsanreizen. Mehr Bildung erhöht die Arbeitsproduktivität. Sie verbessert die Wettbewerbsfähigkeit und ist langfristig die wichtigste Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, Wachstum und eine Zunahme der Beschäftigung.<sup>99</sup>

Bildungsinvestitionen erzielen eine hohe Rendite. Das zeigen alle empirischen Analysen, und der überdurchschnittliche Return on Investment findet sich sowohl für höher wie auch geringer entwickelte Volkswirtschaften. Besonders hoch ist die Rentabilität bei Bildungsinvestitionen für Mädchen in Afrika. Denn je besser gebildet Frauen sind, umso höher wird deren Beitrag fürs Familieneinkommen, wenn sie erwerbstätig sein können. Das alleine ist schon positiv und hilft, Armut und Not zu mindern.

Eine „doppelte Rendite“ entsteht, weil das höhere Markteinkommen der Frauen Anreize schafft, die Geburtenhäufigkeit zu mindern. Mehr Kinder bedeuten dann eher, dass das Haushaltseinkommen sinkt (als Folge der reduzierten Möglichkeit der Mütter, ein Markteinkommen zu erzielen). Ein Rückgang der Geburtenhäufigkeit wirkt sich längerfristig positiv auf die Pro-Kopf-Kapitalausstattung und damit positiv auf den durchschnittlichen Lebensstandard aus.

Die (wenigen und) etwas veralteten empirischen Analysen für die MENA-Region bestätigen in der Grundtendenz die aus der makroökonomischen Wachstums- und Entwicklungstheorie stammenden Erwartungen. Iqbal / Kiendrebeogo (2015) identifizieren einen positiven Aufholtrend in Bildungsausgaben und Bildungsqualität der MENA-Region gegenüber anderen Weltregionen.<sup>100</sup> Aber Assaad et al. (2013) finden in einer der wenigen empirischen Studien, dass es eine „alarmierende“ Ungleichheit bei den Bildungschancen in der MENA-Region gibt – insbesondere im Irak und im Jemen.<sup>101</sup> Karam / Afiouni (2014) verweisen darauf (allerdings nur für den universitären Hochschulbereich), dass Frauen in den Universitätsfakultäten der MENA-Länder unterrepräsentiert sind (wobei man fairerweise darauf hinweisen muss, dass das in anderen Weltregionen – auch in den OECD-Ländern – nicht anders ist).<sup>102</sup> So ist zwar die „Frauenquote“ in Saudi-Arabien hoch (60% gemäß den Daten von Karam / Afiouni (2014), Table 7), aber die Universitäten sind segregiert, womit keine Rückschlüsse auf Qualität, Finanzausstattung und Wertschätzung der Abschlüsse möglich sind. An einigen Universitäten der MENA-Region sind Frauen in der Funktion von Assistenz- oder Associate- oder Fakultäts-Professorinnen praktisch nicht existent (Karam / Afiouni, (2014) Table 7 und Table 8).

Nach Klasen / Lamanna (2008) gehören „Gender Gaps“ in Ausbildung und Beschäftigung zu den stärksten Bremsfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung.<sup>103</sup> Dabei schneidet die MENA-Region besonders schlecht ab: „The combined ‘costs’ of education and employment gaps in Middle East and North Africa and South Asia amount respectively to 0.9-1.7 and 0.1-1.6 percentage point differences in growth compared to East Asia.“

98 Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

99 Vgl. dazu insbesondere die vielen empirischen Arbeiten von Robert Barro – für die MENA-Region aufgearbeitet in Barro, Robert, and Jong-Wha Lee (2013): A New Data Set of Educational Attainment in the World, 1950–2010. *Journal of Development Economics* 104, 184–98.

100 Vgl. Iqbal, Farrukh and Kiendrebeogo, Youssef (2015): Public Spending and Education Attainment in the Middle East and North Africa, *Review of Middle East Economics and Finance*, 11(2), 99-118, DOI: 10.515/ rmeef-2015-0020

101 Assaad, Ragui; Salehi-Isfahani, Djavad and Hendy, Rana (2013): Inequality of Opportunity in Educational Attainment in Middle East and North Africa: Evidence from Household Surveys

102 Karam, Charlotte M. and Afiouni, Fida (2014): Localizing women's experiences in academia: multilevel factors at play in the Arab Middle East and North Africa, *The International Journal of Human Resource Management*, 25:4, 500-538, DOI: 10.1080/ 09585192.2013.792857

103 Klasen, Stephan and Lamanna, Francesca (2008): The Impact of Gender Inequality in Education and Employment on Economic Growth in Developing Countries: Updates and Extensions, *Discussions Papers* Nr. 175, Georg-August-Universität Göttingen



Für die MENA-Region ist der empirische Befund eindeutig: es gibt ein immenses Potenzial, um mit Bildungsinvestitionen – vor allem in die Ausbildung der Frauen – Wachstumsimpulse zu initiieren, Ungleichheit zu verringern und den Lebensstandard nachhaltig zu verbessern. Im Rahmen eines Marshallplans durch finanzielle Hilfe, aber auch durch institutionellen Wissenstransfer und organisatorische Hilfen, die MENA-Region beim Aufbau eines leistungsfähigen Bildungssystems zu unterstützen, würde ein äußerst wirkungsvolles Instrument zur Verringerung der Migrationsanreize sein. Mit vergleichsweise wenig Geld könnten zugleich ex ante vergleichsweise starke Effekte zur Prävention von Migrationsbewegungen geleistet werden, was erheblich billiger ist, als die Folgen ungewollter Wanderungsströme ex post korrigieren zu wollen.

Schließlich schaffen Bildungsinvestitionen auch die Voraussetzung für die (temporäre) Auswanderung von höher Qualifizierten. Deren Rücküberweisungen und im Ausland erworbenen Fähigkeiten, die bei einer Rückkehr genutzt werden können, sind wichtige Beiträge zu Wachstum und Entwicklung (Brain Gain). In der MENA-Region zeigen sich noch einige Defizite, um dieses Potenzial optimal auszuschöpfen: „The lack of explicit pro-migration policies in the exporting MENA countries left some migrants with no efficient mechanism for seeking a job abroad or assurances of agreeable working conditions in the host country. For both reasons, migration in MENA has not been as much of a win-win game for all as it might have been” (World Bank 2008, S. 275/276).<sup>104</sup> Somit zeigt sich auch hier ein enormes Potenzial, im Rahmen eines Marshall-Plans für die MENA-Region Bildung als Voraussetzung für einen Brain Gain und damit eine Triple-Win-Situation für die Betroffenen, die Herkunfts- und die Zielländer zu nutzen.

### III.5 Entrepreneurship und duale Ausbildung – Erfahrungen mit Hidden Champions in Deutschland

Autor: Walter Döring<sup>105</sup>

Dr. Walter Döring, Vorsitzender des Senats der Wirtschaft Europa, weist auf die große Bedeutung von Entrepreneurship für einen Marshall-Plan mit Afrika hin. Er kann insbesondere auf breite Erfahrungen mit Hidden Champions in Deutschland verweisen. Ein zentraler Punkt für die Leistungsstärken des Mittelstands in Deutschland ist aus seiner Sicht das duale System im Ausbildungsbereich, das Fähigkeiten im praktischen Tun mit theoretischen Kenntnissen koppelt. Ein massiver Export des dualen Systems in Richtung Afrika in Verbindung mit verstärkten Anstrengungen deutscher Firmen in diesem Bereich ist aus seiner Sicht ein wichtiger Ansatzpunkt für Erfolge in diesem Kontext.

### III.6 Soziale Innovationen nutzen

Autor: Peter Spiegel<sup>106</sup>

Peter Spiegel lenkt die Aufmerksamkeit auf neue Ansätze im Bereich sozialer Innovationen. Von besonderer Relevanz sind die folgenden drei:

#### (1) Social Innovation / Social Entrepreneurship

Ansätze dieser Art sind seit Jahren fester Bestandteil der entwicklungspolitischen Diskussion, weltweit. Ihre innovative Kraft und praktische Relevanz ist in hunderten von Studien belegt. Eine Studie von McKinsey im Auftrag von Ashoka taxierte die augenblicklichen Umsätze auf über 1 Billion USD mit jährlichen Wachstumsraten von über 30 Prozent. Die Bundeskanzlerin lud Anfang 2015 mehr als 130 führende soziale Innovatoren aus aller Welt ins Kanzleramt ein, mit dem Tenor, dass soziale Innovationen gleich wichtig sind wie technologische und digitale. BMZ und GIZ arbeiten mit dieser neuen Szene bestens zusammen.

<sup>104</sup> The World Bank (2008): The Road Not Traveled; Education Reform in the Middle East and Africa, MENA Development Report. Washington DC (The International Bank for Reconstruction and Development), insbesondere Kapitel 8, „Education and Migration“, S. 245-280

<sup>105</sup> Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

<sup>106</sup> Peter Spiegel ist Zukunftsforscher, Initiator und Leiter des Think-&Do-Tanks GENISIS Institute for Social Innovation sowie des VISION SUMMIT (seit 2007), Programmleiter des EduAction Bildungsgipfels 2016, Entdecker des Megatrends WeQ, Mitgründer der WeQ Foundation, Initiator der Initiative „Zukunft für alle“, Social Innovation Officer des Senats der Wirtschaft Deutschland, Autor und Herausgeber von mehr als 25 Büchern, Keynote Speaker, vormals u.a. Generalsekretär des Club of Budapest International.

---

## (2) Social Business

Hier gibt es drei wichtige Ansätze:

- Mikrofinanz: Mikrofinanz ist nach wie vor ein entwicklungspolitisch entscheidender Ansatz. Durch Zusammenarbeit mit Prof. Yunus und der Grameen-Gruppe sollte dafür Sorge getragen werden, dass Fehlentwicklungen im Umgang mit von Mikrokrediten überwunden werden. Prof. Yunus hat an dieser Stelle eine Schlüsselbedeutung.<sup>107</sup>
- Social Business: Weltweit entstanden in den letzten Jahren sehr viele Social Businesses mit systemisch innovativer Relevanz. Der Grameen-Shakti-Ansatz ist einer davon, der gut mit Großanlagen wie Desertec kombiniert werden könnte. Lokale, dezentrale Ansätze und Großanlagen sollten in eine systemisch zwingend notwendige Balance gebracht werden. Wohl niemand in der Welt hat vergleichbar systemisch innovative und wirkmächtige Pionierleistungen erbracht wie Prof. Yunus und die Grameen-Gruppe in der klugen Verbindung von „Social“ und „Business“. Als Ehrenpräsident des Senate of Economy hat Prof. Yunus auch im Kontext der Denkschrift eine besondere Bedeutung.
- Revolvierende Social Business Fonds: Ein weiterer neuer Ansatz ist das Konzept von revolvierenden Social Business Fonds, das für den Erfolg eines Marshall-Plans mit Afrika aus der Sicht von Peter Spiegel wichtig ist, um Finanzmittel zu „multiplizieren“. Der Yunus'sche Ansatz revolvierender Social Business Fonds passt sehr gut in den Kontext der Denkschrift.

## (3) Genossenschaften

Auch die Fortentwicklung der Genossenschaftsidee als „systemische Innovation“ gilt es zu thematisieren. Bundeskanzlerin Merkel sieht dies wohl ebenso und verwies im Rahmen einer Einladung ins Kanzleramt auf die immense Bedeutung von Energiegenossenschaften und anderen Genossenschaften. Afrika braucht – neben anderen ebenfalls wertvollen Ansätzen – auch eine Stärkung genossenschaftlicher Ansätze. Besonders interessant im Kontext eines Marshall-Plans mit Afrika ist dabei das Konzept von Social Impact Labs des Ashoka-Fellows Norbert Kunz. Mit der Implementierung von Social Impact Labs in Afrika kann dort die Entdeckung und Begleitung von sozialen Innovatoren in Afrika für die jeweils dringendsten Entwicklungsbedarfe vor Ort systematisch gefördert werden.

## III.7 Warum der Aufbau von Sozialsystemen in den afrikanischen Staaten ein Schlüsselthema ist

Autor: Andreas Huber<sup>108</sup>

Als Mitglied der Deutschen Gesellschaft Club of Rome ist es mir ein großes Anliegen, dass die Staaten der Welt sehr viel Geld in den Aufbau von Sozialsystemen in sich entwickelnde Länder investieren. Der Aufbau von Sozialsystemen führt im weitesten Sinne zur Stabilisierung der Verhältnisse vor Ort und ist Grundlage für ein Leben in Würde. Der Aufbau von Sozialsystemen ist eines der wichtigsten Instrumente, um die Explosion der Weltbevölkerung zu stoppen, im Besonderen auch in Afrika.

Die über Sozialsysteme unmittelbare Förderung des Einzelnen hilft auch gegen Korruption. Ein soziales Minimum an Finanzierung jedes Einzelnen wirkt indirekt auch für einen Mindestlohn. Der Aufbau von Sozialsystemen in anderen Ländern durch Hilfe aus reicheren Ländern kann gekoppelt werden mit der Forderung nach deren Unterstützung bei der Fortentwicklung der Regeln der WTO. Besonders wichtig wäre es, den Begriff der Gleichheit von Gütern dahingehend zu modifizieren, dass bestimmte Mindeststandards im Sozialen und Ökologischen für Güter gefordert werden, die man als nachhaltig produziert bezeichnen würde. Derartige Güter müssen in anderer Weise behandelt werden dürfen als nicht so nachhaltig produzierte.<sup>109</sup>

---

<sup>107</sup> Vgl. hierzu FAW/n Publikation „Microcredit – Addressing an Ongoing Debate“, Ulm 2014, abrufbar unter [www.faw-neu-ulm.de](http://www.faw-neu-ulm.de)

<sup>108</sup> Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

<sup>109</sup> Vgl. hierzu Studie für BMZ/giz „Globale Wertschöpfungsketten und Nachhaltigkeit – Möglichkeiten und Grenzen im Rahmen des WTO- und des EU-Rechts“. Autoren: F. Ekardt, E. Herlyn, Y. N. Hodu, T. P. Holterhus, K. Hossain, F. J. Radermacher und P.-T. Stoll, 2016



### III.8 Gut gestalteter Tourismus – wichtig für Nachhaltigkeit<sup>110</sup>

Autor: Erik Solheim<sup>111</sup>

Der Norweger Erik Solheim, neuer Chef des UN-Umweltprogramms UNEP brachte in jüngster Zeit zum Ausdruck, dass Umwelt und Entwicklung vollständig verschmolzen werden müssen, um die neuen gemeinsamen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu erreichen.

Das offensichtlichste Thema ist die Umweltverschmutzung. Die Vereinten Nationen waren sehr erfolgreich darin, übertragbare Krankheiten zu bekämpfen. Mit einem kleinen Stolperer in Nigeria wurde Polio auf dem afrikanischen Kontinent ausgerottet. Die Pocken sind in der ganzen Welt ausgerottet und die Todesrate bei Malaria ist seit dem Jahr 2000 um 70 Prozent reduziert worden. Ein riesiger Erfolg. Jetzt entwickelt sich die Umweltverschmutzung zu einem wesentlichen Entwicklungshindernis. Es gibt mehr Tote durch Luftverschmutzung als durch Krebs. Jeder weiß vom Krebs, aber kaum jemand weiß von den Folgen der Luftverschmutzung. Das Thema ist nah an den Menschen. Ein zweites Beispiel sind die Ozeane. Die Meere bieten vielen Menschen in der Fischerei eine Lebensgrundlage, aber diese wird durch Überfischung und Plastikmüll im Meer zerstört.

#### Das alles lähmt die Entwicklung – Warum?

Die größte „Jobmaschine“ ist der **Tourismus**. Um auch nur ein kleines Hotel zu betreiben, braucht es eine große Belegschaft. In einer Autofabrik können wenige Experten die Roboter überwachen. Aber der Tourismus ist ein fantastischer Job-Produzent, wenn wir es nachhaltig tun. Wir müssen die Menschen mit weniger Verschmutzung durch Flugzeuge und Autos um die Welt bringen, und die Natur respektieren. Es gibt eine starke Verbindung von Tourismus und Naturschutz. Die Menschen reisen, um Elefanten zu sehen oder Löwen. Wenn es die nicht mehr gibt, kommt auch keiner mehr. Der Naturschutz verbindet Umweltschutz mit Wirtschaftsentwicklung im großen Stil. Es ist kein Zufall, dass Thailand in den vergangenen Jahrzehnten enorme Wachstumsraten hatte. Einer der Faktoren ist die Tatsache, dass Thailand eines der meist besuchten Reiseländer ist. In Afrika könnte es ähnlich sein.

Allerdings sind dafür Frieden und Sicherheit wichtig. Kein Touristenort überlebt, wenn es keine Sicherheit gibt. Dabei geht es um den Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und Krieg, Konflikt und Migration. Umweltzerstörung kann Konflikte verstärken und Kriege können es sehr schwer machen, die Umweltprobleme zu lösen. Im Nahen Osten beispielsweise trägt die extreme Wasserknappheit zu den komplexen Konflikten bei. Auf der anderen Seite burden die Millionen Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien ihren Nachbarländern wie Jordanien oder dem Libanon auch enorme Umweltlasten auf. Es gibt einige Kriege auf der Welt, bei denen die Umwelt keine Rolle spielte, z.B. in Sri Lanka. Dort gab es keine enge Verbindung zur Umwelt. Aber in Somalia, im Südsudan und in der Region um den Tschadsee, wo Boko Haram Probleme macht, gibt es eine klare Verbindung zwischen Umweltzerstörung und Krieg.

#### Wie kann man erreichen, dass Geld in den Erhalt der Umwelt investiert wird und nicht mehr in ihre Zerstörung?

Die chinesische Führung hat das Thema in ihrer G20-Präsidentschaft sehr gut aufgegriffen. Deutschland wird die Präsidentschaft im kommenden Jahr übernehmen und hat schon angekündigt, das Thema weiterzuführen. Für mich ist die Sache ganz simpel: Es gibt unglaublich viel Geld auf der Welt. Auf der anderen Seite gibt es viele gute Ideen und Projekte, die von diesen Investoren übersehen werden. Viele dieser Projekte werden als nicht investierbar angesehen, weil die Banken oder Versicherungen Schwierigkeiten damit haben, die Risiken zu kalkulieren. Das Risiko scheint zu hoch. Deshalb sollten wir nach Wegen suchen, dass Regierungen oder die Weltbank oder andere Organisationen den privaten Investoren einen Teil dieses Risikos abnehmen.

#### Könnten Klimaversicherungen dafür ein Vorbild sein?

Es gibt seitens der Versicherungen großes Interesse. Aber wir bei den Vereinten Nationen tun uns immer noch etwas schwer, den richtigen Ton mit den privaten Investoren und ein gemeinsames Verständnis mit privaten Inves-

<sup>110</sup> übernommen aus einem Interview mit Erik Solheim, UNEP-Geschäftsführer

<sup>111</sup> Erik Solheim ist ein norwegischer Politiker. Er war Vorsitzender der Sosialistisk Venstreparti von 1987 bis 1997. Seit 2016 leitet er als Exekutivdirektor das UN-Umweltprogramm (UNEP)

.....

toren zu finden. Deutschland ist die Nation, die das am besten kann. Es gibt gute Beziehungen zwischen Politik und Unternehmen, und es gibt viele Firmen, die es besser machen wollen, die sich als verantwortliche Kapitalisten profilieren wollen. Der globale Umbau der Energiesysteme, der Landwirtschaft und der Wasserinfrastruktur kann nur mit privaten Investitionen gelingen. Der französische Ölkonzern Total hat angekündigt, bis 2030 unter den drei größten Solarkonzernen der Welt sein zu wollen. Das ist für einen Ölkonzern ziemlich mutig. Und sie haben angekündigt, dass sie in der Arktis kein Öl fördern werden. Da sind sie weiter als viele skandinavische Politiker, die das immer noch tun wollen. Es bleibt spannend.

### III.9 Marshall-Plan with Africa / Mandela Plan with Africa

Autor: Obiora Ike<sup>112</sup>

1. I write this contribution in reference to the “Marshall-Plan with Africa” design, which builds on a long heritage and is deeply committed in theory and in practice, with faith and life and many more of the fundamental tenets which should guide all human activities - life, respect, community, personality, faith in the good in humanity, hard work which pays, innovativeness, belief in the youth, integrity of creation, and inclusion of the poor. This covers the sustainability of the African continent and its peoples and the idea, that Africa should be able to feed its own people, contribute to international co-operation, work for peace and live in harmony. History teaches us, what to do, and we have to learn from it.
2. I want to express thanks to the Club of Rome, the Senate of the Economy and the German Government with its people for the great work they have done in creatively deepening thought leadership around the topic of A Marshall-Plan with AFRICA. I am encouraged by the positive reaction of the German government to this topic primarily as INITIATOR, hopefully also finding more support with European governments and others. The Marshall-Plan with Africa is intended to improve the collaboration between the two very near neighbours and continents since antiquity, who - unfortunately - are so far apart in the way, they operate, that much greater co-operation is called for at this time. Africans do not want to migrate and live elsewhere normally. If they do so, this is because the national and global social-economic and political environment force them into migration, e.g. when wars, or famine or lack of water and other catastrophes emerge. The subject of ETHICS is fundamental in the discussion of a Marshall-Plan with Africa because the Sustainable Development Goals (SDGs) and Ethics are intrinsically bound together. They entitle all people to a full life of dignity and happiness. To reach that point is possible for humanity today with all the reservoir of knowledge and technology available.
3. The Marshall-Plan makes us remember history and learn from it. The elderly Germans share this experience but many others do not have the privilege. For many Africans, a plan to massively promote and engage the continent on development, progress, authenticity, recovery and social-political cohesion would run well on the brand of the name of its recent and greatest son, Nelson Mandela. He led South Africa out of apartheid into freedom by denying himself his own freedom for nearly 30 years in prison. The best way to teach others is to practice what you teach, by a life of action and integration of thought and deeds, beyond words. Nelson Mandela has this integrity and Africans know him and believe him. But we shall not debate the matter of the name of the agenda anymore. The name Marshall stands in the post Second World War era as a saving grace of help and human support for the Germans and many other European nations. But of course, African solutions to problems need African concepts to sell. Otherwise, we shall always repeat the paternalistic presumption of helping people by making them alien to ourselves. The best help is self-help, as ancient African wisdom teaches us. Enough of this. Let this great programme be a Marshall-Plan, but a MARSHALL-PLAN with AFRICA and AFRICANS.
4. I would like to share the following reflections welcoming humanity through this project of a Marshall-Plan with Africa: “We’re just beginning to glimpse the beginning of a new economic system ... this is the first economic system to emerge since the advent of capitalism and its antagonism socialism since the start of the 19th century ... it has long term effects on our children and grandchildren ...” (Jeremy Rifkin).

<sup>112</sup> Monsignore Professor Dr. Obiora Ike, Catholic Priest and Prelate; Doctoral Studies in Bonn, Germany, Innsbruck Austria; Professor of Ethics and Intercultural Studies at Godfrey Okoye University, Enugu; Author of over 120 Titles and Publisher President Club of Rome, Nigeria Chapter; Chairman of UPMFB Ltd Micro Finance Bank, Nigeria; Founder Catholic Institute for Development Justice Peace and Caritas; Executive Director of Globethics.net, Geneva Switzerland



5. Realising that the richest continent on earth is Africa, the cradle of humanity, it also holds the greatest potential to save our planet from destruction. It is vital, actually crucial that all efforts be made to make Africa a success, otherwise first Europe and then the planet and humanity will fail. We must re-invent our economic system from one based on individual consumerism - as we followed it for the past centuries - to one based on solidarity and collaborative commons. Trickle-up economic economies must be nurtured, trickle-down does not work. We have no choice. Africa is Ali-Baba's treasure chest that has been taken over by the Great Gatsby bankers of our epoch.
6. Growing birth rates may spell the doom of the North African and sub-Saharan African nations and create massive problems that no one can easily solve. Therefore, a clear understanding and concerted action of all stakeholders - civic, social, cultural, religious, economic and political thought leaders - through massive awareness towards responsible parenthood is imperative in these countries. Yet, falling birth-rates may spell the end of the Western European countries. How to find the balance in geo-population political and moral discussions remains a matter for the people, not only the parliaments. Wisdom has its own ways and it teaches the wise, that is those who listen and wish to learn.
7. Bewildered bankers try to uphold the economy with negative interest rates, yet let's be frank. Europe's "plundering" of Africa and of other parts made it rich. Today, it's Europe's turn to fund the blooming of Africa, and thereby assure, that its aging population and economy will continue to thrive. Europe will soon see half its jobs lost to robots and technology. How technology will change the game for Africa is not yet clear. But with Africa's population on course to triple by the end of the century, it is from this youthful energy that the world may have a chance to survive.
8. It is now time to stop war, stop slavery and realise the obnoxious footprint the East's and West's lifestyle has on our planet. We have to start to respect our one and only earth. People need energy, food, lights, jobs, employment, innovativeness, creativity, electricity, especially green and clean energy, such as the solar hope, which has in Africa the largest potential as the sunlight is there always shining. Important are as much education and massive primary and secondary health care; skills empowerment and water provision and sustainable livelihoods.
9. The German Marshall Fund of the United States has all the reason to be at the forefront of this initiative for Africa. Very soon, at least one third of the planet will be populated by people of black decent, because they are so resilient. It is time to join the winning side. Why today, as you read this, are over 20 million people starving to death in Yemen, Somalia, Nigeria, South Sudan and more widely in Africa, the richest continent on earth? And they are the potential migrants of the next decade? Humanity must do something. Yes, humanity can. Germany can lead and it's time also to lead in such a moral and humanistic business plan, as is the "Marshall-Plan with Africa and Africans".
10. Following the money trail brings us back to where? Is this the only way for the West to assure its survival? Let us go back to basics: <http://www.history.com/topics/world-war-ii/world-war-ii-history/videos/marshall-plan-announced>. We must turn today's reality around by aggregating our various complementary capabilities, those of the West and those of Africa, and start by giving these 20 million people a future, as well as the many, many more people, that soon will have no alternative than to land on Europe's beaches, if they not drown in the Mediterranean, or be the target of bombs made by the Western military-industrial complex that even General Dwight D. Eisenhower warned us against <https://www.youtube.com/watch?v=8y06NSBBRtY>.
11. The irony is not lost, that General George C. Marshall, Jr. Nobel Peace Prize recipient, who did so much to better the lot of Europe, would see his protégé Eisenhower already forewarn us of the military-industrial threat that is now upon us. We must rise to the occasion, and go forward and save our planet from destruction, in a cooperative effort.
12. Agriculture in this Marshall-Plan Agenda is the key - access to financing, seeds and seedlings to farmers; access to international and national markets of farm yields through massive investment in the agricultural fields including technology and modernized farming methods; support to small farm holders; commercial agricultural schemes; mapped soil characteristics across countries and launched irrigation projects. People, who can feed themselves, usually don't do revolutions nor do they migrate. Migrations start when there is no hope for food, or survival, or development. Then, in many cases, people are ready to die in the Mediterranean sea to reach the islands and shores of Europe.

- 
13. China has emerged on the African scene to compete, create jobs, explore resources, take the place of Europe by daring the current and doing, what Europeans have refused to do, namely the realization of massive infrastructural investment in the continent. They do this successfully. And Africans are ready to pay for it and can pay for it with their resources – human and material. Europeans have experienced Africa over centuries and have an edge on the continent – language, integration, colonial history, religious affiliation as children of Abraham. Europe has quality products, reliability, jobs creating ability, experience with technical schools and the dual system. Also, it has a transparent banking system, democratic principles, governance styles and control mechanisms, which are useful lessons for the African people. Europe can, in a cooperative way, counteract the increasing presence of China and Chinese products in Africa. It continues to baffle the mind that over one billion Africans and their market is tending to go East while they are on Western European shores. Africa lies just on the other side of Granada in Spain. The MENA regions can unite the two continents – Africa and Europe!
  14. It is time for German and the Western European nations, including the USA, to take another look on Africa. And for this second time, it is a win-win scenario that is envisaged.
  15. Finally, engaging only the MENA regions as a strategy to fight migrations from Africa is as selfish and short-sighted as was colonialism during the centuries. It is time to engage the entire continent – and the partnership must be inclusive, also in managing the funds and taking into account the ideas on both sides concerning the Marshall-Plan with Africa and Africans. Besides governments, which often portray inefficiency and bureaucratic bottlenecks, the Partnership on Religion and Development (PaRD) should be integrated, as should be the civil society, the private sector, eminent elders and their councils and cultural leaders, microfinance banks for rural access, women groups, co-operatives etc. Such groups shall take over co-responsibility in a transparent process in each nation, as the MARSHALL-PLAN STAKEHOLDERS-COUNCIL for each nation. The stakeholders-council should help to make for the success in this great endeavour. The time for Africa is NOW. It is also time for optimism and renewed HOPE for what humanity can do together.

### III.10 Freiwillige Klimaneutralität des Privatsektors

Autor: Franz Josef Radermacher<sup>113</sup>

Die Lösung der Klimafrage kann nur im Kontext einer weltweiten Ökonomie angegangen werden, die grün und inklusiv ist. Für ökologisch-sozial tragfähige Ökonomien bedarf es allerdings vieler Instrumente, darunter auch eines internationalen Finanzausgleichs, so wie er jetzt erstmalig im Klimavertrag von Paris für die Folgen des Klimawandels verabredet wurde. Versprochen sind 100 Milliarden US-Dollar Transfer pro Jahr im klimanahen Bereich zwischen den entwickelten und nichtentwickelten Nationen ab 2020. Der deutsche Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Dr. Gerd Müller, spricht in diesem Kontext richtigerweise vom Klimafinanzausgleich. Es stellt sich in diesem Kontext die Frage nach dem Ergebnis der Weltklimakonferenz in Paris. Dieses Ergebnis hat zwei Teile, einerseits die vereinbarten Ziele, andererseits die verabredeten Maßnahmen zur Zielerreichung. Positiv ist, dass sich die Menschheit auf vernünftige Zielsetzungen verständigt hat. Sorge bereitet, dass die materiellen Zusagen der Staaten bei Weitem nicht ausreichen, die Ziele zu erreichen, die verabredet wurden, nämlich die Begrenzung des Temperaturanstiegs deutlich unter 2°C im Verhältnis zur vorindustriellen Zeit. Die materiellen Verhandlungsergebnisse deuten eher auf 3–4°C als auf einen 2°C-Anstieg hin.

Wie soll es an dieser Stelle weitergehen? Viele Beobachter und Klimaaktivisten glauben, die Lösung bestehe an dieser Stelle darin, den Druck auf die Staaten weiter zu erhöhen, ihre in Paris gegebenen Zusagen zu verschärfen. Sie folgen damit einer Sicht, die seit 20 Jahren „gebetsmühlenartig“ verfolgt wird, die aber mittlerweile durch die Realität überholt wurde. Dass nämlich die Staaten der Welt das Problem durch Absprachen und Ordnungspolitik vollständig regulativ lösen können und müssen. Aus vielerlei Gründen ist dieser Weg heute nicht mehr möglich, weil uns die Zeit davonläuft. Wir haben zu lange zu wenig unternommen. Heute sind schon die vertragstechnischen Hürden viel zu hoch, weil die nächsten großen internationalen Verhandlungsrunden, die substantielle Fortschritte bringen können, erst in einigen Jahren zu erwarten sind.

---

<sup>113</sup> Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift



Es müssen deshalb heute andere Akteure aktiv werden und dies ist sowohl möglich als auch – unter Gerechtigkeitsaspekten – sachlich gut begründet. Denn die Staaten untereinander können nur die Gerechtigkeitsfrage zwischen den Staaten klären. Nicht aber die Gerechtigkeitsfragen zwischen den Menschen: zwischen Menschen mit hohem und Menschen mit niedrigem Lebensstandard.

Auch in den ärmeren Ländern gibt es viele Menschen mit hohem Lebensstandard und in den reichen Ländern viele Menschen mit niedrigem. Diese unterschiedliche soziale Positionierung, die zu unterschiedlichen Konsum- und Mobilitätsmustern führt, führt auch zu extrem unterschiedlichen Niveaus an individuellen Klimagasemissionen. Sie beinhaltet auch eine unterschiedliche Leistungsfähigkeit der jeweils Adressierten, in der Sache aktiv zu werden.

Deshalb müssen jetzt die aktiv werden, die dazu in der Lage sind. In der Regel sind dies auch diejenigen, die am stärksten zur Belastung des Klimas beitragen. Leistungsfähige nichtstaatliche Akteure, von Ländern über Städte und Kommunen bis hin zu Unternehmen, Organisationen und Privatpersonen müssen jetzt aktiv werden, soweit ihre Einsichten das erlauben und ihre finanzielle Situation entsprechend ist. Die Leitidee heißt „freiwillige Klimaneutralität von Gebietskörperschaften, Organisationen, Unternehmen und Privatpersonen“.

Hinter der Idee der Klimaneutralität stecken mehrere große Hebel, die genutzt werden können, um zum Klimaschutz beizutragen. Zum einen Investitionen in bessere technische Lösungen, in mehr Effizienz, in die vermehrte Nutzung „grüner“ Energie, aber auch in andere Verhaltensweisen und einen anderen Lebensstil. Überall da, wo Individuen solche Veränderungen in ihren Entscheidungen und zu ihren Kosten befördern, helfen sie der Stabilisierung des Klimas und tragen zur „Schließung“ der sogenannten „Lücke von Paris“ bei. Bei verbleibenden, kurzfristig nicht vermeidbaren Emissionen besteht die Möglichkeit ihrer Neutralisierung. Wobei Neutralisierung bilanziell zu sehen ist. Entweder man sorgt dafür, dass im Rahmen des staatlich verabredeten Systemdesigns weniger Emissionen in die Atmosphäre stattfinden (z.B. durch Stilllegung von Emissionsberechtigungen) oder aber man entzieht der Atmosphäre schon erfolgte Emissionen.

Bilanziell bewirkt beides eine Reduktion – im Vergleich zum Status quo. Es bestehen viele Möglichkeiten, den Zufluss von Emissionen in die Atmosphäre weiter zu drosseln. Die Hälfte der europäischen Ökonomie arbeitet z.B. unter einem Zertifikatesystem, bei dem der Besitz der Zertifikate Voraussetzung dafür ist, Emissionen tätigen zu dürfen. Jeder kann solche Emissionsberechtigungen kaufen und stilllegen. Das vermindert den Gesamtumfang an verfügbaren Emissionsberechtigungen. Man zahlt also dafür, dass bestimmte, bisher zulässige Emissionen unter den Vorgaben des europäischen „Cap and Trade“-Systems nicht stattfinden. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Herstellung individueller Klimaneutralität. Alternativ kann man z.B. Aufforstungen in den Tropen mitfinanzieren. Diese Aufforstungen binden  $\text{CO}_2$ . Sie entziehen also der Atmosphäre  $\text{CO}_2$ .

Wenn man das auf degradierten Böden in den Tropen tut, erreicht man gleichzeitig eine Förderung vielfältiger anderer Nachhaltigkeitsziele, von der Steigerung biologischer Aktivität über die Verbesserung des Wasserkreislaufs, von Verbesserungen der Ernährungssituation und dem Schaffen neuer Infrastrukturen über die Bereitstellung erneuerbarer Energien bis hin zu Arbeitsplätzen und Einkommen für die einheimische Bevölkerung. Es entsteht wirtschaftliche Entwicklung durch den Schutz des Klimas. Das ist eine gute Konstellation.

Pro Hektar biologischer Aktivität können pro Jahr etwa zehn Tonnen  $\text{CO}_2$  gebunden werden. Es ist ein wesentliches Anliegen des vorliegenden Textes, Akteure dazu zu motivieren, sich zu eigenen Kosten und ohne gesetzliche Verpflichtung klimaneutral zu stellen, z.B. Unternehmen oder Organisationen, und dazu entweder das ganze Unternehmen klimaneutral zu stellen oder Produkte des Unternehmens oder auch die Mitarbeiter des Unternehmens und deren Familien.

Genauso können sich politische Einheiten unterhalb der staatlichen Ebene, also Länder, Städte und Gemeinden klimaneutral stellen. Und dasselbe kann jede Einzelperson tun. Es ist wichtig, in dieser Weise aktiv zu werden und dieses breit zu kommunizieren. Das ist kein Freikauf, noch viel weniger ein Ablasshandel, wie bezüglich dieses Ansatzes manchmal von interessierter/kritischer Seite kolportiert wird. Es ist dies vielmehr der vielleicht wichtigste Beitrag zum Klimaschutz, der in der entwickelten Welt kurzfristig im großen Stil additiv zu dem möglich ist, was ohnehin gesetzlich vorgegeben wird. Diese Position wird übrigens auch nachdrücklich von UN-Seite vertreten (<http://climateneutralnow.org>). Interessant ist in diesem Kontext, dass die Mineralölfirma AVIA seit kurzem ihr

.....

Heizöl nur noch klimaneutral anbietet und die Kosten für die zur Neutralisierung notwendige Kompensation selber trägt, also nicht an die Endkunden weitergibt. AVIA kompensiert dazu mehr als 1 Million Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr freiwillig auf eigene Kosten.<sup>114</sup>

Indem man als Vorbild für Klimaneutralität vorangeht, motiviert man andere, dasselbe zu tun. Wir brauchen große Netzwerke von Akteuren, die in dieser Hinsicht aktiv werden. Klimaneutralität ist eines der wichtigsten Instrumente für mehr Klimaschutz, die zur Verfügung stehen. Ihr großer Vorteil ist: Jeder kann dazu beitragen, sofort, aufgrund einer eigenen Entscheidung und ohne große Debatte – getreu dem Motto der erfolgreichen Kinderinitiative „Plant for the Planet“, das lautet: Stop talking. Start planting.

### III.11 Ein Marshall-Plan mit Afrika – Förderung der Akzeptanz in Deutschland und Europa

Autor: Dieter Härthe<sup>115</sup>

Es wird eine große Herausforderung darstellen, in Deutschland und in Europa breite gesellschaftliche Akzeptanz für einen Marshall-Plan mit Afrika zu schaffen, da dieser für die Staaten Europas große finanzielle Aufwendungen mit sich bringen wird. Diese fallen in einer Zeit an, in der die zunehmende Zahl an Flüchtlingen an vielen Stellen ein Gefühl des „Und wer kümmert sich um uns?“ hat entstehen lassen. Viele Europäer fühlen sich von der Politik allein gelassen, weshalb zu erwarten ist, dass viele Menschen es intuitiv ablehnen werden, dass Milliardenbeträge zur Entwicklung des afrikanischen Kontinents aufgebracht und transferiert werden. Solange der Trend zu zunehmender Ungleichheit in Deutschland und in Europa anhält, wird die Mehrheit der Menschen in Deutschland nur schwerlich für eine positive Haltung gegenüber umfangreichen (finanziellen) Maßnahmen anderswo auf der Welt zu gewinnen sein. Der deutsche Soziologe Stephan Lessenich formuliert es in seinem neuen Buch „Neben uns die Sintflut“ wie folgt: *„Ohne mehr Gleichheit im Inneren des Wohlstands werden sich keine Mehrheiten für einen Ausgleich zwischen Nord und Süd ... finden.“* Diese Aussage ist zumindest solange richtig, wie den Menschen in der Mehrheit nicht plausibel ist, dass die so eingesetzten Mittel auch für ihre eigene Zukunft einen positiven Beitrag leisten.

Ein Ziel breiter gesellschaftlicher Kommunikation sollte es sein, den Menschen zu vermitteln, dass ein Marshall-Plan mit Afrika ein langfristig angelegter Ansatz zur Beseitigung von Fluchtursachen ist, von dem letztlich auch die Europäer profitieren werden. Die geopolitische Situation macht Afrika zu einer der größten Herausforderungen für die Europäer. Werden die Probleme dort nicht gelöst, werden sie früher oder später auch Europa selbst treffen, in Form eines bisher nicht gekannten Ausmaßes an Flucht mit Konsequenzen, die weit über alles hinausgehen werden, was wir bisher gesehen haben. Aus eigenem Interesse bzw. sogar aus einsichtsvollem Egoismus ist Europa in der Pflicht dazu beizutragen, dass sich die Lebensbedingungen der Menschen in der Nachbarregion Afrika bei gleichzeitigem langfristigem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen verbessern. Dass dies dann auch ökonomisch gut für Deutschland ist, kommt noch hinzu.

In diesem Kontext stellt auch ein gut durchdachtes, differenziertes Zuwanderungs- und Asylrecht ein wichtiges Element der Schaffung gesellschaftlicher Akzeptanz für eine neue Politik mit Afrika dar. Dabei geht es um klare, humane Regelungen im Falle von Flucht vor Krieg und Hunger. Gleiches gilt für sich möglicherweise anschließende Asylverfahren. Darüber hinaus sollte es ein Einwanderungsgesetz geben, das Migration in solchen Fällen ermöglicht, in denen sie für alle Beteiligten sinnvoll erscheint. In diesem Kontext sollte das Prinzip der Vertragsfreiheit argumentativ zugrundegelegt werden. D.h. die Migration muss für beide Seiten Sinn machen: für uns, die wir (geeignet ausgewählte) Menschen aufnehmen und ebenso für die Menschen, die kommen, aber auch ihre Familien im Ursprungsland und für dieses Land selber.

Im Kern geht es beim Marshall-Plan mit Afrika um eine nachhaltige Entwicklung des Nachbarkontinents im Sinne der Agenda 2030, von der letztlich die Europäer selber profitieren werden, weil neue ökonomische Aktivitäten zwischen den beiden Kontinenten entstehen, neue Energiequellen erschlossen werden etc. Dahinter steht die Grund-

<sup>114</sup> [http://www.faw-neu-ulm.de/wp-content/uploads/2017/04/01\\_AVIA\\_Pressemeldung\\_CO\\_neutral-v2.pdf](http://www.faw-neu-ulm.de/wp-content/uploads/2017/04/01_AVIA_Pressemeldung_CO_neutral-v2.pdf)

<sup>115</sup> Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift



idee, die Sustainable Development Goals nicht über einen defensiven suffizienz-orientierten Ansatz zu erreichen, sondern über einen offensiven Ansatz, der marktwirtschaftliche Kräfte nutzt sowie auf unbedingt notwendige neue Technologien und Technologietransfer und auf neue Governance Strukturen setzt.

Verständnis für derartige Ansätze zu schaffen, die langfristiges, ganzheitliches und an Nachhaltigkeit orientiertes Denken erfordern, kann nur durch eine entsprechende **Bildung** entstehen. An dieser Stelle erkennt man, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) eine unbedingte Notwendigkeit darstellt, wenn es gelingen soll, die heutigen globalen Herausforderungen in den Griff zu bekommen. Genauso gilt es, durch Austauschprogramme auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft die **interkulturelle Kompetenz** der Menschen zu fördern.

### III.12 Desertec und der Marshall-Plan mit Afrika

Autor: Frithjof Finkbeiner<sup>116</sup>

Wenn sich europäische Strommärkte für den Import von Wüstenstrom aus Nordafrika öffnen, wie Desertec das vorschlägt, so können beide Seiten von einer wirtschaftlich sinnvollen und ökologisch nachhaltigen Stromproduktion profitieren und dabei entwicklungs- wie umweltpolitische Ziele verwirklichen. So unterzeichneten Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Spaniens, Portugals und Marokkos auf der UN-Klimakonferenz in Marrakesch am 17.11.2016 die gemeinsame Erklärung, an einer Roadmap für den Handel mit erneuerbarem Strom untereinander zu arbeiten. Von Marrakesch nach Neckarwestheim könnten künftig eine „Solar Electricity Pipeline“, eine Hochspannungs-Gleichstromleitung, die Stätten sauberer Energieerzeugung in Marokko am ehemaligen AKW-Standort Neckarwestheim verbinden – denn hier ist sind die Verteil-Netze zu den Stromverbrauchern schon vorhanden.

Genau das ist die Idee hinter Desertec: Die Potentiale der Sahara und anderer Wüsten in Afrika zur Energiegewinnung zu nutzen, dabei Ökonomie und Ökologie ideal verbinden. Wie Franz Trieb vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt zeigt, ist dazu kein massiver Ausbau nationaler Stromnetze nötig. Sondern eine intelligente Punkt-zu-Punkt-Lösung. So wird der Atomausstieg Deutschlands zur echten Chance für die Erneuerbaren Energien, denn statt Grundlast und Regelernergie mit Kohle und Gas, also fossilen Energieträgern abzudecken, wird regelbarer und rund um die Uhr verfügbarer Wüstenstrom zum Rückgrat eines modernen und zukunftsfähigen Energiesystem, das die Lebensbedingungen künftiger Generationen und anderer Nationen gleichermaßen mitdenkt und deutsche Stromverbraucher nicht auf Kosten anderer versorgt, wie es heute der Fall ist.

Wüstenstrom ermöglicht es, die europäischen wie afrikanischen Stromsysteme auf sichere und saubere erneuerbare Energien umzustellen, wobei der von der 2°C-Grenze der Klimaerwärmung vorgegebene Zeitrahmen eingehalten werden könnte und ein bezahlbarer Strompreis sowie eine sichere Versorgung garantiert werden könnten. Strom aus solarthermischen Anlagen ist inzwischen genauso preisgünstig wie Strom aus Gaskraftwerken, ermöglicht dabei aber eine 100%-CO<sub>2</sub>-freie und damit nachhaltige Energieproduktion. Eine Menge praktischer Fragen sind dabei natürlich noch zu klären, etwa zur Wanderung von Dünen. Die arabische Halbinsel bietet ähnlich gute Möglichkeiten, dort sind die Verkehrsinfrastrukturen teilweise noch besser.

Das Problem bei der Umsetzung von Desertec-Anlagen ist nicht etwa die Finanzierung der Kraftwerke. Es gibt großes Interesse von Investoren, in Großanlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien zu investieren. Probleme sind vielmehr die Infrastrukturen, also Stromtrassen, und die Bereitschaft Europas, Energie aus Afrika zu importieren. Infrastrukturen verlangen politische Koordinierung und Vorfinanzierungen. Hier ist die öffentliche Hand gefordert, sich stärker einzubringen, unter Umständen in Public-Private-Partnerships oder mit Gewährung von Krediten und entsprechenden Sicherheiten.

Desertec hat erleben müssen, dass die Bereitschaft Europas, den Markt für Energie aus Afrika zu öffnen, begrenzt ist. Einerseits will das Oligopol der großen Stromproduzenten ihre konventionellen europäischen Kraftwerke gegen eine neue Konkurrenz aus Afrika abschotten. Andererseits favorisieren gleichzeitig die Befürworter einer dezentralen Energiewende mit ihrer erfolgreichen Bürgerbewegung und Millionen Anlagen den Ausbau variabler Erzeugung mit Windkraft und Photovoltaik und deren Ergänzung durch innovative Speichertechnologien.

<sup>116</sup> Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

.....

Es erscheint durchaus möglich nahe 100% Erneuerbare auch ohne Solarimporte zu erreichen, jedoch ist das Ziel mit Solarimporten aus Afrika wesentlich schneller und kostengünstiger zu erreichen.

Der Strom aus der Sahara kann natürlich auch überall in Nordafrika verwendet werden und im übrigen Afrika ebenso. Damit klimaneutraler, flexibel verfügbarer und bezahlbarer Strom aus der Wüste Realität werden kann, ist jetzt notwendig:

- dass die Europäische Union die Einfuhr von Strom aus afrikanischen Ländern zulässt.
- dass Unternehmen, die Strom-Großabnehmer sind, sich mit Wüstenstrom klimaneutral stellen und damit als Pioniere und Vorbilder fungieren
- und dass europäische Mittel in den Aufbau der Stromnetze fließen.

Der Rest ergibt sich dann über das ökonomische System von selbst, denn Solarstromimport aus Nordafrika ist bei den sich abzeichnenden Entwicklungen von Strompreisen und angesichts der Fluktuation des PV- und Windstromangebots wirtschaftlich sinnvoll.

Die Anlage Noor nahe der Stadt Ouarzazate in Marokko beweist, dass Wüstenstrom funktioniert. Heute schon produziert die solarthermische Anlage grundlastfähigen Strom. Dass Marokko bis 2015 noch 97% seiner Energie importieren musste, zeigt, wie wichtig solche Projekte für die Länder Nordafrikas sind. 42% seiner gesamten Energiegewinnung will Marokko bis 2020 aus erneuerbaren Quellen sichern.

Deshalb empfehlen wir jetzt ein starkes öffentliches Engagement für Wüstenstrom aus Afrika, als Teil dieser Denkschrift.

### **III.13 Waldaufbau in Wüsten als Perspektive für Menschen und Klima**

Autor: Christoph Brüssel<sup>117</sup>

Eine praxisorientierte und bereits in der Realisierung bewährte Perspektive für Regionen, die sonst wenige wirtschaftliche Möglichkeiten haben, kann die Aufforstung in Wüstengebieten unter Nutzung von Abwässern sein.

Entwickelt und wissenschaftlich begleitet durch die TU München und die Ain Shams Universität Kairo, entstehen derzeit mindestens 260 ha wirtschaftlich nutzbarer Wald in der Region Jsmailia in Ägypten.

Mitten in einem Wüstengebiet baut die deutsche Forest Finance Gruppe biodiverse Agroforst- und Waldflächen an. Dazu nutzt sie ein Bewässerungssystem auf der Basis der Abwässer der umliegenden Siedlungen und Städte. Diese Abwässer enthalten Nährstoffe für die Pflanzen und werden so sinnvoll und schonend für die Umwelt eingesetzt.

Als wirtschaftliche Perspektive können Ölpflanzen, wie Rizinus, ebenso Palmarten nach bereits kurzer Wachstumszeit zur Gewinnung von Bioenergie genutzt werden. Längerfristig ist auch das Holz zur wirtschaftlichen Nutzung sinnvoll. Derzeit wird für 2 Milliarden US Dollar jährlich Holz nach Ägypten importiert, da kaum eigene Wälder zur Verfügung stehen.

Im Sinne der Umwelt können große Waldflächen auch als Klimaregulator dienlich sein. Als Stichworte genannt seien CO<sub>2</sub> Sequestration, Schutz nachgelagerter Landwirtschaftsgebiete und Regeneration.

Die wissenschaftliche Bewertung zeigt, dass alleine in der Wüste Ägyptens ausreichend Abwasserzuführung für 650.000 ha Waldgebiete zur Verfügung steht. Die benötigten Flächen stehen ebenfalls bereit.

Durch diese Größenordnung könnten mehrere hunderttausend Arbeitsplätze und eine auf viele Jahrzehnte angelegte wirtschaftliche Perspektive aufgebaut werden. Die wirtschaftliche Nutzung macht solche Projekte zu vielversprechenden privatwirtschaftlich finanzierten Optionen.

Das aktuelle Projekt wird durch die privatwirtschaftliche Genossenschaft Desert Timber Consulting betrieben. Diese vereint regionale Teilhaber mit Investoren und Experten aus Europa.

<sup>117</sup> Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift



### III.14 Aufforstung schafft Kohlenstoffspeicher, Arbeitsplätze und substituiert CO<sub>2</sub>-intensiven Baustoff

Autor: Felix Finkbeiner<sup>118</sup>

Aufforstung in den Ländern Afrikas ist ein Konjunkturprogramm für den Kontinent und setzt gleich an mehreren Fluchtursachen gleichzeitig an. Der initiativen (Mit-) Finanzierung der Aufforstung durch europäische Partner steht als Gegenleistung weit mehr als nur die Dienstleistung der CO<sub>2</sub>-Kompensation gegenüber.

Auf dem afrikanischen Kontinent wachsen heute etwa 450 Milliarden Bäume, das sind 413 Bäume pro Einwohner.<sup>119</sup> Die Bandbreite reicht in den 55 unabhängigen Staaten Afrikas von einem Baum pro Bürger in Ägypten bis zu 8.100 Bäumen pro Einwohner in Gabun. Mit gut 100 Milliarden Bäumen wachsen am meisten in der Demokratischen Republik Kongo, gefolgt von 42 Milliarden Bäumen, die in Angola wachsen.

Diese bestehenden Waldflächen gilt es zu schützen, denn als Lebensraum sind sie ebenso wenig ersetzbar wie als Kohlenstoffspeicher. Um Holz als nachwachsenden, für langlebige Produkte nutzbaren Rohstoff zu gewinnen und damit weitere überlebenswichtige Kohlenstoffspeicher zu erzeugen, brauchen wir Aufforstung. Die Bedingungen dafür sind in den meisten Ländern Afrikas sehr gut. Dabei spielen natürlich die Klimazone, die Bodenbeschaffenheit und indigenen Baumarten eine Rolle, aber auch die Verfügbarkeit von Arbeitskräften und das Wissen um Aufzucht und Pflege von Bäumen. Betrachtet man rein die Verfügbarkeit von Fläche, können insgesamt auf dem afrikanischen Kontinent noch etwa 200 Milliarden zusätzliche Bäume gepflanzt werden. Diese Aufforstung gibt vielen Millionen Menschen eine langfristige Beschäftigung und damit Lebensgrundlage und bereichert das Land um wertvolle Rohstoffe und Artenvielfalt.

Zudem würden diese zusätzlichen 200 Milliarden Bäume mehr als zwei Milliarden Tonnen Kohlendioxid im Jahr und damit 5% des weltweit menschengemachten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes binden.

Die Kosten für die Aufforstung und anfängliche Pflege dieses 5-prozentigen CO<sub>2</sub>-Zeitjokers liegen grob geschätzt bei etwa 200 Milliarden Euro, wobei 10% in die Baumschulen und Aufzucht der Setzlinge fließen und der Rest in die Aufforstung selbst und die spätere Baumpflege.<sup>120</sup> Umgerechnet entspricht das 100 € für eine jährliche Kompensation von einer Tonne CO<sub>2</sub>. Rechnet man sehr konservativ mit zehn bzw. 20 Wachstumsjahren eines Baumes, was auch Umwelteinflüsse berücksichtigt, liegt die Tonne CO<sub>2</sub>-Kompensation bei 10 € bzw. 5 €.

Diese Investition hat aber neben den ökologischen Vorteilen auch viele positive ökonomische und soziale Effekte. Mit den 200 Milliarden Euro wird nicht nur ein maßgeblicher Teil an Kohlendioxid langfristig gebunden, es wird mehr erreicht. Verteilt man die Aufforstung auf zehn Jahre mit je 20 Milliarden neuen Bäumen, können etwa 20 Millionen neue langfristige Arbeitsplätze alleine in der Aufforstung bzw. nach der Ernte des ersten Holzes später auch in der besonders wichtigen sofortigen Wiederaufforstung geschaffen werden. Eine vergleichbare Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze schaffen jeweils die Holzverarbeitende Industrie und das nachgelagerte Bauhandwerk. Die regionale Verfügbarkeit von günstigem Baumaterial schafft Wohlstand und reduziert die Abhängigkeit von weltweiten Großkonzernen. Heute verbauen die Schwellenländer rund 90% der weltweiten Zementproduktion und Afrika gilt für die Zementkonzerne als Wachstumsmarkt. Holz als Baumaterial verlängert die überlebenswichtige Kohlenstoffbindung um Jahrzehnte, während die Herstellung von Zement weltweit drei Mal so viel Kohlendioxid ausstößt wie der gesamte Flugverkehr, nämlich 7% der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen.

<sup>118</sup> Felix Finkbeiner, Student der SOAS University of London, spezialisiert auf das Studium von Asien, Afrika, Naher und Mittlerer Osten, startete 2007 die Kinder- und Jugendinitiative Plant-for-the Planet mit dem Ziel junge Menschen zu motivieren sich als Botschafter für das größte Aufforstungsprojekt der Menschheit einzusetzen und 1.000 Milliarden neuen Bäume als Kohlenstoffspeicher und Baumaterial auf heute degradierten Flächen zu pflanzen.

<sup>119</sup> Crowther, T.W. et al. Mapping tree density at a global scale. Nature 525, 201-205 (2015) eine Auftragsstudie von Plant-for-the Planet

<sup>120</sup> Die Plant-for-the-Planet Foundation forstet seit Jahren täglich 6.000 neue Bäume in eigener Regie und mit eigenen Mitarbeitern in Ländern des Südens auf und wertet diese Daten wissenschaftlich aus.

---

### III.15 Unser Land verändert sich

Autor: Wolfgang Schäuble (Bundesminister für Finanzen)<sup>121</sup>

In einem Gastbeitrag „Unser Land verändert sich“ in der FAZ vom 27.9.2016 macht BM Dr. Wolfgang Schäuble unter anderem Aussagen zur zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit und zur Notwendigkeit eines Marshall-Plans mit Afrika:<sup>122</sup>

„... Es dürfte nicht unwahrscheinlich sein, dass wir eher am Anfang einer Phase stehen, in der Entwicklungen irgendwo auf der Welt immer spürbarer Einfluss auch auf unser Leben haben werden.

Wie sich zum Beispiel Afrika entwickelt, betrifft uns in Europa schon heute direkt. Dies wird eine der großen Herausforderungen auch der kommenden Jahre und Jahrzehnte bleiben. Wir fangen heute schon an, zu spüren, was dies bedeutet.

Deswegen stellen wir für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und für die Bekämpfung von Fluchtursachen 2017 knapp 19 Milliarden Euro bereit – für den Gesamtzeitraum bis 2020 sind es mehr als 77 Milliarden Euro.

#### Lebensbedingungen vor Ort verbessern

Wir haben darüber hinaus die Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit erheblich gesteigert. Die Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens und Afrikas – Syrien, Irak, Libyen und Subsahara-Afrika – werden sich ohne unsere Mithilfe nicht stabilisieren und wirtschaftlich entwickeln können.

Solange sich die Lebensbedingungen in diesen Regionen nicht verbessern, sind die Menschen auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Hunger und Armut, werden sie sich auf den Weg nach Europa machen. Wir werden in diesen Regionen die Bedingungen für mehr Investitionen schaffen müssen, damit die Menschen eine Perspektive in ihrer Heimat sehen können.

#### Investitionen in Afrika ankurbeln

Europa hat eine Verantwortung für Afrika im ureigenen Interesse. Deshalb haben wir verabredet, dass wir im Rahmen unserer G20-Präsidentschaft auf die Entwicklung neuer Märkte und Wachstumspotenziale mit unseren afrikanischen Partnern einen Schwerpunkt setzen werden. Wir beginnen, über einen „Compact with Africa“ zu sprechen – ein deutscher Vorstoß für unsere Präsidentschaft.

Wir wollen damit private Investitionen in Afrika sicherer machen, Investitionshemmnisse abbauen und Investitionsanreize setzen. Europa muss sich mehr für die Stabilisierung unserer Nachbarschaft engagieren. Es wird uns nicht gutgehen, wenn um uns herum die Welt in immer größere Turbulenzen gerät ...“

### III.16 Die Lage der Frauen

Autor: RFPD und Stiftung Weltbevölkerung<sup>123</sup>

Die Situation der Frauen in Afrika hat für die Zukunft der Welt eine große Bedeutung. Das gilt im Besonderen in Bezug auf Reproduktion. Es ist ganz entscheidend festzuhalten, dass die Lage in Afrika auch in dieser Hinsicht nicht hoffnungslos ist. Es gibt keinen Grund zu resignieren. Der Fokus unserer Aktivitäten sollte richtig gewählt

---

121 Wolfgang Schäuble ist seit 1989 Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Von 1991 bis 2000 war er Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ab 1998 zudem Bundesvorsitzender der CDU. Seither ist er Mitglied im Präsidium der CDU Deutschlands. Ab 2002 war Schäuble stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik, bevor er 2005 erneut zum Bundesminister des Innern ernannt wurde. Seit 2009 ist er Bundesminister der Finanzen.

122 Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gastbeitrag-von-wolfgang-schaeuble-veraenderung-keine-selbstaufgabe-14454139-p7.html?printPagedArticle=true#lesermeinung>

123 RFPD (Rotarian Action Group for Population & Development) setzt sich ein für eine mit Nachhaltigkeit kompatible weltweite Bevölkerungsentwicklung unter menschenwürdigen Bedingungen, eine tragfähige Balance zwischen verfügbaren Ressourcen und Zahl der Menschen auf dem Globus und für einen für alle Menschen verfügbaren und bezahlbaren Zugang zu Bildung, Familienplanung und medizinischer Grundversorgung. Vorsitzender des Vorstands der RFPD German Section ist Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz Josef Radermacher.



werden. So engagieren sich in Deutschland mit großem Erfolg die Rotary Fellowship on Population and Development und die Stiftung Weltbevölkerung für das Thema Bevölkerungsentwicklung. Das gerade auch in Afrika, sogar an der Schnittstelle zwischen Christentum und Islam, also beispielsweise in Nigeria. Die Anstrengungen in diesem Sektor müssen weiter verstärkt werden. Anlässlich der Initiative des BMZ Ministeriums für die „Zukunftscharta EINEWELT - Unsere Verantwortung“ haben RFPD und die Stiftung Weltbevölkerung ein gemeinsames Pressestatement publiziert, das zeigt, was zu tun ist:

### **Gemeinsamer Appell von RFPD und Stiftung Weltbevölkerung an den Bundesminister für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit**

Die Entwicklung der Weltbevölkerung, der mangelnde Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten, Fragen der Familienplanung sowie die hohe Mütter- und Kindersterblichkeit sind eng miteinander verknüpfte Schlüsselthemen für eine nachhaltige globale Entwicklung.

Mehr als 220 Millionen Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern möchten eine Schwangerschaft vermeiden, haben aber keinen Zugang zu effektiven Verhütungsmethoden - wegen fehlender Informationen, aus Mangel an Verfügbarkeit oder durch Druck von ihren Partnern bzw. dem sozialen Umfeld. Wenn Frauen selbst entscheiden können, wie viele Kinder sie bekommen, haben sie meist kleinere Familien, und die Geburtenrate sinkt. Eine verbesserte Gesundheitsversorgung führt zugleich zu einer steigenden Lebenserwartung, sodass mehr Menschen länger erwerbstätig sein können. Dadurch steigt der Anteil der Bevölkerung, der einer Arbeit nachgehen kann, gegenüber dem Anteil von Kindern und alten Menschen, die versorgt werden müssen. Wenn die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter menschenwürdige Arbeit findet und die Wirtschaft wächst, erzielt der Staat höhere Einnahmen, die er so einsetzen kann, dass der Lebensstandard der gesamten Bevölkerung steigt.

Dass dies funktionieren kann, hat die Entwicklung der asiatischen Tigerstaaten gezeigt. Allerdings sind hierfür politische Entscheidungen und Weichenstellungen notwendig. Die heutige Jugendgeneration ist die größte aller Zeiten - besonders für diese jungen Menschen sind verstärkte Investitionen in Gesundheit erforderlich, damit die Chancen für Armutsreduzierung und Entwicklung von Staaten genutzt werden können. Dies wird auch dazu beitragen, dass weniger Menschen ihre Heimat verlassen.

Wir appellieren daher an Sie, Herr Bundesminister, den hier beschriebenen Schlüsselthemen einen noch stärker hervorgehobenen Stellenwert in Ihrer Politik einzuräumen und dazu beizutragen, dass Deutschland sich im Rahmen internationaler Prozesse wie der Post-2015-Entwicklungsagenda verstärkt für die vollständige Umsetzung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte einsetzt.

## **III.17 Eindrücke, Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Zusammenarbeit mit der German University in Cairo**

Autor: Werner Smolny<sup>124</sup>

### **Einführung**

Die German University in Cairo (GUC) ist eine private Stiftungsuniversität, die 2003 von Ashraf Mansour in Kooperation mit den Universitäten Stuttgart und Ulm gegründet wurde. Prof. Mansour hat an der Universität Ulm promoviert und habilitiert. Die Gründung wurde durch ägyptische Sponsoren, Akteure von den Universitäten Stuttgart und Ulm und den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) unterstützt. Die GUC wird über den DAAD aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Programm „Studienangebote deutscher Hochschulen im Ausland“ gefördert, seit 2006 auch mit Stipendien aus Mitteln des Auswärtigen Amtes. Das Konzept und das Fächerspektrum orientieren sich an dem deutscher technischer Universitäten, die Unterrichtssprache ist Englisch. Derzeit studieren dort etwa 10 000 junge Menschen in etwa 70 Bachelor- und Masterstudiengängen. Die GUC pflegt enge Beziehungen zu den Partneruniversitäten in Deutschland, und seit 2012 unterhält sie auch einen Standort in Berlin.

<sup>124</sup> Prof. Dr. Werner Smolny habilitierte im November 1997 mit der Lehrbefugnis für das Fach Volkswirtschaftslehre. Er ist seit 1999 Forschungsprofessor am ZEW in Mannheim. Seit dem Wintersemester 2002/03 ist er Professor für Wirtschaftspolitik (Ludwig-Erhard-Stiftungsprofessur) an der Fakultät für Mathematik und Wirtschaftswissenschaften der Universität Ulm.

.....

Eine der zentralen Fragestellungen in der Wachstums- und Entwicklungsforschung, für die ich mich besonders interessiere, bezieht sich darauf, warum manche Länder so reich sind und andere Länder so extrem arm. Daran schließt sich die Frage an, warum es manchen Ländern gelingt aufzuholen und anderen nicht. In Bezug auf die Wirtschaftspolitik stellt sich die Frage nach den Voraussetzungen für einen stabilen und selbsttragenden Wachstums- und Aufholprozess sowie nach den Faktoren, die solch einen Prozess auslösen und beschleunigen können. Bei der Analyse dieser Fragen für die MENA-Region (Middle East and North Africa) bzw. speziell für Ägypten können zwei Themenbereiche unterschieden werden: Erstens die Rolle der wirtschaftlichen Faktoren, die aus Sicht der ökonomischen Forschung für einen selbsttragenden Wachstums- und Entwicklungsprozess wesentlich sind und zweitens die Bedeutung der Wirtschaftspolitik, die die Voraussetzungen für solch einen Wachstumsprozess schaffen aber auch behindern bzw. zerstören kann.

### **Die Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren**

Die ökonomische Wachstums- und Entwicklungsforschung unterscheidet zwischen den Faktoren, die wirtschaftliches Wachstum beeinflussen, und den Faktoren, die Voraussetzung für (stabiles) wirtschaftliches Wachstum sind. Die klassische Wachstumstheorie unterscheidet zunächst zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital. Der Faktor Boden ist im Normalfall begrenzt. Bevölkerungswachstum führt zu einem Anstieg der Gesamteinkommen, aber zu einem Rückgang der pro-Kopf-Einkommen. Erst durch die Akkumulation von Kapital kann ein Anstieg der pro-Kopf-Einkommen in einer Volkswirtschaft erreicht werden. Die darauf aufbauende moderne Wachstumstheorie fokussiert auf den technologischen Fortschritt. Kapitalakkumulation allein kann langfristiges und dauerhaftes Wachstum nicht sichern, da der Grenzertrag des Kapitals mit zunehmendem Kapitaleinsatz abnimmt. Dieser Effekt kann durch technologischen Fortschritt dauerhaft überwunden werden.

Besonders relevant für die Entwicklungstheorie ist, dass der technologische Fortschritt bzw. das durch technologischen Fortschritt entstehende Wissen prinzipiell auf andere Unternehmen oder Länder übertragen werden kann. Das bedeutet, dass ärmere Länder grundsätzlich von den technologischen Entwicklungen in den reichen Ländern profitieren können. Im Ergebnis kann es dadurch zu einem Aufholprozess kommen, bei dem sich die Einkommen der ärmeren Länder an die der reichen annähern. Dieser Wachstumsprozess erfolgt jedoch nicht automatisch. Ein wesentlicher Faktor ist der Ausbildungsstand der Arbeitskräfte. Eine bessere Ausbildung erhöht zum einen die Produktivität der Arbeit, zum anderen sind gut ausgebildete Arbeitskräfte eine Voraussetzung für den Einsatz moderner Technologien. Eine zweite wesentliche Voraussetzung sind stabile wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Institutionen. Solche für uns selbstverständlichen institutionellen Rahmenbedingungen sind in vielen anderen Ländern und insbesondere auch in den arabischen Ländern alles andere als selbstverständlich. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, bei denen sich regelmäßig andere Machthaber durchsetzen und bei denen regelmäßig ein erheblicher Teil des Kapitals zerstört wird, bieten alles andere als ein für Investitionen günstiges Umfeld.

### **Die Bedeutung der Wirtschaftspolitik**

Damit kommt der Wirtschaftspolitik eine zentrale Bedeutung bei der Schaffung der Voraussetzungen für einen stabilen Wachstumsprozess zu. Der Ausgangspunkt ist zunächst die Rolle der nationalen Wirtschaftspolitik, die diese Voraussetzungen schaffen muss. Dabei besteht aus Sicht der ökonomischen Forschung weitgehend Einigkeit darüber, welche Aspekte in diesem Zusammenhang wichtig sind. Der zentrale Rahmen für die Analyse ist die Institutionenökonomik. Diese baut in Deutschland auf den Analysen zur sozialen Marktwirtschaft auf, die nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland und vielen anderen Ländern die Grundlage für eine erfolgreiche und stabile wirtschaftliche und politische Entwicklung gewesen ist. Ein aktueller Beitrag aus dem Bereich kommt von Daron Acemoglu und James Robinson, die in ihrem Buch „Warum Nationen scheitern - Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut“ die Bedeutung von „inclusive institutions“ hervorheben. Solche Institutionen entstehen jedoch nicht von selbst, und bei der Schaffung dieser Institutionen kann internationale Unterstützung hilfreich sein. Dabei sollte man sich aber darüber bewusst sein, dass einfache Lösungen nicht immer funktionieren.

Eine aus ökonomischen und politischen Gründen vielversprechende Möglichkeit, zu helfen und positiven Einfluss auf die Entwicklung in der Region auszuüben, ist die Unterstützung der Bildung für die junge Generation. Zunächst einmal ist Ausbildung ein wichtiger Faktor, der die Produktivität und die Einkommen der Erwerbstätigen wesentlich beeinflusst. Des Weiteren ist qualifizierte Ausbildung eine Voraussetzung für den Einsatz moderner



Technologien und damit für wirtschaftliches Wachstum. Schließlich ist Bildung in einem allgemeineren Sinn auch eine Voraussetzung für politische Teilhabe und damit auch die Grundlage für die Schaffung von Institutionen, die die Menschen einbeziehen. Eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht es den Menschen, wirtschaftlich erfolgreich zu sein und politisch selbstständig zu denken. Sie ist damit ein wichtiger Faktor für die Schaffung einer aktiven Mittelschicht, die positive Veränderungen auf den Weg bringen kann.

### Die Bedeutung der German University in Cairo

Die GUC ist eine Institution, die qualifizierte Ausbildung für junge Menschen in Ägypten vermittelt. Sie ist entstanden durch die Ausbildung eines Ägypters in Deutschland, der mit seinen Erfahrungen und der Unterstützung durch deutsche Institutionen eine Bildungseinrichtung geschaffen hat, die es den Studierenden ermöglicht, die gleichen Erfahrungen zu machen wie er. Die GUC sendet eine erhebliche Anzahl von Studierenden nach Deutschland. Die Studierenden bekommen eine fachliche Ausbildung, die allein in Ägypten nicht möglich wäre, und sie machen Erfahrungen mit der Lebensweise und dem wirtschaftlichen und politischen System in Deutschland. Nach ihrer Rückkehr können sie in Führungspositionen hineinwachsen und das System mitgestalten. Die GUC ist damit auch ein Beispiel, wie Humankapital von einer Generation auf die nächste übertragen werden kann, d.h. wie eine nachhaltige Entwicklung in Gang gesetzt werden kann.

Nach meiner Einschätzung ist die Unterstützung der GUC durch den DAAD und die Partneruniversitäten aus Deutschland ein Beispiel für Entwicklungshilfe, die funktioniert. Viele Projekte der Entwicklungshilfe funktionieren nicht, und der Begriff Entwicklungshilfe hat durchaus auch einen negativen Beiklang. Das Problem dabei ist, dass von Seiten der entwickelten Welt zum Teil Lösungen in die Länder gebracht werden, die bei uns funktionieren, in anderen Ländern jedoch möglicherweise nicht. Die Menschen in diesen Ländern wollen häufig keine Intervention von außen, es fehlt an Unterstützung vor Ort, und unsere Projekte sind vielleicht auch nicht die beste Lösung für diese Länder. Die GUC ist ein Projekt, das nicht von außen kommt und Bildung ist eine Thematik, die für die langfristige wirtschaftliche und politische Entwicklung von hoher Relevanz ist. Das Projekt GUC hat damit ein erhebliches Potenzial, eine positive Entwicklung nachhaltig in Gang zu setzen.<sup>125</sup>

## III.18 Einige Beobachtungen

Autor: Graeme Maxton<sup>126</sup>

Die Migration von Afrika nach Europa wird wahrscheinlich durch die absehbaren Folgen des Klimawandels in den kommenden Jahren und Jahrzehnten massiv zunehmen. Auch die neuen Freihandelsabkommen zwischen Europa und 13 afrikanischen Staaten – die sog. European Partnership Agreements (EPAs) – können zur Folge haben, dass sich die Migrationssituation zuspitzt, weil sie potenziell nach sich ziehen können, dass viele lokale Industrien vernichtet werden, die nicht mehr in der Lage sind, mit den europäischen Importen zu konkurrieren. Aus diesem Grund sollte über die Beschränkung von Importen aus Europa in einigen spezifischen Sektoren nachgedacht werden.

Eine weitere Ursache, warum Migranten aus Westafrika zu uns nach Europa kommen, ist die Überfischung an der Atlantikküste, verursacht durch große europäische Fischereiflotten, aber auch durch chinesische und russische Boote. Dies hat dazu geführt, dass viele afrikanische Fischer keine Arbeit mehr haben. Da sie aber noch ihre Boote haben, verdienen manche nun ihren Lebensunterhalt damit, Menschen über das Meer nach Europa zu bringen. Neben dem Krieg zwischen Iran und Irak haben die späteren Kriege in Afghanistan, Syrien, Libyen, Jemen und der schon lange andauernde Konflikt in Palästina die Situation im Nahen Osten massiv verschärft. Der Westen trägt dafür eine große Verantwortung, nicht anders als beim Klimawandel.

Junge Menschen, die aus der MENA-Region zu uns kommen, wünschen sich u.a. den guten Lebensstandard in unseren Ländern, was nur allzu verständlich ist. Der Marshall-Plan mit Afrika muss im Sinne eines „MENA Dreams“ oder eines „African Dreams“ eine Aufbruchsstimmung befördern, so wie dies früher der American Dream und heute der China's Dream bewirken.

<sup>125</sup> Der ausführliche Text findet sich im Materialband

<sup>126</sup> Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

---

Es ist wichtig, dass die Vorschläge für einen Marshall-Plan mit Afrika im Kontext der Zielsetzung erfolgen, den Welt-ökologischen Fußabdruck der Menschheit nicht weiter zu erhöhen und zukünftig sogar zu verringern. Das ist die wohl größte Herausforderung.

Jorgen Randers, Mitglied des Club of Rome, vertritt die Ansicht, dass die Zahl der Menschen sich etwa 2030 auf einem Höchstniveau von etwa 8 Milliarden stabilisieren und dann abfallen wird. Dies wird in Folge von ökologischen Krisen geschehen, die zu diesem Zeitpunkt die Welt voll treffen werden. Dies weicht offensichtlich sehr von den Erwartungen zur zukünftigen Größe der Weltbevölkerung ab, die in der Denkschrift zugrunde gelegt werden.

Eine von mir erarbeitete Vorschlagsliste über heute erforderliche Schritte, die in Richtung Nachhaltigkeit führen würden, sind nachfolgend stichpunktartig aufgelistet.<sup>127</sup>

- Bessere Verwendung der Steuereinnahmen
- Reform der Landwirtschaft
- Überwindung der Handelshemmnisse für ärmere Länder
- Einforderung eines weltweiten Mindesteinkommens
- Schaffung von mehr Genossenschaften, auch im Kreditsektor
- Veränderung des Rechtssystems
- Erlass nationaler Schulden
- Investitionen in saubere Energie, Wasser und Abwasserreinigung
- Verbesserung der Verteilungssituation zwischen Nord und Süd

### III.19 Investitionen in die MENA-Region

Autor: Oliver Steinmetz<sup>128</sup>

Ein Marshall-Plan mit Afrika ist ein wichtiges Thema für die Zukunft der Welt. Und die Nutzung der Sonnenenergie der Sahara ist als „Joker“ ein Schlüsselement der Umsetzung. Auch im wichtigen Themenkreis „Finanzierung“ gibt es inzwischen immer mehr Bewegung. Der Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Werner Hoyer, hat im September 2016 in einer Rede auf dem UN-Gipfel zum Thema Flüchtlinge und Migranten in New York<sup>129</sup> die „Resilienz“-Initiative der EIB zur Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit vorgestellt. Dadurch werden die EIB-Finanzierungen in MENA und dem westlichen Balkan von den bisher vorgesehenen 7,5 auf 13,5 Mrd. EUR aufgestockt, was bis 2020 zusätzliche Investitionen von rund 15 Mrd. EUR auslösen soll.

Diese EIB-Initiative ergänzt die Investitionsoffensive für Drittländer (External Investment Plan – EIP)<sup>130</sup>, die EU-Kommissionspräsident Juncker eine Woche davor in Straßburg angekündigt hatte, und die mit 3,35 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt und dem Europäischen Entwicklungsfonds innovative Garantien und vergleichbare Instrumente zur Förderung privater Investitionen unterstützen soll, wodurch Investitionen von insgesamt bis zu 44 Mrd. EUR mobilisiert werden sollen.

So leistet die EU einen maßgeblichen Beitrag zur Eindämmung der Migrationsströme, da sie die bestehenden Partnerschaften stärkt und die langfristigen Ursachen für große Migrationsbewegungen angeht.

Roadblock 1: Investitionssicherheit: Neben den oben genannten EU-Garantien und mehr Hermes-Bürgschaften sollte die private Versicherungswirtschaft stärker zum Einsatz kommen. Das wäre ein interessantes neues Geschäftsfeld für den privaten Sektor. Die Investoren wollen seit der Arabischen Revolution kaum in MENA inves-

---

127 Der ausführliche Text findet sich im Materialband

128 Oliver Steinmetz ist Leiter des IT Programme Management Office der European Investment Bank (EIB) in Luxemburg. Er ist Mitbegründer der DESERTEC Foundation und verantwortlich für EU-MENA. Zudem ist er Gründungspräsident der Fulbright Alumni Germany. Er hat Ph.D. und Diplom in Informatik und Betriebswirtschaft, eine seltene Kombination der Hochschulausbildung.

129 <http://www.eib.org/infocentre/press/releases/all/2016/2016-211-eu-bank-calls-for-partners-to-confront-migration-challenge-and-to-support-its-new-economic-resilience-initiative.htm>

130 [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-3002\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-3002_de.htm)



tieren, schon gar nicht für langfristige Vorhaben wie Energie-Infrastruktur, weil ihnen die Investitionssicherheit zu schlecht ist. Wenn man ihnen aber für ein jeweiliges Projekt maßgeschneiderte Versicherungen gegen die Investitionsrisiken anbieten könnte, wäre dieser „Roadblock“ beiseite geräumt.

Roadblock 2: Das Fehlen kompetenter „Project Promoters“, also Firmen, die Projekte in einen „bankable“ Zustand bringen, und zwar durch die Organisation von Expertisen und Erarbeitung der notwendigen Projektunterlagen zur Überzeugung von Banken und anderen Investoren. Bis das von MENA-Einheimischen geschafft werden kann, muss noch viel an langfristiger Bildungsarbeit geleistet werden. In der Zwischenzeit hilft z.B. die EIB mit „Technical Assistance“. Das sind Subventionen, mit denen z.B. beratende Ingenieure bezahlt werden können, um die genannten Unterlagen zu erzeugen.

### III.20 Beobachtungen auf der arabischen Halbinsel

Autor: Folkert Herlyn<sup>131</sup>

Für die Zukunft der MENA-Region ist der in den nächsten Jahren absehbare Rückgang der Förderung von Öl-Ressourcen in einigen der Staaten von großer Bedeutung. Dubai hat das Problem schon heute. Deshalb musste der Kalif von Abu Dhabi beim Bjur al Arab mit viel Geld einspringen, sonst wäre das höchste Gebäude der Welt noch nicht fertig. Nun heißt das Gebäude Bjur Kalifa.

Die Verschwendung von Geldern in Bauten, die teils nicht gebraucht werden, und die Verschwendung von Energie in den reichen MENA Ländern, ist für uns in Deutschland unvorstellbar:

In den Ölländern wird der Eigenverbrauch von Rohöl und Gas weit unter dem Marktwert angesetzt. Damit kommen Energieeinsparungsprojekte nicht in Gang, auch nicht solare Lösungen, obwohl es eine so hohe Sonneneinstrahlung gibt. Es gibt in diesem Sinne eine verzerrte Energiekostenbasis und auch die Verbrauchszahlen müssen kritisch betrachtet werden. Vielerorts fallen für die Einheimischen keine Energiekosten an, Energie wird frei geliefert. In manchen Fällen kann der Verbrauch nicht einmal festgestellt werden, weil Messeinrichtungen zwischen Erzeuger und Verbraucher fehlen. Das Erdgas fließt unkontrolliert in die Häuser. Die Benzinkosten belaufen sich ebenfalls nur auf einen Bruchteil der Kosten in den Nicht-Ölländern.

#### **All dies gilt für die ölproduzierenden Länder, die heute reich sind.**

Solidarität zwischen armen und reichen Ländern der Region gibt es kaum und ist vor dem Hintergrund des zu erwartenden zunehmenden Drucks durch das Ende des Ölzeitalters auch für die Zukunft eher nicht zu erwarten.<sup>132</sup> Geld fließt eher in Moscheen, aber nur begrenzt in Infrastruktur.

Ein besonders großes Problem stellt die Wasserknappheit dar. Die ‚Herstellung‘ durch Meerwasserentsalzung ist sehr teuer und wird meist über Öleinsatz gemacht und nicht auf solare Weise. Der Bevölkerungszuwachs ist hoch und das insbesondere in den Ländern, in denen die natürlichen Lebensbedingungen hart sind. Geburtenkontrolle ist aber im Islam kein gern gehörtes Thema.

Die Sahara als Standort für solare Energie macht sehr viel Sinn. Auch die arabische Halbinsel ist größtenteils Wüste, teils umrandet von Straßen, und hat ähnlich gute Sonnenbedingungen wie die Sahara. Zwischen Abu Dhabi und Dubai hat man auf 180 km Büsche und Bäume gepflanzt, damit der Sand abgehalten wird. Das funktioniert. Auf dieser Länge liegen Wasserschläuche und Rohre, die die Pflanzen dauernd bewässern. Das Wasser wird auch hier mittels Meerwasserentsalzung auf der Basis fossiler Energien gewonnen, was problematisch ist.

Im Iran ist die Wassernot so groß, dass Flüsse ausgetrocknet sind. Das Grundwasser fällt ab und für die Plantagen ist Schlimmes zu fürchten. Das kann gefährlich werden, wenn die Balance zwischen Druck von oben und Druck von unten außer Balance gerät.

131 Folkert Herlyn ist früherer Manager bei ExxonMobil, selbstständiger Berater in der Erdölindustrie, insbesondere im arabischen Raum und Mitglied des Club of Rome EU Chapter

132 Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/opec-leidende-oelstaaten-ringen-um-ihre-zukunft-1.2949665>

---

### III.21 Handlungsfähigkeit in schwierigen Zeiten sichern

Autor: Joachim Gersbach<sup>133</sup>

Gegenwärtig befinden sich die Ökonomie und Gesellschaft in einem Zustand geringer Ordnung. Er geht einher mit verantwortungslosem Raubbau an der Natur. Es mangelt an systemischen Ansätzen zur Herbeiführung eines zukunftsfähigen Gleichgewichts. Eine Ursache ist eine missverstandene freie Marktwirtschaft, in der der Stärkere den Schwächeren beseitigt und der Markt sich selbst bereinigen soll. Dabei wird verschwiegen, um welchen Preis das manchmal geschieht. Die Mehrheit der Bürger zahlt zum Schluss die Zeche – wie in der letzten Weltfinanzkrise.

Damit ein Zustand höherer Ordnung erreicht werden kann, bedarf es einer anderen Denk- und Vorgehensweise bei der Aggregation individueller Interessenlagen.

Die vermeintliche „freie Marktwirtschaft“ entpuppt sich zusehends als ein Weg in Richtung Unfreiheit. Die Entwicklung wird für immer mehr Interessengruppen gefährlich. Nicht zu Ende gedachtes, unkontrolliertes Wachstum und ein entsprechendes Vorgehen der Marktteilnehmer ohne Sicherstellung einer ausreichenden Grundversorgung und eines pfleglichen Umgangs mit Umwelt und Klima führt zur Delegitimation der freien Marktwirtschaft und des Kapitalismus.

Unsere heutigen Schwierigkeiten resultieren u.a. daraus, dass Interessengruppen ihr dogmatisches Denken und Handeln im Glauben an ein schier unendliches Wachstum verfolgen, und das unter Inkaufnahme von katastrophalen Zuständen, Verschleuderung lebensnotwendiger Ressourcen und Erzeugung ungebremster Klimagasemissionen. Unkontrollierbares Wachstum wirkt zersetzend und auflösend, während systemisches Denken und Handeln eine höhere Ordnung erzeugt und ein kluges Wachstum im Rahmen der bestehenden Systemgrenzen hervorzubringen in der Lage ist.

Angesichts zunehmender nationaler Bedrohung und Gefährdung der Staaten Europas durch Kriegseignisse in den afrikanischen Ländern und im Nahen Osten, damit verbundener massenhafter Migration nach Europa, besonders aus den MENA Staaten sowie zu erwartender zusätzlicher Probleme in Folge des Klimawandels (Klimaflüchtlinge) ist der vorliegende Vorschlag zu einem „Marshall-Plan mit Afrika“, getragen durch die hochentwickelten Staaten, vor allem Europa, alternativlos.

Dabei sind die damit verbundenen politischen Durchführbarkeitsrisiken vor Ort, besonders in Staaten mit vorwiegend muslimischer Bevölkerung, kritisch in Betracht zu ziehen.

Diese Durchführbarkeitsrisiken müssen in Deutschland und Europa von Anfang an klar kommuniziert werden. Dies muss Teil einer offenen Kommunikationsbeziehung mit der Öffentlichkeit sein, die wiederum Voraussetzung dafür ist, einen Marshall-Plan mit Afrika überhaupt in unserem Land verankern zu können.

Ein wesentlicher Punkt ist in diesem Kontext, dass wir neben der Menschenrechtsthematik auch die Sicherheitsfragen stärker als bisher thematisieren. Angesichts der hohen Defizite, die zurzeit bestehen, muss neben der Marshall-Plan mit Afrika-Thematik (Präventionsfonds) die Frage der Stärkung der außenpolitischen Eingriffsmöglichkeiten Europas diskutiert werden. Dies betrifft sowohl den zivilen Bereich (zivile Friedenscorps) als auch gemeinsame europäische militärische Eingriffskapazitäten (Präventionsarmee), die zügig aufgebaut werden müssen.

Bei all diesen Themen stellt sich die Finanzierungsfrage. Woher soll das Geld kommen? Nun ist der Schutz Europas vor einem eventuellen Auseinanderfallen und vor Konflikten mit Migranten und möglicherweise Nachbarstaaten eine Investition, die die vorhandenen Werte schützt. Investitionen in den Aufschwung Nordafrikas sind zugleich auch Investitionen in den Aufschwung in Europa. Angesichts der günstigen Verschuldungsmöglichkeiten für die öffentliche Seite, die zurzeit bestehen, sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, massenhaft vorhandenes Kapital in den Finanzmärkten im Rahmen eines Marshall-Plans mit Afrika produktiv wirksam werden zu lassen und damit in Kraft zu setzen. Beiträge der öffentlichen Seite können dabei größtenteils vom indirekten Typ sein und

---

<sup>133</sup> Joachim Gersbach, selbständiger Unternehmer, Geschäftsführer der GMS AG, Schweiz. Umfangreiche Auslandserfahrung als Regierungsberater bei Restrukturierungs- und Privatisierungsprojekten in vielen Ländern rund um den Globus.



damit eine hohe Hebelwirkung entfalten. Der Staat kann mit der Bereitstellung von Sicherheiten und günstigem Kredit, aber auch durch Gestaltung der Besteuerung (Abschreibungsmodelle) und eigenes Engagement in Teilbereichen sowie durch korrespondierende Regulierung viel bewirken, ohne dass ihn dies viel eigenes Geld kostet.

Diese Überlegungen gelten im Übrigen auch für den vorgeschlagenen „Fonds Zukunft Afrika“. Die dort genannten 120 Milliarden US-Dollar Finanzinput bis 2030 könnten die deutsche Politik überfordern. Möglicherweise reicht aber in dem vorgeschlagenen Fondsmodell schon ein kleinerer Teil dieser Mittel. Bei richtiger Platzierung der entscheidenden Hebel lassen sich so die Finanzierungsbedingungen für den vorgeschlagenen Marshall-Plan mit Afrika deutlich verbessern. Eine gemischte Public- Private-Finanzierung des „Fonds Zukunft Afrika“ kann die Realisierungschancen dieses wichtigen Projekts substantiell verbessern.

## III.22 Rücküberweisungen: Wichtige Finanzierungsquelle für Developing Economies

Autor: Thomas Straubhaar<sup>134</sup>

Immer stärker setzt sich die Erkenntnis durch, dass bei der Migrationspolitik Symptombekämpfung in den Aufnahmeregionen durch Ursachenbekämpfung in den Herkunftsregionen zu ersetzen ist. Nicht die Folgen, sondern die Gründe einer Massenmigration gilt es abzumindern. So, dass Menschen wieder in ihrer Heimat eine Zukunftsperspektive erkennen und lieber bleiben wollen als unter hohen Gefahren und Risiken in andere Teile der Welt zu flüchten.

Ohne Zweifel sind Armut, Masseneleid und ökonomische Rückständigkeit wesentliche Faktoren, die Abwanderung und Fluchtbewegungen fördern. Rücküberweisungen früher ausgewanderter Familienangehöriger sind eine immer wichtiger gewordene Finanzquelle in vielen Gesellschaften Afrikas, Asiens und Lateinamerikas geworden. In einer Vielzahl von Ländern sind sie sogar zum wichtigsten, stabilsten und mit Blick auf die positiven ökonomischen Folgeeffekte wirkungsvollsten nachhaltigen Kapitalzufluss geworden.

Nach Daten der Weltbank floss 2015 insgesamt rund eine halbe Billion US-\$ Rücküberweisungen in die Developing Economies (World Bank 2016a, S.4). Etwa die Hälfte davon (rund 245 Milliarden US-\$) gingen nach Südostasien, knapp 70 Milliarden US-\$ nach Lateinamerika, 50 Milliarden US-Dollar in den Nahen Osten und Nordafrika und 35 Milliarden US-\$ nach Afrika südlich der Sahara. Nach Indien flossen am meisten Rücküberweisungen – nämlich rund 70 Milliarden US-\$, gefolgt von China (64 Milliarden US-\$) und den Philippinen (28 Milliarden US-Dollar). Für andere, vor allem kleinere, Developing Economies erreichte das Volumen der Rücküberweisungen gemessen am BIP beträchtliche Bedeutung. Es lag für Tonga bei 27% des BIP, für Samoa bei 18% und für die Marshall Islands bei 14%. Aber selbst für die Philippinen machte der Zufluss der Rücküberweisungen fast 10% des BIP aus, in Mikronesien waren es rund 7% des BIP und in Vietnam über 6% des BIP.

Vor allem aber war in den letzten Jahren der Fluss der Rücküberweisungen wesentlich stabiler als andere Finanzierungsquellen. Er lag nicht nur um etwa den Faktor 3 und damit deutlich höher als die „Official Development Assistance“ (ODA), sondern verlief auch wesentlich stetiger als die Direktinvestitionen, die Portfolioinvestitionen und die Käufe heimischer Staatsanleihen durch ausländische Investoren. Damit waren sie besser planbar und erforderten weniger Risikovorsorge.

Aus Sicht europäischer Aufnahmeländer ließe sich die Integration geeigneter Wanderungswilliger wesentlich strategischer planen und steuern. Damit ließe sich der positive Impuls auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigungssituation in den Herkunftsregionen beträchtlich steigern.

Eine Reihe von Ansatzpunkten sind verbesserungsfähig:

- Zwar sind die Transaktionskosten für Rücküberweisungen in den letzten Jahren beträchtlich gefallen (World Bank 2016b). Lagen sie vor zehn Jahren noch bei etwa 10% des Überweisungsbetrags, sind sie heute bei weniger als 6%. So erfreulich dieser Trend auch ist, liegen die Transaktionskosten mit 6% immer noch sehr viel höher als für Finanztransaktionen innerhalb der Developed Countries und zwischen Developed Countries

<sup>134</sup> Informationen zum Autor siehe „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

- 
- Zwischen den einzelnen Developing Countries gibt es gewaltige Transaktionskostenunterschiede. Einige der Unterschiede sind durch länderspezifische Risiken, andere durch technologische Unzulänglichkeiten gekennzeichnet. Oft ist es aber auch eine Marktmacht der Intermediäre (Banken, MTOs Money Transaction Orders).

### Transaktionskosten für Rücküberweisungen weiter absenken

**Ziel politischer Maßnahmen müsste es sein, die Transaktionskosten für Rücküberweisungen weiter zu senken, Marktmacht zu verhindern und Risiken zu mindern. Als Benchmark könnten die aktuell effektivsten Transaktionskanäle dienen**

- Die Höhe der Rücküberweisungen hängt sehr stark mit der Verwurzelung von Wandernden mit ihren Herkunftsländern zusammen. Je enger die Beziehungen bleiben, umso mehr Geld wird nach Hause überwiesen
- Die Höhe der Rücküberweisungen hängt sehr stark mit dem Vertrauen der Wandernden in die politische Stabilität in den Herkunftsländern zusammen und insbesondere mit der Sicherheit der Eigentumsrechte an den Rücküberweisungen (Freier Zugriff; keine Verstaatlichungen privaten Eigentums)
- Die Höhe der Rücküberweisungen hängt von den realen Renditeerwartungen der Wandernden ab. Je höher die reale Rendite, umso höher das Interesse an Rücküberweisungen
- Die Höhe der Rücküberweisungen hängt von den (realen) Wechselkursentwicklungen ab. Je schwächer die Währungen der Herkunftsländer, umso größer ein Wertverlust einer Rücküberweisung

### Die starke Bindung von Migranten an ihre Herkunftsländer weiter fördern

Ziel politischer Maßnahmen müsste es sein,

a) dafür zu sorgen, dass starke Bindungen zu den Herkunftsländern bestehen bleiben. Das fördert auch die Rückkehrwahrscheinlichkeit. Die Beibehaltung und Stärkung politischer Rechte in den Herkunftsregionen kann dazu dienen (Vorbild: Indien)

b) dafür zu sorgen, dass die Regierungen in den Herkunftsregionen die Rücküberweisungen unter besonderen Gläubigerschutz stellen (das könnte geschehen, indem die europäischen Gastländer Bürgschaften übernehmen oder mit den Regierungen und dem Finanzsektor der Herkunftsländer entsprechende Garantien vereinbaren und sichern);

c) dafür zu sorgen, dass die Rücküberweisungen gegen Inflation und andere Instabilitäten abgesichert werden;

d) dafür zu sorgen, dass die Rücküberweisungen gegen Wechselkursentwicklungen und andere Instabilitäten abgesichert werden;

c) und d) ließen sich durch spezielle (Fremdwährungskonti oder Vorzugskonti) realisieren;

a)-d) könnten erreicht werden, wenn es europäischen Finanzinstituten erlaubt würde, den Transfer und die Verwaltung von Rücküberweisungen offshore und onshore zu betreiben und die Regierungen der Herkunftsregionen den europäischen Finanzinstitutionen hierfür den notwendigen Spielraum gewähren und Rechtsschutz bieten.

**Die Bundesregierung könnte den Aufbau eines PPP-Rücküberweisungsnetzwerkes als politisches Projekt verfolgen.**

### Die makroökonomischen Entwicklungseffekte von Rücküberweisungen weiter stärken

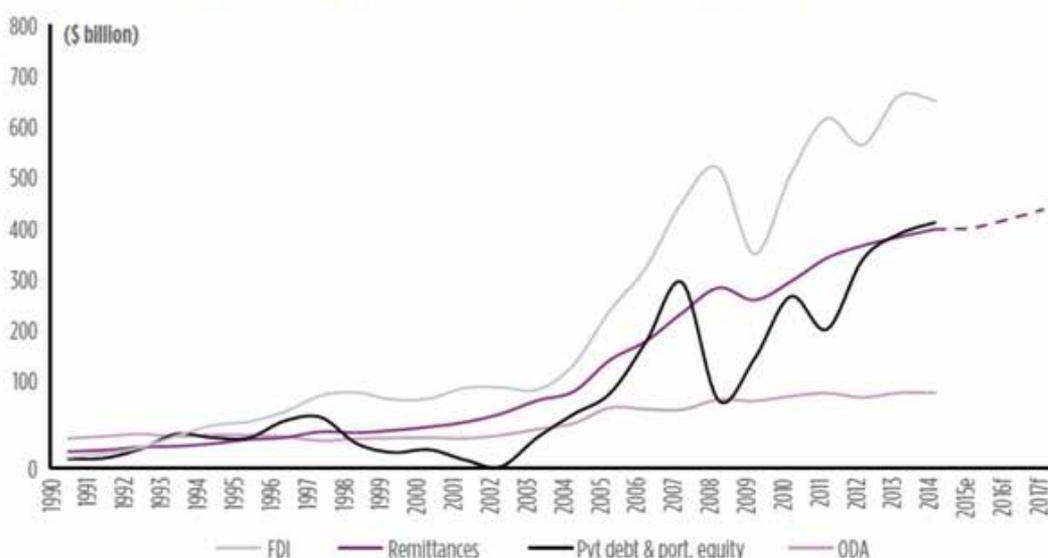
Der makroökonomische Entwicklungseffekt der Rücküberweisungen hängt sehr stark vom Verwendungszweck ab. Fließen sie in den Konsum, ist der Effekt geringer als wenn sie investiert werden. Fließen Investitionen in Kleingewerbe, das bereits durch Überkapazitäten gekennzeichnet ist (bspw. Bau oder Taxibetriebe) ist der Effekt geringer als wenn damit Handwerks- oder kleine Industriebetriebe finanziert werden.



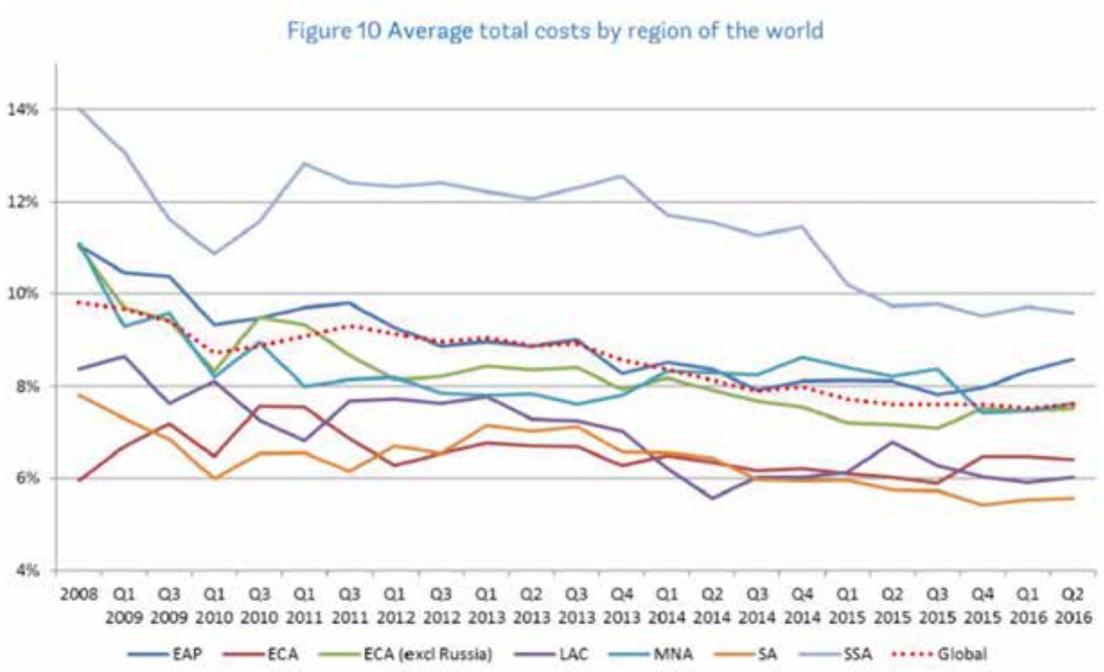
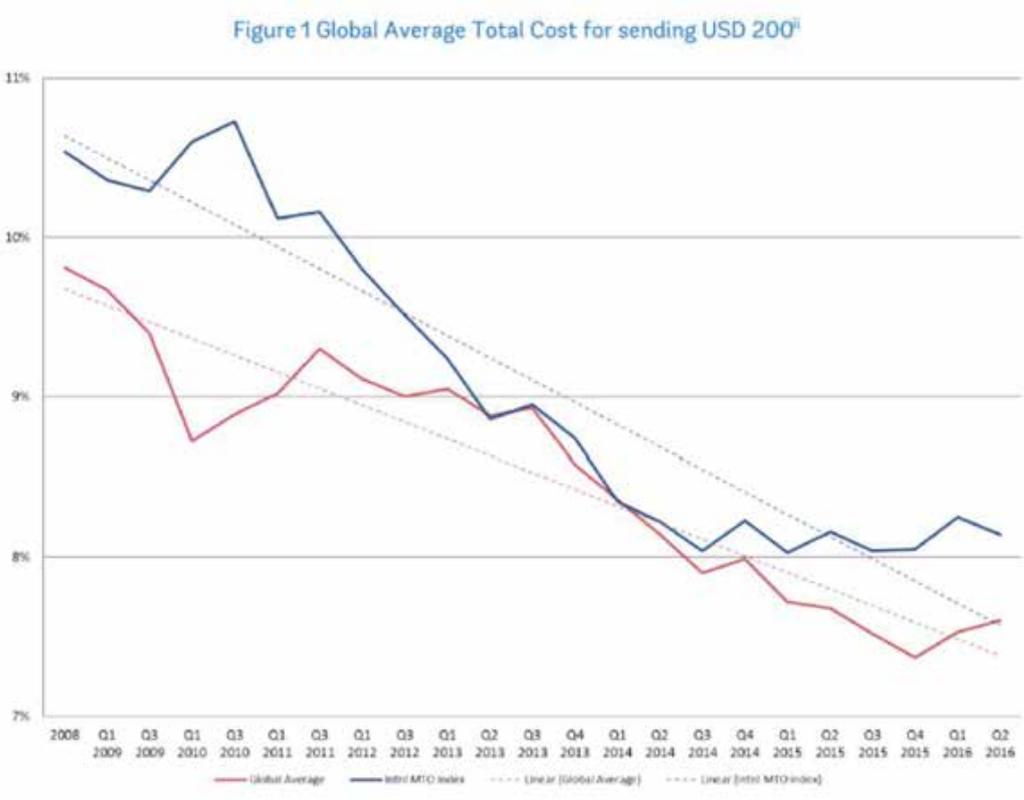
TABLE 1 ■ Estimates and Projections for Remittance Flows to Developing Countries

|   | 2010          | 2013         | 2014         | 2015e        | 2016f        | 2017f        | 2018f        |
|---|---------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
|   | (\$ billions) |              |              |              |              |              |              |
| <b>Developing countries</b>                               | <b>331.7</b>  | <b>416.6</b> | <b>429.9</b> | <b>431.6</b> | <b>447.9</b> | <b>465.7</b> | <b>484.7</b> |
| East Asia and Pacific                                     | 94.1          | 113.4        | 121.8        | 127.0        | 131.0        | 135.5        | 140.3        |
| Europe and Central Asia                                   | 31.4          | 47.7         | 43.4         | 34.6         | 36.3         | 38.3         | 40.3         |
| Latin America and Caribbean                               | 55.7          | 61.1         | 63.6         | 66.7         | 69.3         | 71.9         | 74.6         |
| Middle-East and North Africa                              | 38.9          | 48.8         | 50.8         | 50.3         | 51.6         | 53.0         | 54.5         |
| South Asia  | 82.0          | 110.8        | 115.5        | 117.9        | 123.3        | 129.3        | 135.8        |
| Sub-Saharan Africa  | 29.7          | 34.7         | 34.8         | 35.2         | 36.4         | 37.7         | 39.1         |
| <b>World</b>  | <b>460.5</b>  | <b>573.0</b> | <b>592.0</b> | <b>581.6</b> | <b>603.2</b> | <b>626.4</b> | <b>651.3</b> |
| Memo: Developing countries<br>(2010–2015 classification)* | 343.0         | 432.6        | 447.2        | 446.7        | 463.8        | 482.4        | 502.4        |

FIGURE 5 ■ Remittance Flows Are Larger than Official Development Assistance (ODA), and More Stable than Private Capital Flows



Sources: World Bank Staff calculations, World Development Indicators, OECD. Private debt includes international bonds and borrowing through commercial banks.





Ziel politischer Maßnahmen müsste es sein,

die Effektivität der Verwendung der Rücküberweisungen zu verbessern. Da bieten sich eine Menge möglicher Projekte ab. Beispielsweise könnten Rücküberweisungen in gemeinsame PPP-Projekte mit öffentlichem Geld aus den europäischen Aufnahmeregionen fließen. Oder es könnten sogar gemeinsame Investitionsprojekte gefördert werden (bspw. Ausbildung von Gesundheitspersonal, Lehrkräften und Facharbeitern nach dem Vorbild der Philippinen)

Für die Bundesregierung könnte die Effektivitäts-Steigerung der Verwendung von Rücküberweisungen im Rahmen gemeinsamer strategischer Projekte sinnvoll sein.

Literatur:

World Bank (2016a): Migration and Remittances. Migration and Development Brief 26 vom 13. April 2016; abrufbar unter: <http://pubdocs.worldbank.org/en/661301460400427908/MigrationandDevelopmentBrief26.pdf>.

World Bank (2016b): Remittance Prices Worldwide. Issue n.18, June 2016. abrufbar unter: <http://www.worldbank.org/en/topic/migrationremittancesdiasporaissues/brief/migration-and-remittances-publications>.

### III.23 Reflection on an Implementation Approach to the Marshall-Plan with Africa

Autor: Obiora Ike<sup>135</sup>

#### Preamble

The displacement of people in the MENA region due to political crisis and war as well as the massive arrival of migrants from these countries in Germany and Europe has motivated the EU to consider a Marshall-Plan with Africa. This paper is aimed at highlighting some elements that should be taken into consideration in the context of the implementation of the Marshall-Plan.

In the first place, the Marshall-Plan should not be limited to the MENA region solely but rather to the greater continent so that all Africans can benefit from such a bold and sustainable project. If this is overlooked, we would face the same problem as today again, in 20 years times, where the MENA region then will have to deal with the same problem as Europe today.

In view of this, some of the elements, the Marshall-Plan should watch out for and articulate in their initiative, are the following:

#### A. Goal

Articulate the goal in such a way that it provides inspiration and hope. For example the overall goal could be stated as follows: *“Build/Rebuild sustainably in the rising continent for future generation and for making Africa the place to live”*.

<sup>135</sup> Monsignore Professor Dr. Obiora Ike, Catholic Priest and Prelate; Doctoral Studies in Bonn, Germany, Innsbruck Austria; Professor of Ethics and Intercultural Studies at Godfrey Okoye University, Enugu; Author of over 120 Titles and Publisher President Club of Rome, Nigeria Chapter; Chairman of UPMFB Ltd Micro Finance Bank, Nigeria; Founder Catholic Institute for Development Justice Peace and Caritas; Executive Director of Globethics.net, Geneva Switzerland

---

## B. Mission

The same applies for the mission of the Marshall-Plan, which could be defined as follows: *“Work together for the sustainable transformation & development of the rising continent WITH AFRICAN Leaders.”*

## C. Objectives

Given the above, the main objectives of the Marshall-Plan would aim at ensuring the following in 10 years' time:

- Eradicate famine in Africa
- Stop wars and local conflict
- Build sustainable infrastructure
- Empower women and leaders

## D. Rethink the Current Development and Aid Model

The overall assessment of development is largely critical. This requires that the international community rethink the current political and economic model which has been the guiding development model for more than 50 years. Therefore, there's a need to reflect on those failures and on poor impact of development programmes and projects. As such the Marshall-Plan should take into account the following:

- learn from the mistakes of development undertaken by Western countries in Africa
- empower government so that they can deliver in a responsible & ethical manner
- align & coordinate aid to government to achieve effectively the sustainable development goals 2030
- continue humanitarian aid to the real emergency activities, such as draught & floods so that government takes responsibility in community development

## E. Philosophy of the Marshall-Plan

The philosophy underpinning the objectives of the Marshall-Plan should be on the effective rebuilding of Africa, using value-based thinking. Even if the reconstruction of Europe has been a success following the original Marshall-Plan, one should not ignore the drawbacks that have resulted in an economic model which has locked the Western markets together in such a way that the rest of the world has been left out and has served as a goldmine for the Western industries. This is one of the reasons why the South has remained still underdeveloped today as economic interests have led to conflict on the ground in local conflicts. This has encouraged the business of armed weapons and led to growth of dependent and biased military forces in numerous countries, which dictators kept in their safe ivory tower. If the world is where it is today, Western policies and business models and their leaders should be held greatly responsible, due to their lack of ethical orientation.

Learning from these mistakes, the initiators of this initiative should rather make the project more inspiring to ensure genuine buy-in and ethical commitment from Africans. The calling of the project is maybe worth to be reconsidered with reference to Nelson Mandela as the Mandela Plan for Africa. This name would definitely drive other forces so as not to reproduce the errors of the past. The benefits that Western countries will take advantage of, will be the capacity of Africa to attract foreign direct investments and to make possible exports of agricultural products and offer places for exciting and safe tourism.

## F. Who should be part of it?

The approach should embrace representatives from key leading institutions such as intergovernmental institutions, development institutions, financing institutions and religious and charismatic religious leaders in Africa so as to form an **African Council for the Marshall-Plan**. The following institutions should be considered. Representatives should be gender balanced:

### Governmental Institutions

- AU - African Union
- Commonwealth Secretariat for Africa



- ECOWAS - Economic Community for West African States
- COMESA - Common Market for Eastern and Southern African
- ECCAS - Economic Community for Central African States
- CEMAC - Communauté économique et monétaire de l'Afrique Centrale
- EAC - East African Community
- ECOWAS; SADC; and others in the region
- CEN-SAD - The Community of Sahel-Saharan States
- UMA - Union du Maghreb Arabe
- OIF - Organisation internationale de la Francophonie

### **Development Partners Directors for Africa**

- EU (Danish, Belgian, etc.)
- German Institutions and Entrepreneurs and Banks
- DFID - British
- FOCAC - China-Africa Cooperation Forum
- CIDA - Canada
- USAID - America
- AFD - French

### **Financing Institutions**

- ABRD - African Bank for Reconstruction and Development
- IMF - International Monetary Fund
- World Bank

### **Religious Leaders**

- Catholic
- Protestant
- Anglican
- Muslim
- Jewish
- etc.

### **Other institutions**

- ICRC - International Committee of the Red Cross
- WHO - World Health Organisation
- MSF - Médecins Sans Frontières
- UNEP - United Nations for Environment Programme
- UNDP - United Nations for Development Programme
- WEF - World Economic Forum
- OHCHR - Office Of The United Nations High Commissioner For Human Rights
- IRF - International Road Federation
- Global Fund

---

## **G. Economic, Social & Environmental Development of Africa**

The rebuilding of Africa should take into account the challenges faced by 10 key areas/sectors and undertake some profound transformation that will make ethical and sustainable development happen. Hereunder are the sectorial approaches to be considered in the context of such a plan:

- Education - Make it mandatory for all and include ethical behaviour from primary to tertiary studies, including professional institutions
- Housing - Build sustainable houses for the communities with access to clean water and renewable energy for electricity
- Health - Build hospitals and health centres that provide an ethical public health service to all
- Transport - Build road and sustainable public transport means that allow children to go to school and people to go to work
- Economic - Develop the market ethically and sustainably & build capacity of entrepreneurs through associations of professionals for job creation and to encourage innovation
- Administration - Reinforce the administration with e-Services for procurement and customs
- Judiciary - Build the capacity of the judiciary to act ethically and efficiently
- Security - Build the capacity of the police to act ethically and to respect the law
- Banking - Provide an encouraging financing model for business and support micro-credits to empower women
- Agriculture - Rethink and adopt modernised and sustainable agricultural processes

The above areas and sectors could be country-led so that each country can bring in their successful experiences on programmes or projects. For all these sectors, the principle of ethics and sustainability must apply in particular for all procurement and private-public partnerships that such initiative will entail. Those programmes and projects should include innovation, technology and know-how transfer that would benefit both the local and the Western businesses. However, the Marshall-Plan should not make foreign investment a condition as experience shows that these have been more detrimental and are very questionable, in particular in industries like weapons, pharmaceuticals, mining, oil & gas, agriculture, etc.

## **H. Role and Responsibilities of the Council**

The Marshall-Plan council should meet on a quarterly basis to ensure that the objectives of the Marshall-Plan are implemented in the respective countries and supported by the respective institutions, too. The members will have to report and follow on to progress in their respective institutions and areas.

## **I. Role of Globethics.net**

Globethics.net ([www.globethics.net](http://www.globethics.net)) could contribute greatly to the successful implementation of the Marshall-Plan, given our presence in Africa through our regional offices and huge network of experts on the ground. With this as a background, Globethics.net is willing to act as a key partner or player to the development of the Marshall-Plan as follows:

- Implementation of African Marshall-Plan councils
- Participate in selection process of stakeholders and meetings of the African Marshall-Plan council(s)
- Ensure the ethical and sustainable implementation of the Marshall-Plan
- Set up digital modules and local platforms of experts on the ground to monitor implementation at the national level
- Organise training and campaigns for government, business & academic leaders on the need to build an ethical and sustainable Africa.



## III.24 Lösungsansätze für Afrikas Zukunft

Autorin: Frauke Thiel<sup>136</sup>

Den Fokus des öffentlichen Interesses und damit auch den der privaten Investoren auf Afrika zu richten, wie das im Rahmen des Marshall-Plans mit Afrika geschieht, halte ich für den zentralen Ansatz für eine Reduzierung des globalen Konfliktpotentials und die Schaffung einer global nachhaltigen Entwicklung. Dabei begrüße ich vor allem auch die deutliche Thematisierung der Bevölkerungsfrage, der auch ich mich seit Jahren engagiert widme. Projekte in diesem Bereich sind jedoch immer einzubinden in einen kooperativen Gesamtkontext, zu dem ich nachfolgend einige Ansatzpunkte aufzeige ([www.oneworld-citizens.org](http://www.oneworld-citizens.org)).

### Wissen als Ressource

Wissen ist die Ressource, die mehr wird, wenn man sie teilt. Voneinander zu lernen ist daher der zentrale Ansatz für eine konstruktive Partnerschaft ([www.alueducation.com](http://www.alueducation.com)). Im gegenseitigen Austausch kann unter anderem Europa lernen, sparsam mit natürlichen Ressourcen umzugehen und Afrika kann lernen, die Fehler zu vermeiden, die Europa im Laufe seiner Entwicklung gemacht hat, und darüber hinaus unnötige Zwischenschritte überspringen.

### Energie und Wasser

Die direkte Nutzung regenerativer Energiequellen ist dabei von zentraler Bedeutung, sowohl dezentral erzeugt als auch zentral, zum Verkauf und um zum Beispiel durch Grund- und Meerwasserentsalzung Bewässerung zu betreiben. Zusätzlich gilt es, durch Training Kleinunternehmer und Gemeinden in die Lage zu versetzen, ihre Versorgung mit Trinkwasser selbst sicherzustellen. Dazu wurden von Henk Holtslag ([www.henkholtslag.nl](http://www.henkholtslag.nl)) einfache Techniken entwickelt, wie die der „Ropepump“, die jeder nach kurzem Training aus vor Ort leicht zugänglichem Material herstellen kann ([www.ropepumps.org](http://www.ropepumps.org)). Sie werden ergänzt durch das Wiederaufladen des Grundwassers durch saisonal anfallendes Regenwasser (<http://www.connectinternational.nl/english/smartmodules/smart-tec/water-storage/waterrecharge/>).

### Gesundheit

Auch für das Menschenrecht auf Gesundheit ist Bildung von zentraler Bedeutung. So sind zum Beispiel viele Todesfälle schwangerer Frauen vermeidbar durch frühzeitige Vorsorge, frühzeitiges Aufsuchen von Krankenhäusern und Verhütung ungewollter Schwangerschaften ([www.rfpd.de](http://www.rfpd.de)). Dabei ist es besonders effektiv, jugendliche Multiplikatorinnen auszubilden ([www.dsw.org](http://www.dsw.org)). Die immer noch vielfach praktizierte qualvolle Beschneidung ist aus Menschenrechtssicht unerträglich, führt zu massiven gesundheitlichen Beeinträchtigungen und stellt aufgrund der Narbenbildung vielfach ein großes Geburtshindernis dar. Die Folge ist ein Geburtsstillstand oder eine Geburtsverlängerung mit Absterben von überbeanspruchtem Gewebe. Daraus resultieren bei den Frauen und Mädchen, die es überleben, oftmals Verbindungen zwischen Harnblase, Scheide und Darm mit Inkontinenz und desaströsen hygienischen Zuständen. Diese Frauen und Mädchen werden daraufhin meist von der Familie verstoßen und sozial vollkommen ausgegrenzt. Die einzige Hilfe ist dann eine operative Wiederherstellung der Kontinenz, kombiniert mit einer Berufsausbildung für die soziale Wiedereingliederung. Berufsausbildungen für Frauen und deren Unabhängigkeit fördern darüber hinaus die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Ende dieser qualvollen Praktiken. Auch in diesem besonders sensiblen Bereich ist es von zentraler Bedeutung, mit lokalen Initiativen und lokalen Führern zusammen zu arbeiten ([www.intact-ev.de](http://www.intact-ev.de)). In besonders wirkungsvollen Zugängen zum Thema werden beispielsweise religiöse Führer einbezogen, z. B. mit der Verleihung des Goldenen Buches durch die von Rüdiger Nehberg gegründete Organisation Target ([www.target-human-rights.de](http://www.target-human-rights.de)).

<sup>136</sup> Dr. Frauke Thiel ist Ärztin und medizinische Informatikerin. Als stellvertretende Vorsitzende der Rotarian Action Group for Population & Development German Section organisierte sie verschiedene Entwicklungshilfeprojekte in Afrika und Asien im rotarischen Schwerpunktbereich Gesundheit für Mutter und Kind. Schwerpunkte der Projektarbeit liegen auf dem Gebiet der Aufklärung, der freiwilligen Familienplanung und dem Qualitätsmanagement in Krankenhäusern. Wissenschaftlich war sie tätig an verschiedenen Universitäten und Instituten im In- und Ausland darunter am Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (Köln, WHO Collaborating Centre) sowie ärztlich an verschiedenen Krankenhäusern.

---

## Sicherungssysteme

Bildung und Gleichberechtigung können auch als zentrale Ansatzpunkte zur Schaffung sozialer Sicherungssysteme dienen. So formte der Äthiopier Zumra ein vorbildliches soziales Sicherungssystem in Awra Amba ([WWW.visitawraamba.com](http://www.visitawraamba.com)). Bildung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Demokratie und Säkularisierung bilden darin den zentralen Ausgangspunkt, aus dem die Solidarität erwächst, mit Schaffung von Schule, Krankenstation, Altenheim und so weiter. Auch die Bildung von Frauengruppen trägt dazu bei, Risiken abzufedern und Solidarität zu schaffen. Vorbild auf diesem Gebiet ist die von Muhammad Yunus gegründete Grameen Bank. Auf diese Weise kann vorübergehend die Sicherungslücke überbrückt werden, bis die dringend benötigten staatlichen Sicherungssysteme etabliert sind. Nur wenn die Versorgung im Alter ohne (zahlreiche) leibliche Kinder sichergestellt ist, wird das Bevölkerungswachstum beherrschbar.

### III.25 Marshall-Plan muss konkretisiert werden – Die Sicht des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft e.V.

Autor: Christoph Kannengießer<sup>137</sup> (Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e.V.<sup>138</sup>)

Die Bundesregierung hat mit dem „Marshall-Plan mit Afrika“ die besondere Bedeutung des unternehmerischen Engagements für die Entwicklung Afrikas erkannt. Die im neuen Zukunftsvertrag mit Afrika angekündigten Instrumente müssen jedoch konkretisiert und umgesetzt werden, damit die Unternehmen tatsächlich investieren und nachhaltiges Wachstum entsteht. Bislang mangelt es den Eckpunkten der neuen Partnerschaft neben konkreten Maßnahmen vor allem auch an den dringend notwendigen neuen Konzepten. Dazu ein paar Anmerkungen:

1. Wirtschaftsförderinstrumente des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sollen mit der Entwicklungspolitik besser verzahnt werden. Es gilt aber in erster Linie, neue Instrumente zu schaffen, die den Gegebenheiten und Herausforderungen in Afrika gerecht werden.
2. Ähnliches gilt für die angedachten steuerlichen Anreize für Investitionen in Afrika. Verbesserte Steuerbedingungen helfen zwar, werden aber allein keine zusätzlichen Investitionen auslösen.
3. Unklar ist zudem, wer und wie die im Papier erwähnten neuen Anlageprodukte wie Fonds und Anleihen für Privatanleger entwickelt und wie die staatlichen Entwicklungsgelder (ODA) konkret zur Mobilisierung privaten Kapitals für mehr Beschäftigung eingesetzt werden sollen.
4. Die Weiterentwicklung von Risikotransferinstrumente in Form von Darlehen oder Kreditgarantieinstrumenten sowie neue mit Entwicklungsgeldern finanzierte Bürgschaftsinstrumente sind positive Beispiele für neue Wege. Noch wissen wir nicht, wie diese auf die unternehmerischen Bedürfnisse so zugeschnitten werden, dass der Mittelstand sie tatsächlich nutzen wird.

---

137 Christoph Kannengießer studierte Rechtswissenschaften in Bonn und München und war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für öffentliches Recht der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn. Seit 1995 ist er als Rechtsanwalt zu gelassen und bekleidet verantwortliche Positionen im Verbands- und Stiftungsbereich, u.a. beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Konrad-Adenauer-Stiftung (stellv. Generalsekretär) und beim Markenverband (Hauptgeschäftsführer). Seit 2012 ist er Hauptgeschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft. Kannengießer hat während seiner Verbandslaufbahn zugleich wichtige öffentliche Funktionen wahrgenommen. So war er u.a. Vorsitzender des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit und Mitglied der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“ (Süßmuth-Kommission) und des „Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration“.

138 Der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft (AV) ist der bundesweite, branchenübergreifende Außenwirtschaftsverband der deutschen Unternehmen und Institutionen, die an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten des afrikanischen Kontinents interessiert sind. Als exzellent vernetztes Bindeglied fördert er den Austausch zwischen deutschen und afrikanischen Vertretern aus Wirtschaft und Politik. Dabei setzt er sich für ein neues Afrika-Bild in Deutschland ein: Afrika als Chancenkontinent. Der Verein informiert über Länder und Märkte in Afrika, stellt Kontakte her und vertritt die Interessen seiner Mitglieder im In- und Ausland. Den aktuell ca. 600 Mitgliedern wird ein umfangreiches Dienstleistungsangebot zur Verfügung gestellt, auf das sie jederzeit zurückgreifen können. Über ein enges Netz von Kontakten in Afrika spürt der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft den Puls der Märkte. Die Mitglieder hören so zeitnah und gezielt von neuen Entwicklungen und Geschäftsmöglichkeiten(<http://www.afrikaverein.de>).



5. Auch der Vorschlag, die afrikanischen Finanzmärkte und Finanzdienstleister zum Beispiel durch Lokalwährungsdarlehen und Übernahme von Währungsrisiken und Garantien zu unterstützen, greift ein drängendes Problem auf. Welche Akteure das leisten sollen und können, bleibt bislang noch offen.

Der Plan für eine neue Partnerschaft enthält sicher viele gute Ansätze. Jetzt gilt es, diese möglichst schnell mit Leben zu füllen. Die Chance, eine neue Afrikapolitik zu entwickeln, sollte auf jeden Fall genutzt werden. Die Eckpunkte für einen Marshall-Plan mit Afrika sind hierfür eine gute Ausgangsbasis, die allerdings noch deutlich in allgemeinen Ankündigungen verharret.

Der Ansatz der Bundesregierung im Rahmen von G20 und eines „Compact für Africa“ die Entwicklung Afrikas als Schwerpunkt auf die Agenda zu setzen und nach Alternativen zur klassischen Entwicklungshilfe zu suchen, geht ebenfalls eindeutig in die richtige Richtung. Schließlich hat auch die deutsche Politik erkannt, dass nur die Schaffung von Jobs den Menschen vor Ort eine Perspektive bieten und damit Migration eindämmen kann. Der Fokus muss in einem beschleunigten wirtschaftlichen Aufholprozess Afrikas liegen. Gelingen kann dies, wenn sich die Kooperation mit den afrikanischen Ländern künftig auf folgende Aspekte konzentriert: Förderung von Direktinvestitionen, mehr regionale Integration zur Schaffung relevanter regionaler Märkte, Stärkung der Infrastruktur und des lokalen Privatsektors, Fachkräfte-Ausbildung sowie die Unterstützung der wirtschaftlichen Diversifizierung in afrikanischen Ländern.

Die Förderung der Privatwirtschaft muss endlich einen herausragenden Stellenwert bekommen – national und international. Unsere Unternehmen brauchen eine vernünftige Risikoabsicherung und faire Wettbewerbsbedingungen. Hermesgarantien müssen beispielsweise für Afrika noch besser aufgestellt werden. Die Hochrisikophase der Projektentwicklung bedarf staatlicher Teilabsicherung. Langfristige Projekte können nur privat finanziert werden, wenn finanziell leistungsfähige Akteure mit ins Risiko gehen.

Der aktuelle OECD-Konsensus und die Logik der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) wirken teilweise kontraproduktiv. Sie führen dazu, dass unsere Unternehmen oft chancenlos sind im Wettbewerb mit China und Akteuren aus anderen BRIC-Staaten. Es darf uns nicht wundern, dass deutsche Firmen häufig entmutigt sind. Auf die Agenda des G20-Gipfels gehört daher dringend die Angleichung der Spielregeln beim Handel mit Afrika zwischen den OECD-Ländern und den so genannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China). Und: Es sollte viel intensiver auf internationaler Ebene abgestimmt und koordiniert werden. Dann wird sich auch mehr bewegen.

### III.26 European Marshall-Plan for the Development and Prosperity of Africa

Autor: Kolawole Ajao Owoka <sup>139</sup>

The Europe Marshall-Plan for the development and prosperity of Africa is a much appreciated initiative coming at the right time. It is as if Africa had said “What next?” and Europe had replied with an economic rescue program that will move African countries into a league of developed nations through a new partnership for peace, development and a better future in a win-win situation.

#### New Orientation

What Africa needs to make the giant leap is not by giving her “fish” but by teaching her how to fish plus securing at least the rights to fish before the African coast and not to sell these rights to others. Also making sure, Africa gets all the equipment and knowledge needed for sustainability is essential.

<sup>139</sup> Dr. Kolawole Ajao Owoka is a Nigerian from Ondo State, born on June 10, 1953. He is the Managing Director/Chief Executive Officer of United Healthcare International Ltd (Health maintenance Organization) located at 7 jaba close, Area 11 Garki, Abuja. He is also the founder of Ideal Hospital 74, Emir road, Kano. He graduated from University of Ibadan Nigeria with a BSc Zoology in 1974. In 1981, he graduated from College of Medicine University of Lagos with a Bachelor of Medicine and Bachelor of Surgery. In 2008, he did a one-month executive management course in Harvard University School of Public Health, Boston, Massachusetts, in 2010, training concerning Social Health Insurance at the ILO training center, Turin, Italy. In 2011-2013, he got a master Degree-MBA in International Hospital and Healthcare Management from Frankfurt School of Finance and Management, Germany. In 2015, he had a training on Healthcare Financing. He was chairman of HMCAN (Health and Managed Care Association of Nigeria), the umbrella body of HMOs in Nigeria from 2012 to 2016. Currently, he is council member in Abuja Chambers of Commerce and Industries and a member of the Federal Ministry of Health Committee that set up the NHIS (National Health Insurance Scheme). He is also a member of National Reproductive Health Technical working group in the Federal Ministry of Health.

---

### **Migration Flow**

While Europe will be happy to curb the migration flow northward across the Mediterranean, African countries are equally eager to increase trade and attract foreign investors. The prosperity of Africa will definitely create opportunities for the growing number of youths within the African states and create a win-win situation for both Europe and Africa.

### **Economic Activities, Trade and Development**

This will enrich economic development and drastically reduce unemployment. It is now time for big businesses in Europe to build factories in Africa. Nigeria, in particular, has less than 5,000 megawatts of electricity for a population of 180 million people. The Government will welcome with open arms private investors who can bring in solar energy to supply electricity. After all, we are a tropical country with a lot of sunshine all year round.

In addition, some private sectors in Africa should be helped to be able to penetrate European markets. Solar energy for all our schools and hospitals will be developed, as well as other infrastructures. This will help to reduce maternal and child mortality and morbidity. It will also improve education and enlightenment of the society, which will translate into an improved contraceptive prevalence rate.

### **Apprenticeship**

German companies are known for placing youths to learn directly on the job. I am aware that the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development in Germany is already in talks with Lagos state Chamber of Commerce and Abuja Chamber of Commerce in Nigeria. Apprenticeships increase the number of skilled workers and such workers will be needed as the economy expands. Luckily, Africa has a large population of youths, and apprenticeships will help to sharpen their skills. Other European countries can follow the example of Germany.

### **Dual Vocational Training**

This type of educational system is a good way to prepare many youths as skilled health workers that can be trained as skilled birth attendants or family planning providers. Eventually, Nigeria will have the chance to effectively exploit the opportunities of the demographic dividend from a concentrated youth population.

### **Nigerian Rotarians and German Rotarians**

Cooperation between Rotarians in Nigeria and Germany has been established since 1985. We have cooperated in family planning, HIV aids education; maternal and child health; vesicovaginal fistula project; obstetrics quality assurance and now in maternal and perinatal death surveillance and response. With the Marshall-Plan, there will be greater opportunities for further projects, that can all be scaled up to many other countries in Africa, hence helping to develop the health system in many African countries.

### **Developing New Crops of Entrepreneurs**

The Marshall-Plan will help a new group of young urban and educated entrepreneurs to develop their business ideas in Africa and this will positively influence African ownership, such that Africa will no longer be dependent too much on aid. This new crop of people also needs to be introduced early in life to family planning so that as they start raising family it will be part and parcel of them to raise small families.

### **Building up Destroyed Areas**

The North Eastern parts of Nigeria have been taken over by Boko Haram terrorist some years back before the Federal Government waged war to take them back. These areas need massive infrastructural development. The Marshall-Plan can help to build up those areas that have been ruined by terrorists. Regeneration can be brought about in these areas with massive resources from Europe which can be in form of machinery, technical advisers, goods, loans and food.



### **Girl Child Education**

The Marshall-Plan will also help to focus on educational development of the girl-child. Once this is achieved, it will be easy to give IEC (information, education and communication) materials to them. This will help in curbing population growth, family planning promotion, and reduction in maternal and fetal mortality and morbidity. A girl-child properly educated will, in general, not marry early in life and when married will not have a large number of children. She will also space the number of years between her deliveries. It has been proven that maternal mortality increases when the interval between deliveries is only one year.

### **Opportunities for the Youths**

The Marshall-Plan can bring several opportunities for the youths. They will be better and be able to improve their skills and see a good future for themselves in their countries. This will hopefully give them a fresh start in different professions. The sky will be their limit in their country.

### **Value Creation for Export**

The Marshall-Plan will provide knowledge for Africa to say more often "NO" to direct export of raw materials and instead create a local value chain for most of its products and enhance their value for export. This will enrich them better than exporting raw produce.

Europe needs to encourage mechanized farming so that Africa can do away with hoe and cutlass. The large population that give rise to youth bulge can bring economic prosperity if their energy is channeled to mechanized farming.

### **Right Political Environment**

Sustainable economic development relies on the rule of law and good corporate governance. This will, hopefully, be provided in the right political environment with peace and prosperity that could come in the wake of the Marshall-Plan. With prosperity, political stability and peace will come to Africa.

### **Reform Partnership**

The Marshall-Plan will come with commitment to agriculture and rural development. In a developing country such as Nigeria, the majority of the population lives in rural areas. Germany will listen to the African Union for a well-packaged reform partnership and ownership so that the African Union can implement African solutions through NEPAD. Extension of agricultural work will help rural farmers.

### **Strong Institutions**

Africa needs strong institutions for sustainability. The Marshall-Plan will encourage African countries to build strong and lasting institutions that can compete in equitable global trade. Africa needs to stop illicit financial inflows and outflows, stop illegal arms transfers and develop an enhanced role in the world trade organization (WTO).

### **Internally Generated Revenues**

The Marshall-Plan will encourage Africa not to rely too much on ODA (Official Development Assistance) but to mobilize more domestic revenues from taxes of their residents and companies and so to increase internally generated revenue for development.

### **In Conclusion**

Europe intends to give a commitment via the Marshall-Plan such that Europe will play its part and leaves nobody behind. Basic needs such as food, security, water, energy, infrastructure, health, digitalization and access to education will all be on the front burner for consideration.

---

### III.27 Beitrag einer Nichtregierungsorganisation zum Marshall-Plan mit Afrika

Autor: Robert Zinser<sup>140</sup>

Im Marshall-Plan mit Afrika heißt es u.a. „Unser Ziel ist ein Afrika, das in punkto Lebensqualität weltweit zur Spitzengruppe gehört und dessen Humankapital als seine wichtigste Ressource voll entwickelt ist“, konform mit der Agenda 2063 der Afrikanischen Union, die sowohl eine Vision als auch ein Aktionsplan ist. Afrika soll dazu u.a. „frühzeitige und umfassende Sexualaufklärung sicherstellen“ und das BMZ will Initiativen zur Ausbildung von Gesundheitsfachkräften und zur Familienplanung und Müttergesundheit ausdehnen.

Auch Nichtregierungsorganisationen (NGO) können und sollten dazu beitragen. Die NGO Rotarian Action Group for Population & Development (RFPD) initiiert, unterstützt und kofinanziert seit 20 Jahren Projekte von Rotary Clubs zur Förderung der „Gesundheit von Mutter und Kind“ (MCH) einschließlich Familienplanung. RFPD entstand kurz nach der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo im Herbst 1995, bei der von der Völkergemeinschaft beschlossen wurde, dass allen Menschen Zugang zu freiwilliger Familienplanung ermöglicht werden soll. MCH ist seit 2013 einer der sechs Schwerpunkte von Rotary International, wozu RFPD mit einschlägigen Projekten beigetragen hat. Seit Gründung hat die Action Group RFPD, zunächst als serviceorientierte Fellowship, darauf hingearbeitet, dass Rotary International und die Rotary Foundation Familienplanungsprojekte einschließlich Bereitstellung von Kontrazeptiva fördert. Die Mitgliederzahl von RFPD, der ersten und größten Action Group Rotarys, stieg dabei schnell an auf eine bei Rotary beeindruckende Zahl von rund 20.000 Mitgliedern.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bat um Kommentare zum Marshall Plan mit Afrika. Die Rotarian Action Group for Population & Development (RFPD) wies in ihrem Kommentar darauf hin, dass bei den Projekten mit dem Schwerpunkt Familienplanung in Afrika seit Jahren eine zunehmende Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber Familienplanung wahrzunehmen ist. Im Schwerpunktland Nigeria erteilte uns das Gesundheitsministerium (FMoH) ein Mandat für derzeit 8 Projektstaaten, um u.a. den Zugang der Bevölkerung zu Familienplanungsdiensten zu verbessern und zu verbreitern. Das jährliche starke Bevölkerungswachstum Afrikas führt dazu, dass die Bevölkerung immer jünger wird und die Jugendarbeitslosigkeit weiter zunimmt. Dieser „Youth Bulge“ (Jugendüberhang) wirkt seit Jahren auf die Länder Afrikas destabilisierend und führt viele arbeitslose und unzufriedene Jugendliche ohne Perspektive dazu, dem Migrationsdruck nachzugeben. Um die Chancen dieser demographischen Entwicklung effektiv zu nutzen, empfehlen wir, mit dem Marshall-Plan Familienplanung gezielt zu fördern und zu unterstützen. Das Ziel ist hierbei die Initiierung einer „demographischen Dividende“ durch Verbesserung des Zugangs zu Familienplanungsdiensten, besonders für die über 225 Millionen Frauen, die gerne verhüten würden. Durch eine gezielte Förderung der Familienplanung und Verankerung im Marshall-Plan mit Afrika würde ein bedeutender Schritt gemacht werden zur fälligen Enttabuisierung von Familienplanung.

Dann kann in Afrika aus der demographischen Herausforderung eine Chance für mehr ausgebildete junge Arbeitskräfte entstehen, die das Potential der „demographischen Dividende“ sind. Staaten mit einem großen Bevölkerungsanteil, der im Arbeitsleben steht, profitieren aufgrund stärkerer Kapitalbildung und niedrigerer Kosten für wirtschaftlich abhängige Altersgruppen von einem sprunghaften Anstieg des nationalen Einkommens. Ökonomen belegten, dass in den asiatischen Tigerstaaten die demographische Dividende zwischen 1965 und 1990 bis zu 40 Prozent des Wirtschaftswachstums bewirkte.

---

<sup>140</sup> Prof. Dr. Robert Zinser studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Mainz und trat nach dem Studium in die BASF ein. Dort war er zuletzt 15 Jahre bis zu seiner Pensionierung 1990 Leiter des Länderbereichs Asien. Er ist Honorarprofessor für „Internationales Management“ an der Universität Gießen und erhielt das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Als Gründer und langjähriger Leiter des Deutsch-Koreanischen Wirtschaftskreises (DKW) erhielt er „The Order of Diplomatic Service Merit“ der Republic of Korea. In Rotary International (RI) diente er 1994/95 as Governor and war 1995 Mitgründer der Rotarian Action Group for Population & Development (RFPD), der ältesten und größten Action Group Rotarys. Im Februar 1996 gründete er in Deutschland die erste Ländersektion von RFPD. In 1995-2000 führte er als Pilotprojekt das vom BMZ kofinanzierte Distriktprojekt „Child Spacing and Family Health“ in Kaduna State, Nigeria, durch und initiierte das 3-H-Projekt (2000-2005) in sechs Staaten Nordnigerias. Er initiierte und koordinierte das vom BMZ kofinanzierte Großprojekt „Improvement of Maternal Health - Prevention and Treatment of Obstetric Fistula“ in Kaduna and Kano State (2005-2010) und ist Senior Advisor des ebenfalls vom BMZ kofinanzierten Maternal Child Health (MCH) Scaling up Projekts in vier Staaten Nigerias sowie Koordinator des zweiten MCH Scaling up Projekts in Enugu State, Nigeria, kofinanziert von der Else Kröner-Fresenius-Stiftung. Er erhielt den „RI Service Above Self Award“, war Mitglied mehrerer RI Committees und leitete die RI-UNFPA Konferenz „World Population Growth and Development“ in Zürich 2000. Seit 2010 ist er Chief Executive Officer (CEO) der Rotarian Action Group for Population & Development (RFPD) mit vielen Ländersektionen und 20.000 Mitgliedern.



Viele afrikanische Staaten stehen in der Anfangsphase der „demographischen Dividende“ mit einem Potential an jungen Arbeitskräften und vergleichsweise wenigen Senioren, die zu versorgen sind. In der Phase des demographischen Übergangs wird ein wirtschaftlicher Wachstumsschub ermöglicht, der voraussetzt, dass die wachsende Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter auch produktive Beschäftigung findet. Der Staat muss hierfür die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, u.a. ein leistungsfähiges Bildungssystem und eine funktionsfähige Basisinfrastruktur. Voraussetzung für die Initiierung der Dividende sind eine Anpassung des Reproduktionsverhaltens der Bevölkerung und flächendeckend vorhandene Familienplanungsdienste. Um Frauen wie Männern die gleichen Bildungschancen für den Arbeitsmarkt zu geben, ist neben der Verbesserung der Bildungsinfrastruktur auch eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung mit Familienplanungsdiensten anzustreben. In der westlichen Welt werden seit mehr als einem halben Jahrhundert überall Familienplanungsdienste angeboten und von den allermeisten Menschen in Anspruch genommen. In der vom Westen geleisteten Entwicklungshilfe dagegen sind Familienplanungsprojekte bei Bürgern und deren Organisationen vielfach immer noch ein Tabuthema, obwohl die Bitten aus Afrika um solche Hilfe seit Jahren zunehmen. In Nigeria fanden unsere jeweils mit Regierungsstellen und traditionellen Religionsführern abgestimmten Familienplanungsprojekte in allen über das Land verteilten Projektgebieten Zuspruch und Akzeptanz.

Monsignore Prof. Obiora Ike, seit 2016 CEO der Globethics.net Foundation, Genf, der aus Nigeria stammt, unterstützt unsere Projekte, in dem er stets auf „Verantwortete Elternschaft“ hinweist, die von der katholischen Kirche gepredigt wird. Er ergänzt, dass den Menschen nicht nur die natürliche Methode zu vermitteln ist, sondern sie auch über andere Methoden, die es gibt, zur selbstbestimmten Familienplanung zu informieren sind. Natürlich gibt es auf dem Land in Nigeria vereinzelt noch Vorbehalte gegen Familienplanung, besonders im moslemischen Norden. Der Emir von Kano, Mohammed Sanusi II, wies kürzlich öffentlich darauf hin, dass die Bürger dort mit solchen Tabus brechen müssten. Wörtlich verbreitete er: „What is the purpose of a large population that is not educated, that is jobless, that is unemployed?“ Afrikanische Regierungen treten zunehmend öffentlich für Familienplanung ein.

Obgleich jede vierte Frau in Entwicklungsländern gerne verhüten möchte, fehlt es dort sehr häufig an Kontrazeptiva. Die Folge davon sind weltweit jährlich über 74 Millionen ungewollte Schwangerschaften sowie 70.000 maternale und 500.000 perinatale Todesfälle. In vielen Ländern südlich der Sahara bekommen Frauen im Durchschnitt mehr als 4 Kinder, weshalb viele keine höhere Bildung genießen können. Um Frauen, insbesondere jungen Mädchen, eine bessere Lebensperspektive zu ermöglichen, verbessert und fördert RFPD seit 20 Jahren den Zugang zu Familienplanungsdiensten. Dazu arbeitet RFPD in Nigeria auf unterschiedlichen Ebenen gemeinsam mit dem Bundesgesundheitsministerium (FMoH - Federal Ministry of Health), den Gesundheitsministerien der Länder und 65 Krankenhäusern zusammen. Auf der lokalen Ebene werden Frauen und deren Familien im Rahmen von Community Dialogen aufgeklärt und eingeladen, sich im Krankenhaus von einer professionell geschulten Krankenschwester zu Fragen der Familienplanung beraten zu lassen. Die Krankenschwestern werden zuvor von RFPD und einem Experten des jeweiligen Gesundheitsministeriums zu ‚Family Planning Providern‘ weitergebildet, die auch bei der Wahl der Verhütungsmethode beraten. Die Vorteile der Familienplanung sind weniger ungewollte Schwangerschaften, eine Verbesserung der Überlebenschancen für Mutter und Kind sowie Chancen für Frauen auf Bildung, mit der sie einen angemessenen Job bekommen können. Dadurch kann ein entscheidender Beitrag geleistet werden, um die „Demographische Dividende“ zu initiieren, deren Fundament Familienplanung ist.

Das Familienplanungsprojekt von RFPD in Nigeria, das bisher größte von der Rotary Foundation unterstützte Familienplanungsprojekt, wird seit vielen Jahren von unserer Project Chief Midwife geleitet. Dabei wird sie unterstützt von Prof. Oladapo Shittu, einem Experten für Mutter- und Kindergesundheit, der offizieller Head Consultant des nigerianischen Gesundheitssystems ist. Gemeinsam mit Prof. Shittu, mit dem wir seit mehr als 20 Jahren zusammenarbeiten, stärkt RFPD Familienplanung im Gesundheitssystem Nigerias. Darüber hinaus beschleunigt und unterstützt RFPD bis 2018 die Implementierung der nationalen WHO / MPDSR (Maternal and Perinatal Death Surveillance and Response) Richtlinien mit der Einführung einer dezentralen Datenerfassung und Auswertung von Kernparametern zur Senkung der Mortalität von Müttern und Kindern mittels mobiler Endgeräte. Mit der Webapplikation können im Rahmen der MPDSR Berichterstattung, Analyse und Ursachenaufklärung gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um mütterliche und kindliche Todesfälle zu vermeiden. Das nigerianische Bundesgesundheitsministerium will dieses Verfahren zeitnah und flächendeckend auf ganz Nigeria ausdehnen. In Industrieländern hat sich das Modell der geburtshilflichen Qualitätssicherung auf andere Fachbereiche ausgebreitet. Daher kann damit gerechnet werden, dass hiermit das nigerianische Gesundheitswesen insgesamt gestärkt wird.

.....

NGOs können auch zur dualen Bildung beitragen. RFPD hat eine Berufsschule in Nigeria unterstützt und beginnt mit einem Pilotprojekt ein Unternehmertraining, das Jugendliche in Afrika dringend brauchen. Hierfür hat sich das Student Training for Entrepreneurial Promotion (STEP) in mehreren Staaten Afrikas bewährt, das die unternehmerischen Kompetenzen junger Menschen stärkt. Dieses Training begegnet der Herausforderung der hohen Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern. Es vermittelt unternehmerische Fähigkeiten, die es jungen Menschen erlauben, eine Karriere als Unternehmer zu starten. Unternehmertum gilt als zentraler Ansatzpunkt für die Bekämpfung von Armut und Jugendarbeitslosigkeit. Das Training unterstützt die jungen Menschen darin, ihr eigenes Unternehmen erfolgreich zu gründen und so ihren eigenen Arbeitsplatz sowie Arbeitsplätze für andere zu schaffen. Die Teilnehmer gründen in Teams von vier bis sieben Personen während des Trainings ein reales Unternehmen. Um ihre unternehmerischen Ideen zu verwirklichen, erhalten die Teams eine Anschubfinanzierung von zum Beispiel umgerechnet 100 USD, die am Ende des Trainings zurückgezahlt wird. Alle Übungen, an denen die Teilnehmer während des Trainings arbeiten, sind auf ihr reales Unternehmen ausgerichtet.

Auf diese Weise wenden die Teilnehmer im Unterricht besprochene Strategien direkt im eigenen Unternehmen an. Es wird theoretisches Wissen unmittelbar mit unternehmerischer Praxis verknüpft und somit ein intensives „learning-by-doing“ ermöglicht. STEP wurde gemeinsam mit lokalen Partnern an ostafrikanischen Universitäten entwickelt, ist daher direkt auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnitten. Die Trainingsmodule werden ausschließlich von lokalen Dozenten durchgeführt, um den kulturellen Kontext zu berücksichtigen sowie die regelmäßige und von den deutschen Partnern unabhängige Weiterführung des Trainings zu ermöglichen. Die lokalen Dozenten werden in „Train-the-Trainer“-Workshops in der handlungsorientierten Trainingsmethodik geschult. (Michael M. Gielnik, [www.leuphana.de](http://www.leuphana.de)).

Der demographische Wandel beeinflusst maßgeblich die nachhaltige Entwicklung in der Welt, besonders in Afrika. Die Afrikanische Union hat sehr früh als das Thema für 2017 „Harnessing the Demographic Dividend through Investments in the Youth“ benannt. Folgerichtig wurde die „Demographische Dividende“ auf die Agenda des Treffens zwischen der Afrikanischen Union und der EU im November 2017 gesetzt. Der Marshall-Plan mit Afrika sollte die Demographische Dividende nicht nur beiläufig erwähnen, sie gehört zum Kern des Marshall-Plans und verdient ein eigenes Kapitel. Die große Chance, mit dem Marshall-Plan mit Afrika sukzessive eine Demographische Dividende zu erzielen, muss voll genutzt werden, alle Stakeholders sollten dazu beitragen, Regierungen, Wirtschaft und Zivilsektor, Nichtregierungsorganisationen inbegriffen.

### III.28 Agriculture and other care topics of a Marshall-Plan with Africa

Autor: Emmanuel Adedolapo Lufadeju <sup>141</sup>

As a Professor of Agriculture, with emphasis on Crop-Livestock Integration, I emphasize this topic strongly. Food and agriculture are crucial for Africa's future. Due to the high population growth rates in sub-Saharan Africa a certain skepticism continues to reign with respect to the idea that Africa could feed itself. Malnourished children are omnipresent in Nigeria and poverty cannot be solely responsible for hunger. The Nigerian agricultural sector has been suffering for many years. Agricultural products are produced for subsistence and if cash crops are grown these are being exported without being profitable for the farmer or the African countries. For many years, the calls have not stopped requesting a better and more equitable market access for African exports and an end to illicit financial flows from Africa and tax evasion by multinational companies. What needs to be followed are investments to improve the productivity of the African agricultural sector and to establish and develop agricultural value chains.

One of the issues raised in connection with the Marshall-Plan is Fair Trade which is supposed to “contribute to sustainable development by offering better trading conditions to, and securing the rights of, disadvantaged producers and workers - especially in the South”. Presently Germany is the key market in Fair Trade products made

<sup>141</sup> Emmanuel Adedolapo Lufadeju PhD is a Professor of Agriculture, with emphasis on Crop-Livestock Integration. He studied at University of Maryland USA and Ahmadu Bello University, Zaria Nigeria. He is a Member of the Nigerian Society for Animal Production and The British Nutrition society. He is Consultant to many National and International Organisations including the World Bank, Fadama III Project, Odu'a Investment Company, Limited and Technical Center for Agricultural and Rural Cooperation (CTA) Lome Convention ACP-EU Netherlands and the Agriculture and Rural Management and Training Institute (ARMTI) Ilorin; UNIDO/USAID; He is the Local Advisor of Bill and Melinda Gates Foundation for West Africa on Agriculture.



in African countries and has therefore the biggest impact on the Fair Trade export market. Producers of products such as bananas, coffee and roses benefit from a growing European consumption market. Still, the access to the European markets remains restricted and difficult due to the highly subsidized European agricultural sector. Therefore, it is vital to ensure that Fair Trade in Africa continues to improve the lives of the poor by providing higher prices, greater access to credit, and promoting environmentally friendly practices. However, Fair Trade presently represents only a niche market and should complement the conventional trade of agriculture products. One way this can happen is to ensure preferential market access to the EU for more African countries.

Throughout the Marshall-Plan document, employment and job-creation is been valued as a major challenge to African countries. When comparing employment shares in the three economic sectors it becomes apparent that the agricultural sector is the main source of youth employment. The demand for rural jobs can be regarded as higher than in urban areas. To meet its role as a rural job motor and to benefit from it, the priority should be laid on increasing the productivity in agriculture. Not only by removing the barriers for the commercialization of agricultural products combined with an equitable market access, but also via land reform and deregulation.

In addition to increasing the agricultural productivity, exploiting the role of farming could offer opportunities while the local and regional demand for food is high. Improving the quality of education by offering training programs on agriculture and including sustainable systems will help to quickly generate jobs and increase food security. On the long run, this will foster agricultural productivity and enable farmers to produce products not only for the local but for the export market. By establishing a Dual Education system, combining apprenticeships in a company and vocational education at a vocational school, students also living in rural areas will have the opportunity to gain higher education. The outcome would be that the number of unskilled agricultural workers would drop and at the same time the agricultural productivity would grow.

The aim to establish a well-functioning system of agricultural financing is in the long term a good idea, but the Marshall-Plan should also consider more urgent measures. As an agriculturalist, I had planned to buy a larger number of tractors and agricultural machines in Nigeria. Most of the resellers only have a limited selection of tractors and prices far above market level. With the help of my German contacts I approached KfW and tractor manufacturers in Germany to seek support to import tractors directly. Regrettably KfW informed me that they cannot financially support and secure the much-needed investment in tractors. This shows impressively once more why African countries still lack behind not only in the availability of mechanized farming methods, but it is close to impossible to secure the import of new or used tractors.

### III.29 Marshall-Plan with Africa and its implementation – Considerations from African Youth

Autor: Autor: Faustine P Nyanda<sup>142</sup> / Guy Ngayo<sup>143</sup>

#### Executive Summary

- This is a conference report about the understanding of the Marshall-Plan with Africa and its implementation process, through the lens of the African people: The African Group of Ambassadors, the African Diaspora, professionals and academics in Switzerland. This may not be a general idea from all African people, but the facts in which it is based, and the dilemmas it faces, are real.

<sup>142</sup> Faustine P Nyanda: Since 2015 Founder and President of the International Campaign for Africa (ICA) ([www.ic-africa.org](http://www.ic-africa.org)) in Zurich, Switzerland. F. Nyanda is a Tanzanian respected leader of creative teams, familiar with multimedia divisions and communications departments. He conceptualizes and orchestrates socio-economical campaigns that effectively reinforce and build a stable society. He has a wide range of knowledge in international relations, multiculturalism, national and international socio-economic challenges. He also has a proven ability to mobilize communities, high ranking leaders and policy-makers on issues that matter and execute successful project launches.

<sup>143</sup> Prof. Guy Ngayo Fotso: International Campaign for Africa (ICA)- Senior Advisor and Board Member. Since 2011 Founder and Managing Director of Vertica Coaching, Zurich, Switzerland. He has experience in management consulting, is Lecturer in Marketing, Strategic Management and International development and Leadership and offers Leadership development coaching. From 2007-2010 he was employed as Global Product Manager at HILTI AG, Schaan, Liechtenstein. From 2005-2006 he worked as Trade Strategy and Marketing Director at HILTI, Paris, France.

- 
- The report shows the complexities around integration of African countries in the implementation process of the Marshall-Plan with Africa, setting out possible solutions that combine measures to achieve the four bottom lines of addressing the growing African population and its future economic development, social inclusion, environmental sustainability and to develop new EU-African co-operation.
  - It is a report designed to help the Marshall-Plan with Africa initiative, governments, academics and development professionals to actualise individual steps taken towards the implementation of the Marshall-Plan with Africa.

### **Introduction to the Marshall-Plan with Africa**

The Marshall-Plan with Africa (MPA) is an initiative by the German Senate of the Economy and the Club of Rome, co-ordinated with the German Federal Ministry for Cooperation and Development; aiming at addressing, in depth, the issue of the growing African population and its future sustainable economy. It aims at developing a new EU-African co-operation by investing into the economic development and social systems, with particular emphasis on African countries that already invest and focus on the fields of education, training and job creation for their youth on a larger scale.

The social exclusion of young people is certainly one of the most important challenges facing many African countries today. Young people are confronted with multiple forms of exclusion, from the labour market, within educational structures, and also in terms of social rights and personal development processes. The MPA believes that the current African migration crisis intensifies the problems considerably - although it is important for positive economic growth in many of the African countries.

The MPA initiative provides an opportunity for European and African people to effectively participate in intensive dialogues for a better and sustainable implementation of the MPA. The implementation should lead to investments for better life prospects of living in Africa by providing African youth with incentives to shape their future within their own territories.

The MPA is calling on the German government, the World Bank, the EU, the African Development Bank, the African Union and its regional economic communities in the context of governance in the field of fund management, to make the strengthening of the MPA a key priority in its joint work programme.

The overriding aim of the partnership's activities is to secure equal and fair opportunities for all European and African people, through an exchange of knowledge and good practice and by supporting the development of a sense of solidarity.

### **The Marshall-Plan with Africa inspired by the former Marshall-Plan for Europe**

Although the Marshall-Plan for Europe after the World War has inspired the creation of the Marshall-Plan with Africa, the two plans are quite different in context.

The Marshall-Plan for Europe implemented after World War 2 had as objective to rebuild Europe. The objective was to provide funding to initiate the reconstruction. The necessary bases were already there and actually kept developing during war. The bases incorporates such elements as: competence, skills, and knowledge.

In the case of Africa, there is a need to first develop the bases: competence, skills, and knowledge while assisting the continent in embracing economic and social growth.

### **Reasons why the Marshall-Plan with Africa is needed**

- The current International Aids to Africa amounts hardly more than 0.1% of the GDP of the OECD states, which is really low and more so in comparison to a 2% of U.S. GDP that Europe received during the Marshall-Plan after World War 2. There is a need to increase considerably the part of GDP dedicated to International Aid.
- The African population is growing very fast at a rate of 2.5% per year and at this speed, by 2050 the entire population in the continent will be over 2.4 billion. There is an urgent need to provide the necessary conditions to manage this population growth in terms of: poverty, hunger, peace, justice, and employment to list a few.



- The overwhelming ongoing migration crisis is forcing policymakers to pay significant attention to managing the inflow of a high number of migrants. One possible action to reduce the migration crisis could be to provide valuable opportunities within the migrant's home country.
- The difficult economic situation in the Euro-zone with a growth rate of less than 2% for 2016, a systematic decrease of the middle class and an increasingly aging population are significant arguments for change in terms of investigation into growth opportunities outside of the Euro-zone.

### **Barriers for the implementation of the Marshall-Plan with Africa**

- Failing to involve African stakeholders (policy-makers, business men, academics, etc.) from the start will be a major barrier to the success of the Marshall-Plan with Africa. A key recommendation would be to start talking more about a Marshall-Plan with and for Africa to stress a co-creation and co-implementation part of the Plan.
- Poor governance and lack of political will from the African countries
- tackling arbitrary policy making, unaccountable bureaucracies, unenforced or unjust legal systems, the abuse of executive power, a civil society unengaged in public life, and widespread corruption with good governance is one of the most important challenges that African countries currently face. Without reforms that dismantle the above mentioned factors, the MPA will be unable to be implemented.
- Failure to reach a common taxation agreement among countries. One of the most important international campaigns of the Marshall-Plan with Africa is country to country reporting of taxing of international companies. But it's not easy to have a consensus on this issue. Some states in the developed world do not support this idea, particularly the tax havens. This also can happen with African countries which do not like country to country reporting. But of course, the MPA will help to be concentrated on states that are willing to improve governance, to improve transparency and to go for country to country reporting.
- Failure to understand, to respect and to consider the differences within socio-political systems in some of the African countries. Some of the African countries do have a very unique and complicated socio-political systems under kinships and clans.
- Poor strategic and methodological approaches to the African people on the implementation of the Marshall-Plan with Africa. There is a need to use African people/NGOs for connection with African governments and their people.

### **Ways through which the MPA can be implemented**

1. Four levels of stakeholders  
Germany/EU: Overall in charge  
African Union: Co-ordinator of the 54 countries / the interested countries  
African Regional Economies and African States: Implementers - Grassroots leaders: Facilitators
2. One country one approach  
Every African country has its own specificities: social, economical, technological, legal, political. Therefore, difficulties faced in one country will be different in another. The implementation approach should be, for that reason, tailored country per country and be context specific.
3. Select the optimal country to start or to proceed with the Marshall-Plan. To do so, it is necessary to identify key criteria to look at. Possible criteria could be: Maturity of governance, good reputation and capability of the selected institutions, state of infrastructure, aligned vision, to list a few.
4. Focus on the optimal area of change. Infrastructure should be the overarching focus area as it clearly affects all of the other areas. From ICA perspective here is a short list of areas of focus in terms of priority:
  - Agriculture (land, technology, practice)
  - Education (all ages, trade specific tailored to countries' needs)
  - Mineral resources
  - Energy (renewable, clean, solar)
  - Tourism
  - Healthcare
5. Clear accountability and transparency through project progress reports and clear traceability of money invested.

---

## Next steps

The International Campaign for Africa considers the Marshall-Plan with Africa as a great initiative for Africa today and for the future. It falls under the ICA's main goal which is to: "empower African youth with correct and complete information that will encourage them to stay in Africa and economically contribute to their home countries, assist in problem solving, decision making and improving opportunities and standard of living."

The ICA team, in Arusha (Tanzania) had a meeting with the Secretariat of the East African Community, departments of Productive and Social Sectors, Planning and Infrastructure and Political Matters (International Relations and Co-operation).

### **For the meeting with the Secretariat of the EAC, our objectives have been to:**

- Raise awareness of issues regarding the Marshall-Plan with and for Africa (MPA) today and potential challenges in the future
- Develop a common awareness of issues, challenges, opportunities and ways forward in terms of a Marshall-Plan with and for Africa (MPA)
- Identify shared solutions and implementation plans

### **The 2 main topics of the meeting were:**

- Understanding the Marshall-Plan with and for Africa (MPA)
- Investing in East Africa

### **Favoured issues:**

A key outcome of our meeting is the development and refinement of new ideas of advocacy and participation in the Marshall-Plan with Africa towards partnerships and sustainable solutions. We hope to foster a growing commitment towards solidarity, as well as an appreciation for diversity, interdisciplinary learning and inter-professionalism towards an improved standard of living for all.

- A shared perspective on the Marshall-Plan with and for Africa
- A shared perspective on solutions to implement
- A shared possible implementation roadmap
- A shared agenda and themes for investing in East Africa

## Acknowledgements

The ICA Team wishes to thank all those who took the time to attend our conference scheduled on March 24th, 2017, at Hirschengraben 66, 8001 in Zurich, Switzerland, from 13:00 pm to 19:00 pm and provide feedback and inputs on the Marshall-Plan with Africa agenda. In particular, we want to thank our key speaker on the topic mentioned above Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz J. Radermacher. Thanks also go to the African Group of Ambassadors to the Swiss Federal Government, to the Swiss Business School, to the African Diaspora in Switzerland, civil societies and individuals from different parts of the world for their thoughtful comments and inputs. Another thank goes to Miss Melissa Whaling for editing.



### III.30 Korruptionsbekämpfung sollte Querschnittsthema bei der Umsetzung des „Marshall-Plan mit Afrika“ sein

Autor: Sieglinde Gauer-Lietz<sup>144</sup> (Transparency International Deutschland e. V.<sup>145</sup>)

Transparency Deutschland begrüßt den vom Entwicklungsministerium (BMZ) vorgestellten „Marshall-Plan mit Afrika“, der neue Ansätze für eine nachhaltige und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika anstrebt und dabei der Bekämpfung der Korruption einen hohen Stellenwert beimisst. Dem entspricht, dass die Bekämpfung der Korruption international wie national durch die Agenda 2030 und die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, an deren Formulierung Transparency Deutschland mitgewirkt hat, politisch an Bedeutung gewonnen hat.

In einem ersten Schritt bezieht sich der Marshall-Plan vor allem auf reformorientierte afrikanische Staaten, die sich der Agenda 2063 der Afrikanischen Union (AU) verpflichtet fühlen. Teil dieser politischen Agenda sollen gute Regierungsführung und der Kampf gegen Korruption sein. Bei der Auswahl der Partner muss die Ernsthaftigkeit, mit der sie Korruption bekämpfen, ein wichtiges Kriterium sein.

Kern des Marshall-Plans sind drei Säulen „Wirtschaft, Handel und Beschäftigung“, „Frieden und Sicherheit“ sowie „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“, die in Interdependenz zu einander stehen. Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind wichtig, aber ohne Sicherheit und Frieden und ohne Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wird es keinen Wohlstand im Sinne von nachhaltiger Entwicklung geben.

Transparency Deutschland hat immer wieder auf die destabilisierende Wirkung von Korruption in den Ländern des Südens hingewiesen, insbesondere auf die negative Wirkung für wirtschaftliches Wachstum und vor allem auch für ausländische Direktinvestitionen. Transparency Deutschland begrüßt die Bemühungen des BMZ um Transparenz und Integrität in der Wirtschaft, wie sie z.B. von der Allianz für Integrität (AFIN), mit der Transparency Deutschland bereits eng zusammenarbeitet, angestrebt werden. Auch als Mitglied des Textilbündnis setzt sich Transparency Deutschland für die Sicherstellung nachhaltiger Lieferketten und für Korruptionsprävention ein.

Frieden und Sicherheit wird in vielen Ländern der Welt unter anderem durch korrupte Militärs und Polizei gefährdet. Dies betrifft aber auch die im Marshall-Plan genannten Grundlagenthemen. Insbesondere bei Gesundheit, Bildung und sozialer Sicherung werden Fortschritte durch Korruption behindert. Um einen konsistenten Ansatz zu gewährleisten, muss Korruption deshalb als Querschnittsthema in allen Arbeitsfeldern angemessen berücksichtigt werden. Bei Planung und Durchführung aller Aktivitäten müssen der Länderkontext sowie Risiken und Auswirkungen von Korruption analysiert und Maßnahmen zur Prävention bzw. Eindämmung vorgesehen werden.

In den 10 Thesen des Marshall-Plans begrüßt Transparency Deutschland, dass in These 6 politische Rahmenbedingungen für eine effiziente Verwaltung frei von Korruption gefordert werden. Ebenso begrüßt Transparency Deutschland, dass in These 7 bei der Auswahl der Partner nicht nur auf die Umsetzung guter Regierungsführung, sondern auch auf ihre Bemühungen im Kampf gegen Korruption geachtet wird.

Unter dem Themenpunkt „Was muss passieren“ werden für jede der drei Säulen eine große Zahl von Handlungsvorschlägen für Afrika, Deutschland und International aufgelistet. Da Korruptionsbekämpfung explizit der dritten Säule zugeordnet ist, sollte der Kampf gegen Korruption bei den Handlungsvorschlägen auch als Querschnittsthema angemessen berücksichtigt werden. Neben der Forderung, die UN Konvention gegen Korruption umzusetzen und Verwaltungsbeamten kompetitive Gehälter zu zahlen, wäre der Aufbau von Institutionen wichtig, wie z.B. Antikorruptionsbehörden und die Stärkung von Finanz- und Steuerbehörden.

<sup>144</sup> Sieglinde Gauer-Lietz ist Diplom-Pädagogin und war viele Jahre in verschiedenen Entwicklungshilfeprojekten in Afrika und Asien im Bereich non-formaler Bildung beratend tätig. An der Universität Münster hat sie am Institut für Pädagogische Lernfeld- und Berufsfeldforschung im Bereich ethnopädagogischer Lernortmodelle gearbeitet, und zwar mit besonderer Ausrichtung auf Museen in Indien. An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus am Lehrstuhl Interkulturalität waren ihre Schwerpunkte Europapolitik und Internationale Beziehungen sowie Projektmanagement. Seit 2007 ist sie Mitglied bei Transparency International Deutschland e.V. und leitet seit 2011 die Arbeitsgruppe Staatliche Entwicklungszusammenarbeit.

<sup>145</sup> Transparency International Deutschland e.V. wurde 1993 gegründet. Die gemeinnützige und politisch unabhängige Organisation widmet sich der Bekämpfung der Korruption in Deutschland und trägt maßgeblich dazu bei, das öffentliche Bewusstsein für die negativen Folgen von Korruption zu schärfen. Transparency Deutschland ist die nationale Sektion der ebenfalls 1993 gegründeten Nichtregierungsorganisation Transparency International. Mittlerweile ist Transparency International, die »Koalition gegen Korruption«, in über 100 Ländern aktiv.

.....

Bei der Bekämpfung von Korruption spielt die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle. Afrikaweit arbeiten z.B. Chapter von Transparency International mit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bei Antikorruptionsansätzen zusammen. Die Zivilgesellschaft in ihrer Kontrollfunktion zu stärken, sollte ein wesentliches Element des Marshall-Plans sein. Transparency Deutschland stellt sein Knowhow dafür gerne zur Verfügung.

Wir stimmen mit dem Internationalen Sekretariat von Transparency International voll überein, dass bei den internationalen Handlungsempfehlungen der dritten Säule die Aufforderung "Illegale Finanzströme stoppen" weiter gefasst werden sollte. Notwendig wäre z.B. eine Übersicht über die zuständigen Behörden und der eingesetzten Methoden bei der Ermittlung und Bekämpfung von illegalen Finanzströmen, Hinweise auf die Empfehlungen der Financial Action Task Force (FATF) und die Forderung nach Transparenz bezüglich der wirtschaftlichen Eigentümer.

Weiterhin muss darauf hingewiesen werden, dass die für Deutschland vorgeschlagene Flexibilisierung von Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit sowie die Verkürzung von Planungs- und Umsetzungsphasen, Korruptionsrisiken bergen können.

Transparency Deutschland begrüßt, dass dieser Zukunftsplan auch ein Anstoß zur öffentlichen Diskussion sein soll und dass die Absicht besteht, die Ergebnisse in den G20-Prozess aufzunehmen. Afrika wurde von der Regierung zum Schwerpunkt der G20-Präsidentschaft erklärt und das Jahr 2017 in Deutschland zum Afrikajahr. Transparency International fordert, den Kampf gegen Korruption verstärkt weiterzuführen und ihm in diesem Konzept eine entsprechende Rolle einzuräumen.

Transparency Deutschland und Transparency Internationales Sekretariat haben ihre Kommentierungen miteinander abgestimmt.



## IV. Leitideen eines Marshall-Plans mit Afrika

### (1) Es muss etwas passieren

Der Club of Rome und der Senat der Wirtschaft empfehlen der Bundesregierung, auf die Sorgen vieler Menschen in Deutschland und Europa über die aktuelle politische Lage, die gekennzeichnet ist durch eine innere Krise Europas und eine immer präsenter werdende Flüchtlingsproblematik, mit einer entschiedenen Initiative zu antworten, die das Potenzial hat, die Situation wesentlich zu verändern: ein Marshall-Plan mit Afrika, mit Fokus auf Nordafrika und Teile des Mittleren Ostens.<sup>146</sup> Damit sollen gleichzeitig die folgenden dringenden Herausforderungen adressiert werden:

- Zusammenhalt Europas und Sicherung seiner Zukunft
- Erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030, insbesondere in Afrika – dort, wo die Probleme am größten sind
- Lösen der Bevölkerungsfrage in Afrika und Aufzeigen eines Weges in den Wohlstand für den Kontinent
- Lösen der Flüchtlingsfrage weltweit und insbesondere in Europa
- Beweisen, dass eine green and inclusive economy „liefern“ kann in dem Sinne, dass sie eine Umsetzung der Agenda 2030 ermöglicht
- Verhinderung von Zwangsbewirtschaftung und Ressourcen-Planwirtschaft
- Gleichzeitige Verwirklichung von Nachhaltigkeit, Klimaschutz, sozialem Ausgleich und höherem materiellen Wohlstand für alle
- Schaffung von mehr sozialer Balance statt Radikalisierung, Nationalismus, Rückbau von Demokratie und Internationalisierung
- Bereitstellung wertschaffender Anlagemöglichkeiten für Kapital
- Beförderung realökonomischer Innovationen und Investitionen
- Initiierung von grünem und inklusivem Wachstum

### Ein Programm der Orientierung und Hoffnung

Club of Rome und Senat der Wirtschaft empfehlen der Bundesregierung ein Programm, das die aufgezählten Herausforderungen gleichzeitig und wirkungsvoll adressiert, einen Marshall-Plan mit Afrika mit speziellem Fokus auf Nordafrika und Teile der MENA-Region.

In diese Richtung äußerte sich zuletzt auch Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller im Kontext einer Afrika-Reise im August 2016.<sup>147</sup>

### (2) Deutschland und Europa als Vorreiter

- Europa ist unmittelbar gefordert. Wir haben das höchste Niveau supranationaler Integration erreicht, sind aber in Gefahr, dieses wieder zu verlieren.
- Natürlich kann eine solch große Aufgabe nur in Partnerschaften bewältigt werden, mit Partnern in Afrika, wie der Afrikanischen Union und Partnern auf der G20-Ebene. Auch die Einbindung der Vereinten Nationen wie der OECD ist wichtig.
- Wir treten in Europa für multilaterale Verträge und regelbasierte internationale Strukturen ein. Dieser Ansatz ist in Gefahr.
- Europa leistet weltweit den größten Beitrag zur Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit, aber leider reicht all das bisher nicht aus. Im Besonderen in Afrika geht die Entwicklung viel zu langsam voran. Die Bevölkerungsexplosion ist so gewaltig, dass sie eine langfristige Prosperität bedroht. Europa ist gefordert.

<sup>146</sup> Hinweis: Ein Marshall-Plan verbindet Eigenverantwortung der Geförderten mit klaren Kriterien zur Effizienzkontrolle der eingesetzten Mittel. So war es auch beim Marshall-Plan nach dem 2. Weltkrieg.

<sup>147</sup> Entwicklungsminister Müller fordert Marshallplan für Afrika: Vor seiner Afrikareise hat Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) zur Bekämpfung von Fluchtursachen einen Marshallplan für den Kontinent gefordert. „Wir brauchen einen Marshallplan für Afrika: Großinvestition über Jahrzehnte hinweg in kluge Zukunftslösungen, in grüne Energien, in berufliche Ausbildung in Zukunftsbranchen, mit Investitionen in die Weiterverarbeitung von Rohstoffen“, sagte Müller der „Bild am Sonntag“. „Dazu brauchen wir die Wirtschaft.“

- 
- Die Flüchtlingsfrage macht uns in Europa zu schaffen. Sie überfordert im Augenblick die europäische Politik, wir brauchen dafür neue tragfähige Lösungen, sowohl für die Betroffenen, aber auch für die Politik in Europa.
  - Neben einem vorbildlichen Umgang mit Menschen, die Asyl suchen bzw. auf der Flucht vor Krieg und Lebensgefährdung sind, sollte Europa endlich eine kluge Einwanderungspolitik betreiben, die Menschen zum beidseitigen Vorteil nach Europa einlädt, die entsprechenden Voraussetzungen und Qualifikationen aufweisen können. Hier geht es um Vorteile für beide Seiten – unter Bedingungen der Vertragsfreiheit.
  - Alle reichen Länder sind gefordert dazu beizutragen, die Umsetzung der SDGs überall auf der Welt zu ermöglichen. Die SDGs sind kein Umfeld, in dem man sich in Form einer Nabelschau mit den Wohlstandsproblemen reicher Länder beschäftigen sollte. Es geht in allererster Linie darum, die globalen Herausforderungen zu bewältigen. In diesem Kontext müssen sich die reichen Länder sehr viel stärker engagieren als bisher.
  - Entwicklungszusammenarbeit braucht regionale Schwerpunkte. Europa ist insbesondere in Afrika und im Mittleren Osten gefordert. Afrika ist unser Schicksalskontinent.
  - Wegen der geographischen Nähe haben Nordafrika und Teile des Mittleren Ostens für Europa eine besondere Bedeutung, auch wenn ganz Afrika im Fokus der Marshall-Plan Initiative steht. Wir haben dort eine historische Verankerung und Verantwortung, es gibt vielfache kulturelle Bezüge und enge Verknüpfungen nicht erst seit der Kolonialzeit. Wir sind in der Flüchtlingsfrage stark betroffen. Es gibt eine Zusammengehörigkeit, die weiter zurückgeht als die Zeiten des Römischen Reichs.
  - Europa muss in Nordafrika und Teilen des Mittleren Ostens, vor allem in den Anrainerstaaten der EU, wie in Afrika insgesamt, massiv investieren. Es sollte eine Win-Win-Situation sein. Die Investitionen sollten die betroffenen Länder wesentlich voranbringen, den Süden Europas in seiner Brückenrolle wesentlich einbinden und Europa, aber auch Afrika insgesamt voranbringen.
  - Für die europäische Politik ist es wichtig, dass auf Dauer möglichst alle Nachbarstaaten sichere Herkunftsstaaten für Menschen sind, die Asyl suchen. Hilfe für diese Staaten und Regelungen für die Aufnahme eines Teils der Asylsuchenden sind erforderlich und auszuhandeln.

### **(3) Klimawandel und Migration in der MENA-Region<sup>148</sup>**

Die MENA Region wird von den negativen Folgen des Klimawandels besonders stark betroffen sein. Für viele andere Teile Afrikas gilt dasselbe. Es kann damit gerechnet werden, dass der Klimawandel neben der politischen und wirtschaftlichen Instabilität zusätzlicher Treiber für Migration in der Region sein wird.

#### **Hintergrund**

Es ist damit zu rechnen, dass der Klimawandel in der MENA-Region zunehmend die Lebensgrundlagen belasten, zum Rückgang der verfügbaren Ökosystemdienstleistungen führen und damit letztlich auch die Migration beschleunigen wird. Dabei ist es jedoch schwierig, genau zu ermitteln, welchen Einfluss der Klimawandel auf die facettenreiche Begründung für Wanderungsbewegungen und Mobilität der Menschen haben wird. Der Trend kann jedoch dramatische Ausmaße annehmen: In weltweiten Schätzungen wird meistens von bis zu 250 Mio. Menschen ausgegangen, die potenziell aufgrund von Klimaveränderungen bis 2050 migrieren werden. In diesem Rahmen wird von Klima-induzierter Migration gesprochen. Die Weltbank spricht von einer drohenden Krise. In Ländern, in denen hauptsächlich eine von den natürlichen Niederschlägen abhängige Landwirtschaft die Lebensgrundlage bildet (wie bspw. in Marokko, Tunesien, Syrien, Sudan), haben Dürren und Hitzewellen bereits zusätzliche Problemlagen erzeugt und zu erhöhter Mobilitätsbereitschaft, einer beschleunigten Urbanisierung und einer schnellen Zunahme von Armut, Unsicherheit und dem Risiko sozialer Unruhen geführt.

Es ist damit zu rechnen, dass der Klimawandel in der MENA-Region zunehmend die Lebensgrundlagen belasten, zum Rückgang der verfügbaren Ökosystemdienstleistungen führen und damit letztlich auch die Migration beschleunigen wird. Für viele andere Staaten in Afrika gilt dasselbe. Dabei ist es jedoch schwierig, genau zu ermitteln, welchen Einfluss der Klimawandel auf die facettenreiche Begründung für Wanderungsbewegungen und Mobilität der Menschen haben wird. Der Trend kann jedoch dramatische Ausmaße annehmen: In weltweiten Schätzungen wird meistens von bis zu 250 Mio. Menschen ausgegangen, die potenziell aufgrund von Klimaveränderungen bis 2050 migrieren werden. In diesem Rahmen wird von Klima-induzierter Migration gesprochen. Die Weltbank spricht von

<sup>148</sup> Input von Hajo Junge (GIZ) in einen BMZ/GIZ Workshop zum Thema am 31.05.2016 in Berlin



einer drohenden Krise. In Ländern, in denen hauptsächlich eine von den natürlichen Niederschlägen abhängige Landwirtschaft die Lebensgrundlage bildet (wie bspw. in Marokko, Tunesien, Syrien, Sudan), haben Dürren und Hitzewellen bereits zusätzliche Problemlagen erzeugt und zu erhöhter Mobilitätsbereitschaft, einer beschleunigten Urbanisierung und einer schnellen Zunahme von Armut, Unsicherheit und dem Risiko sozialer Unruhen geführt.

Der Klimawandel ist ein bedeutender Stressfaktor, der ungeplante und prominente Migrationsbewegungen innerhalb und außerhalb der MENA-Region und darüber hinaus in ganz Afrika auslösen kann, sofern nicht sinnvolle Anpassungsmaßnahmen, darunter eine besser geplante Migration, Eingang in die derzeitigen nationalen und regionalen politischen Strategien finden. Bisher existieren weder spezifische Strategien, um Lebensgrundlagen für Migranten zu schaffen (bspw. Integration), noch um Menschen zu unterstützen, die in ihrer Heimat bleiben und die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen wollen (Anpassung). Institutionen, die geeignet wären, derartige Strategien und Programme auf regionaler und nationaler Ebene zu entwickeln und umzusetzen, sind in vielen Fällen für eine solche Mammutaufgabe noch nicht ausreichend gewappnet. Auch ist die öffentliche Diskussion zu all diesen Fragen bei uns vor Ort noch nicht auf dem Kenntnisniveau, das erforderlich ist. Die Informationslage in dieser Hinsicht zu verbessern ist ein eigenständiger thematischer Schwerpunkt des vorgeschlagenen Marshall Plan Marshall-Plans mit Afrika.

### **Mögliche Strategien und Handlungsfelder**

Um besser auf die Dynamik Klima-induzierter Migration vorbereitet zu sein, sollten Institutionen sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene in der MENA-Region gestärkt werden. Die Erarbeitung innovativer Anpassungs- und Integrationsmaßnahmen sowie zukunftsorientierter Strategien auf der Grundlage von Klimaprognosen und Vulnerabilitätsbewertungen könnte eine sinnvolle Ausgangslage bilden. Eine klare Verknüpfung mit den SDGs und dem Klimaschutzabkommen von Paris sollte vorgenommen werden.

#### **Eine solche Strategie sollte auf zwei Ebenen ansetzen:**

- Wirkungsvolle regionale Politikentwicklung und -umsetzung durch verbesserte regionale Governance - Zusammenspiel zwischen Regionalorganisationen (bspw. Arabische Liga und andere) und besonders betroffenen Mitgliedsländern.
- Gemeinsame Konzeption und Durchführung von Pilotprojekten für Maßnahmen zum Umgang mit Klima-induzierten Migrationsbewegungen und Testen von Konzepten (Anpassungsstrategien am derzeitigen Wohnort der Betroffenen, geplante Umsiedlungen innerhalb des Heimatlandes oder in ein Nachbarland der Region, soziale und wirtschaftliche Integration in die aufnehmenden Gemeinden).

#### **Auf dieser Basis könnten folgende Handlungsfelder im Vordergrund stehen:**

- Bessere Analyse zwecks besseren Verstehens der Herausforderungen und Chancen, mit zunehmendem Klimastress in der Region umzugehen. Dabei ist auch der Aspekt der Migrationswirkungen zu berücksichtigen.
- Entwicklung von politischen Optionen und Strategien, um besser mit Migration auf nationaler und regionaler Ebene umzugehen.
- Aufbau und Konsolidierung der Kapazitäten von regionalen und nationalen Institutionen (bspw. Arabische Liga, Afrikanische Union und andere) zur Förderung einer wirkungsvollen Zusammenarbeit und Koordination sowie zur Umsetzung von Maßnahmen zum besseren Management klima-induzierter Migration.
- Politische Dialog- und Lernprozesse innerhalb und zwischen den Regionen.

### **(4) Regionale Positionierung**

Die folgende Karte zeigt Nordafrika und die MENA-Region. Die in unserem Vorschlag besonders im Fokus stehenden Länder sind farblich hervorgehoben.



Abbildung 4: Nordafrika und Teile des Mittleren Ostens: Zielländer eines Marshall-Plans mit der MENA-Region

Besonders wichtig sind die Anrainerstaaten der EU. Hier gibt es die stärksten kulturellen Bezüge, eine lange gemeinsame Historie und gute Voraussetzungen für mehr Wohlstand. Die Investitionen müssen den nachfolgend beschriebenen Restriktionen genügen. Diese zielen u.a. auf eine bessere lokale und regionale Governance. Reformpartnerschaften zwischen diesen Ländern und europäischen Partnern sowie G20- und OECD Partnern sind wichtig. In solchen Partnerschaften können Finanzierungsfragen in Verbindung mit Konditionierungen sinnvoll adressiert werden. Aufgrund der schwierigen Partnersituation vor Ort sind in jedem Fall Augenmaß und Flexibilität erforderlich. Auch wird man in manchen Ländern temporär nicht in Breite aktiv werden können. Generell gilt: Der Weg ist das Ziel! Erfolgte Zielerreichung kann nicht als Bedingung für Zusammenarbeit vorweg gefordert werden.

#### **Orientierungslinie:**

Querfinanzierung gegen entwicklungsstandabhängige Standards

Geldflüsse sind dabei, wie in Teil II der Denkschrift dargestellt, an die Umsetzung von entwicklungsstandabhängigen Standards gekoppelt. Ganz wichtig sind Investitionen in die Begrenzung des Bevölkerungswachstums, insbesondere durch den Aufbau bzw. die Förderung von Sozialsystemen vor Ort, die Verbesserung der Bildung, insbesondere im beruflichen und dualen Bereich und unter erhöhter Konzentration auf Frauen und junge Mädchen, auch wenn das teilweise aus kulturellen Gründen vor Ort nicht das primäre Anliegen ist. Kommen muss der Ausbau der Infrastrukturen, aber auch mehr Transparenz in Steuerfragen, Fragen des Eigentums und der Geldwirtschaft. Die bekannte große Korruptionsproblematik in vielen der Staaten muss adressiert werden. Verbesserungen sind erforderlich.

Querfinanzierung fließt in den Aufbau von Sozialsystemen, von Bevölkerungskampagnen, Aufbau der Infrastruktur, Aufbau von Bildungseinrichtungen, Förderung des Unternehmertums und der mittelständischen Wirtschaft und vor allem auch in die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen. Hier sei an eine Forderung von Bundespräsident a.D. Horst Köhler erinnert, dass Europa und Afrika eine Lernpartnerschaft eingehen müssen und dass über die nächsten 30 Jahre jährlich 20 Millionen neue Arbeitsplätze in Afrika für junge Menschen geschaffen werden müssen, wenn Frieden, Stabilität und Prosperität das die Ziele sind.<sup>149</sup>

#### **(5) Ein Schlüsselthema: Die Finanzierung**

Der vorgeschlagene Plan braucht Engagement vieler Art, aber insbesondere auch **massive Finanzierung**. Es fehlt an vielem, insbesondere an Geld. Und die Hilfe ist viel zu niedrig. So bringt Deutschland pro Afrikaner und Jahr nur etwa 2 Euro auf. Die gelegentlich zu hörende Behauptung, wir würden mit unseren Mitteln für Entwicklungszu-

<sup>149</sup> Rede von Bundespräsident a.D. Horst Köhler beim Afrika-Kongress der CDU/CSU-Fraktion: Für eine neue Kultur der Zusammenarbeit mit Afrika, Deutscher Bundestag, 16. März 2016



sammenarbeit die afrikanischen Länder demotivieren, trifft nicht den Kern der Problematik, wie in Teil II ausführlich beschrieben wurde. Es ist richtig, dass wir die Mittel zum Teil nicht klug einsetzen. Insbesondere ist das Maß an Korruption vielfach unerträglich. Aber wir wissen z.B. aus dem Prozess der Wiedervereinigung, wie teuer es ist, substantielle Entwicklung voranzubringen.

In Teil II wurde beschrieben, dass die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit viel zu niedrig sind, um Wirkung zu erzeugen. Es wurde mit Blick auf den Finanzausgleich der Länder in Deutschland, den Aufbau Ost, den historischen Marshall-Plan und andere naheliegende Vergleichsprogramme aufgezeigt, wie groß die Unterfinanzierung aussieht. Wir brauchen über einige Jahre Steigerungen des öffentlichen Mittelaufkommens in Afrika um mindestens einen Faktor 4.

Wir schlagen deshalb vor, dass die Bundesregierung, und möglichst die ganze Staatengemeinschaft ihren Mitteleinsatz in Afrika in Abstimmung mit den Partnern vor Ort über die nächsten Jahre für Afrika deutlich vergrößern. Dies wird nachfolgend unter (6) detailliert dargestellt.

Deutschland und die EU sollten ihren Mitteleinsatz für die Zielregion über die nächsten Jahre massiv erweitern, dabei auch über eine große Fonds-Lösung nachdenken. Ein substantieller Teil der Mittel könnte über den Kapitalmarkt aktiviert werden und eine interessante neue Anlageform darstellen

Viele Politiker haben in jüngerer Zeit in Richtung eines deutlich erhöhten Mitteleinsatzes für Afrika und die MENA-Region argumentiert, insbesondere auch Finanzminister Schäuble.<sup>150</sup> Es sind europäische Programme in erheblichem Umfang in Vorbereitung. Hier sollte man noch mutiger sein und die in dieser Studie vorgeschlagenen Ansätze vorsehen.

Die Entwicklungshilfe für Afrika lag beispielsweise im Jahr 2014 bei 47,8 Mrd. US \$, von denen die Länder in Nordafrika Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien etwa 7,1 Mrd. US \$ erhielten, während weltweit im gleichen Jahr insgesamt 161 Mrd. US \$ an Entwicklungshilfe geleistet wurde. Dabei erhielten auch Länder im Mittleren Osten Unterstützung, darunter Irak, Iran, Jordanien, Libanon, palästinensische Autonomiegebiete und die Türkei mit insgesamt knapp 15,1 Mrd. US \$.

150 Interessant sind auch Kernaussagen einer Rede von Bundesminister Dr. Schäuble bei der Verleihung des Weltwirtschaftlichen Preises 2016 am 19. Juni 2016 in Kiel: Es gibt hier Bezüge zu der Agenda von BM Dr. Müller. Dies baut auch gut auf ein Interview von Dr. Schäuble zum Thema in der ZEIT auf. Einige der relevanten Punkte:

- Im Jahrhundert der Globalisierung an einer maßvollen Revolution arbeiten
- Förderung von Wachstum, v.a. in Entwicklungs- und Schwellenländern
- In Industrienationen stärker auf Nachhaltigkeit setzen
- Wachsender Ungleichheit entschieden entgegenzutreten
- Gefahr der wachsenden sozialen In-Kohärenz abwenden
- Resilienz und Widerstandskraft der Volkswirtschaften durch Strukturreform, Investitionen und nachhaltige Finanzpolitik stärken
- Schwerpunkte der G20 Präsidentschaft: Enhancing Resilience und Shaping Digitalisation
- Digitalisierung und nachhaltige globale Entwicklung kompatibel machen
- Reichere Länder müssen sich den benachteiligten Regionen viel mehr zuwenden
- Sich stärker Afrika und MENA zuwenden, in diesen Regionen Investitionen fördern

---

## **Weltbank-Initiative**

Im Rahmen einer Veranstaltung zur Middle East and North Africa (MENA) Financing Initiative unter Vorsitz von UN - Generalsekretär Ban Ki-Moon und WBG -Präsident Dr. Jim Yong Kim sagte der Parlamentarische Staatssekretär Silberhorn einen deutschen Beitrag i.H.v. € 20 Mio. zu. Die MENA Financing Initiative zielt auf die Unterstützung der Flüchtlinge aufnehmenden Länder der Region sowie auf die Stabilisierung und den Wiederaufbau nach Ende der derzeitigen Konflikte. Die MENA Financing Initiative war erstmals im Rahmen der WBG-Jahrestagung 2015 in Lima vorgestellt und seitdem in einer Arbeitsgruppe aus den interessierten Partnern inkl. Deutschlands ausgearbeitet worden. Im Kern beinhaltet die MENA Financing Initiative erstens eine Concessional Financing Facility (CFF) zur Unterstützung der Flüchtlinge aufnehmenden Nachbarländer Syriens, insbesondere Jordaniens und des Libanon. Diese weisen derzeit Flüchtlingsanteile an der Gesamtbevölkerung von über 15% bzw. 25% auf. Über die CFF können Geber Darlehen multilateraler Entwicklungsbanken verbilligen, um das für diese Länder angesichts der enormen Belastungen notwendige günstige Zinsniveau zu erreichen. Die WBG selbst bringt ferner über IDA US\$ 200 Mio. hoch konzessionärer Darlehen für die sonst nicht IDA-berechtigten Länder Jordanien und Libanon ein. Zweitens umfasst die MENA Financing Initiative eine Guarantee Facility (GF). Die GF dient dazu, über Staatsgarantien von Gebern die Finanzierung von Wiederaufbau und Stabilisierung in der gesamten Region zu erleichtern. Insgesamt sollen über die CFF US\$ 1 Mrd. an Zuschussmitteln über fünf Jahre mobilisiert werden, mit denen US\$ 3-4 Mrd. an Darlehen der beteiligten multilateralen Entwicklungsbanken verbilligt und dadurch gehebelt werden können. Im Rahmen der ersten Geberkonferenz erfolgten Zusagen für die CFF von insgesamt US\$ 141 Mio. an Zuschussmitteln sowie etwas über eine Milliarde US\$ an hoch konzessionären Darlehen, äquivalent zu weiteren rd. US\$ 110 Mio. an Zuschüssen. Frankreich machte ferner eine erste Zusage zur GF, deren Höhe jedoch von der Beteiligung anderer Geber abhängt.

## **Erstes Globales Infrastrukturforum**

Das erste Globale Infrastrukturforum wurde am Rande der Frühjahrstagung von UN Generalsekretär Ban Ki-Moon und Weltbankpräsident Dr. Jim Yong Kim eröffnet. Neben Vertretern der multilateralen Banken, der Mitgliedsländer und von NRO präsentierten sich erstmals auch die Präsidenten der New Development Bank (NDB) und der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Inhaltlich lag der Fokus auf der Mobilisierung des Privatsektors für große Infrastrukturvorhaben und auf einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsbanken insbesondere bei der Projektvorbereitung. Die Einrichtung des Forums geht auf einen Beschluss der 3. VN Konferenz für Financing for Development (Addis Abeba, August 2015) zurück.

Die DAC-Länder (Development Assistance Committee) der OECD leisteten in 2014 einen Gesamtbeitrag von 137 Mrd. US \$, die EU-Mitglieder davon 75 Mrd. US \$. Die Bundesrepublik Deutschland als drittgrößter Zahler beteiligte sich hierbei mit 16,6 Mrd. US \$. Die Vereinigten Staaten von Amerika brachten hingegen 33,1 Mrd. US \$ ein, Großbritannien 19,3 Mrd. US \$. Hinweis: Ein wesentlicher Effekt hoher, verlässlicher Finanzierungszusagen wäre auch der Rückgang der gegenwärtigen Kapitalflucht aus Afrika, die auf ca. 40 Mrd. \$ pro Jahr geschätzt wird, denn die Investitionsanreize wären in Afrika erhöht und ein Teil des Marshall-Plans mit Afrika ist eine solide Kontrolle im Finanzsektor.

## **(6) Finanzierungsvorschlag**

Die weltweiten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika lagen in 2014 bei etwa 54 Milliarden USD. Die EU-Staaten zusammen kommen auf etwa 10 Milliarden Euro. Deutschland bringt davon etwa 2,3 Milliarden Euro auf. Das sind bei einer afrikanischen Gesamtbevölkerung, die bei 1 bis 1,2 Milliarden Menschen liegen dürfte, etwa 2 € pro Person und Jahr. Nimmt man den Mittleren Osten hinzu, betrachtet also Afrika und die MENA-Region, kommt man auf etwa 3 Milliarden Euro deutsche Hilfe. Bei einer entsprechend größeren Bevölkerung liegt man wieder bei etwa 2 € pro Person und Jahr.

Offensichtlich ist es weltfremd und wenig erfolgversprechend, das vielleicht wichtigste Zukunftsthema Europas (ebenso Deutschlands) mit 2 € Einsatz pro Jahr und Person angehen zu wollen. Wir müssen viel mehr tun, unsere Partner auch. Die Unterstützung Afrikas durch die Geberländer sollte rasch von 54 Milliarden USD in Richtung



200 Milliarden USD und mehr wachsen. Diese Mittel müssen einerseits zur sozialen Stabilisierung (z.B. Aufbau von Sozialsystemen zur Adressierung der Bevölkerungsfrage), andererseits investiv (z.B. Infrastrukturausbau) eingesetzt werden.

Woher sollen die Mittel kommen? Der Vorschlag lautet, dass Europa – schon aus Eigeninteresse – einen großen Schritt tut und Deutschland dabei mit überproportionalem Einsatz als Impulsgeber voran geht. Dazu müssen die ODA-Mittel rasch und deutlich erhöht werden, nicht nur auf 0,7%, sondern mindestens auf 1%. Weiterhin sollte der Anteil für Afrika und die MENA-Region überproportional wachsen, in Deutschland in Richtung 10 Milliarden USD pro Jahr.

Das wird jedoch zur Bewältigung der absehbaren Herausforderungen bei weitem noch nicht ausreichen, deshalb halten wir die Einrichtung eines „Fonds Zukunft Afrika“ für erforderlich, der in der Folge beschrieben wird. Er ist ein zentrales Element in dem Vorschlag eines Marshall-Plans mit Afrika in dieser Denkschrift.

### **„Fonds Zukunft Afrika“**

Erstausstattung in Höhe von 120 Milliarden Euro durch Deutschland bis 2030.

Die Finanzierung sollte teilweise über den Kapitalmarkt erfolgen Bekanntmachung anlässlich des G20 Gipfels 2017 in Hamburg bzw. des EU-Afrika-Gipfels im selben Jahr

Zentraler deutscher Beitrag zur Erreichung der Agenda 2030.

Weiteres Ziel: Ein Ring sicherer Drittländer um die Außengrenzen der EU

Die ODA- und Fondsmittel zusammen wären ein guter Startpunkt und der bestehenden Herausforderung angemessen. So kann das angestrebte jährliche Niveau an eingesetzten Mitteln von 200 Milliarden USD pro Jahr für Afrika erreicht und vielleicht sogar überschritten werden, wenn weitere Partner gewonnen werden können. Der Mitteleinsatz ist dabei in Teilen von einem sozial stabilisierenden Typ, ein anderer Teil hat investiven Charakter.

Der sozial stabilisierende Teil (z.B. zum Aufbau von Sozialsystemen) stimuliert die Wirtschaft direkt, stellt sicher, dass Kinder zur Schule gehen und wirkt vor allem direkt gegen die weitere Bevölkerungsexplosion. Das ist die vielleicht wichtigste Einzelthematik. Da die Förderung an mehr Transparenz, weniger Korruption und an Maßnahmen zur deutlichen Erhöhung der Steuereinnahmen im Land gekoppelt werden soll, werden so auch erhebliche indirekte Effekte in diesem Bereich erzielt. Vor allem der kluge Einsatz vermehrter Steuereinnahmen kann die Investitionsfähigkeit erheblich stimulieren. Wir halten hierbei indirekte Effekte von 400 Milliarden USD pro Jahr für möglich.

Bei investivem Mitteleinsatz ist primär auf Kredite und Sicherheiten zu setzen, um private Investoren zu mobilisieren. Ohne massive Stimulierung privater Investitionen kann die Situation in Afrika nicht zum Besseren gewendet werden. Perspektivisch können, wenn 100 Milliarden USD pro Jahr als „Hebel“ genutzt werden, 400 Milliarden USD im privaten Bereich zusätzlich aktiviert werden.

Insgesamt hat das beschriebene Paket ein Potenzial, 1 Billion USD und mehr zusätzlich zu bewegen. Damit ergeben sich Chancen, den notwendigen nachhaltigkeitskonformen Wohlstandsprozess für Afrika zu befördern, ganz gemäß der Addis Abeba Programmatik „From billions to trillions“.<sup>151</sup>

### **„Fonds Zukunft Afrika“**

#### **Positionierung**

Der Fonds könnte von Deutschland initiiert und anlässlich des G20 Gipfels bzw. des geplanten EU-Afrika-Gipfels verkündet werden. Es sollte möglichst ein EU-Fonds werden, der gemeinsam mit afrikanischen Partnern verwaltet wird. Der Fonds zielt auf die Umsetzung der Agenda 2030, einen großen wirtschaftlichen Aufschwung in Afrika und in der MENA-Region und stabile, sichere Nachbarn rund um Europa, im Sinne von sicheren Drittstaaten.

<sup>151</sup> Vgl. Weltbank-Group-Papier „From Billions to Trillions: Transforming Development Finance. Post-2015 Financing for Development: Multilateral Development Finance, 2015 sowie das Ergebnis der Konferenz „Finance for Development“, Addis Abeba, 13.-16. Juli 2015

---

## Volumen

Der deutsche Beitrag startet in 2017 mit einem Volumen von 3 Milliarden € (1 Milliarde für 2016, 2 Milliarden für 2017). Im Weiteren steigt der Einzahlungsbetrag jährlich um eine Milliarde, die Einzahlungshöhe pro Jahr erreicht 2030 mit 15 Milliarden ein Maximum, das dann bis auf weiteres konstant gehalten werden sollte.

**Die Summe der deutschen Einzahlungen in den vorgeschlagenen Fonds beträgt bis 2030 120 Milliarden<sup>152</sup>**

## Art der Mittelverausgabung

Die Mittel werden teils als verlorene Zuschüsse, insbesondere bei der Unterstützung des Aufbaus von Sozialsystemen, verausgabt, teils werden sie investiv als rollierende Beiträge eingesetzt, z.B. als Sicherheiten, Kredite und Mikrokredite, und fließen damit immer wieder in den Fonds zurück. Der Fonds muss teilweise Verpflichtungen über viele Jahre eingehen und mit einer hohen Volatilität zurechtkommen. Deshalb ist ein Fonds-Modell erforderlich, also insbesondere ein Ansatz, dessen Handlungsfähigkeit nicht von jährlichen Haushaltsentscheidungen abhängig ist.

## Art der Mittelaufbringung

Der „Fonds Zukunft Afrika“ kann in großen Teilen über die Ausgabe von Wertpapieren finanziert werden, wodurch das Aufbringen der Finanzierung zu größeren Teilen auf den privaten Sektor, also interessierte Anleger, verlagert werden kann. Den Anlegern würden dabei interessante neue Anlageoptionen eröffnet. Der Markt wartet ungeduldig auf gute Angebote. Bei Verfolgung geeigneter Investitionsstrategien unter Einbindung afrikanischer Partner bietet Afrika enorme Potenziale, die für die Finanzmärkte attraktiv sind und zum Vorteil aller Beteiligten ausgestaltet werden können. Die Mittel für die Finanzierung von Sozialsystemen (etwa 50% des Fondsvolumens), die als verlorene Zuschüsse vergeben werden, könnten vom Staat über garantierte Schuldpapiere beschafft werden zu Konditionen, die etwa denjenigen von Staatsanleihen entsprechen. Für die Abnehmer ist die Staatsgarantie entscheidend. Mit dem Halten der Papiere ist für die Geldgeber eine zusätzliche CSR-Dimension erschließbar.

Die andere Hälfte der Mittel (zunächst 60 Milliarden) würde zur Stimulierung unternehmerischer Tätigkeiten, z.B. Infrastrukturaufbau oder Aufbau von Unternehmen, eingesetzt. In diesem Fall generiert der Fonds über längere Zeiträume sogar Überschüsse. Der Staat könnte diesen Teil so platzieren, dass er selber die wichtige Haupt-Risikotranche von z. B. 20% übernimmt, für die restlichen Mittel von insgesamt 48 Milliarden Euro zwei Risikoklassen vorsieht, die unterschiedliche Renditen für Privatanleger beinhalten. Die Zinsleistung könnte in der riskanteren Tranche 2% oberhalb der Zinshöhe von deutschen Staatsschuldverschreibungen liegen, in der sichersten Tranche 1% oberhalb. Der Staat könnte zugleich die Zinsleistung über den gesamten Zeitraum garantieren. Das könnte für viele Anleger ein interessantes Angebot sein.

---

<sup>152</sup> Zum Vergleich: Dies ist weniger als laut Zeitungsberichten heute für den (ohne Zweifel wichtigen und erforderlichen) Erhalt der deutschen Infrastruktur fehlen (etwa 10 Milliarden pro Jahr). Der Fonds zielt demgegenüber auf eine gedeihliche Zukunft für mehr als 1,2 Milliarden Menschen. Zielerreichung ist von höchster Bedeutung für die Zukunft Europas.



| Fonds Zukunft Afrika (graue Blöcke werden über den Kapitalmarkt aufgenommen)                   |   |      |
|--|---|------|
| Zielsetzung<br>Soziale Stabilisierung (60 Milliarden €)  | Zielsetzung<br>Investitionen, Infrastruktur, Unternehmen (60 Milliarden €)  |      |
| Schuldverschreibungen<br>(Zins wie für dt. Staatsschuldverschreibungen)<br><br>+ CSR-Dimension | niedriges Risiko<br>(Zins 1% oberhalb Zins für dt. Staatsschuldverschreibungen / garantiert durch Deutschland)<br><br>+ CSR-Dimension | 40 % |
|  | höheres Risiko<br>(Zins 2% oberhalb Zins für dt. Staatsschuldverschreibungen / garantiert durch Deutschland)<br><br>+ CSR-Dimension   | 40 % |
|  | Risikotranche (höchstes Risiko) übernimmt Deutschland   | 20 % |

### Governance

Der Fonds muss professionell gemanagt werden. Neben der deutschen Seite könnten die Weltbank, die EU und die Afrikanische Entwicklungsbank sowie die Afrikanische Union in den Aufsichtsgremien mitwirken, um die Investitionschancen in Afrika zu bündeln.

### Voraussetzungen für den Erhalt von Fondsmitteln

Afrikanische Staaten, die an den Mitteln des Fonds partizipieren wollen, müssen folgendes leisten:

1. Unterstützung der laufenden internationalen Initiativen für Transparenz in der Steuerzahlung von Großkonzernen (Country to Country Reporting)
2. Nachweis von jährlichen Fortschritten in der Erhöhung der eigenen Steuereinnahmen
3. Nachweis eines Mindestniveaus im Transparency-Corruption-Index
4. Angehen der Umsetzung von Minimalanforderungen zur Nachhaltigkeit von Wertschöpfungsketten im eigenen Land (BIS Label)<sup>153</sup>
5. Sofern die Staaten Mitglieder der WTO sind: Eintreten für eine Veränderung des Produktegleichheitsbegriffs der WTO („same product“) dahingehend, dass Produkte unterschiedlich behandelt werden dürfen (also als verschieden eingestuft werden können), wenn entlang von Wertschöpfungsketten die BIS-Anforderungen eingehalten wurden bzw. nicht („BIS-entsprechende Operationalisierung“ von Nachhaltigkeit in internationalen Wertschöpfungsprozessen).

<sup>153</sup> Zum BIS Standard vergleiche FAW/n Studie für BMZ/giz „Globale Wertschöpfungsketten und Nachhaltigkeit - Möglichkeiten und Grenzen im Rahmen des WTO- und des EU-Rechts“. Autoren: F. Ekardt, E. Herlyn, Y. N. Hodu, T. P. Holterhus, K. Hossain, F. J. Radermacher und P.-T. Stoll, 2016. Das Basic International Standards Label (BIS) fordert Nachhaltigkeitsqualitäten entlang der (wesentlichen) internationalen Wertschöpfungsschritte materieller Produkte. Die geforderten Qualitäten betreffen nur existierende internationale, über viele Jahre ausgehandelte Standards, nämlich Kyoto-Vertrag / Pariser Abkommen, Biodiversitätskonvention und (abgeschwächte) ILO-Kernstandards. (Die Abschwächung bei den ILO-Kernstandards betrifft insbesondere Konformität mit der US-Position, wie sie aktuell wohl auch in TTIP vereinbart werden soll.) Dort, wo ein Staat diese Prinzipien nicht durchsetzt, werden in ihren Produktionsketten betroffene Unternehmen individuelle Ersatzhandlungsmöglichkeiten angeboten. Nichterfüllung des Labels führt nicht zum Ausschluss vom Handel, aber zu gewissen Nachteilen unterschiedlicher Eingriffstiefe im deutschen/europäischen Markt. Diesen Instrumenten stehen kompensatorisch erhöhte konditionierte Transfers für Entwicklungszusammenarbeit und bei Staaten sehr niedriger Entwicklungsstufe auch zusätzliche Zollerleichterungen im Handel mit Deutschland (unter Nutzung der entsprechenden Sonderregeln der WTO) gegenüber. Gefördert werden sich entwickelnde Länder, sofern sie eine Unterstützung des BIS-Labels zumindest auf politischer Ebene zusagen. Die WTO wird in die Festlegung von Details und Klassifikationen aktiv eingebunden.

---

## Erläuterungen zu dem Finanzierungsvorschlag:

### 1. Mittelverwendung

Das Geld sollte so eingesetzt werden, dass es keiner massiven Vermehrung von Personal bei BMZ und GIZ bedarf und möglichst so, dass es dort ankommt, wo es benötigt wird und wo ein möglichst geringes Korruptionsrisiko besteht. Hierauf wurde bei dem gemachten Vorschlag geachtet.

### 2. Aufbau von Sozialsystemen

Von besonderer Wichtigkeit ist Hilfe beim Aufbau von Sozialsystemen, so, wie bei den Bismarck'schen Reformen in Deutschland. Kluge Versicherungssysteme für Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter sind zentral für Menschenrechte, erlauben es, Kinder in die Schule zu schicken etc. Sie sind entscheidend, wenn Erfolge in der Bevölkerungspolitik erreicht werden sollen. Im deutschen Bundestag gab es dazu bereits einen Entschließungsantrag.

Wenn ein Land wie Deutschland, einem Land mit großer Bevölkerung (z.B. 80 Millionen) in dieser Weise hilft und dabei für 20 Millionen Menschen pro Tag 1 \$ investiert wird, werden 20 Millionen Mal etwa 300 € pro Jahr benötigt, also 6 Milliarden pro Jahr. Kümmern wir uns um mehr Menschen mit mehr Mitteln, ist man schnell bei 20 Milliarden.

Will man so etwa 500 Millionen Menschen in Afrika unterstützen, benötigt man 150 Milliarden im Jahr. Das ist schon mehr als die zuvor vorgeschlagene Summe.

Hinweis: Die Unterstützung bei der Finanzierung von Sozialsystemen erlaubt die Forderung an die Empfängerländer, bei der WTO Veränderungen des „Same Product“ Begriffs in Richtung der Förderbarkeit nachhaltiger Supply Chains als Gegenleistung zu verlangen. Damit würden auf einmal viele kluge Lösungen für mehr Nachhaltigkeit möglich.<sup>154</sup> Dies wurde ebenso bereits berücksichtigt.

### 3. Infrastrukturentwicklung: Was die öffentliche Seite tun muss

Infrastrukturen sind die Voraussetzung für Wohlstand. Das gilt für Infrastrukturen für physische Mobilität, aber zum Beispiel auch für Infrastrukturen für Energie. Im Bereich Infrastruktur ist die öffentliche Hand gefordert, entweder in Form von Private Public Partnerships oder durch (massive) Co-Finanzierung, sei dies über Bürgschaften, sei dies durch günstige Kredite. Das ist in jedem Fall ein guter Weg, Private dazu zu motivieren, in reale Wachstums- und Wohlstandsdimensionen zu investieren. Potentiell wird es hier zukünftig nach einer langen Zeit der Flaute wieder eine gute Verzinsung geben. Die Absicherung von der öffentlichen Seite her ist oftmals nötig, auch zum Beispiel im Bereich der Erschließung von Wasserressourcen. Nach vorliegenden Schätzungen geht es weltweit um etwa 4 Billionen Dollar pro Jahr. Wenn die öffentliche Seite im Rahmen von Private Public Partnerships auch nur ein Zehntel pro Jahr für die Aktivierung von Krediten und Bürgschaften einsetzt, sind das 400 Mrd. Dollar pro Jahr. Auf Afrika bezogen dann z.B. 100 Mrd. pro Jahr.

### 4. Landwirtschaft

Landwirtschaft hat für Afrika eine absolute Schlüsselbedeutung. Der Kontinent kann sich selbst ernähren, auch bei wachsender Bevölkerung. Die Landwirtschaft kann ihre Produktion (auch ohne Gentechnik) verdreifachen, auch in semi-ariden Gebieten und so auch der Ausbreitung der Wüste Einhalt gebieten. Wüstenbildung (jährlich mehr als 10 Millionen Hektar in Afrika) kann verhindert werden. Millionen auskömmliche Arbeitsplätze können geschaffen werden. Dies ist ein Schwerpunkt des Marshall-Plan mit Afrika, da über Humusbildung außerdem etwa 20 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Hektar und Jahr gebunden werden können. Dies ist auch der Schlüssel für die eventuelle klimaneutrale Produktion von Benzin- und Dieseldieselkraftstoffen (ohne Ruß und mit nur wenigen Stickoxyden), u.a. für den Export nach Europa.

### 5. Aufforstung

In Afrika ist ein jährliches Aufforstprogramm von 10 Millionen Hektar pro Jahr auf degradierten Böden in den Tropen über viele Jahre umsetzbar. Der Investitionsumfang, der für die zusätzlichen jährlichen Neuaufforstungen erforderlich ist, liegt bei etwa 10 Milliarden € pro Jahr. Der Atmosphäre werden dabei pro Jahr 100 Millionen

---

<sup>154</sup> Vgl. Studie für BMZ/giz „Globale Wertschöpfungsketten und Nachhaltigkeit - Möglichkeiten und Grenzen im Rahmen des WTO- und des EU-Rechts“. Autoren: F. Ekardt, E. Herlyn, Y. N. Hodu, T. P. Holterhus, K. Hossain, F. J. Radermacher und P.-T. Stoll, 2016



Tonnen CO<sub>2</sub> zusätzlich entzogen. CO<sub>2</sub> Zertifikate können dabei Einnahmen in Höhe von etwa 1 Milliarde € pro Jahr generieren. Der größte Teil der anfallenden 10 Milliarden € pro Jahr wird über die spätere Nutzung des Holzes und weitere Systemleistungen des Waldes abgedeckt.

6. Klimaneutrales Benzin/Diesel auf Basis von Methanol

Einen Lösungsansatz und damit wertvollen Beitrag zu energieeffizienten Umwandlung von Primär- in Sekundärenergie kann die Produktion von Methanol leisten. Die Umwandlung von Primärenergie, insbesondere der Energie aus regenerativen Quellen, in den Sekundärenergieträger Methanol ist technisch einfach, sicher und im Umfang beliebig nach oben skalierbar. Strom, möglichst aus erneuerbaren Quellen, wird verwendet, um Wasser mittels Elektrolyse in Wasserstoff und Sauerstoff zu zerlegen. Aus dem Wasserstoff und CO<sub>2</sub> aus klimaneutralen großtechnischen Prozessen (z.B. Kraftwerke, Industrie) wird Methan und Methanol hergestellt. Zudem ist eine Nutzung des technisch reinen Sauerstoffs möglich.

Methanol kann auch direkt in Kraftstoffe zur Mobilität umgewandelt werden, dabei ist es besonders umweltschonend und emissionsarm. Das gilt auch für die derzeit diskutierte Feinstaub- und Stickoxidproblematik. Das hat enorme Potentiale für die Automobilindustrie in Europa, aber auch für das Konsumverhalten und die Werthaltigkeit von Assets der Verbraucher.

Methanol kann gleichermaßen als Grundstoff in der chemischen Industrie oder für die (Rück-)Transformation in Strom eingesetzt werden.

Methanol ist nahezu beliebig ohne Verluste lagerbar. Zudem kann es in Pipelines oder in Tankschiffen transportiert werden. Energie kann also dort umweltschonend und effizient erzeugt und in den Sekundärenergieträger Methanol umgewandelt werden, wo sie günstig anfällt und an jeden beliebigen Ort transportiert werden. Dazu kann die bereits vorhandene Technik, z.B. Pipelines oder Tanker verwendet werden, so dass eine zeitnahe Ergänzung oder Umstellung der Sekundärenergiekette auf Methanol bzw. Methanol-Folgeprodukte (Methanol-Benzin und Methanol-Diesel) möglich ist.

Dieser Ansatz hat besondere Bedeutung für die Erzeugung von Energie aus Sonneneinstrahlung in Nordafrika. Hier können die Ansätze erfolgsversprechender Vorhaben, wie z.B. das DESERTEC-Projekt, das von Seiten den Club of Rome schon lange unterstützt wird, umgesetzt werden, ohne durch das Strom-Transportproblem blockiert zu werden.

Jetzt können neue Wege gefunden werden, Afrika und Europa zu verbinden und ganzheitliche, nachhaltige Energie-, aber auch Klimaprojekte umzusetzen.

Die Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie ist in Nordafrika in großtechnischen Anlagen, die bis zu 25 Jahre und mehr genutzt werden können, bereits zu 2€Ct/kWh möglich.

Das eröffnet auch Investoren die Möglichkeit auf interessante Investments in Afrika. Die Finanzierungen wirken als wichtiger Beitrag für eine Wohlstandsexplosion in Afrika. Diese ist im offensichtlichen Interesse Europas, insbesondere auch Südeuropas, und wird zu einem wichtigen Beitrag in der Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

Mit der Lösung der Energieproblematik über den Sekundärenergieträger Methan kann gleichzeitig auch direkt die Klimaproblematik in ganzheitlichen Ansätzen vor Ort in Afrika gelöst werden. Entscheidend ist dabei die Neutralisierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, z.B. in Kohle und Gaskraftwerken vor Ort, die in die Methanolproduktion einfließen. Dies geschieht vor allem über großflächige Humusbildung in der Landwirtschaft und Wiederaufforstung, vor allem auf degradierten Böden in den Tropen. Beide Ansätze haben ein großes Potential für Afrika, insbesondere auch für Wertschöpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dies geschieht also insbesondere über 2 große Strategien:

(1) Zum einen werden Aufforstungsprojekte in Zentralafrika vorgebracht, die das Austrocknen des Regenwaldes verhindern<sup>155</sup> und zugleich wertvolles Nutzholz produzieren und dabei zugleich die Regenwälder anderer Kontinente entlasten.

155 Vgl. Martin, C.: On the Edge - The State and Fate of the World's Tropical Rainforests, A Report to the Club of Rome, Greystone Books, May 2015

.....

(2) Zum anderen werden Wüsten wiederbegrünt und einer dauerhaften, ganzheitlichen landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt und so über Humusbildung der Atmosphäre große Mengen CO<sub>2</sub>, dessen Ursprungsort völlig entkoppelt von der Erzeugung wie der Bindung ist, entzogen.

#### 7. Tourismus als Einnahmequelle

Eine wichtige Rolle spielt Tourismus, der als nachhaltig bezeichnet werden kann: Bei Fernreisen kann man pro Tourist und Woche 1000 Euro ansetzen, die im Land verbleiben. Diese fließen in Übernachtungen, Transporte, Restaurantbesuche, Museen, Safari, Einkäufe etc. Bei durchschnittlich 2 Mio. Touristen über 50 Wochen ergibt sich ein Geldzufluss von 10 Mrd. Euro.

### (7) Ein wichtiger Joker - Die Wüste

Die Schaffung von Wohlstand in nicht voll entwickelten Ländern ist schwierig. Zu erfüllen sind Voraussetzungen in acht Dimensionen:

1. ein gut funktionierendes, leistungsfähiges Governance-System
2. exzellent ausgebildete und geeignet orientierte und motivierte Menschen (insbesondere: Bildung, Gesundheit und Alter als Kernfrage des Sozialen)
3. hervorragende Infrastrukturen auf internationalem Niveau
4. ein hervorragender Kapitalstock
5. Zugriff auf benötigte Ressourcen
6. eine leistungsfähige Forschung und international konkurrenzfähige Innovationsprozesse
7. ein leistungsfähiges Geld- und Finanzsystem
8. eine enge Einbettung der Unternehmen und Menschen in weltweite Wertschöpfungsnetzwerke

Möchte und muss man diesbezüglich viel erreichen, braucht man günstige Begleitumstände wie in China oder in den letzten 50 Jahren in Singapur. Es hilft sehr, wenn man einen **Joker** hat.

Nordafrika hat die **Sahara** und damit einen entsprechenden Joker - aus Sicht der Autoren einen entscheidenden Joker - zunächst mit Blick auf das Thema Energie, insbesondere erneuerbare Energie, aber auch weit darüber hinaus. In nur 6 Stunden empfangen die Wüsten dieser Welt so viel Energie von der Sonne, wie die Menschheit in einem ganzen Jahr verbraucht.<sup>156</sup> Energie ist die wichtigste materielle Voraussetzung für Wohlstand. Die arabische Halbinsel ist ähnlich gut positioniert. Hier kommt der hohe Reichtum aus fossilen Energieträgern hinzu. Dabei sind im Zuge der anstehenden Dekarbonisierung der Weltwirtschaft aber Neuorientierungen erforderlich. Die Region kämpft heute mit dem Preisverfall beim Öl. Neben den Ressourcen müssen entsprechende humane Potenziale hinzukommen bzw. parallel zur Verbesserung der Energie- und Wassersituation aufgebaut werden. Vieles ist möglich, wenn viel Energie preiswert verfügbar ist, auch was Arbeitspotenziale für geeignet vorgebildete Personen anbelangt. So gilt die Sahara von allen Wüsten der Welt als diejenige mit dem **größten Potenzial für die hier verfolgte Zielsetzung**.

Mit Blick auf Nachhaltigkeit brauchen wir allerdings neue Energietypen. Keine karbonbasierten und (aus Akzeptanzgründen) möglichst keine Kernkraft, also Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere Sonne und Wind, aber natürlich auch Wasserkraft, die in Äquatorialbereichen Afrikas ein sehr großes Potenzial besitzt. Die Energieproduktion muss dabei klimaneutral und ökonomisch preiswert sein. Das ist die ‚Zauberformel‘ für Nachhaltigkeit. Es gilt neuen Wohlstand in ärmeren Ländern und Energieüberfluss statt Knappheit zu erzeugen und all das ohne induzierte Umwelt- und Klimaprobleme. Ganz im Gegenteil soll die Klimasituation dabei sogar noch verbessert werden. Zugleich kann über die Produktion von supergrünem Methanol und entsprechenden Kraftstoffen eine interessante (klimaneutrale) Lösung auch für den Verkehrssektor, den Wärmesektor, die Chemie und Teile der Schwerindustrie in Ländern wie Deutschland geschaffen werden. Das ist eine Win-Win-Situation für beide Seiten und kann sich voll über den Markt finanzieren.

<sup>156</sup> Gerhard Knies, [www.desertec.org](http://www.desertec.org)



### Wüsten als „Glücksfall“

Wüsten mit hoher Sonneneinstrahlung und viel Wind bieten die besten Voraussetzungen für die Gewinnung erneuerbarer Energie. Von allen Wüsten der Welt ist die Sahara die günstigste. Sie hat in dieser Hinsicht das größte Potenzial und bietet die Chance, zum Wohlstandsmotor zu werden, durch Energieexport in den Süden Afrikas sogar für den ganzen Kontinent. Die verfügbare erneuerbare Energie ist auch der Schlüssel für eine landwirtschaftliche „Explosion“ am Rande der Sahara (und eine Verhinderung weiterer Wüstenausbreitung) durch Ermöglichung von Grund- und Meerwasserentsalzung, über Hydrolyse. Ein weiteres Potenzial liegt in der Produktion von grünem Methanol. Basis für all das ist die ganzjährig scheinende Sonne, aber auch sehr viele ungenutzte Flächen mit extrem dünner Besiedlung.

Ein wesentliches Element des Vorschlags lautet, erhebliche Investitionen des Privatsektors mit öffentlicher Unterstützung und Kreditabsicherung in der Sahara in erneuerbare Energien zu befördern und diese Investitionen dann auch in andere Sektoren der Ökonomie fortzusetzen. Es gibt Anknüpfungspunkte. So wurde das größte Solar-kraftwerk der Welt in 2015 in Ouazarate in Marokko in Betrieb genommen. In Ägypten ist ähnliches passiert. Erwähnt sei das Hybridkraftwerk Kuraymat mit 150 Megawatt Leistung. Beide Kraftwerke können rund um die Uhr betrieben werden, Quarzazate dank eines Wärmespeichers sogar mehrere Stunden ohne Erdgas. A. El Badraoui beschreibt hierzu im beiliegenden Materialband die Stimmungslage in Marokko am Ort des Geschehens, F. Trieb Überlegungen zur weiteren Entwicklung von DESERTEC. Diese Denkschrift fokussiert nicht DESERTEC, es werden jedoch einige der Kernideen aufgegriffen.

Weitere Hinweise finden sich im Teil III. Insbesondere ist die DESERTEC Idee noch heute hoch aktuell. Bisher nicht gelungen ist allerdings die Realisierung großer Stromtrassen in Nordafrika, die notwendige Voraussetzung für vieles sind. Wir wissen aus unserer Erfahrung in Deutschland, wie schwierig es ist, entsprechende Infrastrukturen zu realisieren und wie schädlich es ist, wenn sie fehlen. Eine Alternative bildet, wie zuvor beschrieben, Methanol, da über den vorhandenen Sonnenstrom eine preiswerte Elektrolyse möglich ist. Methanol kann zu einem Methanol-Benzin und -Diesel weiterentwickelt werden und ein Exportschlager für Länder wie Deutschland werden, da so die dortigen Klimaschutzherausforderungen im Bereich Verkehr, aber auch Feinstaubprobleme, preiswert gelöst werden können.

Den entscheidenden Engpass für den weiteren Ausbau der Energieproduktion in der Sahara bilden entsprechende Infrastrukturen, auch für den Transport von regelbarem und zugleich erneuerbarem Strom nach Europa. Die Politik sollte im Rahmen des vorgeschlagenen Marshall-Plans aktiv dafür werden, dass entsprechende Investitionen erfolgen.

Der Ausbau der Infrastrukturen, insbesondere auch von Stromnetzen, Grund- und Meerwasserentsalzung, Wasserpipelines, Produktionsstätten für Elektrolyse von Wasser, Produktion von (super-)grünem Methanol und Folgeproduktionen in Nordafrika und Teilen der MENA-Region, wird eine hohe Wertschöpfungskapazität induzieren.

Diese realökonomischen Innovationen, gerade auch in die massive Ausweitung und Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft und den Aufbau einer methanol-basierten Kraftstoffproduktion sollen und werden hohe Renditen generieren, und zwar solche realökonomischen Typs. Viel in den heutigen Finanzmärkten frei verfügbares, nach Rendite suchendes und nicht in realökonomische Projekte investiertes Kapital kann so endlich einem sinnvollen ökonomischen Zweck zugeführt werden, z.B. auch über den vorgeschlagenen „Fonds Zukunft Afrika“. Dieses Geld wird dann auch endlich wieder Zins erwirtschaften. Die Gewinnung preiswerter Energie ist dabei nur der Anfang. Induzierte weitere Potenziale, die in ihrer Wirkung dann weit über den reinen Energiebereich hinauswirken, betreffen:

- Breite Nutzung solarer Energie
- Klimaneutrale Produktion von Wasser durch Grund- und Meerwasserentsalzung und (bedarfsabhängig) klimaneutraler Transport über große Distanzen
- Massiver Einsatz klimaneutraler Energie und klimaneutralen Wassers und neuer Methoden zum Aufbau der Landwirtschaft, massive Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft und Erzeugung vieler Arbeitsplätze

- 
- Massive Begrünungsprogramme am Rande der Sahara, zugleich Stopp und Rückbau der Wüstenbildung
  - Erzeugung von Negativemissionen durch Aufforstung und Landwirtschaft (Humusbildung), in der Folge mehr Umweltschutz und mehr Klimaschutz, wenn mehr aufgeforstet und die Landwirtschaft massiv erweitert wird.
  - Resultierende Arbeitsplätze in der Holzindustrie. Holz als erneuerbarer Rohstoff soll in allen materiellen Prozessen zum Einsatz kommen.
  - Aufbau einer großen Produktionskapazität für (super-)grünes Methanol und Erschließung hoher Einnahmen aus dem Export von klimaneutralen Kraftstoffen (Benzin / Diesel) nach Europa
  - Investitionen in entsprechende Infrastruktur
  - Aufbau eines Industrie- und Sektors, um alle diese Prozesse unternehmerisch, personell und materiell zu unterfüttern
  - Ziel: jährlicher Arbeitsplatzzuwachs von 5 Mio. und mehr in Nordafrika und ausgewählten Teilen der MENA-Region
  - Positive Einflüsse auf Bevölkerungsentwicklung und Investitionen in Sozialsysteme

### **(8) Employment now<sup>157</sup>**

Die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation für die (jungen) Menschen in Afrika insgesamt und der MENA-Region im Besonderen ist eine der dringendsten Herausforderungen für Europa und die Welt, wenn Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung gelingen sollen. Die zuvor beschriebenen Ansätze im Bereich der Landwirtschaft, Aufforstung, methanol-basierter Kraftstoffgewinnung und die Induzierung entsprechender Investitionen können nach Schätzung der Autoren weitere 10 Millionen neue Arbeitsplätze pro Jahr generieren. Es gibt hier Hoffnung. Diese Themenfelder ergänzen die nachfolgenden Ausführungen.

Die Autoren Joachim von Braun<sup>158</sup> und Chiara Kofol führen in ihren Arbeiten aus, dass die geringen Beschäftigungsgrade und die sich weiter verschärfende Beschäftigungssituation der Jugend in Afrika und im Mittleren Osten zunehmend zu einem entscheidenden Treiber für Armut, Stress, Frustration und politische Instabilität wird. Die Autoren beschreiben, wo Ansatzpunkte zum Schaffen von mehr Arbeitsplätzen bestehen, wobei die Prioritäten in Nordafrika und Subsahara Afrika verschieden sind. Sie plädieren für eine unorthodoxe Politik. Produktive Arbeit muss jetzt gezielt geschaffen werden. In Nordafrika und dem arabischen Raum geht es vor allem um die rasche Ausweitung von produktiver Beschäftigung der Schul- und Hochschulabsolventen, die nach Abschluss der Ausbildung häufig unbeschäftigt und frustriert sind. In Subsahara Afrika geht es vor allem um die rasche Steigerung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, auch durch produktive Arbeitsbeschaffungsprogramme, wie sie China z.B. erfolgreich in den 1980er und 90er Jahren umgesetzt hat, sowie Agrarförderung.

Klar ist, dass sehr schnell sehr viel mehr Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Bundespräsident a.D. Horst Köhler spricht von 20 Mio. Arbeitsplätzen pro Jahr für junge Menschen über die nächsten 30 Jahre, die in Afrika benötigt werden. Was heute versucht wird, sind Programme, die aktiv Arbeitsplätze zu schaffen versuchen, oder auch indirekte Programme im Bereich Ausbildung und Landwirtschaft.

Die Autoren beschreiben die Bedeutung der Abwanderung von Menschen in die Städte und die Bedeutung internationaler Migration. Massenbeschäftigung gibt es nur im Bereich unproduktiver Tätigkeiten im Dienstleistungssektor, in dem in vielen afrikanischen Ländern schon über 40% der Beschäftigten tätig sind. Diese Zahl macht deutlich, dass das erhebliche BIP-Wachstum der letzten Jahre nicht zu einem ausreichenden Anwachsen der Beschäftigungsrate geführt hat.

Als ein Problem wird beschrieben, dass die privaten Investitionen zu niedrig sind, was wiederum mit der Instabilität vieler Länder der Region zusammenhängt. Eine besondere Schwierigkeit ist die niedrige Beschäftigungsquote von Frauen, die wiederum erhebliche Rückwirkung auf das Reproduktionsverhalten hat. Das beste Verhältnis von Beschäftigung zu Bevölkerungsgröße (ungefähr 50%) hat Marokko, während Tunesien (mit etwa 30%) den niedrigsten Stand aufweist. Die Autoren stellen fest, dass die Fertigkeiten der jungen Menschen vor Ort aus Mangel an

---

<sup>157</sup> Input von Joachim von Braun und Chiara Kofol: Employment Now – addressing the challenge in Arab Region and Africa“ In dem Beitrag werden Themen wie die Förderung der Landwirtschaft und Verarbeitung vor Ort, und produktive Arbeitsbeschaffung etc. adressiert. Der Beitrag findet sich in voller Länge im beiliegenden Materialband.

<sup>158</sup> siehe Kapitel „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift



geeignetem Training und entsprechender Ausbildung oft nicht ausreichend sind, um vorhandene Stellen auszufüllen. Die Beschäftigungsraten für Jugendliche sind nicht nur im internationalen Vergleich gering, sondern sind in einigen der Länder in der letzten Dekade sogar negativ.

In der Diskussion, was zu tun ist, werden aktive Arbeitsmarktpolitik und indirekte Beschäftigungsförderung durch Maßnahmen im Bereich Ausbildung empfohlen. Schwerpunkte sind Vocational Training, Lohnzuschüsse, öffentliche Beschäftigungsprogramme und die Förderung von selbständiger Beschäftigung durch Start-Kredite. Es gibt in den Ländern der MENA Region z.B. Tunesien, spezielle Programme für gut ausgebildete Jugendliche, ebenso Programme für Menschen ohne Ausbildung. Aber was heute versucht wird, ist bei weitem nicht ausreichend. Die Autoren vergleichen deshalb die Situation in Afrika mit der Situation in anderen Ländern der Welt, insbesondere solchen, bei denen massive Steigerungen der Beschäftigungsraten gelungen sind und zwar in China 1980-1990, in Indien ab 2010 und in Äthiopien ab 2010. Konkrete Empfehlungen der Autoren erfordern **neues Denken** und **unorthodoxe politische Aktivitäten**. Die konkreten empfohlenen Maßnahmen sind hier vollständig übernommen.

#### **More specific policy recommendations can be summarized as follows:**

1. In order to increase the employability of the unskilled and lower educated youth, wage subsidies, although considered unpopular on grounds of "Ordnungspolitik", should be implemented at scale. Such subsidies to firms but also via labor intensive public works would lower the cost of jobs. They should be not permanent and time bound;
2. Training programs offered to young graduates, should be trusted by firms. Certifications of their added value should be made available;
3. Well-designed Job-search services should be provided as they have shown high positive impact on youth employment in the short run;
4. Women should be much more included in the labor force. Making their low participation to the labor market a public issue might help the transition to less gender inequality on the labor market;
5. In Sub-Saharan Africa the agricultural sector is a big source of employment for youth. Policies aimed at improving security of property rights and investment in innovation for high agricultural productivity are key to create jobs;
6. Involving the private sector in youth employment policies is critical, especially for the school-to-work transition. This would require incentives for firms' participation (such as employment related tax relief);
7. Remittances from migrants should be directed to labor intensive investments by specific banking and investment policies;
8. Correcting macro policies, such as exchange rate distortion in resource cursed countries (such as Nigeria) should be addressed by active policies for agriculture/industry.
9. In conflict-ridden states reconstruction, economic integration, social policies, such as jobs as incentives to lay down weapons, could play a positive role.

#### **(9) Kooperation mit China**

China ist seit vielen Jahren in Afrika aktiv. In der öffentlichen Diskussion gibt es in diesem Kontext immer wieder Vorwürfe an die chinesische Seite. Oft wird behauptet, es ginge China dabei ausschließlich um Ressourcensicherung. In historischer Betrachtung haben allerdings auch die Europäer und die Amerikaner immer Ressourcensicherung im eigenen Interesse betrieben, insbesondere auch in Afrika. Insofern sollte man China nicht vorwerfen, mit Blick auf die sehr große eigene Bevölkerung ähnliche Ziele zu verfolgen.

Anzuerkennen ist vielmehr, dass die Chinesen auch positive Entwicklungen befördert haben, z. B. im Infrastrukturbereich. Dies oftmals unter Einsatz eigener Arbeitskräfte, aber immerhin. Es ist heute auch unstrittig, dass verstärkte Süd-Süd-Zusammenarbeit wichtig für Entwicklung ist und eine zunehmende Bedeutung bekommt. Darüber, wie man sich Schritt für Schritt aus ärmsten Verhältnissen herausarbeiten kann, weiß China mehr als die

---

reichen Länder. Insofern sollte die Entwicklung Afrikas kein Feld für das Austragen von Konflikten mit China sein. Ganz im Gegenteil benötigt Afrika alle Hilfe, die man aktivieren kann. Im Rahmen des Marshall-Plans mit Afrika muss es deshalb das Ziel sein, eine förderliche Zusammenarbeit mit China zu organisieren. In diesem Zusammenhang ist positiv zu vermerken, dass am 11. Mai 2017 ein Deutsch-Chinesisches Zentrum für Nachhaltige Entwicklung (ZNE) durch Bundesminister Dr. Gerd Müller und den chinesischen Handelsminister Zhong Shan in Peking eröffnet wurde, das u. a. gemeinsame Entwicklungszusammenarbeit und die Umsetzung der Agenda 2030 zum Gegenstand hat. Hieran kann man anknüpfen.



## V. Handlungsfelder im Rahmen eines Marshall-Plans mit Afrika

Ein Marshall-Plan entfaltet sich insbesondere in seinen Einzelheiten. Diese bergen große Herausforderungen in vielfältigen Detailfragen und deren adäquater Adressierung. Informativ sind in diesem Zusammenhang verschiedene Ausführungen im Materialband, z.B. der Beitrag von Frau Sonja Palm (GIZ) zu einer besseren Nutzung des Ressourcenreichtums Afrikas für eine nachhaltige Entwicklung. Erinnert sei mit Blick auf Kapitel III an die Ausführungen von Prof. Leisinger zur wichtigen Rolle der Unternehmen für Entwicklung, die Hinweise von Prof. Werner Smolny zu den grundsätzlichen Voraussetzungen für den Wohlstand von Staaten und die gemachten Erfahrungen im Bildungsbereich mit der German University in Cairo, schließlich die Hinweise von Peter Spiegel zur Rolle sozialer Innovationen und zu den segensreichen Wirkungen von Mikrokrediten im Sinne der Arbeiten von Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus (nicht von Mikrokrediten eines „plündernden“ Typs).<sup>159</sup>

Umfangreiche Kenntnisse über die grundsätzlichen Möglichkeiten und „Best Practices“ vor Ort sind im BMZ- und GIZ-Umfeld aus vielfältigen Projekterfahrungen vorhanden. Mit diesen Erfahrungen lassen sich Bände füllen. Das zu tun ist weder die zentrale Kompetenz der Autoren, noch ist dies der Inhalt dieser Denkschrift. Hingewiesen wird jedoch auf die folgenden Handlungsfelder, die im Zuge der Ausarbeitung konkreter Maßnahmen im Rahmen eines Marshall-Plans mit Afrika unbedingt bedacht werden sollten.

### Politisches Engagement

- **Mehr politische Koordinierung und Parlamentarier austausch**  
Stärkere politische Aufmerksamkeit für Afrika insgesamt und für die MENA-Region im Besonderen. Etablierung regelmäßiger politischer Konsultationen. Regelmäßiger Austausch auf der Ebene der Parlamentarier.
- **Eine panafrikanische Freihandelszone**  
Die ökonomische Zusammenarbeit innerhalb Afrikas, aufbauend auf den existierenden Regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (Regional Economic Communities), würde neue Chancen bieten. Eine fair ausgestaltete Freihandelszone würde helfen. Europäisches Engagement zur Etablierung einer solchen Zone ist wichtig.
- **Nordafrika als Brücke zum Süden des Kontinents**  
Nordafrika besitzt als Brücke zum übrigen Kontinent ein großes ökonomisches und kulturelles Potenzial. Verbesserte Kooperation Nord-Süd und Ost-West, Investitionen in Förderprogramme und Entwicklungspartnerschaften für das übrige Afrika, also den größten Teil des Kontinents, müssen Aktivitäten in Nordafrika und der MENA-Region komplettieren.
- **Intensive Nutzung vorhandener politischer Strukturen**  
In die Marshall-Plan-Aktivitäten soll die UfM (Union für den Mittelmeerraum) mit Sitz in Barcelona integriert werden. Ferner sind die Afrikanische Union und RECs (Regional Economic Communities) sachorientiert zu berücksichtigen. Hierzu gibt es einige Hinweise im vorliegenden Dokument.

### Stärkung der öffentlichen Seite vor Ort

- **Ausbau des öffentlichen Sektors / Governance**  
Am Anfang steht die Frage nach der Rolle des Staates. Diese ist zentral im Bereich Sicherheit (hier hat die Afrikanische Union belastbare zwischenstaatliche Strukturen geschaffen) und im Bereich einer grünen und inklusiven Regulierung (da ist noch viel zu tun). Wichtig ist, dass der Staat nicht die falschen Dinge tut und dabei z.B. das private Unternehmertum regulativ stranguliert: durch schlechte Regeln und ineffiziente Verwaltungsarbeit. Anzugehen sind Themen wie Ausbildung, Infrastruktur, Gesundheit, Schutz im Alter, aber auch Grenzschutz im Kontext der Flüchtlings- und Migrationsthematik sowie der Terrorismusgefahr. Nutzung von Instrumenten der Digitalisierung in allen genannten Bereichen. Ziel ist es, dass alle EU-Nachbarstaaten den Status „sichere Herkunftsländer“ erreichen.

<sup>159</sup> Vgl. hierzu FAW/n Publikation „Microcredit - Addressing an Ongoing Debate“, Ulm 2014, abrufbar unter [www.faw-neu-ulm.de](http://www.faw-neu-ulm.de)

---

- **Stärkung der öffentlichen Verwaltungen**

Die Stärkung der Verwaltungen, z.B. Steuerbehörden, Sicherheitskräfte, Grenzorganisationen etc. ist ein wichtiges Thema. Teilweise geht es um Capacity Building. Compliance ist ein Thema, ebenso der Kampf gegen Korruption, die Nutzung neuer digitaler Instrumente in diesem Bereich wie der Auf- bzw. Ausbau der statistischen Ämter. Eine Warnung betrifft wiederum die Gefahr einer überbordenden und ineffizienten Bürokratie, die das private Unternehmertum, gerade auch kleine und mittlere Unternehmen, massiv behindert.

- **Nachhaltige Nutzung der Rohstoffe und Einnahmen aus diesen**

Afrika verfügt über sehr viele ökonomische Ressourcen. Die Nachfrage nach Rohstoffen aus Afrika (Öl, Gas, Metalle, seltene Erden) wird in Zukunft noch weiter zunehmen. Die Einnahmen aus diesen beinhalten großes Potenzial zum wirtschaftlichen Wachstum und für mehr Nachhaltigkeit in den jeweiligen Ländern, allerdings nur bei guter Rohstoffgovernance. Die Ressourcen sollten auch als Quelle für Wohlstand und zur Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden. Wichtig ist aber in jedem Fall, eine Fokussierung auf Rohstoffe zu vermeiden. Anzustreben ist eine breite, differenzierte Ökonomie. Die besonderen Potenziale im Bereich der Rohstoffe werden im beiliegenden Materialband in einem Beitrag von Sonja Palm „*Wirtschaftliche Diversifizierung aus Rohstoffen*“ beschrieben.

- **Konfliktprävention und Sicherheit als Aufgabe**

Angesichts vielfältiger neuer Bedrohungen sollten Konfliktprävention und Sicherheit als gemeinsame Themen in enger Zusammenarbeit entwickelt werden. Dies zielt vor allem auf Terrorabwehr, aber auch auf Datenschutz, Stabilität der Informationsstrukturen, bessere Verknüpfung der Infrastrukturen (z.B. Kopplung der Stromnetze), Transportnetze für Wasser etc.

- **Urbanisierung und Verstädterung nachhaltig gestalten**

Das Wachstum vieler Städte in Afrika ist massiv. Der Urbanisierungsprozess ist eine große Herausforderung und kann unter Aspekten der Nachhaltigkeit scheitern – er muss es aber nicht. Der Urbanisierungsprozess in Afrika beinhaltet also enorme Chancen und Risiken für eine nachhaltige Entwicklung. In der Zusammenarbeit sollen die positiven Potenziale möglichst gut erschlossen werden. Gleichzeitig soll ein starker Fokus auf vorhandene Mittelzentren und regionale Strukturen gerichtet werden, um die Attraktivität dieser Städte und Regionen für jüngere Menschen zu steigern und so der „Flucht“ in die großen Städte etwas entgegenzusetzen.

- **Bevölkerungsentwicklung / Familienplanung**

Familienplanung ist ein zentrales Thema und eine entscheidende Notwendigkeit für Afrika und die Welt. Familienplanung und Mutter-Kind-Gesundheit müssen als großes Thema in das Zentrum der Aktivitäten gerückt werden. In diesen Kontext fällt auch der Aufbau von Sozial- und Rentensystemen in den betreffenden Ländern. Das muss von Seiten der reichen Länder flankiert werden – wie in Teil II der Denkschrift dargestellt. Im deutschen Bundestag wurde jüngst eine wichtige Initiative in diese Richtung formuliert.

*(Hinweis: Eine Vervierfachung der Größe der afrikanischen Bevölkerung auf über 4 Milliarden Menschen bis 2100 hat den Charakter einer „tickenden Zeitbombe“. Hier gilt es gegenzusteuern – mit Familienplanung und einer öko-sozialen Agenda.)*

## **Förderung der Wirtschaft**

- **Energiewohlstand durch erneuerbare Energien herstellen**

Eine Zusammenarbeit im Klimabereich, bei Klimaschutz und bzgl. Klimaneutralität ist zu fördern. Ziel ist eine massive Nutzung von Solar- und Windenergie, vor allem auch in der Sahara, aber durchaus auch in der arabischen Wüste, die besser erschlossen und weniger durch Wanderdünen „bedroht“ ist. Wichtig ist auch die Aktivierung des extrem hohen Potenzials an Wasserkraft südlich der Sahara. Die Stromnetze müssen dringend ausgebaut werden. Sie bilden heute den größten Engpass, den es durch Ausbau leistungsfähiger Stromleitungen und sonstiger Transportinfrastrukturen entgegen zu wirken gilt. Energieexporte in den Süden des Kontinents sowie auch flankierend nach Europa sind zu ermöglichen. Ansonsten ist das Ziel die „Wohlstandsförderung vor Ort auf Basis grüner Energien“.



- **Die Sahara und die arabische Halbinsel als Energieland für die Zukunft**

Die Erschließung des energetischen Potenzials der Sahara ist ein zwingender Baustein einer nachhaltigen Entwicklung des Kontinents. Dies ist ein zentrales Element des vorgeschlagenen Marshall-Plans für Teile der MENA-Region und Afrika insgesamt.<sup>160</sup> Wesentliche Elemente betreffen den Einsatz der Energie für den massiven Ausbau der Landwirtschaft und den Aufbau einer Methanolproduktion. Diese kann zu einem Exportschlager in Form von klimaneutralen Kraftstoffen für Europa werden.

- **Klimaneutrale Grund- und Meerwasserentsalzung / Erzeugung von Wasserreichtum**

Solare oder grüne Energien sollten zur Grund- und Meerwasserentsalzung eingesetzt werden. Ziel ist „Wasser im Überfluss“ in einer Region, in der heute Wasserknappheit einen konfliktträchtigen und entwicklungshemmenden Zustand induziert. Wo Entsalzung von Grundwasser nicht ausreicht, sind Überlandpipelines für Wasser als Teil des generellen Wassermanagement innerhalb innovativer Lösungen zu entwickeln. Der Transport soll weitgehend durch Pipelines auf Basis erneuerbarer Energien abgewickelt werden. Das Wasser ist insbesondere die Basis für eine „Produktivitätsexplosion“ in der Landwirtschaft und damit verbunden Millionen von neuen Arbeitsplätzen.

- **Aufforstung**

Aufforstung besitzt weltweit eine entscheidende Rolle für die Durchsetzung der SDGs und die Vermeidung seiner Klimakatastrophen. Aufforstung fördert 12 der 17 SDGs. U.a. stabilisiert Aufforstung den Wasserkreislauf und kann das Austrocknen der Regenwälder verhindern – damit einen besonders kritischen „Tipping Point“ des Klimasystems aushebeln. Ziel sind massive Aufforstungen an den Rändern der Sahara, auch um die Ausbreitung der Wüste zu verhindern. Wälder sollten als „Joker“ genutzt werden. Im Kontext Klimaneutralität wird weitere Wüstenbildung verhindert. Fruchtbare Land wird aus der Wüste neu erschlossen statt den dauernden großen jährlichen Verlust von nutzbarem Land an die Wüste weiter hinzunehmen. Neue Wälder bedeuten Klimaschutz und eine erneuerbare Rohstoffe-Basis für Handwerk / Hausbau / Kleinindustrie etc. Zugleich gelingt so eine Neutralisierung im Bereich CO<sub>2</sub>. Parallel dazu muss man versuchen, im Rahmen von Abkommen und unter Nutzung erheblicher Transfers den vorhandenen Regenwald zu schützen. Es muss also dafür bezahlt werden, dass der Regenwald erhalten bleibt, und gerade nicht für seine Produkte im Kontext von Abholzung.

- **Massive Förderung des ländlichen Raums und der Landwirtschaft**

Afrika könnte sich selbst ernähren, importiert aber zurzeit Nahrungsmittel für ca. 35 Milliarden US\$ pro Jahr. Nordafrika war einmal die Kornkammer des Römischen Reiches, allerdings unter günstigeren klimatischen Bedingungen als heute. Viele neue, durchaus moderne Arbeitsplätze können in der Landwirtschaft entstehen, wobei aber die Produktivität der Landwirtschaft massiv verbessert werden muss. Landwirtschaft in Afrika hat ein großes Potenzial. Zur Ernährung der rasch wachsenden afrikanischen Bevölkerung wie zur Ernährung der Menschheit muss dieses auch genutzt werden. Die landwirtschaftliche Produktion in Afrika kann in den kommenden Jahren massiv erhöht werden. Die Autoren halten vor allem auch die Begrünung (semi-)arider Gebiete und auch den Rückbau erfolgte Desertifikation für vielversprechend. Diese betrifft etwa 10 Millionen Hektar pro Jahr. Schlüssel ist (Grund-)Wasserentsalzung auf Basis erneuerbarer Energie. Humusbildung wird dabei auch zum Schlüssel in der Klimafrage - etwa 20 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr und Hektar können gebunden werden. Innovation durch besseres Saatgut, angepasste und verbesserte Bewässerung, funktionierende Lagerung und funktionierenden Transport (Kühlketten) sowie effiziente Verarbeitung und Vermarktung sind entscheidend für die Transformation der afrikanischen Landwirtschaft. Insbesondere durch Veredelung landwirtschaftlicher Rohstoffe entstehen vermehrte Wertschöpfung und neue Jobs. Die neuen Informationstechniken (Mobil-Phone) bringen Innovationen und attraktive Tätigkeiten aufs Land. Aber das Investitionsklima muss verbessert werden. Dazu zählt, die EU-Landwirtschaftspolitik in einer Weise zu verändern, dass sie der Landwirtschaft in Nah-Ost und Afrika hilft. Dabei ist klar: Es gibt in diesem Sektor viele neue Arbeitsplätze, wenn man es richtig macht. Und es können moderne Arbeitsplätze mit viel Technikbezug und IT-Nutzung sein, die dann auch für junge Menschen attraktiv sind. Die Landwirtschaft muss dazu mit dem sekundären und tertiären Sektor gut verknüpft werden. Zur Ausbildung müssen entsprechende schulische Ausbildungsphasen hinzukommen. Die Regionen müssen attraktiver werden, auch um zumindest ein Gegengewicht gegen immer mehr Verstädterung zu schaffen.<sup>161</sup>

<sup>160</sup> Vgl. Materialband: Abderrazak El Badraoui gibt im Materialband einen Einblick in die Stimmungslage in Marokko und die dortigen aktuellen Aktivitäten. Franz Trieb gibt Hinweise zu einer wirtschaftlich tragfähigen Kooperation zwischen Nordafrika und Europa im Bereich erneuerbarer Energie.

<sup>161</sup> Vgl. Materialband: „Employment Now - addressing the challenge in Arab Region and Africa“ von Joachim von Braun und Chiara Kofol

---

- **Bodenpolitik**

Bodenpolitik wird immer wichtiger, auch in Verbindung mit der Sicherung eines Zugangs zu Wasser. Dieses Thema ist von entscheidender Bedeutung für eine gedeihliche Entwicklung in Afrika und eine gute Zukunft für die Menschen. In vielen Teilen Afrikas ist es erforderlich, dass endlich Kataster eingerichtet werden, die das Eigentum an Land dokumentieren. Das dient auch dem Schutz kleiner Eigentümer und ist oft auch die Voraussetzung dafür, Kredite erhalten zu können. Wichtig: Gelingt die Verhinderung der weiteren Ausbreitung der Wüste und das Rückgängigmachen der Wüstenbildung auf vielleicht 30 - 50 Millionen Hektar, verändert dies die Bodenverhältnisse und die Verhältnisse in der Landwirtschaft dramatisch.

- **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur**

Ein Infrastrukturausbau im Verkehrsbereich ist ein zentrales Thema für Entwicklung. Hier muss der Marshall-Plan mit massiver Co-Finanzierung ansetzen, auch in Ost-West-Richtung. Neuerungen in den Bereichen IT und Mobilität auf Basis erneuerbarer Energien sollten ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

- **Ausbau des Tourismus**

Tourismus hat eine große Bedeutung für Nachhaltigkeit. Der Chef des UN Nachhaltigkeitsbüros hat darauf hingewiesen, dass richtig ausgestalteter Tourismus ein großes Potenzial für internationale Zusammenarbeit und neue Formen von Wertschöpfung besitzt. Es geht um die Bewahrung der Schöpfung und den Erhalt von Biodiversität. Die Natur wird dabei in Wert gesetzt und erhalten, anders und besser als z.B. bei Abholzung. Grüne Lösungen, IT-Basierung, Naturerlebnisse, auch Naturerlebnisse in der Wüste als Zielsetzung sind attraktiv (nachhaltiger Tourismus).

- **Verstärkte Anstrengungen für Firmengründungen**

Fairen Handel fördern / Handelspräferenzen zulassen. Die Aktivitäten des privaten Sektors, vor allem des Mittelstands, sind für die Zukunft der MENA-Region und Afrika insgesamt zentral, nicht zuletzt auch mit Blick auf die von Bundespräsident a.D. Dr. Horst Köhler geforderten jährlichen 20 Millionen neue Arbeitsplätze in Afrika für die Jugend in den nächsten 30 Jahren. Förderung dieser Prozesse, vor allem im kleinen Mittelstand ist zentral. Entrepreneurship fördern, Anknüpfungen an die großartige handwerkliche und kunsthandwerkliche Tradition der Länder herstellen. Mittelstandsförderung als Schwerpunkt, digitale Aspekte beachten. Umsetzung des Mottos von Muhammad Yunus: „Warte nicht auf einen Arbeitsplatz, sondern schaffe ihn Dir selbst!“. Allerdings sind in diesem Kontext noch viele staatliche Hürden zu beseitigen.

- **Mehr Kreditgewährungen und Bürgschaften**

Es ist mittlerweile internationaler Konsens, dass Entwicklung deutlich mehr Mittel braucht, gemäß dem Addis Abeba-Motto „From Billions to Trillions“. Diese Mittel müssen sehr weitgehend als investives Kapital von Seiten des Privatsektors aktiviert werden. Oftmals stimmen dafür aber die Voraussetzungen nicht. Die Voraussetzungen müssen geschaffen werden, regulativ und mit begleitenden Finanzinstrumenten. Die Gewährung günstiger, langfristiger Kredite und die Übernahme von Bürgschaften durch die öffentliche Seite im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gehören zu den wichtigsten Instrumenten, um an dieser Stelle weiterzukommen. Realistisch ist ein Hebelfaktor von 4, was bedeuten würde, dass öffentliche Mittel, die in diesem Bereich eingesetzt werden, den fünffachen Effekt erzeugen.

- **Fairen Handel fördern / Handelspräferenzen zulassen**

Ausnutzen der entsprechenden WTO-Sonderregeln. Mehr asymmetrische Gewährung von Vorteilen für die afrikanischen Staaten. Ferner: Initiierungen von Initiativen für tatsächlich regelbasierten fairen und freien Handel, nicht nur freien Handel. Aufgreifen von Hinweisen von BMZ-Minister Müller und Bundespräsident a.D. Horst Köhler zum Thema. Es ist ein entscheidendes Thema für Politikkohärenz, Asymmetrien in Handelsfragen zuzulassen und so für mehr Entwicklung zu sorgen.

- **Mikrokredite**

In der internationalen Entwicklungspolitik haben sich Mikrokredite, und in der Folge auch Mikroversicherungen, als wesentliche Hebel erwiesen, im Besonderen im Bereich von Kleinunternehmen, um große Fortschritte in der



Lebenssituation von Menschen und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erreichen. Diese sind auch von besonderer Bedeutung, wenn hunderte Millionen von Menschen, die heute keinen Job haben, einen Job finden sollen. In den klugen Ansätzen, die im Besonderen auf den Friedensnobelpreisträger Mohammad Yunus zurückgehen, gibt es Kredite nur in Verbindung mit einem tragfähigen Geschäftsmodell und in einem Umfeld, das den Kreditnehmer unterstützt. Es hat zwischenzeitlich leider auch „plündernde“ Formen von Mikrokredit gegeben, die dieses Instrument genauso missbraucht haben, wie im Kontext der Weltfinanzkrise das wichtige generelle Kreditinstrument von Akteuren missbraucht wurde. Solche Missbräuche sind regulativ auszuschließen, insbesondere deshalb, um die Instrumente selbst einsetzbar zu halten. Denn diese beinhalten in der richtigen Ausgestaltung erhebliche Hebel für eine attraktive Zukunft für viele Menschen.<sup>162</sup>

- **Beförderung europäischer und internationaler Investitionen**

Afrika hat große Potenziale. China hat bereits viel in Afrika in Gang gesetzt. Europa und die OECD-Staaten könnten viel mehr tun, um diese Entwicklung zu fördern – und zwar zum gegenseitigen Vorteil. Die G20 sollte ebenfalls verstärkt für Reformpartnerschaften gewonnen werden und mehr investieren. Hier gilt es für die deutsche Politik, im politischen Raum Partnerschaften zu initiieren, und zwar als Teil der Marshall-Plan Idee. Die Autoren sehen dabei in einigen Jahren die Chance für selbsttragende, hochprofitable Entwicklungen in der Landwirtschaft auf Millionen Hektar heute degradierter Böden und ebenso im Bereich der Produktion klimaneutraler Kraftstoffe für den Export, z.B. nach Europa, auf Methanolbasis.

- **Mittelstandspartnerschaften**

Eines der Erfolgsgeheimnisse der deutschen Wirtschaft sind international erfolgreiche Mittelständler, oft familiengeführt, oft auch „Hidden Champions“. Diese Gruppe könnte in Afrika viel bewirken – für Afrika, aber auch für die eigene Zukunft. Denn bereits in 2050 werden es über 2 Milliarden Menschen sein, die in Afrika leben – und zwar die dann jüngste Bevölkerung der Welt. In Afrika müssen dazu die Bedingungen für kleine und mittlere Firmen und Start ups verbessert werden. Weniger Bürokratie und weniger Hürden auf staatlicher Seite, um mehr Dynamik und die schöpferischen Kräfte von Unternehmen, gerade auch Kleinunternehmen, freizusetzen.

- **Förderung von Strukturen statt Einzelprojekten**

Es sollten wirtschaftliche Strukturen vor Ort gefördert werden und nicht einzelne Projekte. Es gibt in den afrikanischen Ländern viele Organisationen, mit denen bereits heute kooperiert werden könnte. Hierzu zählen insbesondere die Außenhandelskammern.

- **Sonderwirtschaftszonen**

Es sollten Sonderwirtschaftszonen geschaffen werden, also abgegrenzte geographische Gebiete innerhalb von Staaten, innerhalb derer rechtliche und administrative Erleichterungen für Investoren bestehen. Diese können dann als Zentren bzw. Ausgangspunkt ökonomischer Entwicklung fungieren.

- **Klimaneutrale Kraftstoffproduktion**

Einen vielversprechenden Ansatz zur energieeffizienten Umwandlung von Primär- in Sekundärenergie kann die Produktion von Methanol auf afrikanischem Boden leisten. Dies ist an anderer Stelle im Text ausführlich beschrieben.

## **Bildung und Forschung**

- **Die afrikanische Jugend als Chance und Herausforderung**

Nirgendwo auf der Welt werden bald so viele junge Menschen leben wie in Afrika. Darin liegt eine Chance, wenn Entwicklung gelingt, aber auch ein großes Risiko, wenn sie nicht gelingt. Für Europa mit seiner deutlich älteren Bevölkerung sind die Chancen offensichtlich. Mit Blick auf die Flüchtlingsfrage sind auch die Risiken nicht von der Hand zu weisen. Deshalb sollte unbedingt in die afrikanische Jugend investiert werden. Dabei muss klar sein: die jungen Leute wollen interessante Jobs mit Potenzial. Zu viele wollen allerdings in die staatliche Verwaltung oder in die Bürokratie großer Firmen. Das reicht sicher nicht aus, um alle Interessenten mit interessanten

<sup>162</sup> Vgl. hierzu FAW/n Publikation „Microcredit – Addressing an Ongoing Debate“, Ulm 2014, abrufbar unter [www.faw-neu-ulm.de](http://www.faw-neu-ulm.de)

Arbeitsmöglichkeiten zu versehen. Anfassend und Eigeninitiative ist gefragt. Viele jüngere Leute sollten sich – in der Sprache von Muhammad Yunus – ihren Job selber schaffen. In diesem Sinne ist duale Ausbildung als Basis in der Breite tragfähiger als die so oft zu beobachtende Fixierung auf einen MBA. Hier umzusteuern ist auch eine Frage der Psychologie und des Managements von Erwartungen.

- **Bildung von Frauen und Mädchen**

Die Förderung von Frauen und Mädchen ist ein zentrales Thema für die Zukunft der Region, insbesondere auch unter dem Aspekt, das Bevölkerungswachstum im Sinne der Nachhaltigkeit zu gestalten. Hier muss ein Schwerpunkt des Marshall-Plan Ansatzes liegen, auch gegen kulturell begründeten Widerstand vor Ort. Ein starker Fokus auf Frauen und Mädchen muss Teil einer klugen Konditionierung der Zusammenarbeit sein. Auch die Hilfe beim Aufbau und Ausbau von staatlichen Sozialversicherungssystemen muss entsprechende Schwerpunkte beinhalten.

- **Ausbildungsinitiative Handwerk**

Massive Stärkung der beruflichen Bildung, Förderung des Handwerks etc., insbesondere zur Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze und für die wirtschaftliche Entwicklung. Die digitale Seite beachten. Enabling auf beiden Seiten der Partnerschaft anstreben.

- **Förderung der dualen Ausbildung**

Duale Ausbildung ist wichtig für alle einschlägigen, in diesem Text behandelten Themen, z.B. digitale Aspekte in der Ausbildung. Duale Ausbildung ist ein „Exportschlager“ des deutschen Bildungssystems. Nationale Bildungssysteme dürfen nicht nur MBAs hervorbringen, sondern Menschen, die vor Ort in der physischen Ökonomie unmittelbar tätig werden können – mit „Hand und Kopf“. Auch in Afrika wird das Handwerk einen „goldenen Boden“ haben. Dort wird ein großes Maß an menschlichen Fähigkeiten benötigt. Hier liegt ein Potenzial für viele neue Aktivitäten.

- **Stärkung der Universitäten und Hochschulen**

Gut ausgebildete Abgänger von Universitäten und Hochschulen sind für die Entwicklung der Region unverzichtbar. Dies betrifft die Verankerung aller Themen, die für einen Marshall-Plan wichtig sind, also **Grüne Ökonomie**, **Entrepreneurship** etc. Die digitale Seite des Themas ist zu beachten. Ein gutes Beispiel für das, was möglich ist, ist die German University of Cairo, vgl. hierzu den Text von Prof. Dr. Werner Smolny in Kapitel III.

- **Chance Digitalisierung**

Die Digitalisierung eröffnet Afrika riesige Chancen, die in Teilen schon genutzt werden. Bestimmte Innovationen gelingen nämlich besser, wenn klassische Infrastrukturen noch **nicht** vorhanden sind. Beim Ausbau digitaler Finanzlösungen und bei Tele-Health-Lösungen auf Basis der Mobiltelefonie und mobilem Internet kann dieses Phänomen schon heute studiert werden. Entsprechende Forschungs- und Entwicklungsvorhaben machen in einem solchen Umfeld Sinn.

- **Mehr Austausch-, Studien- und Studienprogramme**

Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika und die Förderung der afrikanischen Jugend zu wechselseitigem Vorteil muss insbesondere auf das Instrument von Austausch- und Studienprogrammen (z.B. à la Erasmus) setzen. Wechselseitige Aufenthalte, die von einigen Wochen bis zu 1-2 Jahren reichen können, Zusammenarbeit in Forschungsprojekten etc. sind ideale Instrumente für die vom Bundespräsident a.D. Horst Köhler geforderten Lerngemeinschaften zwischen Afrika und Europa.



.....



## Schlussbemerkungen

Es sollte deutlich geworden sein, dass sich Deutschland und Europa mit der wieder sehr aktuell gewordenen Migrationsfrage in einem historischen Prozess befinden, der über die Jahrhunderte viele Facetten gezeigt hat. Angesichts des anhaltenden rasanten Anstiegs der Weltbevölkerung könnte allerdings das, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt, alle historischen Erfahrungen sprengen. Wir brauchen in dieser Zeit neue mutige Ansätze, die zugleich deutlich machen müssen, dass die 2015 in New York verabschiedete Agenda 2030 und die in Paris verabschiedete Programmatik zum Weltklima nicht nur Worte sind, sondern auch reale Umsetzungschancen bestehen. In diesem Kontext müssen die Vertreter einer globalisierten Wirtschaftsordnung insbesondere beweisen, dass ein adäquat regulierter Markt, d.h. ein grüner und inklusiver Markt „liefern“ kann. Liefern bedeutet dabei, dass für immer mehr Menschen Arbeitsplätze geschaffen werden oder über andere Ansätze ein für alle Menschen ausreichendes Einkommen garantiert werden können. Parallel sind die Umwelt und das Klima zu schützen. All das ist gleichzeitig möglich. Beträchtliches wirtschaftliches Wachstum, vor allem in ärmeren Ländern, ist möglich und mit Nachhaltigkeit kompatibel.

Einen Joker stellt in diesem Zusammenhang die Wüste Sahara dar, eine der in diesem Kontext interessantesten Wüsten weltweit. Sie eröffnet neue Möglichkeiten, um regelbare und erneuerbare Energie zu produzieren und an verschiedensten Stellen des Kontinents und darüber hinaus verfügbar zu machen - und stellt damit eine Grundvoraussetzung für die Schaffung neuen Wohlstands dar. Zentral ist hier eine großflächige Ausweitung der Landwirtschaft (auf semi-ariden Böden) und die Produktion klimaneutraler Kraftstoffe für Europa (auf Methanolbasis). Hinzukommen sollte perspektivisch das Potenzial einer Zusammenarbeit im Energiebereich in der EU-MENA Region, ähnlich dem der Anfänge der EU, als mit der Montanunion für Kohle und Stahl erste Schritte in eine gemeinsame Zukunft getan wurden. Eine weitere politische Vision könnte es sein, durch Energie-, Landwirtschafts- und Aufforstungsprojekte Afrika in Teilbereichen zu einem Schlüssel für die Bewältigung des Klimaproblems für die Welt, insbesondere auch in Europa, zu entwickeln und dabei gleichzeitig Millionen von Arbeitsplätzen und damit Perspektiven für junge Menschen in diesen Bereichen zu schaffen.

Erhebliche finanzielle Mittel sind notwendig, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit für Afrika müssen mindestens verdoppelt bzw. sogar verdreifacht werden. Diese sollten in Verbindung mit entsprechenden Konditionen im Rahmen entsprechender Vereinbarungen auf Augenhöhe gewährt werden. Diese werden einzeln, individuell und spezifisch gestaltet sein, d.h. von Staat zu Staat in je geeigneter Form. So sollte es an vielen Stellen möglich werden, eine enorme real-ökonomische Wertsteigerung zu induzieren, die auch für Europa, vor allem auch für die südeuropäischen Länder hoch attraktiv ist. Wir sehen eine Chance für umfangreiche, sich selbst tragende ökonomische Aktivitäten durch massive Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft einerseits und klimaneutraler Kraftstoffe auf Methanolbasis andererseits. Beide Ansätze sind eng mit der Nutzung erneuerbarer Energien vor Ort sowie der massiven Bindung von CO<sub>2</sub> durch Humusbildung und Aufforstungsaktivitäten verbunden.

Ein solcher Maßnahmenkatalog könnte den Optimismus in unseren Teil der Welt zurückbringen und im Ergebnis wieder eine Situation herbeiführen, in der auf eingesetztes Kapital substantielle Zinsen gezahlt werden können. Mit dem vorgeschlagenen „Fonds Zukunft Afrika“ wird ein Weg vorgeschlagen, wie die entsprechenden Mittel aufgebracht und eingesetzt werden können. Wichtig ist es, in diesem Kontext auch die Finanzmärkte über entsprechende Wertpapiere einzubinden. Auf diese Weise wird Anlegern auch die Chance geboten in werthaltige und zukunftssichernde Aktivitäten zu investieren.

Von großer Bedeutung für die Zukunft sind weiterhin Bildung und insbesondere Bildungsk Kooperationen, die es Menschen aus Afrika ermöglichen, Erfahrungen z.B. in Deutschland zu sammeln, die sie dann später im Heimatland nutzbringend für die dortige Gesellschaft einbringen können. Über derartige Maßnahmen wird zugleich auch in der deutschen bzw. europäischen Bevölkerung die heute noch häufig empfundene Distanz zum Nachbarkontinent und seinen Menschen reduziert und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut.

Die Herausforderungen sind groß. Gleiches gilt für die Chancen. Wir empfehlen der Bundesregierung und wir empfehlen der Europäischen Union, mutig voran zu gehen und einen Marshall-Plan mit Afrika, mit Schwerpunkt auf Nordafrika und Teile des Mittleren Ostens, zu initiieren.

---

Für die Programmatik eines Marshall-Plans mit Afrika empfehlen wir die Einrichtung eines begleitenden Beirats, in dem z.B. Kurt Biedenkopf, Benita Ferrero-Waldner, EU-Präsident Jean-Claude Juncker, Horst Köhler, Wolfgang Schäuble, Frank-Walter Steinmeier sowie Günter Verheugen wichtige Partner für das Thema sein könnten. Sie alle haben sich in der jüngeren Vergangenheit bereits mehrfach öffentlich für ein wesentlich umfangreicheres Engagement in Afrika ausgesprochen.

Auch der Club of Rome und der Senat der Wirtschaft, hier insbesondere das Senatsinstitut, werden die beschriebenen Handlungsfelder in den kommenden Monaten weiter thematisieren und sich auf vielfältige Weise in den Prozess der Umsetzung eines Marshall-Plans mit Afrika einbringen.



## Danksagung

Die Autoren danken den in der Denkschrift genannten Partnern und vielen weiteren nicht ausdrücklich genannten Unterstützern, die dazu beigetragen haben, die vorliegende Denkschrift zu erarbeiten. Genannt seien insbesondere Frau Andrea Zeller, die Herren Prof. Werner Smolny und Peter Spiegel, sowie viele weitere Personen aus dem Club of Rome-Umfeld und aus dem Bereich des Senats der Wirtschaft. Für weitergehende Überlegungen im Bereich „massiver Ausbau der Landwirtschaft“ und „klimaneutrale Kraftstoffe“ auf Basis von grünem Methanol danken wir Dr. Heiner Hoogen, Dr. Klaus von Menges, Prof. Dr. Heribert Offermanns, Dr.-Ing. Ludolf Plass, Prof. Dr.-Ing. Jörg Schlaich, Prof. Dr. sc. techn. Mike Schlaich und Hermann J. Zoder.

Gleichzeitig danken wir dem Team am FAW/n und der Universität Ulm, das den Prozess der Erarbeitung der Denkschrift, wie früher schon die Bewältigung ähnlicher Aufgaben, souverän gemeistert hat.



.....



## Autoren und Unterzeichner



### **Bert Beyers**

Bert Beyers ist studierter Philosoph, Germanist und Kunsthistoriker. Er arbeitet als Redakteur beim Norddeutschen Rundfunk in Hamburg. Seine Philosophie: Wir kennen die Zukunft nicht, aber wir müssen darüber nachdenken. Bücher: Die Zukunftsmacher, Denker, Planer, Manager des 21. Jahrhunderts (1999). Corporate Foresight, Unternehmen gestalten Zukunft (Koautor) (2004). Der Ecological Footprint, Die Welt neu vermessen (Koautor) (2010). Im Jahr 2011 ist ein großes Update von Welt mit Zukunft erschienen. Franz Josef Radermacher und Bert Beyers entwickeln darin die ökosoziale Perspektive, so der Untertitel. Seit einiger Zeit ist Bert Beyers auch als Multimedia-Autor unterwegs. [www.bertbeyers.de](http://www.bertbeyers.de)



### **Dr. Christoph Brüssel**

Dr. Christoph Brüssel hat in Bonn Rechtswissenschaften, Politologie und Kommunikationswissenschaften studiert. Er begann seine berufliche Laufbahn als Reporter und Moderator in verschiedenen öffentlich-rechtlichen Rundfunkstationen. Berufsbegleitend promovierte er 1990 an der Universität Zürich. Später produzierte er bekannte TV-Unterhaltungssendungen und war Co-Produzent bei mehreren erfolgreichen deutsch-amerikanischen TV-Spielfilmen. Dr. Brüssel ist Vorstand des Senats der Wirtschaft und hat einen Lehrauftrag an der Universität Bonn.



### **Prof. Dr. Joachim von Braun**

Prof. Dr. Joachim von Braun ist Direktor des Zentrums für Entwicklungsforschung und Professor für wirtschaftlichen und technologischen Wandel an der Universität Bonn. Seine wissenschaftlichen Arbeiten konzentrieren sich auf Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung, Armut, Beschäftigung, Nachhaltigkeit und Innovation. Er ist Mitglied, der deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech), der Akademie der Wissenschaften des Vatikans, der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und Fellow der American Association for the Advancement of Science, sowie der African Academy of Science. Von Braun ist Vorsitzender des Bioökonomierates der Bundesregierung sowie Vizepräsident der Welthungerhilfe und Mitglied des Board der Alliance for a Green Revolution in Africa (AGRA) und Vice Chair des Board der Global Alliance for Improved Nutrition (GAIN). Er ist Vize-Präsident der NGO „Welthungerhilfe“ und war Generaldirektor des International Food Policy Research Institute (IFPRI) in Washington DC.



### **Dr. Walter Döring**

Nach dem Abitur studierte Walter Döring Geschichte und Anglistik in Tübingen und promovierte zum Dr. phil. 1982 trat er in den Schuldienst ein und unterrichtete bis 1988 als Studienrat zunächst am Gymnasium in der Taus in Backnang, dann am Gymnasium bei St. Michael in Schwäbisch Hall. Seinen Beamtenstatus als Lehrer gab Walter Döring als erster und bislang einziger Abgeordneter des Baden-Württembergischen Landtags freiwillig auf. Bis heute kommt Dr. Walter Döring seiner Freude zum Unterrichten nach und referiert als Lehrbeauftragter an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Stuttgart.

1980 wurde Walter Döring Mitglied der FDP. 1981 wurde er Kreisvorsitzender der FDP Schwäbisch Hall/Crailsheim/Limpurger Land, seit 1983 gehörte er dem FDP-Landesvorstand Baden-Württemberg an, war 1985 bis 1988 Landesvorsitzender und wurde 1995 erneut in dieses Amt gewählt. Von 1985 bis 1988 und von 1995 bis 2004 war er Mitglied des FDP-Bundesvorstandes. 1988 bis 2006 war Walter Döring Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, darunter von 1988 bis 1996 als Vorsitzender der FDP/DVP-Landtagsfraktion.

Ab 1996 war Dr. Walter Döring Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident Baden-Württembergs in einer Koalitionsregierung von CDU und FDP/DVP.

Seit seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt ist Dr. Walter Döring als Aufsichts- und Beirat sowie Advisor für verschiedene Unternehmen tätig und gründete im Jahr 2012 die ADWM GmbH, die Akademie Deutscher Weltmarktführer.

Gegenstand der ADWM GmbH - Akademie Deutscher Weltmarktführer - ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Dies wird insbesondere verwirklicht durch die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Fortbildungen, vor allem des jährlich stattfindenden Gipfeltreffens der Weltmarktführer, vormals Deutscher Kongress der Weltmarktführer (Kongress für weltweit tätige führende deutsche Unternehmen mit Experten aus Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft, Unternehmen und Politik). Weiter die Vornahme eigener Forschungsreihen und die Vergabe von Forschungsarbeiten sowie die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen zu wirtschaftlich relevanten Themen, um damit Impulse an die gesamte deutsche Wirtschaft zu geben, getreu nach dem Motto: „Von den Besten lernen.“ Seit 2015 ist Dr. Walter Döring Vorsitzender des Senate of Economy Europe.



### **Frithjof Finkbeiner**

Frithjof Finkbeiner ist Unternehmer, Kurator der Global Marshall-Plan Foundation, Vorsitzender des Vorstands der Plant-for-the-Planet Foundation, Mitglied im Club of Rome, Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft des Club of Rome und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Desertec Foundation.

Als Student engagierte er sich bei der Studierendenorganisation AIESEC, gründete den Rotaract Club Augsburg und koordinierte den Aufbau von Rotaract in Deutschland.

Zwischen 1986 bis 1994 schaffte er als Unternehmer die Basis für seine wirtschaftliche Unabhängigkeit. 1994 veränderte Al Gore sein Leben: Er erkannte, dass sich die Menschen gemeinsam für die Änderung der globalen Rahmenbedingungen einsetzen müssen.

Mit dem Wissenschaftler Franz Josef Radermacher gründete er 2001 die Global Contract Foundation - Stiftung Weltvertrag, Hamburg. 2003 starteten sie zusammen mit Österreichs Vizekanzler a. D. Josef Riegler, Franz Fischler und Uwe Möller die Global Marshall-Plan Initiative.

Im Januar 2007 gründete der 9-jährige Sohn Felix Finkbeiner die Kinder- und Jugendinitiative Plant-for-the-Planet. Die Kinder und Jugendlichen von Plant-for-the-Planet aus inzwischen 193 Ländern fordern, dass jeder Mensch 150 Bäume pflanzt. Die UNEP übertrug 2011 den offiziellen Baumzähler auf die Kinder. Seither berichten Unternehmen, Regierungen und Erwachsene an die Kinder, wie viele Bäume sie pflanzen: 14,2 Milliarden Bäume sind es bis heute. 1.000 Milliarden lautet das Ziel bis 2020.

Von Beginn an setzte sich Finkbeiner innerhalb des Club of Rome für die Idee von Wüstenstrom ein. Ende 2013 übernahm er dann die Verantwortung für die Desertec Foundation als Vorsitzender des Aufsichtsrates.



### Dieter Härthe

Dieter Härthe gründete nach einer handwerklichen und danach kaufmännischen Ausbildung, schon in den frühen siebziger Jahren ein mittelständisches Dienstleistungsunternehmen. Bereits seit 40 Jahren ist er führend in Vereinigungen der mittelständischen Wirtschaft erfolgreich und seit der Gründung des Senats der Wirtschaft Vorstandsvorsitzender. Er ist zugleich Vorsitzender des Senate of Economy International mit Sitz in Wien. Dieter Härthe vertritt als Honorargeneralkonsul die Republik Senegal in Hamburg und Schleswig Holstein.



### Prof. Dr. Estelle Herlyn

Prof. Dr. Estelle Herlyn ist Hochschullehrerin und Rektoratsbeauftragte für Nachhaltigkeit und Wirtschaftsethik an der FOM Hochschule für Oekonomie und Management und arbeitet freiberuflich für das FAW/n. Zuletzt beschäftigte sie sich im Rahmen von Projekten mit dem BMZ mit der Umsetzbarkeit der Agenda 2030 sowie den Möglichkeiten und Grenzen der Implementierung höherer ökologischer und sozialer Standards in globale Wertschöpfungsketten. Sie ist Beauftragte für die Hochschultage Ökosoziale Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Nach einem Studium der Wirtschaftsmathematik an der TU Dortmund arbeitete sie zunächst mehrere Jahre in verschiedenen internationalen Unternehmen, bevor sie an der RWTH Aachen eine Promotion zu Fragen einer balancierten Einkommensverteilung als entscheidendem Aspekt der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit absolvierte.



### Andreas Huber

Andreas Huber ist Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft CLUB OF ROME, ehrenamtlicher Vorstand der DESERTEC Foundation und Vortragsredner. Andreas Huber studierte internationales Management und Wirtschaftsrecht in Rotterdam und Pforzheim. Außerdem besuchte er Vorlesungen der Philosophie und Interkulturellen Kommunikation und erwarb dadurch das sogenannte „Ethikum“ der Hochschulen in Baden-Württemberg. Seine Diplomarbeit, die von Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher betreut wurde, widmete er der Frage der Möglichkeiten zur Durchsetzung von Sozialstandards im Welthandel. Nach seinem Studium begann er für die Global Marshall-Plan Foundation zu arbeiten, deren Geschäftsführer er später wurde. Zeitgleich begann er auch für die Deutsche Gesellschaft CLUB OF ROME und die Plant-for-the-Planet Foundation zu arbeiten. Bei der Deutschen Gesellschaft CLUB OF ROME unterstützte er anfänglich insbesondere die Koordination des Netzwerks der CLUB OF ROME Schulen. Außerdem wirkte er mehrere Jahre als Tutor im online-Seminar für Bildung für Nachhaltige Entwicklung mit, welches hochschulübergreifend für Studierende in Baden-Württemberg angeboten wird.  
<http://www.andreas-huber.org>



### **Prof. Klaus Leisinger**

Klaus Michael Leisinger ist Gründer und Präsident der Stiftung Globale Werte Allianz (<http://www.globalewerte-allianz.ch/>) und Professor für Soziologie an der Universität Basel (Spezialgebiete Unternehmensethik und Corporate Responsibility). Er diente UNO Generalsekretär Kofi Annan als Sonderberater für Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Special Advisor on Global Compact) und dem Global Compact als Sonderberater für die Post-2015 Entwicklungsziele und Unternehmensethik.

Klaus Leisinger lehrte und lehrt als Gastprofessor an zahlreichen europäischen Universitäten sowie an der University of Notre Dame, der MIT Sloan School of Management in Cambridge und der DePaul University. Er ist Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Ebenfalls ist er Mitglied des Leitungsgremiums des von UNO Generalsekretär Ban Ki-moon initiierten und Jeffrey Sachs geleiteten Sustainable Development Solutions Network, Präsident des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik und Mitglied des Steering Committees der Initiative „Ethics in Action“ der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften. Er ist Mitglied eines von der EU eingesetzten internationalen Konsortiums zur Erarbeitung von Rahmenbedingungen zur Sicherstellung hoher ethischer Standards in der klinischen Forschung in Ländern mit niedrigem Einkommen. Bis 2013 war er Präsident und CEO der früheren Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung.



### **Graeme Maxton**

Graeme Maxton ist seit 2013 Vollmitglied des Club of Rome und seit 2014 dessen Generalsekretär. Der Club of Rome ist eine Vereinigung von angesehenen Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik, die sich für eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft der Menschheit einsetzen und dabei eine globale Perspektive einnehmen.

Als vehementer Kritiker des gegenwärtigen Wirtschaftssystems ist er Koautor des Bestsellers „Ein Prozent ist genug: Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen“ (oekom Verlag 2016) und Autor des Spiegel Bestsellers „Die Wachstumslüge: Warum wir alle die Welt nicht länger Politikern und Ökonomen überlassen dürfen“ (FinanzBuch Verlag 2012).

Zuvor war er Regionaldirektor bei The Economist Group in Asien, Resident Vice-President bei Citibank, Senior Associate Consultant bei Booz Allen Hamilton sowie Gastprofessor an der Cass Business School in London. Graeme Maxton ist gebürtiger Schotte und lebt seit 2014 in der Schweiz.



### **Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz Josef Radermacher**

Professor für „Datenbanken und Künstliche Intelligenz“ an der Universität Ulm, gleichzeitig Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n) Ulm, Präsident des Senats der Wirtschaft e.V., Bonn, Vizepräsident des Ökosozialen Forums Europa, Wien sowie Mitglied des Club of Rome.

Er studierte Mathematik und Wirtschaftswissenschaften (RWTH Aachen, Universität Karlsruhe), Habilitation in Mathematik an der RWTH Aachen 1982. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. globale Problemstellungen, lernende Organisationen, Umgang mit Risiken, Fragen der Verantwortung von Personen und Systemen, umweltverträgliche Mobilität, nachhaltige Entwicklung, Überbevölkerungsproblematik, Welternährung, Klima und Energie, Regulierung des Weltfinanzsystems.

Ausgezeichnet wurde er u.a. mit dem Planetary Consciousness Award des Club of Budapest, dem Preis für Zukunftsforschung des Landes Salzburg (Robert-Jungk-Preis), dem Karl-Werner-Kieffer-Preis, dem „Integrations-Preis“ der Apfelbaum Stiftung und dem Umweltpreis



„Goldener Baum“ der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. Er ist seit 2013 Fellow der World Academy of Art & Science (WAAS). Ebenfalls in 2013 übernahm er den Vorstand der Rotarian Action Group for Population & Development (RFPD). 2013 Verleihung der Ehrendoktorwürde der International Hellenic University, Thessaloniki.



### Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist seit 1999 Professor der Universität Hamburg für Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaftsbeziehungen. Gleichzeitig ist er Direktor des Europa-Kollegs Hamburg. Seit September 2013 ist er non-resident Fellow der Transatlantic Academy in Washington DC. Im Sommersemester 2015 und 2016 war er Theodor Heuss Gastprofessor an ITAM und UNAM in Mexico City.

Thomas Straubhaar studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern, wo er 1983 zum Dr. rer. Pol. promovierte und 1987 nach einem Forschungsaufenthalt an der University of California in Berkeley habilitiert wurde. Er war Lehrstuhlvertreter an den Universitäten in Bern, Konstanz, Basel und Freiburg i.Br. und Professor für Volkswirtschaftslehre der Helmut-Schmidt-Universität (HSU) Hamburg. Von September 1999 bis August 2014 war er zunächst Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA) und danach Leiter des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Internationale Wirtschaftsbeziehungen insbesondere die transatlantischen Beziehungen sowie die Bevölkerungsökonomie mit dem Schwerpunkt Migration.



### Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker ist Umweltwissenschaftler und Politiker. Er ist Diplom-Physiker (Hamburg) und Dr. rer. nat., Zoologie (Freiburg).

Er war Professor für Biologie an der Universität Essen, Präsident der Universität Kassel, Direktor am UNO Zentrum für Wissenschaft und Technologie (New York), Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik (Bonn, London, Paris), Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Mitglied des Bundestags für die SPD (1999-2002 Vorsitzender der Enquete-Kommission Globalisierung; 2002-2005 Vorsitzender des Umweltausschuss), Dean der Bren School for Environmental Science and Management, University of California (Santa Barbara, USA) und Ko-Präsident des International Resource Panel. Seit 2012 ist er Ko-Präsident des Club of Rome und seit 2010 Honorarprofessor an der Universität Freiburg.

Ernst Ulrich von Weizsäcker ist Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften, der World Academy of Art and Science und der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler.

Er erhielt die Ehrendoktorwürde der Soka-Universität Tokio, der Universität Belgrad und der Universität Nagoja. Er ist Träger des Takeda Awards for Environmental Excellence, des Deutschen Umweltpreises, des Großen Bundesverdienstkreuzes, des Theodor Heuss Preises und des Verdienstordens Baden-Württemberg.

#### (Footnotes)

Vgl. „Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 – Anforderungen an Global Governance und Möglichkeiten der Umsetzung, FAW/n Ergebnisbericht an das BMZ/GIZ, 2016

Zum Vergleich: Dies ist weniger als laut Zeitungsberichten heute für den (ohne Zweifel wichtigen und erforderlichen) Erhalt der deutschen Infrastruktur fehlen (etwa 10 Milliarden pro Jahr). Der Fonds zielt demgegenüber auf eine gedeihliche Zukunft für mehr als 1,2 Milliarden Menschen. Zielerreichung ist von höchster Bedeutung für die Zukunft Europas.

---

## **Materialband zu „Migration, Nachhaltigkeit und ein Marshall-Plan mit Afrika“ - Denkschrift für die Bundesregierung Club of Rome und Senat der Wirtschaft e.V. / Wichtige weitere Einzelthemen**

Abderrazak El Badraoui: Nachhaltige Euro-Afrikanische Partnerschaft im Bereich der erneuerbaren Energien am Beispiel des Wüstenstroms aus Marokko (Gutachten für einen BMZ/GIZ Workshop zum Thema)

Joachim von Braun and Chiara Kofol: Employment Now - addressing the challenge in Arab Region and Africa, Center for Development Research (ZEF), University of Bonn, Draft, October 10th, 2016 (Gutachten zu dieser Denkschrift)

Hajo Junge, Franz Josef Radermacher, Roland Wöller: Materialsammlung aus einem BMZ/GIZ Workshop zum Thema. In diesem Dokument sind insbesondere zusätzliche Hinweise von Hajo Junge zum Thema Klimawandel und Migration in der MENA-Region, von Peter Spiegel (GENISIS Institute) zum Thema Lernkulturen, zum Thema Anstrengungen für Firmengründungen und zum Thema moderner Ausbildungsgänge, von Hans-Joachim Tesmer (Senat der Wirtschaft) zum Thema „Entwicklung Afrikas“ und zum Thema Public Private Partnership, insbesondere für die Bereiche Infrastruktur, Elektrizität etc.

Horst Köhler (Bundespräsident a.D.): Für eine neue Kultur der Zusammenarbeit mit Afrika, Rede beim Afrika-Kongress der CDU/CSU-Fraktion, Deutscher Bundestag, 16. März 2016

Klaus Leisinger: Anforderungen an Entwicklungszusammenarbeit durch Unternehmen

Graeme Maxton: Policy proposals to progressively reduce unemployment and inequality in the poor world

Sonja Palm, giz: Employment for Development / Skills for Oil and Gas

Wolfgang Schäuble (Bundesfinanzminister): „Was wir brauchen, ist eine maßvolle Revolution.“ Rede in Kiel über die Zumutungen und Risiken des gesellschaftlichen Wandels / Ungleichheit nimmt zu, aber ein Zurück in nationale Nischen gibt es nicht.

Werner Smolny: „Persönliche Einsichten und Erfahrungen aus dem Umfeld der German University in Cairo“ (Gutachten zu dieser Denkschrift)

Thomas Straubhaar: Migrationspolitik in Theorie und Praxis

Franz Trieb, DLR: Solarstromexport als Baustein einer Energiepartnerschaft zwischen Europa und Nordafrika (Gutachten für einen BMZ/GIZ Workshop zum Thema)



